



Jg. 16, Nr. 277, 15. 12. 86

Syrien Connection oder Geheimdienstaffäre?

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM C 21734 E

Neue Gesetze — Alte Bekannte

Die Anti-Terrorismus-Gesetze sind noch nicht in Kraft, werden aber schon angewendet
Gegen das Verbot die Anti-AKW-Bundeskonferenz durchsetzen!

Die deutsche Antwort auf die Bedrohung aus dem Osten: WAA, Wallmann-Ventil und Zimmermann-Gesetze.

Knapp acht Monate nach Tschernobyl, nach einer neuen Welle von Anti-Kernkraftprotesten und einer gesellschaftlichen Diskussion um die Gefahren des Atoms ist Vorsorge getroffen: Wallmanns Strahlenschutzgesetz zur sicheren Versorgung der Bürger mit Bequerel-Schäden wird durch Zimmermanns neue Anti-Terror-Gesetze mit mehr Sicherheit für die Schadenserzeuger ergänzt. Terrorismusbekämpfung ist nach der Verabschiedung der neuen Paragraphen 129a und 130a erklärtermaßen nicht mehr länger die Bekämpfung der Terroristen — was sie nie allein war — sondern ist der erweiterte Zugriff auf den Widerstand der derzeit vor allem der Anti-Atom-Bewegung und potentiell allen gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen gilt.

Polizeikessel und Massenfestnahmen, Hausräumungen, Abriegelung von Straßenzügen und Stadteilen, Durchsuchungsaktionen in Buchläden — all das ist nicht ganz neu, doch es häuft sich und läßt Erinnerungen an den „Deutschen Herbst“ vor neun Jahren aufkommen. Die Kriminalisierung des radikalen Flügels der Opposition wird ausgeweitet. Vorläufiger Höhepunkt waren das Verbot und die Zerschlagung der Regensburger Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Bayern, das noch vor Gesetzesverabschiedung die Nachgesetzeslage probe. In Bayern durfte nicht nur nicht gesagt werden, daß man sich nicht widerstandslos der herrschenden Politik der Zerstörung unterwerfen wird. Mehr noch „geht es darum“, wie es im schönsten Sicherheits-Beamtendeutsch heißt, „daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen“. Zensur geht um, und macht das aktuelle bayerische Vorgehen bundesdeutsche Schule, dann wissen wir nicht genau, ob diese Zeitung nicht bald wie andere Blätter im politischen Exil erscheinen muß, wollen wir weiterhin das schreiben, was an dieser Stelle geschrieben steht.

Zitat aus der Verbotsverfügung der Stadt Regensburg gegen die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen

Zum Thema in dieser Ausgabe:
○ Vorstellung und Bewertung der neuen Gesetze
○ Regensburg: Verbot der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung.
○ Wir dokumentieren die zensierten Teile der Vorbereitungsmaterialien.

○ Illegalisierung der bayerischen Anti-AKW-Zeitung „Rad Aktiv“.
○ Kommentar: Hier spricht das Umfeld.
○ Neue Sonderkommissionen zur Aufklärung von Anschlägen werden gebildet.
○ Anschläge und Sabotage Seite 5-13



Zitat aus der Verbotsverfügung der Stadt Regensburg gegen die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen

Bitterer Sieg

Die französische Schüler- und Studentenbewegung hat einen bitteren Sieg errungen: Die Chirac-Regierung hat ihre Gesetzesvorhaben zurückgezogen, doch die Trauer und Wut über die Opfer für diesen Sieg bleibt. Die Jugendlichen, die zu Hunderttausenden für das schlichte Prinzip der Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf auf die Straßen gingen, wurden mit der ganzen Härte des französischen Staats konfrontiert. Vorerst hat die Regierung auch alle weiteren vorgesehenen Gesetzesänderungen verschoben. Dazu gehört der Plan, daß auf französischem Boden geborene Jugendliche nicht mehr automatisch die Staatsangehörigkeit Frankreichs bekommen können. Für tausende von jungen Leuten der zweiten und dritten Immigrantengeneration würde das bedeuten, daß sie Bürger ohne Rechte sind in dem Land, in dem sie aufgewachsen sind und zur Schule gehen.

Bericht über die Ereignisse in Frankreich Seite 14

Bitterer Sieg

Die französische Schüler- und Studentenbewegung hat einen bitteren Sieg errungen: Die Chirac-Regierung hat ihre Gesetzesvorhaben zurückgezogen, doch die Trauer und Wut über die Opfer für diesen Sieg bleibt. Die Jugendlichen, die zu Hunderttausenden für das schlichte Prinzip der Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf auf die Straßen gingen, wurden mit der ganzen Härte des französischen Staats konfrontiert. Vorerst hat die Regierung auch alle weiteren vorgesehenen Gesetzesänderungen verschoben. Dazu gehört der Plan, daß auf französischem Boden geborene Jugendliche nicht mehr automatisch die Staatsangehörigkeit Frankreichs bekommen können. Für tausende von jungen Leuten der zweiten und dritten Immigrantengeneration würde das bedeuten, daß sie Bürger ohne Rechte sind in dem Land, in dem sie aufgewachsen sind und zur Schule gehen.

Bericht über die Ereignisse in Frankreich Seite 14

gezügelt: Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Bayern, das noch vor Gesetzesverabschiedung die Nachgesetzeslage probe. In Bayern durfte nicht nur nicht gesagt werden, daß man sich nicht widerstandslos der herrschenden Politik der Zerstörung unterwerfen wird. Mehr noch „geht es darum“, wie es im schönsten Sicherheits-Beamtendeutsch heißt, „daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen“. Zensur geht um, und macht das aktuelle bayerische Vorgehen bundesdeutsche Schule, dann wissen wir nicht genau, ob diese Zeitung nicht bald wie andere Blätter im politischen Exil erscheinen muß, wollen wir weiterhin das schreiben, was an dieser Stelle geschrieben steht.



Zitat aus der Verbotsverfügung der Stadt Regensburg gegen die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen

Zum Thema in dieser Ausgabe:
○ Vorstellung und Bewertung der neuen Gesetze
○ Regensburg: Verbot der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung.
○ Wir dokumentieren die zensierten Teile der Vorbereitungsmaterialien.

○ Illegalisierung der bayerischen Anti-AKW-Zeitung „Rad Aktiv“.
○ Kommentar: Hier spricht das Umfeld.
○ Neue Sonderkommissionen zur Aufklärung von Anschlägen werden gebildet.
○ Anschläge und Sabotage Seite 5-13

Weiter so, Kommunismus!

Der Arbeiterkampf wird 15 Jahre alt

Es kann nur besser werden. 277 ist zwar eine Primzahl und eine eigenartige obendrein, trotzdem ist der ARBEITERKAMPF dieser Tage mit einem 15-jährigen Jubiläum gesegnet. Ist es nicht rührend, das noch erleben zu dürfen ...! Anstatt sich aber der Nostalgie hinzugeben, muß in ätzender Bitterkeit ein schreiendes Unrecht angeklagt werden: Nie haben wir es in dieser entbehrungsreichen Zeit geschafft, über den Platz vier der BfV-Hitparade (Bundesverfassungsschutz-Berichte) hinaus vorzudringen. Zwar haben die alten Medaillengewinner — KBW (Gold), KPD (Silber) und KPD/ML (Bronze) — längst das Treppchen geräumt, doch setzt man dem KB nun provozierend die weigehend unbekannten MLPD,



MG und BWK vor die Nase, bloß weil die vielleicht ein paar mehr zahlende Mitglieder haben. Von Zimmermann und vor allem Springer hätte man wirklich etwas mehr Entgegenkommen erwarten können, denn wer war es wohl, der seine Breitseiten über Jahr und

Tag unablässig gegen die mancherorts schon totesagte CSU abgefeuert hat?

Egal — auch das wird weggesteckt. Und über den Jahrestag hätten wir kaum Worte verloren, würden nicht die Youngsters vom „Pflasterstrand“ zufällig gerade ihren zehnten feiern: Mit reichlich Gedons die Redaktion, aber deutlichem Wermut der Herausgeber. Cohn-Bendit findet sein Blatt zur Zeit routiniert, langweilig, fast schon überflüssig. Es wäre pietätös, unter Jubilären eine Meinung hierzu beizusteuern. Auch in der Klassengesellschaft muß Feindesliebe möglich sein. Und das kann in diesem Zusammenhang nur bedeuten: Wenn Dany uns seine linke Backe hinhält, bauen wir weiter auf Joschkas rechte.

Flucht 1933 / Flucht 1986

„Politik der offenen Grenze als Pflicht gegenüber den NS-Opfern“

Wenn von politischen Flüchtlingen ein rechtmäßiges Visum, korrekte Papiere und eine legale Einreise verlangt wird, ist das Recht auf Asyl ad absurdum geführt. Niemand sollte das besser als die Deutschen wissen: Kaum einer der Flüchtlinge vor dem Nationalsozialismus hätte diese Bedingungen erfüllen können. Angesichts der jüngsten Verschärfungen des Asylrechts und seiner Praxis ist es Zeit sich zu erinnern, Zeit, die „Schatten der Vergangenheit“, aus denen diese Bundesregierung partout herauszutreten will, an jede Wand zu malen.

Nur eine Politik der offenen Grenzen kann der Weg sein, sich der Verantwortung gegenüber den Opfern nationalsozialistischer Vernichtung zu stellen. Dies fordert im Gespräch mit dem AK Professor Gerhard Baader, Medizinhistoriker an der Freien Universität Berlin und dem deutschen Faschismus gerade noch entkommen: „Aufgrund meiner Biographie ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, Menschen, deren Freiheit bedroht ist und die sich in Lebensgefahr befinden, jede Form der Unterstützung zu geben.“ Baader schildert die Bedingungen in der Schweiz, England, Frankreich, den Niederlanden und Dänemark für die damaligen Emigranten, ihre Odyssee durch etliche Länder auf der Suche nach einer halbwegs sicheren Zuflucht. Er ruft uns ins Gedächtnis, daß der verzweifelte Sprung von Flüchtlingen aus dem Fenster einer Asylbehörde auch für manche deutsche Emigranten der letzte Weg war, sich der Qual der Verfolgung zu entziehen. Auf ihre Weise hat die bundesdeutsche Asylpolitik Lehren aus der Vergangenheit gezogen: Die Schlupflöcher, die vielen antifaschistischen Flüchtlin-

gen das Leben retteten, selbst diese Schlupflöcher soll es in diesem Land nicht mehr geben. Ein Flüchtling, der bereits in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gesucht hat, verwirkt hierzulande von vornherein seine Anerkennung als Asylsuchender. Für tausende der vor dem Faschismus Geflohenen wäre dies der sichere Tod gewesen.

Aus dem Inhalt

Aufschwung-Wahl

Kohl wird wahrscheinlich die Wahl gewinnen — dank der Gewinne der Unternehmen. Zwei Millionen Arbeitslose und die 1987 anstehende Krise werden die Entscheidung für den „Aufschwung“ nicht verhindern. Unsere Konjunkturwahlprognose auf S. 25

Grüne und Jugend

Der Hamburg-Altonaer GAL-Vorstand wurde im April dieses Jahres von vorwiegend jugendlichen Neumitgliedern „weggeputscht“. Der Versuch, über diese Aktion andere Inhalte und Formen der Politik in die GAL hineinzutragen, ist gescheitert. — Eine Bilanz auf Seite 3

§ 218

Alice Schwarzeres Versuch, eine Kampagne für eine Verfassungsklage gegen die Fristenregelung zu initiieren, stieß auf zum Teil heftige Ablehnung. — Eine vorläufige Bilanz auf Seite 28

Aufrüstung

Von „Nulllösungen“ war im Oktober in Reykjavik die Rede. Im November durchbrachen die USA die in SALT II festgelegten Rüstungsgrenzen. Weitere und massive Aufrüstungsschritte der USA stehen bevor. S. 23

Reagan

Unterstützung von Konterrevolution und Rechtsdiktaturen weltweit. Rückendeckung für die Rassistin in Südafrika. Invasion auf Grenada. Bomben gegen Lybien. Jetzt Waffenlieferungen an den „Erzfeind“ Iran. Praktizierte Außenpolitik eines US-Präsidenten S. 19

Aufrüstung

Von „Nulllösungen“ war im Oktober in Reykjavik die Rede. Im November durchbrachen die USA die in SALT II festgelegten Rüstungsgrenzen. Weitere und massive Aufrüstungsschritte der USA stehen bevor. S. 23

Reagan

Unterstützung von Konterrevolution und Rechtsdiktaturen weltweit. Rückendeckung für die Rassistin in Südafrika. Invasion auf Grenada. Bomben gegen Lybien. Jetzt Waffenlieferungen an den „Erzfeind“ Iran. Praktizierte Außenpolitik eines US-Präsidenten S. 19

Litauen

Die schlitische Amal unternimmt seit Monaten massive Angriffe auf palästinensische Flüchtlingslager. Ziel der Amal ist, die Palästinenser aus dem Süden des Libanon zu vertreiben. Die palästinensische Gegenwehr hat begonnen. S. 20

Antisemitismus

Hauptträger der modernen und zur Zeit gefährlichsten Form des Antisemitismus ist die Linke — so jedenfalls sieht es Henryk M. Broder in seinem Buch „Der Ewige Antisemit“. Eine Darstellung und Kritik seiner Thesen auf S. 36



Interview mit Gerhard Baader zur Flüchtlingsfrage im Faschismus auf Seite 30
Aktueller Bericht zur Asylpolitik auf Seite 31

Joschka Fischer — Vorbildlicher Einsatz für die Krötentunnel



11. Wahlperiode

Drucksache 11/6825

HESSISCHER LANDTAG

29. 10. 86

Antwort des Ministers für Umwelt und Energie

auf die Kleine Anfrage der Abg. Lortz, Müller (Gelnhausen)
und Fischer (CDU)

betreffend Erstellung von Krötentunneln und Krötenzäunen
zum Schutz bei Amphibienwanderungen
Drucksache 11/6023

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Errichtung von Krötentunneln zum Schutz von Laichwanderern?

Die Landesregierung bewertet die Anlage von Amphibiendurchlässen positiv. Diese tragen wesentlich dazu bei, die Wanderwege der Amphibien wirkungsvoll zu sichern und diese gefährdeten Tierarten in ihrem Bestand weitgehend zu erhalten.

4. Hält die Landesregierung es für sinnvoll, beim Neubau von Landesstraßen die Einrichtung von Krötentunneln an dafür geeigneten Stellen vorzusehen?

Die Landesregierung hält es für sinnvoll, beim Neubau von Landesstraßen die Einrichtung von Krötentunneln an dafür geeigneten Standorten vorzusehen. Sie stützt sich hierbei auf Grundsätze des Hessischen Naturschutzgesetzes, wonach natürliche Wanderwege der unter besonderem Schutz stehenden Tierarten bei allen öffentlichen Maßnahmen zu erhalten sind.

5. Welche zusätzlichen Kosten sind damit verbunden?

Die mittleren Kosten für eine ortsfeste Anlage belaufen sich erfahrungsgemäß auf 50 000,- DM bis 80 000,- DM. In besonders schwierig gelagerten Fällen ergeben sich allerdings Kosten von über 100 000,- DM.

Ein Jahr Amtszeit hat der hessische Staatsminister für Umwelt hinter sich. Bisher, so dachten wir ignorant, sähe seine Bilanz eher ungünstig aus: Zweimal hat sein Haus gegen Bürgerinitiativen gerichtliche Auseinandersetzungen um die Mülldeponien in Messel und Mainhausen verloren. Land auf, Land ab findet er aufgrund der St.-Florian-Mentalität der hessischen Bevölkerung keinen alternativen Standort zur Lagerung des Giftmülls der chemischen Großindustrie. Die vorläufige Verbringung dieses Giftmülls auf eine DDR-„Sondermülldeponie“ in Schönberg wurde zum großen Teil ebenfalls gerichtlich untersagt und zu guter Letzt wurde der Ökologe auch noch dabei erwisch, als er falsch deklarierte dioxinhaltige Filterstäube in Österreich „zwischenlagern“ wollte. Ganz zu schweigen über die Hanauer Nuklearbetriebe. Müllminister Fischer stand schon fast als totale Niete da. Aber er holt auf.

Noch 1984 mußte sich die grüne Landtagsfraktion anlässlich der Toleranzverhandlungen mit der SPD im AK Nr. 242 vorwerfen lassen: „Daß die von den Grünen geforderten gezielten Wiedereinbürgerungsversuche für die nachfolgenden Arten: Wanderfalken, Biber, Luchs, Weißstorch und Schwarzstorch, Kollie, Erdorchideen und Eiben“ im Einigungspapier typisch sozialdemokratischen Unverbindlichkeiten zum Opfer fallen, muß betreffen machen. Dieser Verlust kann nur teilweise wettgemacht werden, daß die SPD einwilligte, die Waldwege „zu artenreichen Saumbiotopen“ zu entwickeln. Dementsprechend sollen die im Rahmen der EG oder der Gemeinschaftsaufgaben geltenden Förderungsrichtlinien für den forstwirtschaftlichen Wegebau geändert werden“. Diese bitteren Worte hat sich der grüne Minister stark zu Herzen genommen und so müssen wir ihm anlässlich der Lektüre der anschließenden Beantwortung einer kleinen Anfrage der CDU einiges abtrotzen. Weiter so, Joschka! Und danket!

KB/Gruppe Frankfurt



Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4.800 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abnehmers, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abnehmer mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

...

10. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Zahl der in Hessen pro Jahr getöteten Amphibien bei den Laichwanderungen?

Hierüber liegen keine verwertbaren Zahlen vor. Man kann jedoch davon ausgehen, daß an fast allen Straßenabschnitten in Hessen, auf denen Amphibien in nennenswerter Zahl gefährdet sind, ortsfeste Schutzeinrichtungen bestehen oder Mitglieder der Naturschutzverbände provisorische Schutzmaßnahmen durchführen, so daß die Zahl der getöteten Tiere in den vergangenen zehn Jahren entscheidend gesenkt werden konnte.

11. Welche Amphibien – neben der Erdkröte und dem Grasfrosch – sind bei ihren Laichwanderungen besonders gefährdet?

Neben Erdkröte und Grasfrosch sind die Molcharten und der Feuersalamander besonders gefährdet.

12. Wie beurteilt die Landesregierung die Anlage künstlicher Laichgewässer, um langfristig die Wanderungen der Amphibien auf ungefährliche Strecken umzuleiten?

Dies stellt eine Hilfsmaßnahme dar, die auf Notfälle beschränkt bleiben muß, da der Erfolg erfahrungsgemäß höchst fraglich ist. Allgemein gilt der Grundsatz, die Tiere in ihrem angestammten Lebensraum und in ihren gewachsenen Lebensbeziehungen zu belassen.

Die Umsiedlung von Amphibien stößt auf zahlreiche Schwierigkeiten, da die am häufigsten vorkommenden Arten so stark auf ihr Ursprungslaichgewässer geprägt sind, daß sie ihr Leben lang bestrebt bleiben, auch dort wieder ihren Laich abzulegen. Dies ist allenfalls durch Zwang zu verhindern: Verfüllung des alten Laichgewässers, alljährliches Einsammeln der Tiere bis zum Erlöschen des Bestandes der Elterntiere (etwa

Spendenaufruf

Ehrlich gesagt, ein gewisser Geldmangel ist bei uns genauso chronisch, wie der Weihnachtspendenaufruf mittlerweile obligatorisch ist. Wir wollen daher nicht groß ramplern, auch nicht mit vielen Worten erneut erläutern, daß ein Projekt wie der ARBEITERKAMPF keine anderen Geldquellen hat, als die Verkaufseinnahmen und die finanzielle Unterstützung der Leser und Leserinnen. Mit einer Weihnachtsspende helfst ihr uns und all jenen, für die diese Zeitung einen Les- und Gebrauchswert hat. 40.000 DM ist unser Spendenziel in diesem Jahr, um die Existenz des AK für das nächste zu gewährleisten. Also, denkt bitte drüber nach und dann:

Spenden bitte nur auf das Konto:

Heinrich Eckhoff Bankleitzahl 200 800 00
Dresdner Bank Kontonummer 4 806 104 00

SPENDEN-ERGEBNISSE

Stand 13.12.86

Hei., Hamburg	200
TL., Hamburg	150
Ro., Kinderbereich	400
DBF, Bremen	500
Jr., Wahlzelle	300
BO Altona	500
Hr., Hamburg	300
Fr., Erzieher	300
Spenden/Überschuß	
KB-Arbeitskonferenz	742
Ma., Antimil	150
Ein Chemiegenosse	100
N.N., Hamburg	250
BO Eimsbüttel	1.150
Gl., Wahlzelle	50
Idi	1.500
Vo., Pulheim	500
Th., Soest	300
Chr., Bremen	300
KB Würzburg	400
KB Stuttgart	280
Li., Bochum	50
Ma., Westberlin	200
xy., Westberlin	50
Ga., Hamburg	500

SUMME Nov. bis 13.12. 9.172



8 Jahre) und Umsetzen in das Ersatz-Laichgewässer. Dort müssen sie durch Einzäunung festgehalten, zur Laichablage gebracht und anschließend wieder freigelassen werden. Erst wenn dies gelingt und dort neue Amphibien-Generationen aufwachsen, nehmen diese das neue Gewässer als ihren Laichplatz an und suchen es in den Folgejahren von sich aus auf.

...

13. Wie bewertet die Landesregierung die heutige Vernichtung von Zehntausenden von Amphibien durch den Straßenverkehr unter den Gesichtspunkten eines ausgeglichenen Naturhaushalts und des Naturschutzes?

Der Straßenverkehr hat zur Artenschwund und -gefährdung erheblich beigetragen.

Ohne ausreichende Schutzmaßnahmen für die durch den Straßenverkehr gefährdeten Amphibien würden zwangsläufig örtliche Populationen dieser Tiergruppe vernichtet und könnten somit ihre wichtige ökologische Funktion im Naturhaushalt nicht mehr erfüllen. Zudem bedarf es des Hinweises, daß Amphibien den Bestand ihrer Beutetiere (z. B. Insekten und Schnecken) regulieren und selbst einer Vielzahl anderer Tierarten (z. B. Raubsäugern, Störchen, Greifvögeln und Schlangen) als Nahrung dienen. Ein wirkungsvoller Amphibienschutz an Straßen ist daher im Rahmen der ganzheitlichen Pflege des Naturhaushalts notwendig.

Wiesbaden, den 17. Oktober 1986

Fischer



Im April dieses Jahres wurde im Hamburger Bezirk Altona der alte GAL-Vorstand abgewählt von eigens zu diesem Zweck eingetretenen, überwiegend jugendlichen neuen Mitgliedern. Die „Putschisten“ übernahmen unter Protest der alten Altonaer GALier, aber mit dem Wohlwollen und finanzieller Unterstützung anderer Hamburger GAL-Bezirke das Büro und versuchten, eine eigene GAL-Politik zu entwickeln. Sie wollten der eingefahrenen parlamentarischen Kleinarbeit der GAL außerparlamentarische Aktionen entgegensetzen. Mit dem Aufbrechen verkrusteter Parteistrukturen sollten zurückgezogene und neue Mitglieder mobilisiert werden. Eine wichtige Rolle bei dieser Neuorientierung spielte das „Kneipenprojekt“, mit dem anstelle des Parteibüros „ein politisches und kulturelles Zentrum“ gesetzt werden sollte, „nicht im Rahmen eines Bürobetriebs, sondern in einem lockeren Rahmen, wo man auch was essen und trinken kann.“ (1)

Mit ihrem rabiaten Vorgehen gegenüber den „alten“ GALiern, hatten die „Neuen“ eine klare Trennungslinie gezogen; über die Einschätzung der alten Parlamentsarbeit bestanden aber auch unter den „Neuen“ Widersprüche: Die einen hielten sie für grundsätzlich falsch und schädlich; die anderen konnten der Parlamentsarbeit durchaus positive Aspekte abgewinnen, hielten sie jedoch, gemessen am Ergebnis, für zu arbeitssintensiv und lehnten sie deshalb für sich ab. Auch gab es Meinungsverschiedenheiten über Stellenwert und Gewichtung von „inhaltlichem Findungsprozeß“ und „Aktivismus“ (1).

Heute, ein gutes halbes Jahr nach dem „Putsch“, hat sich der Trübel des Neuen gelegt und es wird Zeit, einmal dem „Putsch“ auf den Grund zu blicken. Neuen gelegt und es wird Zeit, einmal kritisch zu hinterfragen, was die „Kulturrevolution“ — wie der „Spiegel“ es nannte — schließlich gebracht hat, welche Chancen sie hatte und wo sie an ihre Grenzen gestoßen ist.

Vom aktionistischen Einstand zum Abgang mit rüden Vorwürfen.

In der ersten Zeit nach dem Putsch schafften es die neuen GALier, viele Menschen zu aktivieren und zu mobilisieren. Überwiegend Jugendliche, oft mit wenig oder keinen politischen Erfahrungen, stürzten sich mit wildem Eifer auf die Erstellung von Flugblättern und das Verkleben von Plakaten. Nach dem US-Überfall auf Libyen marschierten sie auf der Demo mit einem großen Block hinter einem „Waffen für Gaddafi“-Transparent. Zur Mitgliederversammlung zogen sie als bunter Zug durch Altona. Eine MacDonaldis-Filiale wurde besetzt, um darauf aufmerksam zu machen, daß dort eigentlich mal ein Jugendtreffpunkt hin sollte. Zu Libyen organisierten sie eine sehr informative Veranstaltung, auf der sich 400 Leute drängelten.

Die Putschisten hatten es also geschafft, überwiegend Jugendliche zu bewegen und eine Politik zu betreiben, die Spaß macht. Dies in einer Zeit des Niedergangs der Jugend- und Schülerbewegung, des Dahinsiechens der Friedensbewegung, noch vor dem GAU in Tschernobyl.

Als die Anti-AKW-Bewegung dann wieder auflebte, mischten die neuen GALier natürlich auch kräftig mit. Die Brokdorf-Demo am 7.6. markierte dann auch den Wendepunkt. Der eine Flügel, dessen exponiertester Vertreter Aram Ockert ist, wollte über das Verhältnis zur „Gewalt“ diskutieren; der andere Flügel, der sich im nach dem Putsch gebildeten „Außerparlamentarischen Plenum“ (APP) trifft und um Kadec schart, wollte das überhaupt nicht. Die Sommerpause begann, und die APPler zerstreuten sich. Der Flügel um Aram bildete eine Solidaritätsgruppe für den am Rande des „Hamburger Kessels“ festgenommenen Frank S., die eine sehr gute und wichtige Arbeit leistete. Nachdem Frank S. im Herbst endlich freigelassen wurde, löste sich diese Gruppe leider auf. Der neue drive der „Putschisten“ insgesamt war verlorenggegangen, die Einigung mit den „Alten“ vorangeschritten und inzwischen ein paritätisch besetzter Vorstand gewählt.

Im September beschwerte sich Kadec in seinem Hausblatt „Hungry Herzen“: „So extrem der neue Schwung begann, so extrem ist jetzt der Abgang. Auf dem letzten „Außerparlamentarischen Plenum“ erschienen ganze drei Leute, die frustriert nach einer halben Stunde das Feld wieder verließen. (...) Die Gegendrucke haben längst ihr Roll-Buch begonnen.“ (2)

Die Gründe für „die eingetretene Lustlosigkeit der APP-Rebellen“ laßt Kadec darin, daß sie ihre Ideen nicht mehr umsetzen. „Die letzten gut besuchten Sitzungen waren stattdessen



Foto: H. Wajahn

Sprechblasen contra Denkblasen Bilanz nach dem Altonaer GAL-„Putsch“

mehr geprägt von stundenlangen Debatten über die Gewaltfrage, als von Tatkraft und Aktion.“ Die Schuldigen dafür hat er auch schon gefunden: „Die Hobbystrategen und Mehrheitsbeschaffer unter uns“, die „längst ihre Heimat bei den altGALiern entdeckt haben“. Sein Rezept: Die „Utopie in die Praxis umsetzen. Das heißt, Kommunen bilden statt Wohnungspolitik; Spaßguerilla statt Laborhaufen; eigenes Zentrum mit Musik und billig Bier statt Kulturausschuß; Widerstand leben, statt Politik zu machen. Sprechhülsen werden letztlich keinen vom Hocker reißen, sondern das macht nur doof, dogmatisch, staubig und Pickeln im Gesicht.“ (2). Angesichts derart rüder Bemerkungen will auch die Gegenseite (Aram) in dieser Schlamm-schlacht nicht nachstehen und steigt mit einem Papier in den Ring: Kadec lasse sich „in der ihm eigenen elenden Geschwätzigkeit zum Thema GAL-Altona aus“. Was Kadec sagt, sei jedoch „völlig ohne Belang, solange keine Alternativen angeboten werden“. Aram möchte „den Kampf um Mehrheiten als Kampf um die Köpfe der Menschen definieren“ wissen. Abgrenzen müsse man sich gegen „die Hardcore-Rebellen des APP, deren Maßstab für politische Erfolge die Höhe des angerichteten Sachschadens ist. Es ist zu hoffen, daß der Linksopportunistismus der „Hungry Herzen“ gegenüber diesen Leuten irgendwann einmal wieder aufhöre.“ Betreffs Kadecs „Sprechhülsen“-Bemerkung meint Aram: „Ist das etwa selbstkritische Reflexion nach der Absonderung von Sprechhülsen (...) ??? Mit Sicherheit nicht. Der Autor will uns damit wohl sagen, daß ihn die intellektuelle Fleißarbeit seines Artikels dermaßen erschöpft hat und er nun mal schnell zum Ende kommen muß.“ Seine Kritik an Kadecs Politik Vorschlägen: „Aber der schlimmste Schicksalschlag steht der Bourgeoisie noch ins Haus: Ein Zentrum mit Musik und billig Bier. Das ist wahrlich die Politikkonzeption, die tiefgreifend was ändern will, die nicht nur an der Oberfläche herumkratzt.“ (...) Hier wird Subversion sinnlich erfahrbar, noch nie hat man soviel Politik gemacht. Man kämpft an allen Fronten. Gegen den HVV und für Nulltarif, indem man schwarzfährt. Gegen den Staat und seine Verkehrsordnung, indem man bei Rot über die Straße geht. Gegen die Eigentumsordnung, indem man bei Herle klaut. Für den proletarischen Internationalismus, indem man in Portugal Urlaub macht. Gegen die bürgerliche Moral, indem man nicht immer mit der gleichen Fäkt. Und man bereitet den Untergang des launigen Kapitalismus vor, weil man die Gründung einer WG plant.“ (3)

Gegen der Zitate, der Umgangston und die Frontenlage dürften hier geworden sein. In Altona Kneipen wird nun an saubere getrennten Tischen gesetzt. An einem Tisch überlegt man sich, ob der Zeitpunkt gekommen ist, den Kadec in einem AK-interview benannte: „Wenn ein Abbröckelungsprozeß stattfindet, daß die Leute aus-

treten oder nur wenig aktiv sind, dann müßte man wieder den Schritt unternehmen auszureiten, weil das gefährlich enden kann.“ Am anderen Tisch überlegt man, was noch zu retten ist und was auf dem nächsten Vorstand zu beraten ist.

Ein letzter Rettungsversuch

Um zu retten, was noch zu retten ist, versuchten Aram und vier weitere „Putschisten“ mit einer neu zu gründenden „Kerngebietsstadteilgruppe“, die Reste zu sammeln. Der Gründungsauftrag beschränkt sich auf eine Analyse der sehr windigen Analyse der Friedensbewegung: „Die Friedensbewegung hat objektiv eher zu einer Rechtsverschiebung im Bewußtsein der von ihnen Angesprochenen geführt, und dies mit einer ziemlichen Zwangsläufigkeit.“ Begründung: Die „Raketen weg“-Forderung sei deutschlandbezogen und schüre somit Nationalstolz.

Die andere Hälfte des Papiers ist dafür umso interessanter. Dort wird nämlich, leider sehr kurz, das allgemeine Politikverständnis hergeleitet: in einem Absatz vom „alles sofort“, über das kommunistische Manifest, zur Erkenntnis, daß wir zur Zeit Abwehrkämpfe führen müssen. Ergebnis: „Kämpfen muß man, aber wie und wogegen? Vereinfacht gesagt, gegen den Zeitgeist, gegen das herrschende Bewußtsein, den Versuch wagen, der tumulen Masse einen Teil ihrer widerwärtigen Gleichgültigkeit und Dummheit zu nehmen. Man könnte dies auch Grundlagensicherung für linke Politik nennen. (...) Es ist gut und wichtig, wenn Linke sich in (...) Praxisfeldern tummeln, nur glauben wir, daß dabei der Kampf gegen das herrschende Bewußtsein häufig zu kurz kommt.“ Konkret stellen sie sich das so vor: „So dringend hier und anderswo aktives Handeln geboten ist, so dringend scheint es uns auch angesagt, die linke Theorie-Debatte wiederzubeleben.“ (4)

Dabei dachten sie wohl weniger an Theorie-Debatten, als an inhaltliche Diskussionen. Nun, auch dieser Ansatz brachte seine Probleme mit sich: Nicht nur die erhoffte Jugend kam, sondern auch müffige Abgediente, die dann die Diskussion bestimmten. Wer einmal erklärt bekommen muß, was für Leute in der Hafenstraße wohnen, gehört einfach zu einer anderen Generation und legt die Diskussion lahm. Im Moment versuchen sie in einem zweiten Anlauf, anhand eines 200-Seiten-Readers die Geschichte der GAL aufzuarbeiten. Wohl bekomm's.

Was an Praxis bleibt, ist die Kleinarbeit im Kreisvorstand. Dort „arbeiten „Alte“ und „Neue“ gut zusammen und bewegen mangels Basis politisch so gut wie gar nichts.“ (4)

Vom Ausnutzen der GAL und dem Versuch, eine andere Politik in die GAL zu tragen

Spätestens an den harten Auseinandersetzungen zwischen Aram und Kadec

zeigten sich zwei Politikansätze, die von Anfang an bestanden und die „Putschisten“ in zwei Lager trennten. Deshalb müssen beide Ansätze getrennt betrachtet werden.

Kadec hatte von Anfang an mit der GAL an sich nichts am Hut. Ihm ging es darum, die Knete und Infrastruktur der GAL für seine Projekte zu nutzen. Die GAL sollte ihr Büro zugunsten des „Kneipenprojekts“ aufgeben, Flugblätter und Plakate sollten auf Kosten der GAL kopiert werden usw. Wenn man bedenkt, daß die GAL ihre (parlamentarischen) Erfolge größtenteils auf der linken Szene aufbaut, ist es durchaus berechtigt, von der GAL auch mal finanzielle Unterstützung einzufordern. Diese Unterstützung gewährt die GAL teilweise ja auch, im Landesverband z.B. mit einem festen Etat für Initiativen. Dieses „Geldabzocken“ aber als Politikmachen zu begreifen, ist ein falscher Ansatz. Er ist Ausdruck einer unbewußten Resignation: Nicht vom Staat und gegen den Staat wird ein politisches Jugendzentrum eingefordert und erkämpft, was zweifellos schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist, nein, die GAL wird ausgeguckt, wo die Kohle ja viel leichter abzocken ist, zumal sie nicht in der Lage ist, eine eigene Jugendpolitik zu machen und sich opportunistisch an jeden Jugendlichen wirt, der im Rahmen der GAL verspricht, politisch zu arbeiten. Auf diese Weise findet keine Politisierung statt, so schafft man höchstens eine Wut auf die GAL, wenn deren Opportunismus an finanzielle Grenzen stößt, auch wenn dieser Ansatz zugegebenermaßen zunächst sehr attraktiv erscheint.

Aram dagegen gehört zu den linken GALiern, für die mangels eigenes politischer Organisation, die GAL nach wie vor organisatorischer Bezugspunkt ihrer Politik ist. Sein Vorgehen ist daher einzuzeichnen in die Rettungsversuche linker GALier, die angesichts der Rechtsentwicklung der Grünen ins Schwitzen kommen. Es ist ein Versuch, über den Putsch andere Politikformen und -inhalte in die GAL hineinzutragen und zu verankern.

Dies ist im Großen und Ganzen gescheitert. Der Putsch hat zwar gezeigt, daß es linke Jugendliche gibt, die auf „Politikmachen“ ansprechbar sind und sogar bereit sind, sich unter dem GAL-Banner zu versammeln. Die GAL war dabei jedoch zu keinem Zeitpunkt inhaltlicher Bezugspunkt, ihre Struktur wurde lediglich für die eigenen Zwecke funktionalisiert. Die Mehrzahl der Jugendlichen fühlten sich als „Putschisten“ und nicht als GALier. Rückwirkungen auf den Rest der GAL gab es auch kaum, nach der anfänglichen Neugier wurde Politik wie gewohnt weitergemacht.

Zudem war die Hochzeit nach dem „Putsch“ in erster Linie von Aktionismus geprägt; es gab keine Perspektivbildung, geschweige denn eine politische Strategie. Am längsten existierte denn auch die Soli-Gruppe, die aus der konkreten Situation (Franks Inhaftierung) heraus ihre Funktion herleitete

konnte und dementsprechend zielgerichtet arbeiten konnte. Alles in allem gleicht der Verlauf des GAL-Putsches auch dem klassischen Auf und Ab, das wir seit Jahr und Tag aus der Kampagnenpolitik kennen.

Erste Faustregel im Abschwing einer Bewegung ist bekanntlich das „Organisieren“ der Reize. Genau das versucht Aram (der ja nicht aus der schlechtesten „Schule“ kommt) mit der Stadteilgruppe. Ein an und für sich durchaus begrüßenswerter Ansatz. Aber in der GAL kann auf keinen einzigen Diskussionsprozeß zurückgegriffen werden, dem auch nur im entferntesten etwas über den Parteiladen hinaus wirklich Interessantes abzugewinnen wäre. Die Gruppe muß sich also im luftleeren Raum völlig neu konstituieren. Das führt dazu, daß sie sich entweder in die Entwicklung von GAL und Grünen hineinziehen läßt, oder aber, was wahrscheinlicher ist, als Binsiedler in der GAL existiert und gar nicht erklären kann, warum sie denn in der GAL ist. Wenn denn die Gruppe nicht schon daran zerbricht, daß jeder x-Beliebige ankommen kann und so — wie oben gezeigt — völlig verschiedene Ansprüche aufeinanderprallen. Hoffnungsvoller scheint mir da der Versuch einiger Altonaer Schüler um dem GAL-Umfeld, an ihrer Schule eine inhaltliche Diskussionsgruppe zu gründen, die gegebenenfalls auch eine Praxis entwickeln könnte.

Die Unfähigkeit der GAL, eine Jugendpolitik zu entwickeln

Die gesamte Entwicklung des „Putsches“ ist Ausdruck des jugendpolitischen Dilemmas, in dem sich die GAL befindet. Das erklärt auch den Opportunismus der GAL gegenüber den Altonaer „Putschisten“. Man muß sich das einmal vor Augen führen: Da übernimmt eine Gruppe von Leuten einen ganzen Bezirk, erklärt offen, daß sie mit der bisherigen GAL-Politik nichts am Hut hat, und wird von zwei Bezirken finanziell unterstützt, die „alten“ GALier werden als Spielverderber hingestellt. Dieses Verhalten der GAL ist nur im Zusammenhang mit der gesamten GAL zu verstehen. Schon im Februar nämlich tagte der Landesverband zum Thema „GAL und Jugend“. Arbeitsmaterial dafür war u.a. ein Artikel mit der Überschrift: „Die Grünen sind für mich so ziemlich das allerletzte“. Hat die GAL den Niedergang der Jugendbewegung noch ruhig überschauen, wacht sie auf, wo es ans Eingemachte geht: der Rückgang der GAL-Anteile unter Jungwählern. Wilde Konzepte kommen in Umlauf. Die FG Soziales-Sozialarbeiter wollte einen grünen Jugendverband aufbauen, scheiterte dabei aber kläglich, als sie auf die ersten indischen-Kommune-Kids stieß. Ein Papier propagiert, einen „2. Bereich“ aufzubauen, in dem sich die Aktivisten der GAL sammeln sollen, um ihre Aktionen zu koordinieren; ein festangestellter GAL-Bewegungssekretär war ebenfalls im Gespräch.

Ergebnisse brachte die LaVo-Sitzung letztlich keine: Ratlosigkeit und eine große Ignoranz. Während Aram mit dem „Putsch“ versuchte, der „Wendeideologie“ inhaltlich etwas entgegenzusetzen, und sich dahinter der Versuch einer Analyse der Situation vermuten läßt, beschränkte sich Thomas Ebermann auf der Sitzung z.B. darauf, aus den Unterlagen herauszuarbeiten, daß er sich auch auf längere Zeit noch zu den Jugendlichen zählen kann.

Auf derselben Schiene liegt ein neuerlicher Vorstoß des ex-Abgeordneten Kurt Edler (der bei aller KB-Feindlichkeit noch zu den Linken zu zählen ist), der zu einem „Planungsgespräch: Entwicklung einer GAL-Jugendpolitik“ einlädt. Seine Vorstellungen laufen auf die Gründung eines grünen Jugendmassenverbandes hinaus, mit Zeltlagern, Kulturarbeit, Schulungen und schulpolitischen Aktivitäten. Bezeichnenderweise begründet er die Notwendigkeit seines Vorstoßes „mit einer Auswertung der Wahlergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahlen, die einen Rückgang der Jungwählerstimmen attestiert.“

Solange die GAL Jugendlichen nur als Stimmvieh erminnt, muß sie sich nicht wundern, daß sie für diese keine Attraktivität besitzt und nur zum Geldabzocken gut ist.

ol.

- Quellen:
(1) Aram Ockert, „Drehlehrer“ des Putsches im AK-Interview, AK 270
(2) „One for the money, two for the show, GAL go, go, go“, Hungry Herzen Extra Sept. 88
(3) „Hungry Herzen-Tango: Schuß dubbi dubbi, blabla“, GAL Altona, MRB Okt. 88
(4) „Das kann doch nicht alles gewesen sein“, ebda.

Sollte sich der Verdacht erhärten, dann wäre das nicht nur ein Skandal, sondern „eine eindeutig kriminelle Handlung“. Dies sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Hans Stercken (CDU), unmittelbar nachdem der Vorwurf erhoben wurde, Südafrika habe aus der Bundesrepublik U-Boot-Konstruktionspläne erhalten. Der Verdacht hat sich mittlerweile erhärtet. Nachweislich lieferte die Howaldt-Werke Deutsche Werft AG (HDW) illegal Blaupausen zum Bau von modernen Unterseebooten an den Apartheidstaat. Innerhalb der Regierungskontrollen spricht heute allerdings niemand mehr von einer kriminellen Handlung — und dies aus guten Gründen.

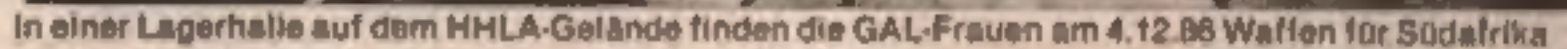
Nach ersten Veröffentlichungen der „Kieler Nachrichten“, die das Rüstungsgeschäft mit Südafrika aufdeck-

Nach ersten Veröffentlichungen der „Kieler Nachrichten“, die das Rüstungsgeschäft mit Südafrika aufdeckte, zeigten sich die zuständigen Stellen überrascht. Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft meldete, von den U-Boot-Konstruktionsplänen nicht unterrichtet worden zu sein. Aus dem Wirtschaftsministerium verlautete, die HDW hätte keinen Antrag auf Ausführungsgenehmigung gestellt und dieser wäre selbstverständlich auch nicht genehmigt worden. Zwei Tage später sickerte durch, daß die HDW bereits im Sommer 1984 Sondierungsgespräche mit verschiedenen Regierungsstellen führte, um ihre Aussichten auf die Exportgenehmigung für U-Boote oder U-Boot-Konstruktionspläne auszuleiten. Auf Wunsch des südafrikanischen Botschafters setzte sich zur gleichen Zeit auch Franz Josef Strauß für die Bewilligung der Lieferung ein. Nach seinen Angaben habe er vom Kanzler „eine positive Antwort erhalten“. Am 23. Juli 1984 soll schließlich der damalige Kanzleramtsminister Waldemar Schreckenberger dem Vorstandsvorsitzenden der HDW telefonisch das Einverständnis der Bundesregierung signalisiert haben. In einem protokollarischen Vermerk über dieses Telefongespräch findet sich die bemerkenswerte Notiz: „Kanzler und Ministerpräsident Strauß sehr interessiert ... endgültige Genehmigung nach Parlamentarieren.“ Ein Jahr später, am 18. Juni 1985, teilte das als Schiffsbaulobbyist bekannte Ingenieurbüro Lübeck-Bundeswirtschaftsminister Ilsegmann mit, daß die HDW bereits „ein Teil der Fertigungsanlagen“ nach Südafrika geliefert habe. Dies sei sofort an Finanzminister Stoltenberg weitergeleitet worden, der seinerseits die Oberfinanzdirektion Kiel eingeschaltet habe. Es dauerte wiederum ein ganzes Jahr, bis die Oberfinanzdirektion Kiel Anfang November 1986 endlich ein Ermittlungsverfahren gegen die HDW einleitete. Wohlgemerkt: Nicht

Einem von den Grünen geforderten
Parlamentarischen Untersuchungsaus-
schuß, der sich mit der Angelegenheit be-
schäftigen soll, haben sie zugestimmt.

Was in der Presse nach Bekanntwerden des HDW-Geschäfts als „Skandal“ bezeichnet wurde, war für die CSU übrigens ein willkommenes Anlaß, eine weitere Lockerung der Rüstungsexportrichtlinien zu fordern. Strauß-Berater Wilfried Schramm machte im „Bayernkurier“ die „zögernde und bremzende“ Politik des Auswärtigen Amts für die Krise der Werten verantwortlich. Strauß selbst plädierte dafür, bei Waffenlieferungen in den Nahen Osten „keine restriktive Haltung“ einzunehmen als die USA, Großbritannien, Frankreich oder Italien. Unterdessen wurde bekannt, daß Saudi-Arabien zum „Schutz seiner Ölanlagen und Exportrouten“ an westdeutschen U-Booten interessiert sei. Die Bundesregierung hat bereits „eine generelle Prüfung“ zugesagt.

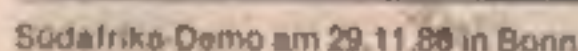
b. / KB Bonn



Im Namen des SPD-ParteiVorstands verlas Horst Ehmke eine Grußbotschaft, bei der er zunächst einmal eine etwa 50-köpfige, mit Pfiffen ihr Mißfallen ausdrückende Gruppe Autonome verlas Horst Ehmke eine Grußbotschaft, bei der er zunächst einmal eine etwa 50-köpfige, mit Pfiffen ihr Mißfallen ausdrückende Gruppe Autonome als „Chaoten“ und „Spalter“ beschimpfte, um dann zur Tagesordnung überzugehen: Kritik der unmoralischen Apartheid und ihrer Unterstützer, der Bundesregierung. Das Ziel aller sozialdemokratischen Bemühungen: menschenwürdige Verhältnisse in Südafrika. (Ende der Rede — Das Protokoll

Es ist Wolff Geisler zu verdanken, daß er in seiner Rede die illegale Lieferung von U-Boot-Konstruktionsplänen als Teil der seit Jahrzehnten (auch von der SPD) betriebenen und ständig erweiterten militärpolitischen Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Republik Südafrika aufzeigt hat. Helmut Kohl und Franz-Josef Strauß bezeichnete Geisler als „eidbrüchige Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Republik Südafrika aufzeigt hat, Helmut Kohl und Franz-Josef Strauß bezeichnete Geisler als „eidbrüchige Verbrecher und Sympathisanten des Apartheid-Regimes“ und fügte hinzu: „Hoffentlich klagt Strauß gegen diese Tatsachenbeschreibung.“ Eine Anzeige ist bisher nicht erstattet worden. Nun, auch dafür wird FJS seine Gründe haben.

b. / K.B. Brown



புதிதான டிசைன்ஸ் இப்போது கிடைக்கின்றன.

BUKO-Verbot — Oberpfalz — besetztes Land. Schon seit langem war geplant, die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Regensburg stattfinden zu lassen. Bewußt entschied man sich für die Oberpfalz, um die Verzahnung des bundesweiten Widerstandes mit den regionalen Aktivitäten zu verstärken. Die Staatsmacht aber fuhr alle Geschütze auf, um diese Konferenz zu verhindern. Am 27.11.86 erhielt der Anmieter der Räume für die Bundeskonferenz in Regensburg Besuch durch einen Vertreter der Stadt. Einen Tag vor Beginn der Bundeskonferenz erhielt er den Bescheid, „daß die Abhaltung der „Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung 1986“ in Regensburg vom 28. bis 30.11. ... verboten wird. Das Verbot gilt für sämtliche Bestandteile dieser Konferenz.“ Begründet wurde das Verbot mit Beiträgen aus dem Konferenz-Reader. Damit hatte niemand gerechnet, nicht einmal in der Oberpfalz, wo man mittlerweile wirklich genügend Beispiele rückständigen staatlichen Vorgehens erlebt hat.

Der Schock saß tief und hatte zur Folge, daß die Vorbereitungsgruppe erst spät und dann auch nur unzureichend auf das Verbot reagierte. In der ersten Presseerklärung fand sich kein Wort über die zum Teil haarsträubenden Verbotsbegründungen, z.B. Werbung für „Aufkleber Nr. 015 („Oberpfälzer Sagefische gegen WAA“) und geplanter Aufkleber Nr. 018 („Revolutionärer Fünfstern mit verumteilter Sonne und Säge in der Faust“).“ Mehrmals beanstandet wurde der Aufruf zu Blockaden, z.B. der Vorladung, im Frühjahr vor dem AKW Stade zum Brennelementwechsel eine solche Aktion zu organisieren. Für ein Verbot reichen schon Mißbillige Äußerungen einzelner Versammlungsteilnehmer: „Dabei geht die Stadt Regensburg nicht davon aus, daß alle Versammlungsteilnehmer oder auch nur eine Mehrheit der Teilnehmer die zu beanstandenden Ansichten bei der Bundeskonferenz äußern werden ...“ Für die Bejahung der Verbotsvoraussetzungen genügt es, daß zumindest die Duldung entsprechender Äußerungen durch einzelne Versammlungsteilnehmer mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.“ (aus der Begründung der Stadt Regensburg). In der Presseerklärung der BIWAK davon kein Wort, stattdessen wird vor allem damit argumentiert, daß die Arbeitskreise ja gar nicht öffentlich seien.

Bei BIWAK davon kein Wort, stattdessen wird vor allem damit argumentiert, daß die Arbeitskreise ja gar nicht öffentlich seien.

Radi-Aktiv ruft auf zur Anti-AKW-Bundeskonferenz

Ein Nürnberger Trägerkreis hat auf einer Versammlung am 10. Dezember die Initiative ergriffen, die nächste Bundeskonferenz der Anti-AKW-Gruppen in Nürnberg/Bayern vorzubereiten. Anwesend waren Bürgerinitiativen aus Nürnberg, Bamberg, München und Regensburg, zahlreiche Antirepressions- und Initiativgruppen, Vertreter politischer Strömungen wie Grüne, Jusos, KB, und Autonome sowie die Zeitung Radi Aktiv. Sie schlagen die Konferenz vom 16. bis 18. Januar 1987 vor. Ein breiter politischer Trägerkreis soll den politischen Preis für ein zweites Regensburg in die Höhe treiben. Geplant ist die Durchführung der BuKo in der für Regensburg vorbereiteten Form. Inhaltlich soll zusätzlich ein Schwerpunkt auf die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und die damit im Zusammenhang stehenden neuen Anti-Terror-Gesetze gelegt werden. Eine endgültige Entscheidung über die Bundeskonferenz wird auf einem Vorbereitungstreffen am 20. Dezember fallen.

Bis dahin sollen zahlreiche politische Unterstützer unter einen Aufruf gesammelt werden, den man bei der nachstehenden Adresse beziehen kann. Radi Aktiv, c/o Kulturladen Süd, Rothenburger Straße 106, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/288946 (Montag bis Donnerstag, 10 bis 19 Uhr).

Reden und Schreiben verboten Bayern bannt Anti-AKW-Bundeskonferenz

Einen von den Grünen eingebrachten Dringlichkeitsantrag zum Verbot lehnten die Fraktionen von CSU und SPD im Regensburger Stadtrat gemeinsam mit der Begründung ab, es handele sich um laufende Geschäfte der Verwaltung, die deshalb vom Stadtrat nicht behandelt werden müßten. Trotzdem hatte man die Hoffnung, die BUKO gerichtlich per einstweiliger Verfügung durchsetzen zu können. Diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung, ein Antrag von Jens Scheer wurde abgelehnt. Begründet wurde diese Ablehnung nur noch mit einem Beitrag der „Aktionsgruppe Kreis Steinburg“ im Konferenz-Reader. Dort heißt es an einer Stelle, daß „einige Personen aus der Aktionsgruppe Kreis Steinburg, BI Irzhoe, gewaltfreien Aktion und kirchlichen Anti-AKW-Gruppen aus Hamburg angefangen (haben), einzelne Schrauben von Strommasten zu lösen, und sich zu ihrer Tat vor der Presse zu bekennen. Durch diese Veröffentlichung üben wir starken politischen Druck auf die Atombehörden aus.“ Nach Meinung des Verwaltungsgerichts Regensburg erfüllt dieser Text den Tatbestand des § 111 (Auforderung zu Straftaten). Begründet wurde das Verbot damit, daß es der Antragsgegnerin (Stadt Regensburg) „deshalb nicht möglich war, durch geringere Eingriffe wie etwa Entsendung von Polizeikräften in die Versammlungsräume mit dafür zu sorgen, daß gegebenenfalls Aufrufe zur Gewalt verhindert werden können.“ Lediglich ein Verbot für ein Fest am Samstagabend wurde aufgehoben. Die trotz Verbot zahlreich angereisten BUKO-Teilnehmer fanden das vorgezeichnete Veranstaltungsgebäude von starken Polizeieinheiten umstellt, mit Flutlicht beleuchtet. Statt zur Auftaktveranstaltung versammelten sich die Teilnehmer in der Innenstadt Regensburg zu einer Spontan-Demo.

Olympiareil — 200 Meter Spontan-Demo

Der am Donaumarkt anwesende Einsatzleiter hatte zunächst erklärt, daß die Polizei nichts gegen die Demonstration unternehmen wolle, aber dies galt nur 200 m weit. Dann hatte der „kredible, verortet wirkende Einsatzleiter“ von oben wohl andere Order bekommen. Mehrere Hundertschaften regelten die Straße ab, der etwa 500 Menschen große Zug wurde gestoppt, zeitweise eingekesselt, was den Verkehr in der engen Altstadt total zusammenbrechen ließ. Angesichts eines übermächtigen Polizeiaufgebots löste sich die Demonstration in kleine Gruppen auf. Polizeisprecher Humbs gab gegenüber der „Mittelbayerischen Zeitung“ (29.11.86) an, „die Stadt Regensburg habe den Bundeskongress und alle Folgeveranstaltungen verboten, worunter auch der Protestzug falle.“ Der Einsatzleiter, der wohl nicht rechtzeitig in die ausgegebene Sprachregelung eingeweiht wurde, meinte hingegen, „daß sei keine Spontandemonstration, weil zwei Transparente aufgetaucht seien und dies auf Vorbereitungen schließen lasse.“ Mensch fragt sich, warum die Polizei sich überhaupt noch die Mühe macht, ihre Willkürmaßnahmen zu begründen.

Blaulichter im Nebel

Wo immer sich Demonstrationsgruppen in der Stadt sammelten, tauchten sofort BGS und Polizei auf. Dabei wurden nach Polizeiangaben 24 Personen „in Gewahrsam“ genommen. „Die Regensburger Altstadt bot gestern Abend ein ungewöhnliches Bild ... Mannschaftswagen von Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz an allen Ecken, Blaulichter im Nebel, durch die Gassen marschierende Hundertschaften Uniformierter (nach Polizeiangaben 500), hermetische Abriegelungen, Kontrollen.“ (Mittelbay. Ztg., 29.11.). Tatsächlich, Regensburg bot das Bild einer besetzten Stadt und es wurde deutlich, daß das Verbot der BUKO mit einem enormen Polizeiaufgebot auf jeden Fall durchgesetzt werden sollte.

Gasthof umstellt — Verbot in ganz Bayern

Nachdem Polizei und Justiz so Tatsachen geschaffen hatten, wollte man die BUKO einfach außerhalb Regensburgs abhalten; am Demosammelplatz wurde dazu aufgerufen, sich abends in Fronberg bei Schwandorf zu treffen. Doch kaum waren die ersten hundert Teilnehmer dort eingetroffen, waren auch schon wieder Bereitschaftspolizei und BGS mit von der Partie und versperrten den Eingang zum Versammlungsort. Weder konnten die Versammelten heraus, noch wurden später eintreffende AKW-Gegner/innen hinein gelassen. Dafür präsentierte der Einsatzleiter Huber aus Amberg ein Fernschreiben aus dem bayerischen Innenministerium, wonach die Polizei beauftragt sei, die Bundeskonferenz überall in Bayern zu verhindern. In Verhandlungen mit der Polizei, die schon in Kampfmontur ins Innere des Lokals eingedrungen war, einigte man sich darauf, ohne Personalienfeststellung abzugeben.

Die biologischen Folgen von Tschernobyl

Am Samstag konnte dann die BUKO wenigstens für einige Stunden zusammenkommen. Mit aller Vorsicht wurde von den örtlichen Büros der nächste Treffpunkt bekannt gegeben. In Regendorf bei Regensburg fand am gleichen Wochenende eine Bundesfachschaftentagung der Biologen statt, die sich angesichts des Verbots dazu entschloß, die BUKO-Teilnehmer zu einer Arbeitsgruppe Tschernobyl mit Jens Scheer als Referenten einzuladen. Fast gleichzeitig mit den Teilnehmer/innen der AG Tschernobyl trafen größere Polizeieinheiten in Regendorf ein. Während einer hektischen Plenumsitzung, im überfüllten Saal mit ca. 200 Leuten, immer wieder unterbrochen von Lageberichten über neu eintreffende Polizeieinheiten u.ä., konnte zum ersten Mal die Situation diskutiert werden. In der Diskussion wurde deutlich, daß man das Verbot nicht einfach hinnehmen kann. Es müsse auf jeden Fall versucht werden, eine neue BUKO in Bayern abzuhalten. Durchsetzbar wäre dies allerdings nur von einem weitaus breiteren Bündnis, als Ende November unterzeichnet wurde. Es wurde versucht, eine neue BUKO in Bayern abzuhalten. Durchsetzbar wäre dies allerdings nur von einem weitaus breiteren Bündnis, als Ende November unterzeichnet wurde. Es wurde versucht, eine neue BUKO in Bayern abzuhalten. Durchsetzbar wäre dies allerdings nur von einem weitaus breiteren Bündnis, als Ende November unterzeichnet wurde.

Polizeischutz — damit ein Fest ein Fest bleibt

Am Abend sollte als einzig erlaubte Veranstaltung ein Fest stattfinden. Aber die Halle war von Polizei umstellt, der Vorplatz hell erleuchtet, auch im Inneren befanden sich Uniformierte und jede Menge Zivils. Die Polizei verkündete per Megaphon, sie sei mit Zivilkräften in der Veranstaltung vertreten und werde diese im Fall, daß sie zu einer Nachfolgeveranstaltung der Bundeskonferenz gegen Atomkraft umfunktioniert werde, als verboten im Sinne des Versammlungsrechts auflösen. Die Ansage ging in „Bußen raus!“ Rufen unter und auch an der Eingangstür angebrachte Zettel diesen Inhalts hingen nicht lange. Nachdem auf der Bühne die Ergebnisse der AGs verlesen worden waren, forderte jemand dazu auf, das „Fest“ zu verlassen und sich am Arnulfsplatz zu treffen. Ungefähr die Hälfte der Anwesenden befolgte den Aufruf. Nach ca. 50 m versperrte eine Kette BGSler den Weg; als auch im Rücken der Menge eine Polizeikette gebildet wurde, war mensch wiederum kurzzeitig eingekesselt. Die Eingekesselten wurden nun witzigerweise aufgefordert, die verbotene Versammlung zu verlassen. Drei Leute wurden festgenommen. Wer die Kette passieren konnte und glaubte, nun in die Innenstadt gehen zu können, wurde eines Besseren belehrt. An der ersten Brücke zur Innenstadt (das Fest fand auf einer Donauninsel statt) war eine Polizeikette postiert, die ausnahmslos jeden zurückwies, der die Brücke überqueren wollte.

An der nächsten Brücke das gleiche Bild. Wer nicht ortskundig war und einen Schleichweg zur dritten Brücke wußte, saß buchstäblich fest. Auf der anderen Donaunseite waren ebenfalls Polizeiketten postiert, die wiederum niemanden auf die Insel ließen, auch nicht zahlreiche Bürger und Kneipenbesucher, die zu ihren geparkten Autos wollten. Für alle war der Weg total gesperrt. Trotzdem sammelten sich auf dem Arnulfsplatz nochmals ca. 200 AKW-Gegner/innen und natürlich ein großes Polizeiaufgebot. Wer dort nach Meinung der Polizei alzu fleißig den Zebrastreifen benutzte, wurde festgenommen. Darunter auch ein 17-jähriger, weil sich ein Polizist durch Seifenblasen bedroht sah. Nach Augenzeugenberichten wurde diesem Jugendlichen auf dem Polizeirevier von einem Beamten der Kopf an die Wand geschlagen, eine ärztliche Untersuchung ergab eine schwere Schädelverletzung. Bekannt ist, daß diese Mißhandlungen beobachtet hatten und Anzeige erstatten wollten, wurden unter der Androhung einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und des Einsatzes von Polizeihunden aus der Wache gejagt. Die Scharmützel am Arnulfsplatz und Umgebung dauerten noch bis 2 Uhr, wobei die überall herumstehenden und fahrenden Wannen für mehrere Staus und Verwirrung gesorgt haben sollen als alles andere.

Nächste BUKO in Bayern

Am Sonntag fand in Schwandorf ganz ohne Polizeiobergänge ein Plenum mit 150 Teilnehmern/innen statt, auf dem die Arbeitsgruppenergebnisse vom Vortrag nochmals vorgestellt und diskutiert wurden. Beschlossen wurde ein Konzept, in dem es heißt: „Die Konsequenzen aus dem Verbot dieser BUKO muß sein, die nächste zu organisieren, und zwar in Bayern.“ Als Termin wurde — falls es sich als realisierbar erweist — das Wochenende 17./18. Januar vorgesehen. Zur Durchsetzung soll für ein breites Bündnis gewonnen werden, das die Konferenz am Freitag mit einer Großveranstaltung zum Thema Kriminalisierung eröffnet. Die Verbreitung dieses Bündnisses darf nicht auf Kosten der Inhalte gehen, was konkret bedeutet, daß aus dem Reader nichts gestrichen werden soll. Die Organisation der BUKO soll nicht nur einer Stadt überlassen werden. In einer verabschiedeten Presseerklärung heißt es: „Das bayerische Versammlungsverbot bezieht sich unter anderem auf Widerstandsformen, die sich über einem

Jahrzehnt als Mittel der Gegenwehr gegen Atomanlagen und Atomwaffen von Hunderten akzeptiert und praktiziert werden; gegen Blockaden, gegen zivilen Ungehorsam, kurz gegen alles, was den vom Staat gesetzten Rahmen für Proteste überschreitet. Wir protestieren gegen diesen heillosen Versuch, die Anti-AKW-Bewegung insgesamt als „kriminelle Vereinigung“ abzustempeln. Im Widerstand gegen Atomanlagen und Atomwaffen gilt für uns und heute mehr denn je das Motto von Wyl: Wo Recht ist Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ Trotz der Schikanen des Wochenendes fanden sich viele BUKO-Teilnehmer zum üblichen Sonntagspaziergang am WAA-Gelände ein.

Das bayernweit ausgesprochene Verbot der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung stellt einen massiven Angriff der Staatsregierung letztlich auf alle außerparlamentarischen Bewegungen dar. Das Verbot wurde durch eine eigenwillige Auslegung des § 5 Abs. 4 des Versammlungsgesetzes durchgesetzt. Dieses Urteil ist im Zusammenhang mit den neuen sog. Anti-Terror-Gesetzen zu sehen, die gezielt die Anti-AKW-Bewegung treffen sollen (s. gesonderten Artikel), da gerade sie die Bewegung ist, die sich Spaltungsversuchen in gewaltfreie und militante AKW-Gegner/innen widersetzt und eine offene Diskussion über Widerstandsformen sucht. Mit diesem Urteil soll das Denken und wird das Diskutieren verboten. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung existiert in Bayern nicht mehr. Das Verbot der BUKO entspricht dem verschärften Vorgehen gegen den WAA-Widerstand. Nach den massiven CS-Gesetzesätzen am Bauzaun, nach der Freigabe von Gummigeschossen, dem Verbot jeglicher Veranstaltungen gegen die WAA, nach den zahlreichen Verhaftungen und inzwischen Verurteilungen von WAA-Gegnern/innen mit zum Teil sehr hohen Haftstrafen, der Terroristenhaft, den ständigen Ermittlungsverfahren und Beschlagnahmungen des bayerischen „Anti-Atommagazins „Radi-Aktiv“, befiehlt sich der Staat jetzt mit der Struktur des Widerstandes, um die Bewegung handlungsunfähig zu machen.

Wie reagiert die Bewegung?

Vorab ist festzustellen, daß relativ defensiv mit dem Verbot umgegangen wurde. Die oberste Zielvorabe, sich als BUKO zu versammeln, bestimmte das politische Handeln an diesem Wochenende. Der Rechtsstreit wurde nicht mit einer politischen Argumentation geführt, es wurden sogar demokratische Selbstverständlichkeiten preisgegeben, um doch noch eine Versammlungserlaubnis durchzusetzen. Da dies scheiterte, wurde der Versuch eines mehr oder weniger heimlichen Vorgehens gemacht. Die Bewegung ließ sich in ein Untergrundgeplänkel abdrängen. Der von einer Minderheitenströmung eingebrachte Vorschlag, die nächste BUKO außerhalb Bayerns abzuhalten, wurde weniger thematisiert als Vorgehen gemacht. Die Bewegung ließ sich in ein Untergrundgeplänkel abdrängen. Der von einer Minderheitenströmung eingebrachte Vorschlag, die nächste BUKO außerhalb Bayerns abzuhalten, wurde weniger thematisiert als Vorgehen gemacht. Die Bewegung ließ sich in ein Untergrundgeplänkel abdrängen. Der von einer Minderheitenströmung eingebrachte Vorschlag, die nächste BUKO außerhalb Bayerns abzuhalten, wurde weniger thematisiert als Vorgehen gemacht.

Ein Angebot der Landtagsfraktion der bayerischen Grünen, unter ihrem Schutz doch noch ein inhaltlich uneingeschränktes Sonntagsplenum zustande zu bringen, scheiterte an der Absage von etlichen Aktivisten aus dem Schwandorfer Anti-WAA-Büro. Eine kritische Distanz ist seit dem Entsolidarisierungsverhalten der bayerischen Grünen unter anderem anlässlich der Demonstration am 4.10.86 in München sicher in vielen Fällen angebracht. Aber angesichts der Tatsache, daß das Angebot der Landtagsfraktion unter den gegebenen Umständen die einzige Möglichkeit darstellte, eine neuenswerte Gegenöffentlichkeit aufzubauen, war diese Absage unverantwortlich. Die bayerischen Grünen verurteilen das Vorgehen der Staatsregierung

Fortsetzung von vorheriger Seite

Dokumente über Verbote und Rechtssprechung in Bayern



Dieses Emblem ist erlaubt. Als Button mit einer Bäge in der Faust ist es verboten.

und der Polizei scharf: „Sie habe durch Jagdzeiten auf Kernkraftgegner sich außerhalb der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik bewegt.“ (Nürnberger Nachrichten, 2.12.). Bei einer Pressekonferenz am Montag in Bonn wurde von Fraktions-sprecherin Hannegetr. Hönes (Grüne im Bundestag) mit der Verurteilung des staatlichen Vorgehens gleichzeitig die Bewegung aufgefordert, „friedliche Mittel bei der Verfolgung ihrer Ziele einzusetzen und staatlichen Repressionen keinen Vorschub zu leisten“ (SZ, 2.12.). Hier wird peinlich, wenn die grüne Sprecherin der Bewegung vorschreiben will, was sie diskutieren darf, während gleichzeitig der Bundestag den Zensurparagrafen 130a StGB verabschiedet. Insgesamt hat die Presse über das ungeheuerliche Vorgehen der bayerischen Staatsregierung mager berichtet. Die Dimensionen, die das BUKO-Verbot darstellt, wurden von der demokratischen Öffentlichkeit noch gar nicht erkannt.

Aus den Fehlern lernen

Die nächste BUKO muß wieder in Bayern stattfinden. Es muß deutlich werden, daß sich die Anti-AKW-Bewegung trotz der dann schon verabschiedeten „Terror“-Gesetze das Recht auf eine offene und unzensurierte Diskussion nicht nehmen läßt. Um dies zu ermöglichen, braucht sie den Schutz der demokratischen Öffentlichkeit, von der nicht erwartet wird, daß sie sich mit allen Inhalten der Anti-AKW-Bewegung solidarisiert, die aber erkennt, daß das staatliche Vorgehen an jenem Wochenende die Aushöhlung der demokratischen Grundrechte darstellt. In Nürnberg existiert bereits ein Kreis von Aktivisten, die die Konferenz dort durchziehen und die örtliche Vorbereitung übernehmen wollen. Die letzte Entscheidung darüber wird von einem bundesweiten Vorbereitungstreffen noch im Dezember gefällt werden.

St. und L., Nürnberg

Die Verfügung der Stadt Regensburg vom 27.11.86 zum Verbot aller Veranstaltungen der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung hat das bayerische Verwaltungsgericht Regensburg am 28.11. gebilligt, ausgenommen das geplante Fest. Von den vielen Textzitierten, die die Regensburger Stadthüter als Beleg für die Rechtswidrigkeit der Konferenz anführten, konzentrierte sich das Verwaltungsgericht auf einen Text des Vorbereitungsreaders, den wir hier vollständig zitieren:

„Den Atomstaat demonstrieren“

„Wir appellieren, demonstrieren, blockieren... nichts hat die Atom-mächtigen zur Einsicht gebracht. Selbst nachdem uns Tschernobyl recht gegeben hat, passiert nichts. Im Gegenteil, sie bauen ihren Wahnsinn sogar noch weiter aus.“

Wir müssen unseren Protest und Widerstand also noch verstärken, und das nicht nur verbalradikal!!

An diesen Gedanken anknüpfend, haben einige Personen aus der Aktionsgruppe Kreis Steinburg, Bl. Ito-hoe, gewaltfreien Aktions- und kirchlichen Anti-AKW-Gruppen aus Hamburg angefangen, einzelne Schrauben von Strommasten zu lösen, und sich zu ihrer Tat vor der Presse zu bekennen.

Durch diese Veröffentlichung üben wir starken politischen Druck auf die Atom-mächtigen aus. Um diesen Druck noch zu erhöhen, und einer Diffamierungskampagne entgegenzuwirken, suchen wir Leute, die schon geschraubt haben, bzw. noch schrauben werden, um gemeinsam in verstärkter Form an die Öffentlichkeit treten zu können!!

Übrigens: Solange man mit seinen 19-36er Schlüsseln nicht vor den Augen der Staatsmacht schraubt, ist eine strafrechtliche Verfolgung wegen Be-

weisnot so gut wie unmöglich, auch wenn man sich vor der Presse dazu bekennt. Aktionsgruppe Kreis Steinburg...

Das Verwaltungsgerichtsurteil

Das Verwaltungsgericht sah darin den Tatbestand der „Befürwortung von Straftaten“ nach § 111 Strafgesetzbuch erfüllt. Auch die angekündigte Distanzierung der Regensburger Veranstalter (die BIWAK) vom Steinburger Papier konnte das Gericht nicht überzeugen. Durch den Reader hätten sie dessen mehrhundertfache Verbreitung ermöglicht und könnten den Rechtsprechern nicht glaubhaft machen, daß sie „etwa bei einem Auftreten der Aktionsgruppe Kreis Steinburg den von dieser Gruppe gemachten Äußerungen entgegenstehen“ würden. Das Gericht spricht ihnen zwar nicht die Glaubwürdigkeit bei der Ablehnung von „Aufforderung zu Gewalttaten“ ab, was jedoch „nicht davon überzeugt, daß der Antragsteller die Bundesversammlung organisatorisch im Griff hat“. Originalton Verwaltungsgericht:

„Aus der völlig unübersichtlichen Organisation der BIWAK, dem Fehlen einer handlungsfähigen Vertretung und der hieraus folgenden mangelnden Handlungsfähigkeit der BIWAK, die den Antragsteller vertreten hat, schließt die Kammer, daß der Antragsteller wegen der Kürze der Zeit bis zum Beginn der Bundeskonferenz keinen klaren Überblick gewinnen kann, ob die von ihm eingesetzten Ordner und Arbeitsgruppenleiter tatsächlich den von ihm vertretenen gesetzmäßigen Weg beschreiten wollen, oder ob nicht dennoch auch Vertreter von Gruppen, die Gewalt propagieren, auftreten werden. Weiter ist zu schließen, daß er etwaigen Aufrufen zur Gewalt nicht mit Sicherheit entgegenzutreten

kann, weil er keine Organisation zur Verfügung hat, auf die er sich verlassen kann.“

Die Verbotsverfügung der Stadt Regensburg

Die Stadt Regensburg hatte in ihrer „Bescheid“ genannten Verbotsverfügung an die Veranstalter der BUKO außer dem zitierten Steinburger Text noch eine Reihe zusätzlicher Textauszüge aus dem Vorbereitungs-Reader (in der Schreibweise des Regensburger Rechtsdezernats „Rieder“ genannt) als Verbotsbegründung genannt. Mit dem Text der gewaltfreien Aktionsgruppe auf Seite 17 des Readers in Verbindung mit der Seite 111, „wo zum Umsturz gebrachte Strommasten abgebildet sind“, liege „nach dem internen Zusammenhang der Äußerung und ihrem Zusammenhang“ mit dem Foto „ein Aufruf zur Beschädigung von Strommasten in einer bestimmten Art und Weise vor“.



Dieser Button ist verboten

„Aufforderung zu rechtswidrigen (strafbaren) Handlungen (Sachbeschädigung)“

Auf Seite 28 des Readers wird ein Bericht vom Treffen südhessischer Gruppen und Einzelpersonen über die Beratung eines „Widerstandsabstimmung“ wiedergegeben. Darin heißt es u.a. (die inkriminierte Stelle ist fettgedruckt): „Kontext auf dem südhessischen Treffen trotz persönlich unterschiedlicher Auffassung (vom Pazifismus bis zur Militanz), ist die Nichtfestlegung der Aktionsformen. Es wird keine Distanzierung geben. Vom Büchertisch bis zur Handbombe sei alles möglich, heißt es. Jede Gruppe oder Ortszusammenhang ist selber verantwortlich und handelt aus seiner Diskussion heraus. Natürlich wollen wir die Diskussion über Widerstandsformen und über Kritik. Dies aber als Erfahrungsaustausch und Kommunikation in einer gemeinsamen Kampagne, wo keiner sich zum Sprecher aufschwingen darf. Durch Sammlung von Aktionsberichten und die Verteilung dieser an die teilnehmenden Gruppen soll ein Austausch und Zusammenwachsen der Bewegung ermöglicht werden.“

Entsprechend moniert werden: „Aufkleber Nr. 015 (Oberpfälzer Sägefische gegen WAA) und geplante Aufkleber Nr. 016 (Revolutionärer Funkenstein mit verummierter Sonne und Säge in der Faust), S. 11“ (siehe nebenstehendes Faksimile).

Weiter ist die folgende Passage aus einer Abhandlung über „Erfolgsspektiven und Gewaltfrage“ nicht erlaubt: „In die Diskussion um das jeweils taktisch richtige Vorgehen — verbunden mit unabdingbarer Solidarität nach außen — gehören auch die mit einbezogen, die den Steinwurf als Element der Befreiung empfinden.“ „So wie die folgende Textpassage aus dem Aufruf zum bundesweiten, dezentralen Widerstandstag: „Trotzdem gibt es mehr verdeckt, aber auch offen (Wackersdorf), Verständnis für einen außerparlamentarischen, radikalen Widerstand, einen Widerstand, der praktisch wird, der Spaß macht, und vor allem eingreift in den reibungslosen Ablauf der Atombetreiber.“

„Aufruf zu Blockaden erfüllen den Tatbestand der Nötigung“

Aus dem Papier der „Arbeitsgruppe Grenzbereiche“ ist die folgende Aussage nach Regensburger Meinung strafbar (die inkriminierten Stellen fettgedruckt):

„Walter Mossmanns im Sommer in der TAZ gemachter und auf der Frankfurter BUKO von Autonomen nochmals eingebrachter Vorschlag bundesweiter Grenzbereiche sollte besprochen werden, ebenso aber, ob als erste Aktion an allen BRD-Grenzen nicht etwas weniger Schwieriges laufen sollte, zumal wir ja doch für die Abschaffung aller Grenzen sind. Wenn wir die blockieren, leuchtet das vielleicht vielen nicht ein, es hat allerdings etwas Generalstreikartiges an sich, ähnlich wie die Wandland- und Wackerlandblockaden, doch so weit wie dort sind wir bundesweit ja leider meist nicht. Wie wär's mit spektakulären Verbrüderungen/Verschönerungen auf möglichst vielen Grenzübergängen an einem Tag? Mit Leuten aus jeweils beiden bzw. allen drei Ländern, möglichst viel Medien, Flugblätter, Transparenten etc.?! Blockiert wird dadurch ja auch in gewisser Weise. Wenn das gut klappt, können Aktionen vor/in Gebäuden der Atommafia, beldersatz, und so folgen. Wo's bisher nicht gelaufen ist, müssen Infoveranstaltungen, die möglichst breite Massen ansprechen, vorangehen, klar, und andere Infos.“

Aus einem „Aufruf für eine offensive Kampagne gegen die KWU“ ist der folgende Absatz strafbar:

„Im Frühjahr nächsten Jahres könnte es massivere Aktionen geben. Vorgeschlagen wurde bis jetzt eine zweitägige Blockade (im Sinne des Wortes!) und ein überregionaler Aktionstag an den vier Standorten der KWU in Mülheim, Offenbach, Erlan-

Denn so ist es doch gemeint: Die neue Gesetzgebung, die angeblich dem „Terrorismus“ gilt, definiert neben anderen Linken diese Zeitung und die sie tragende Organisation KB als Umfeld der RAF, wobei Herr Zimmermann zum gegebenen Zeitpunkt sicher noch präzisieren wird, ob die behauptete Nachbarschaft „enger“ oder „weiter“ ist. Nach „Sympathisanten-sumpf“, „geistiger Urheberchaft“ oder „legalem Arm“ kommt der Anwurf, ein „Umfeld“ zu sein, nicht gerade überraschend, wenn auch die mangelnde Eleganz der polizeimäßigen Sprachregelungen immer wieder wehtut. Klar ist jedenfalls, daß heute, wo Böll und Brückner ersatzlos verstorben, Brandt und Nannen heillos verkalkt, Augstein sinnlos bekifft und Breiner hoffnungslos verblödet sind, unsere(r) das Watschenfräulein/männchen abgeben muß für alles Böse, das den Bundesinnenminister in seinen hypoglykämischen Anfällen (Unterzuckerung; Diabetes-Folge) heim-sucht.

Das ehrt uns, aber — wie in aller Bescheidenheit anzufügen ist — auch die anderen Hauptfeinde der Staatsmacht, als da sind die Aktionsgruppe Steinburg evangelischer Christenmenschen, die Achse Ebermann-Ditfurth grüner Systemgegner, der schwarze Block militanter autonomer Subkultur und natürlich das Ehepaar Meyer als vermeintliches Kommando Dingbuns mit Frau Barbara, die gefährlich attraktiv aussieht und auch nach Paris fährt, aber weniger um hübsche Sachen einzukaufen. Will sagen: Die außerparlamentarische Opposition hat auch schon bessere Zeiten erlebt, aber es reicht allemal, um gegen die Männer der Wende eine gute Figur zu machen. Nebenbei bemerkt: Daß unsere Einstufung als „Umfeld der RAF“ ein wahrnehmbares Kompliment an jene, aber herbe Beleidigung uns gegenüber darstellt, soll angesichts des gegebenen Frontverlaufs einwilligen nicht vertieft, muß aber irgendwann der notwendigen Klärung zugeführt werden.

Der Mensch wächst an seinen Aufgaben. D.h. der CSU-Staat provoziert die Linke, sich der getriebenen demokratischen Prinzipien anzunehmen, wenn es denn schon niemand anders tut (an sich eine tolle Chance für die DDR, aber ...). Dazu braucht's eine Einschätzung: Zensur ist (momentan), daß gedruckte Texte in Bayern inquali-

Kommentar

Hier spricht das Umfeld

tionsmäßig durchleuchtet werden, damit sie in den anderen Bundesländern gar nicht erst gesetzt werden. Wobei die Zensoren hoffen, daß alles, was nicht gesetzt wird, über kurz oder lang auch aus den Köpfen schwindet.

Wie darauf reagieren? Ein Teil der Veranstalter der in Regensburg verbotenen Anti-AKW-Bundeskonferenz war sichtlich bemüht, vor Gericht alle staatlich geforderten Zusicherungen zu geben: Man werde Diskussionen über strafbare Handlungen selbst unterbinden und verbotene Inhalte nicht zulassen. Wenn diese Zusicherungen taktisch gemeint waren, dann war die Taktik jedenfalls erfolglos. Ein weiterer Teil der Konferenz versuchte, in der Not zu improvisieren und mehr oder weniger unter den Augen der bayerischen Staatspolizei und des BGS Ausweichmöglichkeiten für die Veranstaltung zu finden. Dies soll sogar nach eigenem Bericht einiger Beteiligten nicht unvergnügli abgegangen sein. Trotzdem: Eine Massenbewegung, die in den letzten zehn Jahren Hunderttausende mobilisiert hat, darf sich damit nicht zufrieden geben.

Auch wenn es nervt, weil es Wichtigeres gibt und man selbst durchaus anderer Meinung sein kann: Wenn einige christliche AKW-Gegner glauben, durch das Lockern zweier Schrauben an einem Strommast und durch Bekanntgabe dieser underground-action in der Öffentlichkeit agierenden Druck auf die Atomindustrie ausüben zu können, so müssen sie dies auf jedem Forum der Linken frei äußern und zur Diskussion stellen können. Und weiter: Mag auch der Häftlingsmarsch im Bundestag mit unverkennbar schlechtem Gewissen toben, „es sollte erneut die empörende und schäbige politische Verleumdung behauptet werden, die Bundesregierung habe Straftatengehen in Zusammenhang ermorden lassen“ — es muß den Angehörigen dieser Gefangenen und nicht nur ihnen möglich sein, ihre Meinung so lange, so beharrlich und so oft zu vertreten, wie sie es für richtig halten, zumal die ganze Wahrheit über Stauheim immer noch nicht bekannt ist.

Nutzt das dem „Terrorismus“? Ist das genau die Funktion, die das „Umfeld“ für die RAF ausübt? Die Zimmermänner behaupten: Ja; die Linke sagt mehrheitlich: Nein. Im Prinzip können beide irren. Aber schon die Frage so zu stellen, verrät die mangelnde Übung in den einfachsten demokratischen Dingen. Selbst wenn es der RAF nützen würde, müßte so gehandelt werden. Das ist nun mal das Risiko des freien Meinungs-austausches, daß sich auch eine Richtung durchsetzen kann, die nicht die eigene ist. Freiheit ist ein Sprengsatz, kein Oma-Spiel.

Es wird sich noch herausstellen, wer die größeren Nachteile hinnehmen muß: Diejenigen, die den Sprengsatz Freiheit begehen auf die Gefahr hin, hinter Gittern weiter darüber nachdenken zu dürfen oder diejenigen, die zum Seziermesser greifen, um aus einem lebendigen Ganzen ein totes Stück „erlaubte Demokratie“ zusammenzuschneiden. Die Radikalkur der doctor's Tandler, Stoiber, Gauweiler, Fellner, Koller und anderer gelernter Metzger hat schon mit enormen Kunstfehlern begonnen, weil das bayerische Feldlazarett die Schwarzwaldklinik verblässen lassen will. Also: Betäubung mit dem Holzhammer, Amputation der ‚falschen‘ Glieder, folgeschwere Verwechselung wichtiger Organe (diese Leute sind ja nämlich auf die Leber fixiert). Was gäbe man nicht dafür, dabei sein zu dürfen, wenn es hinter der Stirn von Regensburger Stadtvätern arbeitet, derweil sie in einem Reader zwischen den Zeilen lesen und die angefügten Bilder studienräumlich auslegen. Jaja: Hävi Rieder statt Ihsy Raider. Es ist doch recht offen, wer hier zuletzt und folglich am besten lacht.

Dieser demokratischen Schlacht sollte man nicht mit taktischen Tricks aus dem Weg gehen. Zumal es hier höchstens ganz im Vordergrund um bayerische Besonderheiten geht und tatsächlich, wie die Ereignisse in Göttingen, Erlangen und anderswo — ja überall — zeigen, um einen Versuch der Südstaaten, den Rest der Welt auf das Niveau des Mittelalters zurückzuführen.

Leider sind nämlich die original inquisitorischen und leicht spürbaren Keulenschläge nur die Spitze des Eisbergs: Aus Bundesstagsprotokollen ist zu erfahren, daß Zimmermann laufend die Chefredakteure der maßgeblichen Presse zum Rapport bestellt und „un-aufhörlich“ Besprechungen mit ARD und ZDF abhält, um nicht näher bekannte konkrete Grundsätze „außerhalb der redaktionellen Verantwortung der Anstalten“(!!) zu verabschieden. So beginnt der Staat, mithilfe der sog. „Öffentlichkeitsfahndung“ direkt in die großen Medien hineinzueregeln, ohne daß man von Intendanten, Herausgebern oder Chefredakteuren auch nur ein Sterbenswörtchen über derart brisante Entwicklungen, geschweige denn Widerspruch, vernommen hätte. Es sieht nicht so aus, als ob auf dieser Ebene, die die entscheidende in Bezug auf Zensur oder staatliche Manipulation ist, mit groben Kunstfehlern geholt werden würde.

Zurück zur Anti-AKW-Bundeskonferenz: Sie muß natürlich wieder nach Bayern und der Tagesordnungspunkt 1 wird nicht lauten „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit“ (denn die haben wir im Unterschied zum Fürstentum zwischen Monaco und Neuschwanstein und Stephanie und Max Strauß ...), sondern er wird lauten „Hier nehmen wir Redefreiheit“.

Aber der Tagesordnungspunkt 2 muß lauten: WAA. Wiederaufarbeitungsanlage, Atombombenpläne des BRD-Kapitals, neurotisches Fingerjucken des bayerischen Reichsverwesers, wenn er ein rotes Knopfverloren, strahlender Müll, gegen den das bilitchen radioaktiver Molke, von der Rosenheim nicht weiß, wohin damit, ein Treppenwitz ist, Becquerels, die den bayerischen Landsleuten heute das Wildbret verleiden und die ihnen morgen aus den Ohren rieseln werden. Sie wissen ja gar nicht, was ihnen das „Umfeld“ Gutes tut, wenn es darauf besteht, nach Wackersdorf zu kommen und so lange auf den Putz zu hauen, bis die Wiederaufarbeitung den Weg alles Irdischen genommen hat. Hierin keine falsche Bescheidenheit: Nach der Wahl — auf ein paar Wochen früher oder später kommt es nicht an — sollte es eine wirkliche Massendemonstration in der Oberpfalz geben. Wir werden uns dabei an Paris erinnern, und Strauß darf am Chirac denken.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gen und Berlin (Oberpfälzer/innen machen „Putz“ in Moskau) ... Der Voranschlag wird auf der nächsten Bundeskonferenz im November eingebracht. Beide größere Aktionen können erst laufen, wenn eine breite Mobilisierung gelingt. Es wird frustig, eine „Blockade“ anzukündigen, wenn sie wie bei der letzten Aktion im Mai schon nach einer Stunde beendet ist.

„Viel zu tun in Stadel“, dieser Nachdruck eines Artikels von einem Bremer BBA-Mitglied aus der „atom“ 11/12-86 darf eigentlich die folgende Passage nicht enthalten:

„Die Idee einer großen Blockade anlässlich des Brennelementewechsels im Frühjahr geistert schon lange durch die Reihen der Anti-AKW-Bewegung. Der Charakter der Aktion sollte aber vernünftigerweise erst 2 bis 3 Monate vor der Blockade im einzelnen ausgearbeitet werden. Die politische Diskussion über die Zielrichtung und Machart der Aktion sollte aber so früh wie möglich beginnen. Die Auswertung der Arbeit bis zum Jahresende muß unbedingt berücksichtigt werden.“

„Verunglimpfung des Staates“

... enthalte der Abdruck einer „Erklärung der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD“:

„Wir sind heute vor das Bundeskanzleramt in Bonn gegangen und verlangen von der BUNDESREGIERUNG, die Forderung: ZUSAMMENLEBUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN in große Gruppen und FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG zu erfüllen. Wir sind hier hingerungen, weil in der Regierung letztendlich die politischen Entscheidungen fallen, in denen das grundsätzliche Vorgehen des Staates gegenüber den politischen Gefangenen bestimmt wird.“

— so z.B. 1977, als hier die Entscheidung für die Ermordung der Gefangenen aus der RAF fiel...

„Mit dieser Äußerung“, so die Regensburger Stadtschlichter, „wird sinngemäß behauptet, die Bundesregierung habe die Terroristen Baader, Ensslin und Raspe ermorden lassen.“ „Werbung für eine kriminelle Vereinigung“ sowie „Billigung der Taten der RAF“ seien — werden sie auf einer BuKo geäußert — geeignet, „den öffentlichen Frieden zu stören, da solche Äußerungen gerade bei der zu erwartenden Zusammensetzung der Versammlung zu einer emotionalen Aufpeitschung und zu entsprechenden Verhaltensweisen führen können.“

Sammlung zu einer emotionalen Aufpeitschung und zu entsprechenden Verhaltensweisen führen können.“

„Vielmehr geht es darum, daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen.“

Ausführlicher als das Verwaltungsgericht hat die Stadt Regensburg begründet, daß zukünftig nicht allein die Distanzierung von bestimmten Äußerungen notwendig ist, sondern deren Verhinderung. Der die BuKo veranstaltenden BIWAK wird in der Verfügung der Stadt eine Passage aus ihrem Vorwort zum Reader vorgehalten, in der es heißt: „... wollten wir uns bei der Auseinandersetzung um die Gewaltfrage nicht der Heizer gegen „Militante, Autonome...“ anschließen und distanzieren uns nicht.“ Das war den Zensoren zu wenig. Die Stadt geht zwar „nicht davon aus, daß alle Versammlungsteilnehmer oder auch nur eine Mehrheit der Teilnehmer die zu beabsichtigten Ansichten bei der Bundeskonferenz äußern werden.“ (...) Für die Befahrung der Verbotsvoraussetzungen genügt es, daß zumindest die Duldung entsprechender Äußerungen durch einzelne Versammlungsteilnehmer mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.“ Die beklagte Undurchsichtigkeit der Organisation der BuKo lasse die „Behauptung, die BIWAK werde Äußerungen strafbaren Inhalts nicht dulden“, nicht glaubwürdig erscheinen. „Die Stadt hält es vielmehr für durchaus möglich, daß Äußerungen strafbaren Inhalts durch einzelne Versammlungsteilnehmer zu widersprechenden Erwidern und anderer Versammlungsteilnehmer führen werden. Dies genügt aber gerade nicht, um die Gefahr einer Duldung solcher Äußerungen auszuschließen. Vielmehr geht es darum, daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen.“

Zensur gegen „Radi-Aktiv“ (denn das Böse ist immer und überall)

Radi Aktiv

bayerisches Anti Atom Magazin

Ausgabe 6/1986 4,- DM



Am 21.1.87 beginnt der Prozeß gegen das bayerische Anti-Atommagazin „Radi-Aktiv“. Seit einem halben Jahr wird jede Nummer des Radi-Aktiv beschlagnahmt, zensuriert oder mit Strafverfahren überzogen, Ausdruck einer beispiellosen Kriminalisierungskampagne gegen die Anti-WAA-Bewegung.

Mit der Kriminalisierung des Blatts soll die Bewegung getroffen werden, denn diese Zeitung ist eine der wenigen Strukturen, die der bayerische Anti-WAA-Widerstand hat.

Als die Oberpfalz als Standort für die WAA ins Gespräch kam, hieß es, wenn die WAA irgendwo politisch durchsetzbar sei, dann in Bayern. Und tatsächlich — wer hat damals geglaubt, daß ausgerechnet in Bayern, ausgerechnet in der Oberpfalz eine wirklich breite Bewegung gegen die Wiederaufbereitungsanlage entstehen würde, deren Widerstand sich nicht auf langweilige Latschdemos und Petitionen beschränkt? Der Widerstand gegen die WAA, der seit einem Jahr sprunghaft angewachsen ist, hat wohl auch die Herrschenden in diesem unserem Lande überrascht.

Denn bei allen Mängeln, die diese Bewegung hat — eines ist sie nicht:

Sie ist nicht integrierbar und sie ist (bistlang) nicht kaputtzukriegen. Um dies zu erreichen, macht die bayerische Staatsregierung nicht nur von den juristischen und politisch-taktischen Möglichkeiten Ge-

brauch, die ihr bisher schon als staatliche Instrumentarien zur Verfügung stehen, sondern sie setzt permanent neue Repressionsmethoden ein, um WAA-Gegner/innen einzuschüchtern.

Die Polizeitaktik der letzten Monate in der Oberpfalz läßt sich zusammenfassen unter dem Motto: Alles verboten

Ein paar Beispiele:

- Eine Musikerinitiative gegen die WAA will ein klassisches Konzert veranstalten — dafür gibt es Raumverbot.
- Einheimische lassen auswärtige WAA-Gegner/innen bei sich übernachten — unter dem Vorwand: Terroristen zu suchen, werden zwei Wohnungen überfallen und die Anwesenden mit Pistolen im Anschlag gerwungen, sich stundenlang halbnackt auf den Boden zu legen.

- Eine Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen will über das weitere Vorgehen beraten — das Versammlungsverbot für dieses Treffen wird kurzerhand auf ganz Bayern ausgedehnt.
- Seit ca. einem halben Jahr ist jede Demo gegen die WAA in Bayern verboten.
- Die Polizei bekommt für den Einsatz gegen Demonstrant/innen die neuesten Waffen: CS-Gas, Gummigeschosse.

- Alle, die sich an Protest- und Widerstandsaktionen beteiligen oder sich in der Nähe solcher Aktionen aufhalten, laufen ständig Gefahr, festgenommen und mit einem Strafverfahren „bedacht“ zu werden. 3000 anstehende Verfahren sprechen eine deutliche Sprache — und die Strafen sind nicht gerade läppisch, z.B. 14 Monate ohne Bewährung wegen Landfriedensbruch.

Dieses Klima ständiger Verbote und Kriminalisierung hat das Ziel, den Widerstand gegen die WAA abzuräumen. Mit Stärke der Bewegung alleine sind die Maßnahmen der bayerischen Staatsregierung jedoch nicht zu erklären. Die Bewegung bietet nämlich auch den Anlaß, neue Repressionsmethoden auszuprobieren und bundesweit durchzusetzen. Ob Einführung neuer Polizeiwaffen oder jetzt im Radi-Aktiv-Prozeß Kriminalisierung vermeintlicher Gedanken, der „Freistaat“ spielt mal wieder den Vorreiter.

Chronologie

Das Radi-Aktiv wird von der Landeskonferenz der Bürgerinitiativen seit Fe-

bruar 1985 herausgegeben (Auflage ca. 5000). Es ist das eigentliche Diskussionsforum der Anti-WAA-Bewegung und stark in der Oberpfälzer Region verankert. Bisher erschienen 11 Ausgaben; ab der fünften wurde gegen alle ein Ermittlungsverfahren eingeleitet bzw. Anklage erhoben.

30.4.1986

Beschlagnahmung von Radi-Aktiv Nr. 7
Die Wohnungen der presserechtlich Verantwortlichen werden durchsucht. Dabei wird die Wohnungstür aufgebrochen. Ca. 1200 Hefte, eine Abonnentenliste und Rechnungsbücher werden beschlagnahmt. Nach Entfernen der inkriminierten Seiten können die Hefte wieder abgeholt werden.

Verantwortlichen werden durchsucht. Dabei wird die Wohnungstür aufgebrochen. Ca. 1200 Hefte, eine Abonnentenliste und Rechnungsbücher werden beschlagnahmt. Nach Entfernen der inkriminierten Seiten können die Hefte wieder abgeholt werden.

Als Begründung für die Beschlagnahmeaktion diene die „Aufforderung zu strafbaren Handlungen“ in zwei Fällen. Fall eins war ein Aufruf an alle WAA-Gegner/innen, die an wichtigen Informationsquellen in Polizei-, Justiz- und Regierungsapparaten sitzen, geheime Planungen und wichtige Dokumente an Radi-aktiv weiterzugeben. Der zweite Vorwurf war eine Konstruktion aus verschiedenen Artikeln, die zusammengekommen zu einer Strafbaren Handlung (Aufforderung zu Brandanschlägen und Sachbeschädigung) auffordern sollten. Auf einer Seite befand sich nämlich eine sog. schwarze Liste, in der am WAA-Bau beteiligte Firmen aufgelistet waren. Daneben wurde ein Bekenntschreiben zu einem Anschlag auf die Firma Hochtief dokumentiert. Diese Seite wurde nun mit einem in Radi-Aktiv abgedruckten Artikel, der am 11.3. auch in der „faz“ veröffentlicht wurde, in Verbindung gebracht. Dort heißt es:

„Sämtlichen Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedenen Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihre Gewinne.“

15.5.1986
Ermittlungsverfahren gegen Radi-Aktiv Nr. 5
Es geht um „Beleidigung“. Eine solche soll sich in der Presseerklärung des Trägerkreises vom 18.10.85 zu einer Demonstration in München befinden.

30.5.1986

Der Vorwurf der „Aufforderung zu strafbaren Handlungen“ in Bezug auf Nr. 7 wird von der Staatsanwaltschaft zur „fortgesetzten Aufforderung zu strafbaren Handlungen“ erweitert. Grund: Auch in Radi-Aktiv Nr. 6 und

auf einem Werbeblatt soll sich der Aufruf zur Verletzung des Dienstgeheimnisses befinden.

3.7.1986

Gegen die presserechtlich Verantwortlichen von Radi-Aktiv Nr. 7 wird Anklage erhoben. Der Aufruf zur Sachbeschädigung und Brandstiftung werde dadurch erfüllt, daß durch das neben der schwarzen Liste dokumentierte Bekenntschreiben deutlich werde, daß zu den erwähnten „verschiedensten Mitteln“, den Firmen etwas deutlich zu machen, auch Brandanschläge oder wenigstens Sachbeschädigungen gehören würden.

19.8.1986

Ermittlungsverfahren gegen Radi-Aktiv Nr. 6
Nun wird auch gegen die presserechtlichen Verantwortlichen von Radi-Aktiv Nr. 6 Anklage erhoben. Grund ist die Verleumdung und Verunglimpfung des Wappens eines Bundeslandes. Durch das Titelblatt der Ausgabe Nr. 6 werde zum Ausdruck gebracht, Bayern sei ein brutaler Polizeistaat, in dem atomare Projekte mit besonders böswärtigen Polizeieinsätzen durchgesetzt würden(!). Neben der Pressefreiheit wird durch diese Anklage auch die Kunstfreiheit infrage gestellt. Außerdem wird in der Anklageschrift noch einmal der Aufruf zur „Verletzung des Dienstgeheimnisses“ angeführt.

18.10.1986

Beschlagnahmung von Radi-Aktiv Nr. 10
Kurz vor den Blockadetagen werden bei der Durchsuchung des Info-Büros Altmenschwand und des Anti-WAA-Büros in Schwandorf ca. 500 Exemplare beschlagnahmt. Ein Beschlagnahmebescheid lag, entgegen den Aussagen, die gegenüber dem Rechtsanwalt der Radi-Aktiv gemacht wurden, nicht vor. Mit keiner Silbe war das Blatt im entsprechenden Durchsuchungsbeleg erwähnt. Diese Polizeiaktion ist sozusagen die Vorgeschichte für das folgende.

22.10.1986

Die Redaktionsräume und die Wohnung der ehemals presserechtlich Verantwortlichen werden durchsucht. Die Ausbeute der staatlichen Fahnder: vier Hefte!

Als Begründung für die Beschlagnahme muß mal wieder die kommentarlos abgedruckte Firmenliste herhalten: §111, öffentlicher Aufruf zu Straftaten. Es wird behauptet, daß es dem Verfasser dieser Seiten darauf ankäme, die Firmen u.a. durch direkte Sachbeschädigung von ihrer Tätigkeit abzuhalten. In nicht ungeschickter, aber leicht durchschaubarer Weise läusche die Zeitung vor, daß es sich nur darum handle, etwa durch persönlichen Einkaufsboykott die jedermann zustehenden Grundrechte wahrzunehmen. Aus dem gesamten Inhalt der Zeitung ergäbe sich jedoch, daß gewalttätiges Vorgehen nicht nur gebilligt, sondern als Gebot für alle gleichgesinnten Leser angesehen werde. Bisherige Vorkommnisse wie z.B. das Inbrandsetzen von Baumaschinen würden — immer nach der Logik der Staatsanwaltschaft — zeigen, worauf es dem Verfasser dieser Rubrik eigentlich ankäme. Dabei gibt es keine einzige konkrete Textpassage, die den erhobenen Vorwurf stützt.

Einen weiteren Straftatbestand soll ein Leserbrief darstellen, in dem zum bundesweiten Stromabschalten mittels Herausreißen der Sicherungen aufgerufen wurde.

26.11.86
Ermittlungsverfahren gegen Radi-Aktiv Nr. 8
Wegen dreier Artikel wird ermittelt:

- Öffentliche Aufforderung zu Straftaten, gemeint ist schon wieder die schwarze Liste;
- Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung zum Nachteil von Polizeibeamten. Dies bezieht sich auf einen Artikel mit der Überschrift „Übergriffe, Repressionen und Mißhandlungen der Polizei“;
- Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten; ihm werde unterstellt, daß er es auf einen Bürgerkrieg anlegt.

Das sind bis auf weiteres die letzten Daten des Kriminalisierungsangos gegen das Radi-Aktiv. Die seit Ende November veröffentlichte Ausgabe Nr. 11 ist noch nicht beschlagnahmt.

Die Beschlagnahmen und Anzeigen gegen Radi-Aktiv erfolgten rückwärts, d.h. zuerst Nr. 7, dann Nr. 5 usw., manchmal Monate nach dem Erscheinen, zum Teil erst kurz vor Ende der Verjährungsfrist. Inzwischen laufen Verfahren gegen fast alle Ausgaben, die noch nicht verjährt sind. Dies betrifft die Nr. 9, 6, 7, 8, 10. Einzige Nr. 9 blieb bisher unzensuriert, hier wa-

Fortsetzung nächste Seite

wg. „radikal“

Polizeiaktionen gegen Buchläden

Am 3.12. drangen in drei Hamburger Buchläden Beamte des Bundeskriminalamtes ein. Grund des ungebetenen Besuches war die Suche nach der 132. Ausgabe „Radikal“. Die Buchhandlungen „Gegenwind“, „Nautilus“ und „Schwarzmarkt“ wurden bis zu vier Stunden für den Publikumsverkehr gesperrt. Gleichzeitig mit den Durchsuchungsbefehlen für die Buchläden brachten die Beamten auch Durchsuchungsbefehle für die Privatwohnungen der Buchhändler mit. Gefunden wurde natürlich nichts. Im „Nautilus“ gingen die Beamten mit ganz leeren Händen wieder raus. Aus dem „Gegenwind“ entwendeten sie eine „Radikal“-Nummer 132 und alte Rechnungen über Lieferungen, die sie aus dem dort liegenden Prozeßordner klauten. In „Schwarzmarkt“ fanden sie doch tatsächlich ein ganzes Exemplar der „Radikal“ Nummer 132 — und damit es dann wenigstens nach etwas aussah, rauberten sie die Archivordner.

Das Suchen nach der „Radikal“ geht nun schon seit Juli. Betroffen davon sind Läden und Infozentren in Westberlin (insgesamt zwölf Projekte), Hamburg (vier Projekte), Siegen, Gießen, Osnabrück, Braunschweig (zwei Projekte), Mainz, Moers, Düsseldorf, Köln, Mönchengladbach, Bochum, Bielefeld, Dortmund, Krefeld, Hannover, Frankfurt (vier Projekte), Saarbrücken, Kaiserslautern, Kassel, Freiburg, Darmstadt, Rendsburg, Bremen, Marburg, Karlsruhe, Itzehoe, Kiel, Detmold, Oldenburg, Konstanz, Göttingen. Bei diesen ersten Durchsuchungen, die im Sommer dieses Jahres liefen, waren in der Regel Beamte der örtlichen Staatsschutzabteilungen beteiligt.

Seitdem sind auch gegen mehrere Buchhändler Ermittlungsverfahren

nach § 129a anhängig. Da gegen die unbekannten „Radikal“-Hersteller wegen Unterstützung ermittelt wird (auch nach 129a), wird also jetzt gegen die Buchhändler/innen wegen Unterstützung der Unterstützer ermittelt — bleibt abzuwarten, ob sie gegen der AK jetzt wegen Unterstützung der Unterstützer ermittelt.

Bei den erneuten Durchsuchungen machte das BKA direkt mit; außer in Hamburg waren sie in Osnabrück, Berlin, Braunschweig, Mainz, Hannover, Frankfurt, Kassel, Köln. Die Mitarbeiter/innen des „Cardabela“-Buchlades in Mainz erhielten sogar eine Aufforderung zur erkanntungsdienstlichen Behandlung.

Aus dem, was die Beamten mitteilten, wurde klar, daß schon seit langem die Post der Buchläden überwacht worden ist. Den durchsuchenden Beamten lagen die gelieferten Zahlen vor und sie folgten aus dem „Nichtfinden“ von „Radikal“-Exemplaren, daß die Zeitungen verkauft worden sein mußten. Um mögliche eintreffende Sendungen mit „Radikal“-Ausgaben auch tatsächlich beschlagnahmt zu wissen, hat das BKA z.B. an die Oberpostdirektion Frankfurt eine Liste mit „Radikal“-Abonnenten geschickt, der folgendes Anschreiben beigelegt war: „Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt (...) nach § 129a (...). Am 28.08.86 erließ der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes einen Beschluß zur Postbeschlagnahme des Nachdrucks der Alternativ-Zeitung „Radikal“-Nr. 132. Die im Beschluß enthaltene Empfängerliste beinhaltet die Namen derjenigen Personen, deren Postsendung am 24.07.86 gem. Beschluß des BGH beschlagnahmt wurde. Es muß davon ausgegangen werden, daß diesem Empfängerkreis ein solcher Nachdruck zugesandt wird. Die Postsendung ist daran zu erkennen (...). Diese Postsendung ist anzuhalten. Es wird gebeten, dieselbe dem Bundeskriminalamt, Abt. TE/TE 13, Postfach 1820, 6200 Wiesbaden, zu überreichen.“ Im außerdem beigelegtem Beschluß werden dann noch die Adressen der „Radikal“ mitgeteilt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Marburg, Aararune, Itzehoe, Kiel, Detmold, Oldenburg, Konstanz, Göttingen. Bei diesen ersten Durchsuchungen, die im Sommer dieses Jahres liefen, waren in der Regel Beamte der örtlichen Staatsschutzabteilungen beteiligt.

Seitdem sind auch gegen mehrere Buchhändler Ermittlungsverfahren

Fortsetzung von vorheriger Seite

ren jedoch nicht die Leute des Radikal-Aktiv presserechtlich verantwortlich. Es geht offenbar darum, für jedes Heft mindestens einen Straftatbestand zu konstruieren und so die Herausgabe der Zeitung unmöglich zu machen.

Ein Vorgeschmack

Als Begründungen für die Zensurmaßnahmen mußten von Mal zu Mal wilde Konstruktionen herhalten, bei denen sich die Staatsanwaltschaft auf vermeintliche Gedanken der Verfasser stützt. Insbesondere die Beschlagnahmebegründung für Nr. 10 (s.o.) zeigt, daß es nicht um das geht, was in dem Heft tatsächlich drinsteht, sondern wie der gedruckte Text interpretiert werden könnte. Derartige Begründungen für Strafverfahren gab es schon mal: Als der zwischenzeitlich abgeschaffte und jetzt wieder beschlossene §130a StGB, der die „Anleitung zu Straftaten“ unter Strafe stellt, noch Gültigkeit hatte, befand der Bundesgerichtshof: „Bei der Beurteilung (...) des Inhaltes der Schrift sind daher auch solche Gedanken zu berücksichtigen, die der verständige Leser erkennt, selbst wenn sie nur zwischen den Zeilen zu lesen sind.“ (BOSt 16,53) Genau in diese Richtung gehen die Anzeigen und Anklageschriften gegen das Radikal-Aktiv: Aus einer Liste der an der WAA beteiligten Firmen wird ein Aufruf zu Anschlüssen auf diese Firmen herausgelesen. Es ist also relativ beliebig, was die Staatsanwaltschaft aus Artikeln und abgedruckten Dokumenten herausliest. Wenn sie eine Zeitung kriminalisieren will, werden sich immer irgendwelche Anhaltspunkte für derartige Gedankenkonstrukte finden lassen — es sei denn, die Redaktion verzichtet auf den Abdruck sämtlicher Artikel und Dokumente über umstrittene staatliche Projekte und den Widerstand, der dagegen läuft.

C/Gy - KB Nürnberg

Erster Prozeßtag: Mittwoch, 21.12.87, 13.30 Uhr, Amtsgericht Nürnberg, Fürther Str. 110, Zimmer Nr. 62

Für Solidaritätsaktionen: Das Radikal-Büro ist Montag bis Donnerstag von 18 bis 19 Uhr besetzt! Tel.: 0911/38 39 46 Rothenburgerstr. 106 8500 Nürnberg 70

Die im Beschluß enthaltene Empfängerliste beinhaltet die Namen derjenigen Personen, deren Postsendung am 24.07.86 gem. Beschluß des BGH beschlagnahmt wurde. Es muß davon ausgegangen werden, daß diesem Empfängerkreis ein solcher Nachdruck zugesandt wird. Die Postsendung ist daran zu erkennen (...). Diese Postsendung ist anzuhalten. Es wird gebeten, dieselbe dem Bundeskriminalamt, Abt. TE/TE 13, Postfach 1820, 6200 Wiesbaden, zu überreichen.“ Im außerdem beigelegtem Beschluß werden dann noch die Adressen der „Radikal“ mitgeteilt.

... es geht nicht nur gegen die „Radikal“

Nachdem die strafrechtlichen Verfolgungen gegen die bekannten und unbekannten Hersteller der Radikal dazu geführt haben, daß die Produktion und der Vertrieb ins Ausland verlegt worden sind, hat sich jetzt auch das Stuttgarter „a-Blättle“ aufgrund der permanenten Ermittlungsverfahren nach § 129a ins Ausland geflüchtet, um von dort Produktion und Vertrieb gewährleisten zu können (für Interessierte, die neue Bestelladresse: „a-Blättle, c/o Decoy, Postfach 142, NL-9700 AC Groningen).

Gegen „Die Vergessenen“ (Zeitung über Politische Gefangene, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main) wird jetzt auch nach § 129a ermittelt. Sie schreiben, daß sie die Zeitung auf jeden Fall weitermachen werden und bitten darum, da sie davon ausgehen, daß versucht wird an den Vertrieb und die Vertriebswege ranzukommen, alle Zahlungen nicht mehr über ihr Konto laufen zu lassen (also Bargeld oder Euroschecks ruberzichen, aber für Prozeßkosten!).

Bayern, das Land der unbegrenzten juristischen Ausschreitungen versucht schon seit längerem mit Beschlagnahmeaktionen und Hausdurchsuchungen bei der/den Presseverantwortlichen das Erscheinen der „RADIKAL-AKTIV“ zu verhindern. Dazu ausführlich in dieser Ausgabe des AK: „Zensur gegen „Radikal-Aktiv“

Was los ist, wird auch geschrieben!

Da mensch davon ausgehen kann, daß auch Buchladedurchsuchungen und Ermittlungsverfahren mit der Einführung des neuen § 130a noch vermehren werden, ist es unbedingt notwendig, auf allen Ebenen diesem Angriff auf Meinungsfreiheit und Dokumentation von Geschehnissen entgegenzutreten. Erste Aktionen — Veranstaltungen, gemeinsames Flugblatt der Buchläden — sind schon gelaufen, große Veranstaltungen und Protestaktionen gegen diesen Staatsterrorismus sollten folgen.

gg., Hamburg

Kein Kessel für Neonazis

In Hagen ging Polizei vor allem gegen Antifaschisten vor

Am 6. Dezember bestimmte in Hagen nicht der Nikolaus sondern die aus ganz Nordrheinwestfalen zusammengezogene Polizei das Stadtbild. Schon an den Autobahnabfahrten und auf den in die Stadt führenden Landstraßen waren Wannen postiert, kein Quadratmeter Weichgachsmarkt blieb unbewacht und in der Nähe des Hauptbahnhofes hatte das Mobile Einsatzkommando aus Unna Stellung bezogen. Scheinbarer Anlaß für das Großaufgebot des Staatsapparates: rechtsradikale Skinheads hatten für diesen Samstag ein Deutschlandtreffen in Hagen angekündigt. Tatsächlich, das zeigte sich im Verlauf des Tages, hatten die Einsatzkräfte einen ganz anderen Auftrag.

Um dem Skinheadtreffen etwas entgegenzusetzen und die eher schwache Hagerer linke Szene, die in den letzten Monaten mehrfach von Skinheads angegriffen worden war (zuletzt nach der Hanau-Demo), zu unterstützen, war in ganz NRW zu einer Gegendemonstration mobilisiert worden. Gekommen war neben dem bei den Vorbereitungsarbeiten wohl recht einflussreichen DKP-orientierten Spektrum vor allem ein starker autonomer Block, der sich zum Ziel gesetzt hatte, nicht nur Protest gegen das Skintreffen zu artikulieren und den gitarrenbegleiteten Liedern von der Arbeitereinheitsfront zu lauschen. Bevor es überhaupt zu einer Konfrontation zwischen Skinheads und Autonomen kommen konnte, wurde die Stoßrichtung des Polizeieinsatzes deutlich: vor die zu diesem Zeitpunkt etwa fünfzig in eine Imbissbude zurückgezogenen Skins, die von einem halben Dutzend unscheinbar gekleideter Neonazisten dirigiert wurden, postierte sich eine Hundertschaft und drängte die antifaschistische Demonstration hinter eine Bahnhofsabsperrung zurück. Auf das alte Spiel reagierte die etliche hundert Leute starke Demo mit den alten Sprechchören: „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“.

Konnte man bis in die Nachmittagsstunden hinein noch vermuten, das unverhältnismäßig starke Polizeiaufgebot zwangsgeworben habe, um vor einem halben Dutzend unscheinbar gekleideter Neonazisten dirigiert wurden, postierte sich eine Hundertschaft und drängte die antifaschistische Demonstration hinter eine Bahnhofsabsperrung zurück. Auf das alte Spiel reagierte die etliche hundert Leute starke Demo mit den alten Sprechchören: „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“.

Konnte man bis in die Nachmittagsstunden hinein noch vermuten, das unverhältnismäßig starke Polizeiaufgebot — nach offiziellen Angaben waren 1000 Beamte zusammengezogen worden — solle lediglich demonstrieren, daß der Staat entschlossen gegen links und rechts gleichermaßen vorgehen wolle, mußte man später ein anderes Einsatzkonzept konstatieren. Während eine Gruppe von sechzig Skinheads in Schutzhaft genommen und ins Bahnhofsviertel transportiert wurde, riegelte das MEK das in der Nähe der Fußgängerzone gelegene internationale Freundschaftszentrum, den einzigen auf Flugblättern angegebenen Treffpunkt ab. Die Räume wurden durchsucht, ein Container mit leeren Flaschen lieferte den Vorwand, sämtliche zufällig anwesenden Zentrumsbesucher, etwa 70 waren es, dem rasch herangekarrten Staatsanwalt vor Ort vorzuführen und sie erkenntungsdienstlich zu behandeln. Erst nach mehreren Stunden wurde das Zentrum wieder freigegeben.

Die Polizeiaktion, zufällig zusammenstehende Gruppen einzuschließen, zu durchsuchen und erkenntungsdienstlich zu behandeln, wurde bis in die Nacht hinein fortgesetzt. In der Nähe des Bahnhofes, wo die Skinheads ihr angekündigtes Biergelage abhalten konnten, wurden in mehreren Kleinkesseln jeweils etwa fünfzig Antifaschisten, zu den Autonomen hatten sich im Verlauf des Nachmittags vor allem junge Ausländer gesellt, zusammengetrieben. Vom Ledergürtel über keine Bierflaschen bis zu Tränengassprays, die vor allem Frauen bei sich trugen, wurde alles mögliche als Waffe beschlagnahmt. Die Leute wurden abtransportiert.

Ergebnis des Einsatzes ist eine recht umfassende Sammlung persönlicher Daten von Autonomen, auf die es die Polizei besonders abgesehen hatte. Die gleichen Leute, die am Nachmittag ein Team des spanischen Fernsehens am Drehen hinderten, weil sie Angst hatten, ihre Gesichter könnten zu erkennen sein, nahmen ihre Festnahme und ED-Behandlung mit heroischer Gleichgültigkeit auf sich. Politisch bemerkenswert ist, daß im Verlauf des Einsatzes nicht einmal mehr versucht wurde, den Anschein zu erwecken, als gebe die Polizei gegen links und rechts gleichermaßen vor. Das gesamte gegen die radikale Anti-AKW-Bewegung erprobte Instrumentarium — vom Staatsanwalt vor Ort bis zur Einkessung — wurde in Hagen gegen eine verhältnismäßig kleine, völlig friedlich verlaufende antifaschistische Aktion eingesetzt. Öffentlicher Protest dagegen

wurde, außer in der „Iaz“, nicht artikuliert.

Vor diesem Hintergrund mutet die teilweise in autonomen und antirassistischen Kreisen geäußerte Einschätzung, die massiven Polizeieinsätze gegen die Anti-AKW-Bewegung und die Verabschiedung des neuen „Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus“ seien als Erfolg für die Bewegung zu werten, weil sie deren Stärke und die

Schwäche des Staates dokumentierten, geradezu grotesk an. In Hagen ist ganz offensichtlich das Gegenteil geschehen: eine verhältnismäßig schwache Demonstration, die ohne bemerkenswerten öffentlichen Rückhalt agierte, wurde ohne konkreten Anlaß restlos zer schlagen.

Fausthaus



Auf dem Land, in der Stadt — Polizeikessel erfreuen sich wachsender Beliebtheit Foto: Martin Lange

Ewig währt am längsten

Mainzer Kessel mit 20 Jahre alten „Erkenntnissen“ gerechtfertigt

In Mainz, so sollte man meinen, macht Demonstrieren Spaß. Schließlich mußten Stadtväter und Polizeibeamte in der Hauptstadt des öffentlichen rechtlichen Karnevalismus eigentlich den Umgang mit hemmungslosen Menschenansammlungen „kennen“ und

hies“ („FR“, 19.9.) Medikamentenfläschchen fand sowie das eine oder andere Nietenarmband, die Polizei hatte plötzlich auch „Erkenntnisse“ über das verbrecherische Vorleben der Demonstranten. Einer hatte 1967 an einer Anti-

Ewig währt am längsten

Mainzer Kessel mit 20 Jahre alten „Erkenntnissen“ gerechtfertigt

In Mainz, so sollte man meinen, macht Demonstrieren Spaß. Schließlich müssen Stadtväter und Polizeibeamte in der Hauptstadt des öffentlichen rechtlichen Karnevalismus eigentlich den Umgang mit hemmungslosen Menschenansammlungen „kennen“ und schätzen gelernt haben. Und die Untergebenen eines Innenministers, der gleichzeitig auch das Sportressort verwaltet, sollten wenigstens ein Mindestmaß Spaß am Fairplay haben. Das Gegenteil oder zumindest eine recht verkrampte Art von Humor muß man der einheimischen Polizei seit dem 16. September 1987, dem Tag an dem 63 NATO-Gegner eingekesselt und „in Gewahrsam“ genommen wurden, konstatieren. Dabei hat das Vorspiel zu diesem fast maßstabsgerecht verkleinerten Hamburger Kessel noch das Potential zum karnevalistischen Ende in sich getragen.

Erste Überlegungen, die nach einer friedlich verlaufenden Demonstration gegen die in Mainz tagende „Atlantic Treaty Association“ (ATA) durch die Stadt ziehenden hundert Leute einzukesseln, will Einsatzleiter Uwe Kranz nämlich unternehmen haben, „als sie keine Zusage über ihr friedliches Verhalten abgeben wollten“ (nach „FR“, 19.9.). Anschließend habe die Polizei den spontan entstandenen Zug auflösen wollen — nicht wie üblich mit kreischendem Megaphon (keine Gewalt gegen Ohren), sondern „im persönlichen Gespräch“ (ebd.). Das Szenario bis dahin hat etwas liebevoll Präventives. Man stelle sich vor, die hundert jungen Menschen hätten dem vertrauensvoll fragenden Einsatzleiter — „Sie wollen doch nicht etwa gewalttätig werden?“ — ein freundliches „I wo“ oder „Gottes Willen, das doch nicht“ entgegnet. Nichts, gar nichts wäre passiert. „Weiter so“, hätte Kranz gelächelt und, zu seiner Truppe gewandt, „sind brave Menschen, laßt sie gewähren“, gerauscht. Aber nein. So eine Zusage wurde verweigert. Und auch der zweite Anlauf der Polizisten, ein freundliches Anticken mit dem Knüppel auf die Schulter: „He Sie, ja Sie meine ich, ich bin Ihr Demobegleiter, bitte lösen Sie sich auf!“ — völlig erfolglos, kein Einziger hat sich von hinten begeben. Da blieb ja geradezu nur noch das Zusammenstreben im Kessel: „Wir wollten verhindern, daß sie sich wieder sammeln“, erläutert Kranz der Vorfälle später untersuchenden SPD-Fraktion (ebd.). Wie verhindert man das besser, als wenn man alle auf einen Haufen zu sammelt...?

Es hätte alles anders kommen können — aber kaum hatte sich der Kessel geschlossen, fanden sich immer mehr Gründe, die die „Ingewahrnahme“ geradezu zwingend erforderlich machten. Nicht nur, daß sich bei den 63 ein (in Zahlen: 1) „molotowfa-

hies“ („FR“, 19.9.) Medikamentenfläschchen fand sowie das eine oder andere Nietenarmband, die Polizei hatte plötzlich auch „Erkenntnisse“ über das verbrecherische Vorleben der Demonstranten.

Einer hatte 1967 an einer Antischah-Demonstration teilgenommen, andere waren mal beim Schwarzfahren erwischt worden, wurden verdächtigt, allzu preisgünstig eingekauft zu haben oder hatten 1972 Flugblätter linkeradikalen Inhalts vor einer Schule verteilt. Die Daten müssen, da sie nach geltendem Recht gar nicht mehr gespeichert sein konnten, auf geradezu wundersame Art und Weise an den Einsatzleiter gelangt sein. Dort angelangt führten sie zu der Einschätzung, die Eingekesselten gehörten „zum Umfeld antirassistischer Kreise und der Autonomen“. Im Untersuchungsbericht der SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag kassierte sie dafür eine dicke Rüge: „Die Polizeiführung hat im Nachhinein versucht, in der Öffentlichkeit ihre Aktion zu rechtfertigen. Sie tat dies auf Kosten des guten Rufes vieler friedlicher Demonstrationsteilnehmer, indem sie undifferenziert mitteilte, zwei Drittel aller in Gewahrsam genommener Personen seien dem antirassistischen Bereich zuzuordnen gewesen.“ Wie die SPD sich den Einsatz gewünscht hätte, wurde kurz zuvor implizit umrissen. „Minister und Polizeiführung hatten die Absicht, potentielle Gewalttäter von friedlichen Demonstranten zu trennen. Das Gegenteil wurde erreicht. Durch das undifferenzierte Vorgehen der Verantwortlichen wurden friedliche Demonstranten mit gefährlichen potentiellen Gewalttätern zusammen eingekesselt und unterschiedlos der gleichen polizeilichen Behandlung unterzogen. Dies ist besonders deshalb zu kritisieren, weil der Minister des Inneren und für Sport selbst auf die meine Meinung nach bestehende Gefahr einer Rekrutierungsstrategie durch Personen des RAF-Umfeldes hingewiesen hat.“ (zit. nach Untersuchungsbericht der SPD-Fraktion vom 27.11.86)

Folgen hatte der Mainzer Kessel, sieht man von einem gewissen demokratischen Profitgewinn für die oppositionelle SPD ab, keine. Ein Untersuchungsausschuß, wie ihn die Grünen im Bundestag gefordert hatten (im rheinland-pfälzischen Landtag sind sie nicht vertreten), wurde nicht eingerichtet und auch im Innenausschuß ging man nach einer abschließenden Stellungnahme des Vorsitzenden Gellmer wieder zu anderen Themen über („Iaz“ vom 29.11.86). Wie die Polizei an die fast 20 Jahre alten Daten kam, blieb ungeklärt — genauso wie die Frage, wie lange die Daten der Eingekesselten wohl gespeichert bleiben.

Fausthaus

Sobald es Dezember wird in Göttingen, überfällt eine schier unüberschaubare Masse von Menschen, die etwas massenfeindlich, aber nicht unbedingt falsch in manchen Kreisen als Konsumidioten bezeichnet werden, die Einkaufsmetropole Südniedersachsens, wälzt sich durch Weihnachtsmärkte, Würstchenbuden und Kaufhäuser, frißt, hüpft, sucht Parkplätze, stöhnt über den Rummel. In diesem Dezember hat Göttingen aber noch unter einer anderen, weitaus unangenehmeren Plage zu leiden: Pünktlich zum ersten Advent fielen aus ganz Niedersachsen Polizeihundertschaften ein, rasten mit Mannschaftswagen und Wasserwerfern durch die Innenstadt, überfielen Jugendzentren und besetzte Häuser, knüppelten auf der Straße, in geschlossenen Räumen und in der Mensa. „Göttingen — Bullenstadt, wir haben dich zum Kotzen satt“, skandierten Tausende auf zwei Demonstrationen. „Wir bleiben bis Weihnachten“, versprach der Polizeichef. Der Mann scheint die traditionsreiche Göttinger Sylvesternacht noch nicht zu kennen ...



Foto: Rainer Recha

Anfang November ist aus der Lokalpresse zu erfahren, daß ein leerstehendes städtisches Haus „still“ besetzt

gezogen. Die Menge der Demonstranten wird in eine Straße gedrängt und

Die Reaktionen

Die „tatsächlichen Gründe“: Erstens sei im Jusi ein Sender versteckt,

Anfang November ist aus der Lokalpresse zu erfahren, daß ein leerstehendes städtisches Haus „still“ besetzt worden ist. Nach anfänglichem Engagement der SPD für Mietverträge scheitern die Verhandlungen jedoch, die Besetzer gehen an die Öffentlichkeit und bitten um Unterstützung. Zahlreiche Gruppen solidarisieren sich mit der Besetzung.

Am 20.11. spricht Helmut Kohl in Göttingen. Vor der Stadthalle protestieren 2.000 Menschen unter zwei mobilen Flutlichtanlagen der Polizei. Um Kohl einen ungestörten Abgang zu sichern, setzt die Polizei Schlagstöcke und Reizgas ein. Bei einer anschließenden Demonstration und Kundgebung in der Innenstadt werden Streifenwagen beschädigt. Der Polizeireporter meldet anderntags einen verletzten Polizisten.

Am anschließenden Wochenende, in der Nacht vom 22. auf den 23. November, findet „eine militante demonstration statt, bei der erheblicher sachschauden in der konsumzone“ entsteht „als ausdrück ausgesprochener praktischer solidarität mit allen denjenigen, die gerade in den letzten wochen der verschärften staatlichen repression ausge-setzt sind“ (nach Publikation von avant militant). 25 zivile und uniformierte Polizisten werden in die Flucht geschlagen, die Beteiligten tauchen auf einer Unifete unter. Das Ereignis ist Anlaß für eine Pressekampagne gegen „Chaoten und Randalierer“: Die Polizei setzt 5.000 DM Belohnung aus. Der ODP-Vorsitzende behauptet, Polizeibeamte hätten sich in akuter Lebensgefahr befunden und droht mit Schußwaffengebrauch. Auf sein Verlangen verurteilt die SPD die Scherbenaktion, die Jusos denken im ASA laut darüber nach, wie sie in Zukunft solche Aktionen verhindern könnten, und die CDU schlägt TV-Überwachung der Innenstadt vor. Gleichzeitig hat die Polizei „endlich“ ein Plätzchen in der Innenstadt direkt über dem Marktplatz gefunden, wo die neue Innenstadtwache eingerichtet werden soll.

Am 28.11. werden zwei weitere Häuser, diesmal in Privatbesitz, besetzt. Die Besetzerinnen und Besetzer sehen sich als Teil einer „jetzt erstarkenden Bewegung“ und tatsächlich folgen wieder zahlreiche Solidaritätsbekundungen.

Die Räumung

Am Montag, den 1.12. um 10 Uhr ist es soweit: Aus ganz Niedersachsen sind Polizeihundertschaften, Sonderkommandos, Wasserwerfer, Kranwagen und Räumfahrzeuge zusammengezogen worden. Die Besetzer, die mit einer frühmorgendlichen Räumung gerechnet hatten, werden überrascht. Die Burgstraße 7 ist umstellt, als erstes ergießt sich eine Wanne Zivis ins Haus. Die Leute werden einzeln herausgeholt, kontrolliert und dann in einen Gefangenentransporter gesetzt. Die Uniformierten räumen den Platz vor dem Haus ab, auf dem sich langsam immer mehr Protestierende sammeln. Als der erste Gefangenentransporter voll ist, räumt die Polizei brutal mit Schlagstockeinsatz die Straße, die Zivils stürzen sich in die erste Reihe und verspritzen CN-Gas. Nach und nach werden immer mehr Polizisten zusammen-

gezogen. Die Menge der Demonstranten wird in eine Straße gedrängt und beginnt von dort mehr oder weniger freiwillig eine Demonstration durch die Stadt, auf der es mehrfach zu Schlagstockeinsätzen der Polizei kommt. Die Demo endet in der Mensa, wo der Hausbesitzer eine Arztpraxis betreibt. Wieder wird von der Polizei Schlagstock und Tränengas eingesetzt. Den Rest des Tages bleibt der Mensaeingang, der zur Arztpraxis führt, von bewaffneten Polizeikräften bewacht. Eine spontan zusammengerufene VV in der Uni verabredet sich zu einer Diskussion am Abend im Jugendzentrum (Jusi).

Auch die anderen beiden Häuser sind geräumt. Das eine konnte gerade noch verlassen werden, für das andere hat die Stadt ein Ultimatum von einer Stunde gestellt, was die Besetzer aber nicht vor der Personalienfeststellung bewahrt. Insgesamt kommt es zu 33 Festnahmen, ohne daß einer der Festgenommenen auch nur entfernt in der Lage gewesen wäre, sich dagegen zu wehren. Drei Räumungen, ohne daß auch nur im Traum daran zu denken war, die Häuser zu verteidigen.

Der Überfall aufs Jugendzentrum

Über 400 Leute beginnen gerade eine Diskussion über die Ereignisse des vergangenen Tages, als gegen 20.45 Uhr ein Horde schwerbewaffneter, Türen aufbrechender und Möbel demolierender Polizisten ins Haus stürmt. Zwei Räume werden von der Polizei — auch hierbei agieren wieder die Zivilbeamten an vorderster Front — zur Personalienfeststellung konfisziert, einzeln werden die Leute dahinein geschafft und fotografiert. Wer sich widersetzt, wird geschlagen und im Gefangenentransporter weggebracht.

Anwälte und Journalisten werden nur kurzzeitig zugelassen. Die richterliche Genehmigung für die Razzia ist unvollständig und wird erst im Laufe des Abends ergänzt. Einzelne werden ganz brutal zusammengeschlagen, insgesamt fünf auf die Wache zur ED-Behandlung gebracht. Vor dem Jusi sammeln sich nach und nach eine laut protestierende Menge an. Die Polizei fährt noch mehr Kräfte auf und setzt Hunde ein. Es ist unübersehbar, wieviel Polizei insgesamt in Göttingen zusammengezogen ist. 25 Mannschaftswagen werden rings ums Jusi gezählt. Darüberhinaus werden in der Stadt noch Mannschaftswagen aus Oldenburg gesichtet.

Zwischendurch versucht die Menge, eine Bundesstraße direkt vor dem Haus zu blockieren, was sofort von der Polizei unterbunden wird. Die folgenden dreieinhalb Stunden ist die Straße nur durch ein Spalier von Behelmen und Bewaffneten passierbar. Und immer wieder Knüppelinsätze. Alle Viertelstunden werden die Polizeiketten auf der Straße ein wenig vor bewegt, einmal ein Anlaß, die Hundeleinen länger zu lassen und zuzuschlagen. Erst gegen ein Uhr nachts ist das Jusi durch die Polizei geräumt. Bis nach zwei Uhr werden Gruppen auf dem Weg in die Kneipe von Polizeikräften „begleitet“. Im Jusi: demobilisiertes Mobiliar, aufgebrochene Türen, Gasschwaden in den Räumen.

Die Aktionen

Einen Tag nach den Polizeiaktionen demonstrierten rund 4.000 Menschen gegen Polizeiterror — eine in Göttingen seit Jahren nicht mehr erreichte Teilnehmerzahl. Auch gegen diese Demonstration ging die Polizei mit zwei kurzen Knüppelinsätzen an der Demo-Spitze ohne ersichtlichen Grund vor.

Am Samstag, den 6. Dezember, demonstrierten abermals über 2.000 Personen auf einem Marsch durch die Innenstadt, der von zahlreichen Kundgebungen zu verschiedenen Aspekten der vergangenen Ereignisse begleitet war.

Beide Demonstrationen zeichneten sich durch eine erhebliche Radikalität aus, die vor allem in den Parolen und Redebeträgen zum Ausdruck kam. Allerdings wurden auch deutliche Unterschiede in der Beurteilung der Polizeieinsätze sichtbar. Während ein Teil die Auffassung vertrat, der Staat sei zu den massiven Einsätzen „gezwungen“ gewesen, weil ihm „der Arsch auf Grundeis“ (aus einem Redebetrug) gehe, und die Einsätze seien „nach hinten losgegangen“, weil sich mehrere tausend mit den Autonomen solidarisiert hätten und radikale Parolen riefen, hoben andere Beiträge im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Anti-AKW-Konferenz in Regensburg den Aspekt hervor, daß die Staatsmacht nunmehr dazu übergegangen sei, schon den reinen Gedankenaustausch zu zerschlagen bzw. zu verhindern, daß er überhaupt stattfinden könne.

Erhebliche Wandlungen machte die Göttinger SPD in diesen Tagen durch. Noch am Dienstag bescheinigte sie der Polizei, sich „äußert fair“ verhalten zu haben, und forderte dazu auf, sich von Gewalttätigkeiten und Hausbesetzungen zu distanzieren. Erst nach der Demonstration und nachdem in den Abendstunden die Landespartei im Fernsehen „Bedenken“ gegen den Polizeieinsatz angemeldet hatte, fand sie sich zu kritischen Tönen bereit, sah „keine Rechtfertigung“ für den Polizeieinsatz gegen das Jugendzentrum mehr und fand seine Begründung „fragwürdig“. Im Stadtrat verabschiedete sie auf Initiative und mit der GAL eine Erklärung, die sowohl die Räumung der besetzten Häuser als auch den Einsatz gegen die Versammlung im Jusi explizit verurteilt und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit als „aufgehoben“ beurteilt.

„Hier demonstriert die Polizei“

Selten wurden Polizeiaktionen mit so offenkundigen Vorwänden begründet wie der Einsatz gegen die Versammlung im Göttinger Jusi. Die Polizei wies richterliche Genehmigungen für die Durchsuchung vor, die sich auf den § 12 des nds. SOG (Gesetz für Sicherheit und Ordnung) stützen, wonach die Polizei die Personalien aller Festgestellten, die sich an einem Ort aufhalten, „von dem auf Grund tatsächlicher Anhaltspunkte erfahrungsgemäß anzunehmen ist, daß dort Personen Straftaten verüben, vorbereiten oder verüben“.

Die „tatsächlichen Gründe“: Erstens sei im Jusi ein Sender versteckt, zweitens hätte bei der Versammlung Straftaten verbrochen werden sollen, die es zu verhindern gelte. Außerdem — so Polizeichef Wille — habe man die Szene aus der Anonymität herausreißen wollen. Nicht einmal die Polizei glaubt, daß bei einer öffentlichen, von über 400 Personen (und also auch von Polizeispitzeln) besuchten Versammlung „Straftaten geplant“ werde, und ein Sender wurde bei der Durchsuchung auch nicht gefunden.

Die offenkundige Vorgeschiebenheit der Razziegründe sowie das für Göttingen bis zu diesem Tag ungekannt gewaltige und allein aus polizeitaktischen Gründen (gegen 50 Hausbesetzer und 200 Demonstranten) kaum erklärbare Aufgebot an Polizeikräften mit seinem offenkundig brutalen Vorgehen weisen darauf hin, daß es der Polizei im wesentlichen um anderes ging.

Seit Jahren genießt Göttingen den Ruf, zu den Hochburgen des nicht immer staatsfreundlichen Widerstands gegen die herrschende Politik zu gehören. Wann immer in der Stadt Schei-

ben klirren, symbolische Sprengsätze hochgehen, unkonventionell demonstriert wird, behauptet niemand, dies sei das Wirken „zugerasteter“ Chaoten gewesen.

Polizei und Justiz haben die „Nester der Gewalt“, wie sie es nennen, ebenso wenig auszuräumen wie politisch isolieren können. In Göttingen vermeiden es sogar die Grünen tunlichst, sich öffentlich von militanten Aktionen zu distanzieren. In Göttingen bestimmen nicht kreuzbraver Protest, sondern rebellischer Widerstand das politische Geschehen, selbst wenn dieser nicht immer wohldurchdacht und zielgerichtet auftritt.

Die Polizeistrategen haben bislang diese Situation durch die Aufstockung des ständig stationierten Personals, durch Bespitzelungen und Überwachungstechniken, durch demonstrative Präsenz in der Innenstadt etc. nicht in den Griff bekommen. Und da liegt es nahe, daß in den Polizeihirnen das Verlangen übermächtig wird, die Kampfmittel, die bislang nur vereinzelt angewandt worden sind, einmal in

konzentrierter, eine ganze Stadt überrollender Form einzusetzen. Da spielen dann polizeitaktische Erwägungen („Solidarisierung mit den Gewalttätigen“) ebenso wenig eine Rolle wie das absehbare Gejammer der Journalisten, ob denn hier nicht von der Polizei Öl ins Feuer gegossen, Porzellan zerschlagen, also „unklug“ verfahren werde.

Entscheidend ist, daß der Staat die Knüppel zeigt.

Die Gelegenheit für den Aufmarsch des Polizeistaates schien außerdem günstig, weil die erwähnte „Scherben-demo“ eine rundum sektierische Aktion war, da sie nicht im geringsten Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen stand, also unvermittelbar, unangemessen und wie geschaffen für die Rechtfertigung einer Strafaktion schien.

Natürlich ging es der Polizei auch darum, Daten über die Szene zu sammeln und zu speichern — der Apparat ist da schier unersättlich. Schließlich mußten auch unbedingt die besetzten Häuser geräumt werden, gerade weil sich der Kampf gegen Wohnraumzerstörung und Spekulanten erheblicher Sympathie erfreut. Vor allem aber war die Belagerung Göttingens eine militante Demo der Bullen, deren Hauptparole „Zerschlagt die Autonomen!“ war. „Die Autonomen“ stehen hier für Widerstandsformen und Inhalte, die von den Herrschenden zunehmend und erklärmaßen terroristischen Aktionen gleichgesetzt werden, und die mit entsprechendem Aufwand und mit offener Brutalität vor den Augen der Öffentlichkeit niedergemacht werden sollen.

Die mit entsprechendem Aufwand und mit offener Brutalität vor den Augen der Öffentlichkeit niedergemacht werden sollen.

Polizeistaatsdemonstrationen werden selten mit Kundgebungen beendet, auf denen die Ziele der Aktion dem Publikum verständlich gemacht werden. Dafür ist die Presse in den folgenden Tagen zuständig. Aber nehmen wir einmal an, Polizeichef Wille, der Göttinger Einsatzleiter, hätte auf einer solchen Kundgebung gesprochen. Nehmen wir weiter an, der Mann verfügte über entsprechende Fähigkeiten sprachlicher Artikulation — so hätte sein drohendes Schlußwort etwa so aussehen können:

„Wir warnen ausdrücklich diejenigen, die aus der Stationierung der Mittelstreckenraketen, aus Tschernobyl und Wackersdorf die Schlußfolgerung ziehen, ihre auch von der Polizei unterstützten Protestformen zu überprüfen. Wer meint, es sei an der Zeit, auch über nicht polizeigenehmte Aktionen nachzudenken, wer sich mit Gewalttätigen solidarisiert, statt sich zu distanzieren, wer deren Aktionen billigt oder gar unterstützt oder sich in der Nähe dieser Leute aufhält — der wird eingekesselt, ED-behandelt, der kann das



Foto: Rainer Recha

ben klirren, symbolische Sprengsätze hochgehen, unkonventionell demonstriert wird, behauptet niemand, dies sei das Wirken „zugerasteter“ Chaoten gewesen.

Polizei und Justiz haben die „Nester der Gewalt“, wie sie es nennen, ebenso wenig auszuräumen wie politisch isolieren können. In Göttingen vermeiden es sogar die Grünen tunlichst, sich öffentlich von militanten Aktionen zu distanzieren. In Göttingen bestimmen nicht kreuzbraver Protest, sondern rebellischer Widerstand das politische Geschehen, selbst wenn dieser nicht immer wohldurchdacht und zielgerichtet auftritt.

Die Polizeistrategen haben bislang diese Situation durch die Aufstockung des ständig stationierten Personals, durch Bespitzelungen und Überwachungstechniken, durch demonstrative Präsenz in der Innenstadt etc. nicht in den Griff bekommen. Und da liegt es nahe, daß in den Polizeihirnen das Verlangen übermächtig wird, die Kampfmittel, die bislang nur vereinzelt angewandt worden sind, einmal in

Wort „Grundrechte“ aus seinem Wortschatz streichen.“

Spontan hat diese Botschaft ihre Wirkung völlig verfehlt. Oberflächlich betrachtet war der Polizeiberfall auf das Jusi, unterstellt man dessen demonstrative Funktion, sogar kontraproduktiv. Das Vorgehen der Polizei hat nicht abgeschreckt und eingeschüchtert, sondern Tausende zum Protest mobilisiert.

„Feuer und Flamme für diesen Staat“ — dies war nicht die Parole einer radikalen Minderheit, die der Rest der Demos betreten zur Kenntnis nahm. Angesichts der polizeistaatlichen Verhältnisse in Göttingen riefen diese Parole Menschen, die wahrscheinlich derart Radikales bislang öffentlich noch nicht auszusprechen wagten.

Allerdings: Es ist nicht geling, diese „spontane Radikalität“ politisch zu festigen, bewußter zu machen, dann könnte der radikale Protest ebenso schnell von der Bühne verschwinden, wie er aufgetaucht ist.

KB Göttingen

Nach fast zehnjähriger Pause beschloß der Bundestag Anfang Dezember mit den Stimmen von CDU/CSU/FDP gegen die der SPD und der GRÜNEN bei Enthaltung der FDP-Abgeordneten Hamm-Brücher, Hirsch und Baum im Blitzverfahren wieder einmal ein Paket von „Anti-Terror-Gesetzen“: Verschärfung und Erweiterung des § 129a, Wiedereinführung des Zensur-Paragrafen 130a, Kompetenzerweiterung für die Bundesanwaltschaft, on-line-Zugriff der Polizei auf die Dateien des Kraftfahrzeugbundesamtes. Wenn der Bundesrat am 19. Dezember zustimmt, kann das Gesetzes-Paket ab 1.1.87 in Kraft treten.

Ziel der Gesetze ist lt. Innenminister Zimmermann die Bekämpfung von „Gewalttätigen im Vorfeld des Terrorismus“. Aus den Reihen der SPD wird eine wahltaktisch orientierte „Gesetzgebungs-Hysterie“ kritisiert, die ungeeignet sei zur „wirksamen Bekämpfung des Terrorismus“. Die GRÜNEN schwanken zwischen Ablehnung der Gesetze wegen „Fahndungsuntauglichkeit“ und heftiger Verurteilung als „Flächenbombardement“ gegen alle kritischen Bürger. Manche/r Linke fühlt sich, wie z.B. die „Initiative bayerischer Strafverteidiger“, an den „deutschen Herbst“ des Jahres 77 erinnert.

Der folgende Artikel versucht einen knappen Überblick über Entwicklung und Bedeutung der Blitzgesetze im aktuellen Konzept der „Inneren Sicherheit“ zu geben.

Das aktuell vom Bundestag verabschiedete Gesetz- und Maßnahmen-Paket wurde zwar im Blitzverfahren durch die parlamentarischen Gremien gejagt. Von „Überraschung“, „hilloser Reaktion“ u.ä. auf Seiten der Exekutivorgane kann allerdings nicht die Rede sein. Spätestens seit dem Winter 84/85, in dem die RAF in Verbindung mit einem Hungerstreik ihre „Offensive“ zum Aufbau einer westeuropäischen „antimperialistischen Front“ ansetzte, basteln die Strategen der „Inneren Sicherheit“ an einem neuen Anti-Terrorismus-Konzept.

„Innerer Sicherheit“ an einem neuen Anti-Terrorismus-Konzept.

Kriegserklärung

Im Mai 85 verabschiedete eine Tagung unter der Schirmherrschaft des Bundesinnenministers eine Resolution gegen den Krieg. Es handelte sich um eine Fachtagung der „Deutschen Sektion der europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung“ in Stuttgart zum Thema „Terrorismus“. — Gemeint war der „Krieg der Terroristen“ als „Anschlag gegen die Menschenrechte.“ (siehe nebenstehenden Kasten)

Im Dezember 85 veröffentlichte das Zimmermann-Ministerium die Ergebnisse dieser Tagung als Sonderbroschüre mit einem Geleitwort des Innenministers höchstselbst. Teilnehmer der Tagung waren, so kann man sich dem Abdruck ihrer Beiträge in der Broschüre entnehmen, u.a. Robert Ruder, MdL, Staatssekretär im Innenministerium von Baden-Württemberg, Gerhard Boeden, Vizepräsident des BKA, Dr. Kurt Klein, Leitender Regierungsdirektor an der Schule für psychologische Verteidigung der Bundeswehr, berühmte Rechtsaußen wie Hans Graf Huyn, MdB, als Vizepräsident der europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung, sowie der Journalist Rolf Tophoven.

Der Grundtenor der Tagung wurde — wie so oft in der Vergangenheit — aus der Schule des bekannten Stuttgarter Chef-Strategen für „Innere Sicherheit“, Dr. A. Stümper, bestritten; Staatssekretär Ruder beschwor die neue terroristische Gefahr: Seit dem Hungerstreik zum Jahreswechsel 84/85 befindet sich der Terrorismus in der BRD wieder in der Offensive. Man müsse sich allerdings darauf einstellen, daß sich die „terroristische Herausforderung“ „auf leisen Sohlen“ entwickle — durch Agitation und Propaganda zugunsten der Ziele der Terroristen und durch Schaffung von „Stimmung gegen den Staat“. Der Unterstützer- und Sympathisantenkreis, der schließlich zum Rekrutierungspotential werde, habe sich erheblich erweitert. Gegen die absehbare Entwicklung gelte es in europäischen und nationalem Rahmen das Prinzip der „wehrhaften Demokratie“ zu reaktivieren.

Das BKA neuere seine derzeit aktuellen Erkenntnisse bei, nach denen

Anti-Terrorismus-Gesetze

Kriegserklärung Überreaktion ungeeignete Maßnahmen?

die RAF ihre geplante „antimperialistische Front“ in drei Ebenen gliedern wollte: „Guerrilla“ („harter Kern“), „Widerstand“ („RAF-Umfeld“) und „Gefangene“. Mitte 86 wurde diese Drei-Ebenen-Version durch eine eine Vier-Ebenen-Version erweitert, die seitdem mit penetranter Regelmäßigkeit nach jedem Anschlag durch die Medien geschleift wird. Danach gilt heute folgende offizielle Sprachregelung über die Struktur des RAF-Terrorismus und des „terroristischen Potentials“ in der BRD: 1. „Kommandoebene“, ca. 20 Personen, konspirativ lebend, „verantwortlich für Tötungsaktionen“. 2. „Militante der RAF“, ca. 100 bis 200 Leute, die eigenständig Anschläge gegen Institutionen etc. unternahmen. 3. „Umfeld“, ca. 2000 Personen, die zu öffentlicher Solidarität aufrufen und Veranstaltungen durchführten. 4. „Weiteres Umfeld“, das den Aktionen der RAF zwar im konkreten kritisch, aber grundsätzlich, d.h. in Bezug auf die Gewalt als Mittel der Politik, billigend gegenüberstehe. Dies zielt im engeren Sinne auf sog. gewalttätige Demonstrationen/Inn/en, Sabotage, militanten Kleinwiderstand usw., im weiteren gegen die Radikalisierung der Anti-Atom-Bewegung wie radikaler Protestbewegungen überhaupt. Die Medien, allen voran „Spiegel“, FAZ u.ä. konnten nicht genug tun, militante Auseinandersetzungen am Rand von Demonstrationen, Sabotage-Aktionen in und rund um Wackersdorf militante Kleinstaktivitäten aller Art als neues terroristisches „Umfeld“ im Sinn der BKA-Definition gleich serienweise vorzustellen.

Mit dem Stichwort „Umfeld“ war die Richtung der aktuellen Erneuerung der staatlichen Anti-Terror-Propaganda angegeben. Es blieb ausgerechnet Hans Graf Huyn, bisher vornehmlich als Figur in der Braunzone zwischen CSU und rechtsradikalem Klientel auffällig geworden, sowie Rolf Tophoven, aus BILD- und „Welt“ und einer Reihe eigener Veröffentlichungen sattem bekannter rechter Anti-Terror-Agitator, vorbehalten, den Charakter dieses „Umfelds“ genauer zu definieren.

Mit dem Referat „Moskau und der internationale Terrorismus“, das er auf der Tagung hielt, kann Huyn fast mehr als ein Drittel der 150seitigen Broschüre füllen. Er legt darin — mit dem Segen des Innenministeriums — die urale Kriege-Propaganda der „kommunistischen Weltverschöpfung“ in der dümmlich-reaktionären Version einer moskau-gesteuerten terroristischen Internationale wieder neu auf.

Der Terrorismus, dozieren Huyn, sei dem Marxismus systemimmanent. „Marxistischer Terrorismus gibt es, seit Marx ihn gefordert und Lenin 1905 die Weisung erteilt hat: „Gebt jeder

Kompanie kurze und einfache Rezepte zum Verfertigen von Bomben. Einige werden einen Spion töten oder eine Polizeistation in die Luft sprengen, andere werden einen Überfall auf eine Bank organisieren, um Geld für den Aufstand zu konfiszieren“. Marxistisch-sozialistischer Terror ist es, den Trotzky beschreibt, den Lenin leitet und den Stalin in Tiflis und in unzähligen anderen Fällen exekutiert.

Sozialistischer Staatsterrorismus ist es, der von Derschinski bis zu Andropov, Fedortschuk und Tschebrikoff organisiert und von Lenin und Stalin bis Breschnew, Andropow und Tschernenko in der Sowjetunion und gleichermaßen in den sowjetischen Satellitenstaaten etwa von Ulbricht und Ho-

den die Terror-Kader von „Moskau“ ausgebildet, von Leitoffizieren des KGB überall auf der Welt eingesetzt, so auch die RAF und ihre Unterstützer. „Terroraktionen gegen die Bundesrepublik Deutschland werden grundsätzlich in Übereinstimmung mit der SED-Führung durchgeführt“, weiß Huyn u.ä. zu berichten.

Wohlgemerkt: Dies alles äußert Herr Huyn nicht in „Nation Europa“ oder einem einschlägigen Organ der „World Anticommunist League“ (WACL) oder dergl., deren Mitglied er u.ä. ist (siehe Artikel in diesem AK), sondern in einer offiziellen Propaganda-Broschüre des BMI.

Nicht so dümmlich, aber nicht weniger nach rechts ausgelegt begründet



necker in Ost-Berlin oder von Castro in Cuba ausgeübt wird. Sozialistischer

Rolf Tophoven die These vom „Krieg der Terroristen gegen die Menschenrechte“.

necker in Ost-Berlin oder von Castro in Cuba ausgeübt wird. Sozialistischer kommunistischer Terrorismus ist es, zu dem das KPD-Mitglied Ulrike Meinhof und der Terroristenanwalt Klaus Croissant bekennen. Sozialistischer Terrorismus ist es, der in Iberoamerika und im südlichen Afrika, in Westeuropa und im Nahen Osten von Moskau bewußt als Mittel der Politik zur Verunsicherung und Zerstörung der freiheitlichen Gesellschaftsordnung und zur Erreichung der Welt Herrschaft eingesetzt wird.

Auf dieser Linie kann Huyn in atemberaubender Beliebtheit aufzählen: 1966, Konferenz von Havanna als „erste weltweite Koordinierungskonferenz des internationalen Terrorismus“, in der Folge Vietnamprotest, Entwicklung der PLO, Südafrika, Südamerika, Japanische Rote Armee, RAF, — alles selbstverständlich eine Front nach dem angeblichen Moskauer Motto: „Terroristen aller Länder, vereinigt euch.“ In zentralen Ausbildungslagern, in der Moskauer Lumumba-Universität wür-

Rolf Tophoven die These vom „Krieg der Terroristen gegen die Menschenrechte“, indem er eine westdeutsche Version der israelisch-US-amerikanischen Strategie vom „low intensity warfare“ in Nahost referiert: Danach tritt zu den drei bisher entwickelten Kriegsförmern „Atomkrieg“, „konventioneller Krieg“, „Partisanenkrieg“ unter den Bedingungen der Nicht-Führbarkeit des atomaren Krieges, der Notwendigkeit der Begrenzung des konventionellen Krieges, der technischen Verwundbarkeit und der Internationalisierung staatlicher Beziehungen der Terrorismus als am leichtesten machbare Kriegsförmern hinzu. Relativ „kostensparend“ am Menschen wie an Material“ ließen sich auf diese Weise mit „höchster Wirkung“ auf einfachste Art „stabile Verhältnisse in einem demokratischen Staat destabilisieren“.

Auch hier winkt, wie mensch sieht, der lange Arm „Moskaus“. Da ist es nur selbstverständlich, daß die „freie

Resolution zum Terrorismus

verabschiedet auf der Tagung „Der Terrorismus — eine akute Bedrohung der Menschenrechte“, am 10. und 11. Mai 1985 in Stuttgart

Im Kampf gegen nationalen und internationalen Terrorismus haben die westlichen Demokratien in den letzten Jahren verschiedene große Erfolge erzielt. Dennoch gehen in vielen Ländern die Terrorakte weiter und beinahe täglich sind irgendwo auf der Welt Opfer des Terrorismus zu beklagen.

Obschon es eine ganze Reihe von Mißständen und Problemen gibt, die das Aufkommen des Terrorismus in den demokratischen Gesellschaften begünstigen, darf dieser nicht als „verständliche Reaktion“ hingenommen werden, sondern muß als totalitärer und gefährlicher Angriff auf unsere Lebensform bekämpft werden. Denn der Terrorismus richtet sich nicht, wie die Terroristen, ihre Helfershelfer und Sympathisanten vorgeben, ausschließlich gegen die „Mächtigen“ und „Herrschenden“, er beeinträchtigt vielmehr die Rechte und Freiheiten jedes einzelnen und aller Völker.

Die Menschenverachtung und Grausamkeit des Terrorismus beweisen, daß es ihnen um ihre eigenen Machtansprüche und nicht um eine Verbesserung der Zustände geht. Letztere kann niemals mit Gewalt erreicht werden.

Der Terrorismus wird voraussichtlich nicht zu bald

wieder verschwinden. Es ist sogar möglich, daß er noch zunehmen wird. Wenn sich Staaten im Kampf gegen andere Staaten seiner bedienen, wenn es ihm gelingt, sich moderne Waffen zu beschaffen, und wenn er vor Massenopfern nicht zurückschreckt, wird die Bedrohung, die von ihm ausgeht, kriegsähnliche Ausmaße annehmen.

Es ist daher nötig, daß sich die Völker noch besser gegen den Terrorismus wappnen. Gemeinsam mit anderen und einzeln für sich haben sie eine ganze Reihe von Maßnahmen zu treffen. Eine Anzahl dieser Maßnahmen wird hohe Kosten und persönliche Unannehmlichkeiten mit sich bringen, wie es der Schutz gegen Gefahren, von Feuersbrunst über gewöhnliche Verbrechen bis zum großen Krieg, seit jeher mit sich brachte.

Deshalb verdienen die Verantwortlichen die Unterstützung jedes einzelnen im Antiterror-Kampf. Zur Wahl stehen letztlich das Nachgeben auf alle Forderungen und der Verlust von Sicherheit und Recht oder eine feste Haltung selbst bei Erpressungen, verheerender Fahndung mit der Hilfe aller und harte Bestrafung der Schuldigen.

Wählen die Völker und ihre Regierungen den Weg des Widerstandes, so wird den Terroristen gleichgültig welcher Herkunft der Boden entzogen und ein wesentlicher Hindernis auf dem Wege der friedlichen Weiterentwicklung demokratischer Gesellschaften beseitigt.

westliche Welt“ dem eine „sovereäne Antwort“ geben muß.

Die „Fahndungslücke“

Nach dem Attentat auf den Siemens-Manager Beckurts im Juli 86 mußte sich das Zimmermann-Ministerium herbe Kritik, vor allem auch von Seiten der Industrie gefallen lassen, die der Polizei mangelnde Erfolge bei der Fahndung und ungenügenden Schutz gefährdeter Personen vorwarf. Die Polizisten-Rioge rechtfertigte sich mit dem üblichen Polizeiarargument von der Übermäßigkeit der Aufgabe, den angeblich geringen Mitteln usw.: In die neue „Kommando“-Ebene sei mit den üblichen Methoden verdeckter Fahndung nicht hineinzukommen. Gegen die „Unterstützer“ könne mit den bestehenden Gesetzen nicht scharf genug vorgegangen werden. Das „Umfeld“ sei unter den gegebenen gesetzlichen Bedingungen, vor allen Dingen den datenschutzrechtlichen Einschränkungen polizeilicher Observationsstätigkeit, nicht ausreichend und nicht rechtzeitig ausforschbar.

Knapp zwei Wochen nach Beckurts Tod führte das BKA in Wiesbaden eine Sonder-Tagung zusammen mit Vertretern der Industrie durch. Anwesend waren — neben den üblichen „Experten“ — ca. 100 private „Sicherheits“-Beauftragte. Zur Debatte stand ein verbessertes Fahndungskonzept in Sachen Anti-Terrorismus. Der „Spiegel“ berichtete, 3 Millionen Siemens-Gelder seien für die Fahndung im Fall Beckurts zur Verfügung gestellt worden. Die schleppende Fahndung solle generell durch hohe Belohnungsgelder intensiviert werden. Die neue „Auslobungspraxis“ — hohe Belohnungsgelder von der Industrie für Hinweise — könne, so erklärte BMI-Staatssekretär Neussel, dazu beitragen, „die Szene zu durchbrechen“.

„Schon 1980“, erinnerte sich der „Spiegel“ bei dieser Gelegenheit, „hatte sich die Wirtschaft mit Bargeld an der Terrorismusbekämpfung beteiligt. HUK-Verband, Dresdner Bank, Veba-Konzern und Flick spendierten dem Bundesnachrichtendienst insgesamt 400.000 Mark für die Terroristenverfolgung. Die Pullacher heuerten mit dem Spendengeld Deutschlands berühmtesten Undercover-Agenten an, den ehemaligen BKA-Mitarbeiter und Privatdetektiv Werner Mauss, alias „Claude“, alias „Nelson“. Diskret organisierte die Top-Manager eine Art geheime Bürgerwehr, sammelten hochbezahlte Detektiven Informationen über die linke Szene. Unversehens entstand so bei der Terrorismusfahndung eine Symbiose aus privater und staatlicher Verfolgung, versuchten V-Leute verschiedenster Couleur im Terrorismus-Umfeld Fuß zu fassen.“ — Was der „Spiegel“ hier ausplaudert, war schon derzeit nur die Spitze eines Eisbergs. Es deutet aber daraufhin, was heute unterhalb der gesetzlichen Ebenen abgeht, wenn diese Maßnahmen aufgestockt werden, wie es aktuell geschieht.

H. Herold, als Polizei-Chef im Ruhestand nicht gleichermaßen an politische Opportunität und gesetzliche Beschränkungen gebunden wie seine Kollegen in Amt, forderte in einem Interview im „Spiegel“ — mit Hinweis auf die Offensive der RAF, eine angeblich wachsende Billigung von Gewalt in der Bevölkerung, den „Fahndungsnotstand“ gegenüber dem wachsenden „Umfeld“ des Terrorismus bei gewalttätigen Demonstrationen etc. — die seiner Meinung nach 1982 fälschlicherweise diskriminierte Rasterfahndung, Schleppnetz-fahndung, beobachtende Fahndung („beFa“) usw. wieder zu legalisieren und aktiv zum Durchkämmen der Szene einzusetzen. Begründung: „Wer bei Gewaltdemos ... unerkannt geblieben ist, hat die Chance, auch als Terrorist unerkannt zu bleiben. Je mehr RAF-Mitglieder unerkannt bleiben, desto gefährlicher wird die RAF.“ Und mit Blick auf das Attentat gegen Beckurts noch eine Klaxone: „Wenn die RAF in Straßlach gerade in diesen Tagen mordete, so steht dies mit der in Wackersdorf erstmals sichtbar gewordenen Hinwendung von sonst friedlichen Demonstranten zu den Chooßen, also mit dem dort aufgetretenen Abriß von Loyalität, im unmittelbaren Zusammenhang.“

Die Polizeipresse — von „Kriminalistik“ bis „Die Polizei“ — griff Herolds Ermahnungen gierig auf. In der „FAZ“ konnte er im November noch einmal nachlegen: In einem längeren Artikel, in dem er die Behinderung polizeilicher Informationsgewinnung durch die Datenschutz-Bewegung der letzten Jahre geradezu herzerstehend beklagt, formuliert er am Schluß unter der Zwischenüberschrift „Die Terroristen haben einen Vorsprung gewonnen“ u.ä.: „Zur Zeit fehlen vornehmlich Informationen über das Umfeld, das in den terroristischen Kern nach-

Fortsetzung von vorheriger Seite

rückt. Diese Defizite sind, entsprechende politische Grundentscheidungen vorausgesetzt, nur durch systematische Aufhellung des Umfeldes und durch eine methodisch-systematische Um- und Rekonstruktion der Informationsgewinnung zu beheben. Ein „methodisches Konzept“, gesetzlich abgesichert durch „Steuerungsbefugnis“ für zentrale Informationsgewinnung müsse her, das sicher sein könne, nicht „vom nächsten Meinungsumschwung wieder hinweggefegt zu werden“.

Die Gelegenheit

Die Erschießung von Braunmühl war der Startschuß zur Verwirklichung und Propagierung dieser lange bebrüteten Pläne. Das Attentat selbst kam für BKA und Bundesanwaltschaft ja keineswegs allzu überraschend, wie mensch inzwischen aus diversen Presseveröffentlichungen weiß. Schon bei der Verhaftung mehrerer der RAF-Mitglieder verdächtigter Personen im Juli des Jahres hatte das BKA nach eigenen Angaben Hinweise gefunden, daß die RAF einen Anschlag auf das Bonner Entwicklungsförderministerium plante. Außerdem seien Notizen mit den Namen der Vorgänger von Braunmühl im „EPZ“, dem für den europäisch-arabischen Dialog verantwortlichen Gremium des Auswärtigen Amtes, gefunden worden. In der StraBe v. Braunmühl ließ das BKA 11.000 Flugblätter an die Anwohner verteilen, in denen vor einem möglichen Anschlag in ihrer Straße gewarnt wurde. Angeblich sei damals aber nicht v. Braunmühl gemeint gewesen. Hatte nicht — nachweislich — die RAF den Anschlag durchgeführt, die Zimmermann-Seilschaft hatte ihn erfinden müssen. Das gilt insbesondere für die Begründung, nach der v. Braunmühl nicht als „Scharfmacher“, sondern ausdrücklich wegen der von ihm verfolgten Strategie des „Dialogs“ mit den arabischen Staaten sterben mußte. Dies gilt auch für den Zeitpunkt, der nicht günstiger hätte gewählt werden können, um Aktionen der RAF mit internationalen terroristischen Massakern in Paris, Karatschi, Istanbul usw. in Verbindung zu bringen.

Vor diesem Hintergrund konnte Zimmermann die von Huyn und Topfhoven angelegenen Töne zur offiziellen Linie der Bundesregierung erheben: „Die Terroristen haben den Bundesrepublik den Krieg erklärt“, ließ er in der „Welt“ verlauten. FDP-Chef Bangemann ließ sich nicht lumpen und sekundierte mit der Aussage, die BRD befände sich im Krieg mit dem Terrorismus. Bei Hinterbänkern und Provinzpolitikern kann mensch jetzt das Echo dieser Sprüche nachklingen hören.

Im Sinne dieser Kriegserklärung wurde das neue Gesetzespaket in zwar unsicherer, aber letztlich ausreichend beschlußfähiger Einigkeit zwischen CDU/CSU und FDP auf den Weg gebracht. Nur die beabsichtigte Kronzeugenregelung blieb auf der Strecke, weil die FDP-Führung ihre Basis darauf nicht vereinbaren konnte. Wie weit der Vorschlag der Einführung eines Kronzeugen in dem Zimmermann-

Paket nur lakonische Schiebemasse war, muß dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß schon die letztlich verabschiedeten Gesetze und Maßnahmen eine erhebliche Verschärfung der innenpolitischen Konfrontation, sowohl der staatlichen Repression als auch des Widerstands dagegen nach sich ziehen können.

Die vom Bundestag beschlossenen Gesetze sind:

— Änderung des § 129a d h

1) Erweiterung der sog. Katalogstraftaten des § 129a, die bis jetzt Sprengstoffattentate, schwere Brandstiftung, Gefährdung des Luftverkehrs und Herbeiführung einer Überschwemmung betrafen, um die Tatbestände der „gefährlichen Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr“, der „Störung öffentlicher Betriebe“ und — als Ergänzung zur schweren Brandstiftung — des „Inbrandsetzens von Personen- und Lastkraftwagen und Baumaschinen“.

2) Verdoppelung des Strafmaßes für Gründung und Mitgliedschaft in der so erweiterten „terroristischen Vereinigung“, sowie Erhöhung der Mindeststrafe für „Rädelführer und Hintermänner“ auf drei Jahre. Geringere Strafmaße seien „kriminalpolitisch“ angeblich nicht mehr ausreichend.

Konkret im Vorrat dieser Maßnahmen sind die im Zuge der Anti-Atom-Bewegung, vornehmlich nach Tschernobyl entwickelten Formen des militanten Widerstands durch Kleinsabotage aller Art vom Umlegen von Strommasten bis zum Lahmliegen von Baumaschinen durch Ablassen von Öl und dergl.

Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß die Verfolgung von Straftaten nach § 129a eine ganze Kette von „Folgebemaßnahmen“ nach sich ziehen kann: Erweiterte Durchsuchungsbefugnisse in der Fahndung, Telefonüberwachung, Einrichtung von „Kontrollstellen“, außerdem Einschränkungen der Verteidigungsmöglichkeiten: Erleichterung des Verteidigerausschlusses, Verbot der „Mehrfachverteidigung“, Kontrolle der Verteidigerpost bei Gefangenen, Sonderhaftbedingungen und Isolation, schließlich noch die Androhung der Strafverfolgung wegen Nichtantrags einer geplanten oder in Ausführung begriffenen Straftat nach § 129a.

Wenn mensch bedenkt, daß für eine Strafverfolgung nach § 129a schon die Behauptung ausreicht, die betreffenden Personen seien in irgendeiner Form an einer „terroristischen Vereinigung“ beteiligt (bzw. würden für sie werben oder sie unterstützen), so wird klar, daß mit dem neuen § 129a praktisch alle Formen nicht-friedlichen Widerstands als „Terrorismus“ verfolgt werden können und zugleich unter höherer Strafandrohung stehen, ohne den Nachweis konkreter Straftaten seitens der Strafverfolgungsbehörden erbringen zu müssen. Das bedeutet vor allem anderen eine Kriminalisierung von Alltagswiderstand, anders gesagt erhöht das politische Risiko für das „Umfeld“. Für die RAF selbst ändert sich wenig. Mehr noch, durch die Strafmaßänderung ist die absurde Situation entstanden, daß in Zukunft die bloße Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ oder ihre Gründung, die jetzt als Verbrechen eingestuft sind, härter bestraft werden als

die konkreten „Katalogdelikte“ selbst, die sog. Vergehen sind. — Die Absurdität hat natürlich Methode. Ob sie sich im Sinn der staatlichen Inszenierung auszahlt, ist offen. —

— Wiedereinführung des § 130a „Anleitung zu Straftaten“

Unter Strafe gestellt werden soll die Verbreitung von Schriften, die geeignet seien, als Anleitung zu Straftaten (z. B. Landfriedensbruch mit Sachbeschädigung oder gefährliche Eingriffe in den Bahn- oder Straßenverkehr) zu dienen und die nach ihrem Inhalt bestimmt seien, die Bereitschaft anderer zur Begehung solcher Straftaten zu fördern oder zu wecken.

Ein ähnliches Gesetz fabrizierte die SPD/FDP 1976, hob es aber 1981 als unpraktikabel wieder auf, weil im Detail häufig nicht bestimmt werden konnte, ob eine betreffende Veröffentlichung subjektiv als „Anleitung zur Straftat“ gemeint war. Dem soll der neue Entwurf vorbeugen: Danach soll nämlich auch die Verbreitung „neutraler“ Schriften (etwa Berichte über historischen, z. B. antisfaschistischen Widerstand, Befreiungskämpfe in der sog. 3. Welt u. a. m.) unter Strafe stehen, wenn sich aus den „Gesamtumständen“ die Absicht zur Förderung von Straftaten ergebe.

In Verbindung mit der Erweiterung des § 129a kann der § 130a somit als nahezu beliebig dehnbare Zensur-Instrument eingesetzt werden, mit dem — wie es Bundesanwalt Rebmann in einem Schreiben an den Rechtsausschuß des Bundestages als seine Hoffnung formuliert — „unter Einbeziehung der Vorbereitungshandlungen des Herstellen und Vorrathaltens ... eine Verbreitung von Schriftgut mit Anleitungen zur Gewaltanwendung im Keim erstickt werden“ könne. — Mit dieser Formulierung wären wir, Ährere werden es noch aus eigenem Erleben wissen, wieder im Vokabular der frühen und mittleren 70er, als die Anti-Terrorismus-Kampagne der SPD-FDP-Koalition geradezu auf den „deutschen Herbst“ lossteuerie.

— Kompetenzerweiterung für den Generalbundesanwalt (G.B.A.)

Per Neufassung des Art. 2. des Gerichtsverfassungsgesetzes soll der G.B.A. bei Vorliegen einer „Katalogtat“ des erweiterten § 129a die Verfolgung übernehmen, „sofern die Tat geeignet ist, die äußere oder innere Sicherheit der BRD zu beeinträchtigen, Verfassungsgrundsätze zu verletzen oder zu untergraben und die Sicherheit der in der BRD stationierten NATO-Truppen zu beeinträchtigen“ und wenn der G.B.A. eine „besondere Bedeutung“ des Falles annimmt. Des weiteren soll in Zukunft auch die Verfolgung von Einzelstraftaten nach § 129a und „ausländischen terroristischen Organisationen“ in der Kompetenz des G.B.A. liegen.

Wenn ein Fall von „besonderer Bedeutung“, wann eine ausländische Organisation „terroristisch“ ist, wann Einzelstraftaten nach § 129a zu verfolgen sind — das alles steht zukünftig in der Definitionsgewalt des G.B.A.

Entgegen allen Beteuerungen von Dezentralität wird hier parallel zum BKA als zentrale Bundespolizei in der Bundesanwaltschaft eine zentrale politische Verfolgungs- und Anklagebehörde geschaffen. Darin liegt eine Be-

schränkung der Justishoheit der Länder und ein Eingriff in das verfassungsmäßige Recht auf einen gesetzlichen Richter. Vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Ausweitung der verfolgten Delikte, werden hier in BKA/G.B.A. die Konturen einer Zentral-Behörde sichtbar, die sich der parlamentarischen, selbst der föderalistischen Kontrolle zugunsten einer einseitigen Stärkung der zentralen Exekutive entzieht, ganz zu schweigen von der durch Presse und Öffentlichkeit.

— Das ZEVIS-Gesetz

Beschlossen wurde die Novellierung eines Gesetzes über die Nutzung der Dateien des Bundeskriminalfahrzeugamts durch die Polizei und die Geheimdienste.

In Zukunft wird es danach für Polizei und Geheimdienste der BRD möglich sein, die Flensburger Zentral-Datei per on-line-Zugriff für ihre Zwecke zu nutzen, d. h. die Daten jeder/s Fahrzeughalters/in in der BRD (sowie in der BRD gemeldeter Auslandsfahrzeuge) stehen dem polizeilichen Apparat jederzeit ungehindert zur Verfügung.

Die Verabschiedung dieses Gesetzes ist — abgesehen von dem konkreten Fahndungszweck für die Polizei — vor allem ein politischer Erfolg der Zimmermann-Seilschaft, die Novellierung bricht eine Lücke in die Abwehrfront der Datenschutz-Bewegung, schafft einen Präzedenzfall für weitere „Ausnahmeregelungen“ im Paket der nach wie vor anscheinenden „Sicherheitsgesetze“, die in der nächsten Legislaturperiode wieder auf den Tisch kommen sollen, bzw. z. T. schon beschlossen sind und ihrer praktischen Umsetzung harren: Volkszählung, maschinenlesbarer Personalausweis, Zusammenarbeitsgesetz, MAD-Gesetz, Neufassung des Musterwunsfs zum Polizeigesetz unter datenschutzrechtlichen Fragestellungen, Bundesdatenschutz-Gesetz etc.

Summa summarum ist der Zimmermann-Seilschaft gelungen, auch wenn sie die von ihr begehrte Kronzeugen-Regelung von der Wunschliste streichen mußte, durch Nutzung einer aus der Mischung von internationalen terroristischen Massakern und politisch blindem RAF-Terrorismus entstandenen aktuellen Zuspitzung der „terroristischen Bedrohung“, eine entscheidende Brücke für längerfristige, vom Terrorismus relativ unabhängige innenpolitische Verschärfungen zu schlagen. Ob und wie sie diesen Weg in der Praxis gehen, dürfte nach wie vor von Opportunitätsabwägungen „bestimmt“ sein.

Der tolle Lichte und die SPD

Der tolle Lichte und die SPD

SPD-Politiker — und in ihrem Kielwasser auch so manch GRÜNE — haben sich vor und während der Debatte im Bundestag wieder einmal bemüht, sich der Bevölkerung als blütenweiße Demokraten zu empfehlen, die angesichts einer Gesetzgebungs-„Hysterie“ der CDU/CSU/FDP-Koalition um die demokratische Substanz der Republik fürchten. Der Abgeordnete Dr. Wilh. B. steigerte sich glatt zu der Aussage, anders als in den 70er Jahren, wo die Regierung Schmidt das Strafgesetzbuch zur besseren Verfolgung der RAF „maßvoll“ geändert habe, werde heute „das Kind mit dem Bade ausgeschüttet“.

Das wäre nur komisch, wenn's nicht Leute gäbe, die bereit sind, das zu glauben. Es sollen hier gar nicht die anti-terroristischen Gesetzeskaskaden aufgezählt werden, mit denen die SPD/FDP-Regierung von 72 bis 77 die Republik nachahmlich veränderte — bis hin zu den Ereignissen in Stammheim 1977. Das gehört ja heutzutage doch zur politischen Allgemeinbildung, wenn mensch nicht gerade CDU/CSU-Parteiangehöriger oder Bundesstags-Demagoge der SPD ist.

Beschränken wir uns auf das, was jetzt von der SPD — ungeachtet aller marxistisch-rechtlichen Kritik — im Stillen angetrieben wird:

— Am 21. 10., also etwas mehr als eine Woche nach dem Attentat auf E. v. Braunmühl, trafen sich die Innenminister der Länder zu einer Sondersitzung in Bonn. Lt. „BKS“ (Zeitung für den BGS) bekräftigte man dort ein „neues Fahndungskonzept der Sicherheitsbehörden“, das von den zentralen Gremien aus Bund und Ländern bereits vor dem Attentat beschlossen worden war. Hinzu kommt ein weiterer Schutzkonzept. Dazu zählen u. a. eine Verstärkung des Personen- und Objektschutzes sowie eine personelle und materielle Aufstockung der zentralen Sicherheitsbehörden, einschließlich des Bundesgrenzschutzes.

Nicht uninteressant auch der in „BKS“ abgedruckte Katalog der weiteren Maßnahmen, auf die sich SPD-

wie CDU/CSU-geführte Landesregierungen vor den Bundestagsdebatten um das neue Gesetzes-Paket einigten. — „Fahndungsmaßnahmen und Konzepte sind ständig an die wechselnden Formen des Terrorismus anzupassen, um damit auch den Schutz vor Terroranschlägen zu verbessern; es besteht Einverständnis über konkrete Fahndungsmaßnahmen.“

— die internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung soll weiter intensiviert werden (das nimmt Bezug auf die Sonderkonferenz der EG-Innenminister vom 23. 9. 86, die alljährlich der Eskalation in Frankreich von den Franzosen einberufen worden war; siehe dazu AK 277);

— der deutsche Bundestag soll seine Beratung über die Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes hinsichtlich der Fahndung und Inanspruchnahme von ZEVIS wieder aufnehmen;

— alle Bundesländer sollen zur Bekämpfung des Terrorismus sofort an das beim Kraftfahrzeug-Bundesamt in Flensburg geführte „Zentrale Verkehrs-Informationssystem“ (ZEVIS) angeschlossen werden, um für alle Länder die sog. Halter-Anfrage zu ermöglichen;

— Personen- und Objektschutz erfolgen aufgrund von Analysen der jeweils zuständigen Sicherheitsorgane.

Die Innenminister haben folgende weitere Fahndungsmaßnahmen bekräftigt: Rasterrastfahndung und polizeiliche Beobachtung sowie Einsatz von verdeckten Ermittlern und Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen, bundesweite Großfahndungen, verstärkte Öffentlichkeitsfahndung sowie sinkende Durchführungs-melderechtl. Bestimmungen.

Per Blitzverfahren wurde Mitte Oktober im Haushaltsausschuß unter dem Pauschalitel „ausländische Sicherheitsmaßnahmen“ eine Aufstockung der Haushaltsmittel für das Innenministerium beschlossen. Bis auf eine Abgerundete, die mit den GRÜNEN dagegen stimmte, enthielt sich die SPD der Stimme. Danach bekommt das BKA 210 neue Stellen zur Terrorismusbekämpfung. Der BGS wird nach eigenen Angaben um 1150 Stellen aufgestockt, davon 1000 für Großinsätze, 110 für Schutzaufgaben im Raum Bonn. 10 „Fingerabdruckspezialisten für Asylbewerber“ kommen dazu. Der BGS soll bis 1990 46 neue Wasserwerfer, 300 „geschützte Sonderwagen“ und mindestens drei Transportflugschrauber erhalten. Für „bauliche Sicherheitsmaßnahmen an Dienstgebäuden“ wurden weitere 30 Millionen für die Jahre 87 und 88 bereitgestellt, die Hälfte davon „qualifiziert gesperrt“, bis Zimmermann dafür ein entsprechendes Konzept vorlegt. — Dies alles betrifft Sonderzuweisungen. Der normale Haushaltsplan ist davon nicht betroffen.

Auf die diversen Einkesselungs- und Durchsuchungsaktionen, Beschleunigungsmaßnahmen etc., die als Vollzug der „neuen Fahndungskonzepte“ in den letzten Monaten durchgeführt worden sind, will ich an dieser Stelle nicht eingehen. Dazu finden sich Artikel in dieser Ausgabe des AK. Klar ist aber, daß die Kritik der SPD, z. B. aus dem Munde H. Schnoor's, dies sei „nicht die Stunde der Gesetze, sondern die Stunde der Fahndung“ nur vor diesem Hintergrund einen Sinn macht. Der „Hamburger Kessel“ — in Hamburg, Düsseldorf, Göttingen usw. wird von SPD-Regierungen nicht anders durchexekutiert als von denen der CDU oder CSU.

Bleiben die Befürchtungen des Hamburger VS-Chefs Lochte (CDU), auf die sich Teile der SPD und auch einige GRÜNE so gern berufen, die beschlossenen Gesetze seien „ungeeignete Maßnahmen“, „die willkürliche Ausdehnung des Begriffes Terrorist“, hätte er zu bedenken gegeben, „kann zu einer Radikalisierung und einer verstärkten Solidarisierung der Betroffenen mit der RAF führen. Durch eine dadurch bewirkte Durchdringung könnte eine Stärkung der RAF eintreten.“ Diese Kritik wird von großen Teilen der SPD und auch von einigen GRÜNEN geteilt.

Ob er mit dieser Einschätzung recht hat, dürfen wir getrost offenlassen. Aus seinen Äußerungen aber auf eine evtl. Maßigung in der Anwendung des neugeschaffenen Instrumentariums zu schließen, wäre wohl ein verhängnisvoller Fehler. Dies ist für die Linke, um es in dieser Abwandlung zu sagen, nicht die Stunde der Spekulation, sondern der Politik. Viel wird davon abhängen, ob es gelingt, einer demokratischen Öffentlichkeit klarzumachen, daß die Kriegserklärung Zimmermanns zwar von Terrorismus spricht, aber jegliche Art radikalen Widerstands gegen die Atom- und sonstige Katastrophen-Politik dieses Staates meint.

Der neue § 129a

Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 1), zuletzt geändert durch „(BGBl. I S. 1) wird wie folgt geändert:

1. § 129a wird gefaßt:

§ 129a

1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck oder deren Tätigkeit derart gerichtet sind

1. Mord, Totschlag oder Völkermord (§§ 211, 212, 213a),

2. Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen des § 238a oder des § 238b oder

3. gemeingefährliche Straftaten in den Fällen des § 306 bis 308 des StGB, des § 31 des StGB, des § 31a des StGB, des § 31b des StGB, des § 31c des StGB, des § 31d des StGB, des § 31e des StGB, des § 31f des StGB, des § 31g des StGB, des § 31h des StGB, des § 31i des StGB, des § 31j des StGB, des § 31k des StGB, des § 31l des StGB, des § 31m des StGB, des § 31n des StGB, des § 31o des StGB, des § 31p des StGB, des § 31q des StGB, des § 31r des StGB, des § 31s des StGB, des § 31t des StGB, des § 31u des StGB, des § 31v des StGB, des § 31w des StGB, des § 31x des StGB, des § 31y des StGB, des § 31z des StGB,

oder 1. 110a des StGB, oder des § 111 des StGB, oder 1. 112a des StGB, oder 1. 112b des StGB, oder 1. 112c des StGB, oder 1. 112d des StGB, oder 1. 112e des StGB, oder 1. 112f des StGB, oder 1. 112g des StGB, oder 1. 112h des StGB, oder 1. 112i des StGB, oder 1. 112j des StGB, oder 1. 112k des StGB, oder 1. 112l des StGB, oder 1. 112m des StGB, oder 1. 112n des StGB, oder 1. 112o des StGB, oder 1. 112p des StGB, oder 1. 112q des StGB, oder 1. 112r des StGB, oder 1. 112s des StGB, oder 1. 112t des StGB, oder 1. 112u des StGB, oder 1. 112v des StGB, oder 1. 112w des StGB, oder 1. 112x des StGB, oder 1. 112y des StGB, oder 1. 112z des StGB,

oder 1. 113a des StGB, oder 1. 113b des StGB, oder 1. 113c des StGB, oder 1. 113d des StGB, oder 1. 113e des StGB, oder 1. 113f des StGB, oder 1. 113g des StGB, oder 1. 113h des StGB, oder 1. 113i des StGB, oder 1. 113j des StGB, oder 1. 113k des StGB, oder 1. 113l des StGB, oder 1. 113m des StGB, oder 1. 113n des StGB, oder 1. 113o des StGB, oder 1. 113p des StGB, oder 1. 113q des StGB, oder 1. 113r des StGB, oder 1. 113s des StGB, oder 1. 113t des StGB, oder 1. 113u des StGB, oder 1. 113v des StGB, oder 1. 113w des StGB, oder 1. 113x des StGB, oder 1. 113y des StGB, oder 1. 113z des StGB,

oder 1. 114a des StGB, oder 1. 114b des StGB, oder 1. 114c des StGB, oder 1. 114d des StGB, oder 1. 114e des StGB, oder 1. 114f des StGB, oder 1. 114g des StGB, oder 1. 114h des StGB, oder 1. 114i des StGB, oder 1. 114j des StGB, oder 1. 114k des StGB, oder 1. 114l des StGB, oder 1. 114m des StGB, oder 1. 114n des StGB, oder 1. 114o des StGB, oder 1. 114p des StGB, oder 1. 114q des StGB, oder 1. 114r des StGB, oder 1. 114s des StGB, oder 1. 114t des StGB, oder 1. 114u des StGB, oder 1. 114v des StGB, oder 1. 114w des StGB, oder 1. 114x des StGB, oder 1. 114y des StGB, oder 1. 114z des StGB,

oder 1. 115a des StGB, oder 1. 115b des StGB, oder 1. 115c des StGB, oder 1. 115d des StGB, oder 1. 115e des StGB, oder 1. 115f des StGB, oder 1. 115g des StGB, oder 1. 115h des StGB, oder 1. 115i des StGB, oder 1. 115j des StGB, oder 1. 115k des StGB, oder 1. 115l des StGB, oder 1. 115m des StGB, oder 1. 115n des StGB, oder 1. 115o des StGB, oder 1. 115p des StGB, oder 1. 115q des StGB, oder 1. 115r des StGB, oder 1. 115s des StGB, oder 1. 115t des StGB, oder 1. 115u des StGB, oder 1. 115v des StGB, oder 1. 115w des StGB, oder 1. 115x des StGB, oder 1. 115y des StGB, oder 1. 115z des StGB,

oder 1. 116a des StGB, oder 1. 116b des StGB, oder 1. 116c des StGB, oder 1. 116d des StGB, oder 1. 116e des StGB, oder 1. 116f des StGB, oder 1. 116g des StGB, oder 1. 116h des StGB, oder 1. 116i des StGB, oder 1. 116j des StGB, oder 1. 116k des StGB, oder 1. 116l des StGB, oder 1. 116m des StGB, oder 1. 116n des StGB, oder 1. 116o des StGB, oder 1. 116p des StGB, oder 1. 116q des StGB, oder 1. 116r des StGB, oder 1. 116s des StGB, oder 1. 116t des StGB, oder 1. 116u des StGB, oder 1. 116v des StGB, oder 1. 116w des StGB, oder 1. 116x des StGB, oder 1. 116y des StGB, oder 1. 116z des StGB,

oder 1. 117a des StGB, oder 1. 117b des StGB, oder 1. 117c des StGB, oder 1. 117d des StGB, oder 1. 117e des StGB, oder 1. 117f des StGB, oder 1. 117g des StGB, oder 1. 117h des StGB, oder 1. 117i des StGB, oder 1. 117j des StGB, oder 1. 117k des StGB, oder 1. 117l des StGB, oder 1. 117m des StGB, oder 1. 117n des StGB, oder 1. 117o des StGB, oder 1. 117p des StGB, oder 1. 117q des StGB, oder 1. 117r des StGB, oder 1. 117s des StGB, oder 1. 117t des StGB, oder 1. 117u des StGB, oder 1. 117v des StGB, oder 1. 117w des StGB, oder 1. 117x des StGB, oder 1. 117y des StGB, oder 1. 117z des StGB,

oder 1. 118a des StGB, oder 1. 118b des StGB, oder 1. 118c des StGB, oder 1. 118d des StGB, oder 1. 118e des StGB, oder 1. 118f des StGB, oder 1. 118g des StGB, oder 1. 118h des StGB, oder 1. 118i des StGB, oder 1. 118j des StGB, oder 1. 118k des StGB, oder 1. 118l des StGB, oder 1. 118m des StGB, oder 1. 118n des StGB, oder 1. 118o des StGB, oder 1. 118p des StGB, oder 1. 118q des StGB, oder 1. 118r des StGB, oder 1. 118s des StGB, oder 1. 118t des StGB, oder 1. 118u des StGB, oder 1. 118v des StGB, oder 1. 118w des StGB, oder 1. 118x des StGB, oder 1. 118y des StGB, oder 1. 118z des StGB,

oder 1. 119a des StGB, oder 1. 119b des StGB, oder 1. 119c des StGB, oder 1. 119d des StGB, oder 1. 119e des StGB, oder 1. 119f des StGB, oder 1. 119g des StGB, oder 1. 119h des StGB, oder 1. 119i des StGB, oder 1. 119j des StGB, oder 1. 119k des StGB, oder 1. 119l des StGB, oder 1. 119m des StGB, oder 1. 119n des StGB, oder 1. 119o des StGB, oder 1. 119p des StGB, oder 1. 119q des StGB, oder 1. 119r des StGB, oder 1. 119s des StGB, oder 1. 119t des StGB, oder 1. 119u des StGB, oder 1. 119v des StGB, oder 1. 119w des StGB, oder 1. 119x des StGB, oder 1. 119y des StGB, oder 1. 119z des StGB,

oder 1. 120a des StGB, oder 1. 120b des StGB, oder 1. 120c des StGB, oder 1. 120d des StGB, oder 1. 120e des StGB, oder 1. 120f des StGB, oder 1. 120g des StGB, oder 1. 120h des StGB, oder 1. 120i des StGB, oder 1. 120j des StGB, oder 1. 120k des StGB, oder 1. 120l des StGB, oder 1. 120m des StGB, oder 1. 120n des StGB, oder 1. 120o des StGB, oder 1. 120p des StGB, oder 1. 120q des StGB, oder 1. 120r des StGB, oder 1. 120s des StGB, oder 1. 120t des StGB, oder 1. 120u des StGB, oder 1. 120v des StGB, oder 1. 120w des StGB, oder 1. 120x des StGB, oder 1. 120y des StGB, oder 1. 120z des StGB,

oder 1. 121a des StGB, oder 1. 121b des StGB, oder 1. 121c des StGB, oder 1. 121d des StGB, oder 1. 121e des StGB, oder 1. 121f des StGB, oder 1. 121g des StGB, oder 1. 121h des StGB, oder 1. 121i des StGB, oder 1. 121j des StGB, oder 1. 121k des StGB, oder 1. 121l des StGB, oder 1. 121m des StGB, oder 1. 121n des StGB, oder 1. 121o des StGB, oder 1. 121p des StGB, oder 1. 121q des StGB, oder 1. 121r des StGB, oder 1. 121s des StGB, oder 1. 121t des StGB, oder 1. 121u des StGB, oder 1. 121v des StGB, oder 1. 121w des StGB, oder 1. 121x des StGB, oder 1. 121y des StGB, oder 1. 121z des StGB,

oder 1. 122a des StGB, oder 1. 122b des StGB, oder 1. 122c des StGB, oder 1. 122d des StGB, oder 1. 122e des StGB, oder 1. 122f des StGB, oder 1. 122g des StGB, oder 1. 122h des StGB, oder 1. 122i des StGB, oder 1. 122j des StGB, oder 1. 122k des StGB, oder 1. 122l des StGB, oder 1. 122m des StGB, oder 1. 122n des StGB, oder 1. 122o des StGB, oder 1. 122p des StGB, oder 1. 122q des StGB, oder 1. 122r des StGB, oder 1. 122s des StGB, oder 1. 122t des StGB, oder 1. 122u des StGB, oder 1. 122v des StGB, oder 1. 122w des StGB, oder 1. 122x des StGB, oder 1. 122y des StGB, oder 1. 122z des StGB,

oder 1. 123a des StGB, oder 1. 123b des StGB, oder 1. 123c des StGB, oder 1. 123d des StGB, oder 1. 123e des StGB, oder 1. 123f des StGB, oder 1. 123g des StGB, oder 1. 123h des StGB, oder 1. 123i des StGB, oder 1. 123j des StGB, oder 1. 123k des StGB, oder 1. 123l des StGB, oder 1. 123m des StGB, oder 1. 123n des StGB, oder 1. 123o des StGB, oder 1. 123p des StGB, oder 1. 123q des StGB, oder 1. 123r des StGB, oder 1. 123s des StGB, oder 1. 123t des StGB, oder 1. 123u des StGB, oder 1. 123v des StGB, oder 1. 123w des StGB, oder 1. 123x des StGB, oder 1. 123y des StGB, oder 1. 123z des StGB,

oder 1. 124a des StGB, oder 1. 124b des StGB, oder 1. 124c des StGB, oder 1. 124d des StGB, oder 1. 124e des StGB, oder 1. 124f des StGB, oder 1. 124g des StGB, oder 1. 124h des StGB, oder 1. 124i des StGB, oder 1. 124j des StGB, oder 1. 124k des StGB, oder 1. 124l des StGB, oder 1. 124m des StGB, oder 1. 124n des StGB, oder 1. 124o des StGB, oder 1. 124p des StGB, oder 1. 124q des StGB, oder 1. 124r des StGB, oder 1. 124s des StGB, oder 1. 124t des StGB, oder 1. 124u des StGB, oder 1. 124v des StGB, oder 1. 124w des StGB, oder 1. 124x des StGB, oder 1. 124y des StGB, oder 1. 124z des StGB,

oder 1. 125a des StGB, oder 1. 125b des StGB, oder 1. 125c des StGB, oder 1. 125d des StGB, oder 1. 125e des StGB, oder 1. 125f des StGB, oder 1. 125g des StGB, oder 1. 125h des StGB, oder 1. 125i des StGB, oder 1. 125j des StGB, oder 1. 125k des StGB, oder 1. 125l des StGB, oder 1. 125m des StGB, oder 1. 125n des StGB, oder 1. 125o des StGB, oder 1. 125p des StGB, oder 1. 125q des StGB, oder 1. 125r des StGB, oder 1. 125s des StGB, oder 1. 125t des StGB, oder 1. 125u des StGB, oder 1. 125v des StGB, oder 1. 125w des StGB, oder 1. 125x des StGB, oder 1. 125y des StGB, oder 1. 125z des StGB,

oder 1. 126a des StGB, oder 1. 126b des StGB, oder 1. 126c des StGB, oder 1. 126d des StGB, oder 1. 126e des StGB, oder 1. 126f des StGB, oder 1. 126g des StGB, oder 1. 126h des StGB, oder 1. 126i des StGB, oder 1. 126j des StGB, oder 1. 126k des StGB, oder 1. 126l des StGB, oder 1. 126m des StGB, oder 1. 126n des StGB, oder 1. 126o des StGB, oder 1. 126p des StGB, oder 1. 126q des StGB, oder 1. 126r des StGB, oder 1. 126s des StGB, oder 1. 126t des StGB, oder 1. 126u des StGB, oder 1. 126v des StGB, oder 1. 126w des StGB, oder 1. 126x des StGB,

Anschläge, Sabotage, Widerstand Eine Chronologie

Über 30 Mio. DM Sachschäden entstanden in diesem Jahr durch an- und umhängen, Sprengen und Abschneiden an und von Strommasten. 110 Masten sollen inzwischen auf diese Weise nachts von AKW-Gegnern heimlich gesucht worden sein. Bei rund 130 000 Masten in der Bundesrepublik sind das noch erheblich unter einem Promille. Das macht auch die Schwierigkeit bei der Verfolgung und Bewachung aus, und so wurde zuerst die Anleihe und Ermunterung mit dem neuen § 130a unter Strafe gestellt. Bis zu 150.000 Mark Belohnung für die Ergreifung eines Täters werden inzwischen geboten (s. Extra-Kasten in diesem AK). Mit die-

sem dritten Teil unserer Chronik (s. AK 272, S. 10 u. AK 273, S. 12) haben wir aus Veröffentlichungen insgesamt 125 Anschläge an Strommasten zusammensammeln können, dabei wurden in zwei Fällen Masten gesprengt, in 30 der Mast tatsächlich umgesägt, geschweißt oder geworfen, in den meisten Fällen aber angesägt oder beschädigt.

Unsere Liste enthält außerdem 69 Brandanschläge (davon 35 auf AKW-Einrichtungen oder am Bau beteiligte Firmen), 15 Sprengstoffanschläge und 17 andere Überfälle mit Sachbeschädigung. Auch hier entstanden Schäden in Millionenhöhe, insgesamt sollen

sogar mehr als 100 AKW-Firmen betroffen sein. Allein die wenigen Meldungen in unserer Liste, wo Zahlen über Sachschaden angegeben wurden, ergeben eine Summe von über 20 Mio. DM. 34 Mal waren Bundesbahn-Einrichtungen, vor allem Oberleitungen, Ziel von Anschlägen. In elf Fällen wurden Anschläge zum Teil mit erstaunlicher Wirkung vorgetäuscht. In ganz wenigen Fällen wurden Bombenanschläge vorher entdeckt, und einzelne Personen wurden bereits von der Polizei mit dem Vorwurf festgesetzt, an solchen Anschlägen beteiligt gewesen zu sein.

ga., Hamburg



Was wir in der ersten Chronik (AK 274) vergaßen:

Oberhaid: Ein Holzmast einer 20-KV-Leitung wird umgesägt, ein weiterer angesägt. (7.1)
Alteneschwand, Landkreis Schwandorf: Vier Holzmasten werden um-, zwei weitere angesägt. (7.1)
Alteneschwand: Ein Holzmast wird durch-, vier weitere angesägt. (29.3)
Landkreis Schwandorf: Es wird wieder der Versuch unternommen, einen Holzmast umzusägen. (31.03)
S 431 (Baustelle): Von der Baufirma Bilfinger und Berger wurden diverse Fahrzeuge und Maschinen beschädigt. (31.3)
Sollau: Zwei Hochspannungsmasten werden angesägt vorgefunden. (9.4)
Münster: 20.000 Mark Sachschaden durch vier angesägte Hochspannungsmasten. (17.4)
Großkuchen-Niethelm: Ein angesägte Hochspannungsmast wird entdeckt. (24.4)
Unter-Spleisheim, LK Schweinfurt: Je zwei Stützpfiler eines 380-KV- und einer von einer 220 KV-Leitung sind durchgesägt worden. (28.4)
Laar: Brandanschlag auf Gebäude der EWE. (9.5)
LK-Schwandorf: Ein Holzmast ist umgeschlagen worden. (19.5)
Stahnsdorf: Ein „Stützpfiler“ ist umgeschlagen worden. (19.5)
Kroop: Die Stromversorgung wird unterbrochen. (25.5)
Dahlenburg: Brandanschlag auf ein Umspannungswerk der „HASTA“. Sachschaden 250.000 Mark. (7.6)
Pentling bei Regensburg: Bei einem Hochspannungsmast (110 KV) ist eine Querstrebe durch, eine weitere ist angesägt worden. (12.6)
Burglangenberg: Das Büro einer am WAA Bau beteiligten Firma steht in Flammen, Sachschaden 11.000 Mark. (15.6)
Markt: Beschädigung von Überlandleitungen. (16.6)
Landkreis Schwandorf: Ein Holzmast ist durchgesägt worden. (16.6)
Ladenburg: Von einem Hochspannungsmast sind diverse Schrauben entfernt. (18.6)
Löhne (Kreis Herford): Bei einem Strommast der Preußen Elektra fehlen rundherum alle Schrauben. (22.6)
Oldenbrok: Ein Hochspannungsmast wird beschädigt angegriffen. (25.6)
Jederaubendeck: Ein Bekennerbrief macht auf drei angesägte Hochspannungsmasten aufmerksam. (26.6)
C. undermilgen: Versuch der Sprengung von zwei Hochspannungsmasten einer 380 KV-Leitung. (28.6)
Dietmannsdorf, Oberallgäu: Zwei Stützpfiler und Stäbe eines Hochspannungsmastes wurden angesägt. (30.6)
Münster: „Bugs Bunny und die Baggerkiller“ brennen einen Raupenbagger der Firma Plunk; Sachschaden 180.000 Mark. (30.6)
Im Norden der Republik: Im Fahrzeugpark der Firma Heinz Licht, die beim Bau des Gorbener Zwischenlagers mitmacht, brannte es. (30.6)
Burglangenberg: Die Lagerhalle einer am WAA-Bau beteiligten Firma steht in Flammen; Sachschaden ca. 400.000 Mark. (30.6)
Nihlitz „Robin Wood“: Besetzt einen Hochspannungsmast. (3.7)
Ravensburg: Brandanschlag auf einen Hochspannungsmast. (4.7)
Schwandorf: Bagger, Raupen und Bauwagen einer WAA-Firma werden ein Raub der Flammen. Sachschaden rund 100.000 Mark. (6.7)

Rottendorf: 250.000 Mark Sachschaden durch das Umsägen eines Hochspannungsmastes. (7.7)
Gorleben: Die „Zornige Jugend 86“ sprengte als ihren Beitrag zum Ausstieg aus der Kernenergie ein unterirdisches Hauptstromkabel zur Endlagerbaustelle in Gorleben. (7.7)
Grafenbühl: Sachschaden von rund 250.000 Mark ersägen Unbekannte an einem Mast in der Nähe des AKW. (7.7)
Tübingen: Ein Brandanschlag auf die Büroräume der EVS verursachte rund 10.000 Mark Sachschaden. (7.7)
Wuch: Unterbrechung der Stromversorgung. (9.7)
Hildesheim: Stilllegung aller Atomanlagen und der herrschenden Kasse wurde in einem Bekennerbrief zum Anschlag auf ein Umspannungswerk der Preußen Elektra gefordert. (11.7)
Buchenbach: Ein angesägte Hochspannungsmast wird entdeckt. (15.7)
Gesäß: Von einem Hochspannungsmast wurden die Schrauben entfernt. (17.7)
Ottmarsheim: Die Gruppe „Kipp den Mast“ hat die Stäbe eines Hochspannungsmastes durchgeschweißt. (18.7)
München: Ein Klawagen der an der WAA beteiligten Baufirma DYWIDAG wird eingeschert — mal was anderes. (20.7)
DAG wird eingeschert — mal was anderes. (20.7)
Bayerbrunn: Das „WAA nie-Kommando P.J.S.“ verursacht ein Feuer Eine WAA Baufirma verliert Baumaschinen und Autos; Sachschaden 250.000 Mark. (20.7)
Nabburg: Ein angesägte 20-Kilovolt Mast wird entdeckt. (20.7)
Teubitz: Ein Hochspannungsmast stand ohne Schrauben da. (26.7)
Koosau: Sachschaden von etwa 250.000 Mark wurde durch das Umkippen eines Hochspannungsmastes erzielt. Es kam zu Stromausfällen. (27.7)
Nittenau, LK Schwandorf: Der 20-KV-Hochspannungsmast ist an zwei Stützpfilern angesägt worden. (10.7)
Amberg: Eine Stäbe bei einem 110-KV Mast ist angesägt worden. (Juli-August)
Erlich, bei Würzburg: Ein Stützpfiler ist angesägt worden (110 KV-Leitung). (2.8)
Langfenn: Noch ein Mast ohne Schrauben. (2.8)
Lager (Ostwestfalen): Nur zum Wanken, nicht zum Stürzen brachte die Entfernen von 56 Muttern und 34 Schrauben einen Strommast. (5.8)
Fidertweid: Unterbrechung der Stromversorgung. (5.8)
Kroop: Und nochmal Dunkelheit wg Unterbrechung der Stromversorgung. (5.8)
Häaxe: Ein Hochspannungsmast wurde angesägt. (7.8)
Gutewerk, LK Schwandorf: Ein Strommast ist an zwei Stellen angesägt worden. (7.8)
Bielefeld: Es wurden die Schrauben von einem Hochspannungsmast geklaut. (10.8)
Neuenburg vorm Wald: Brandanschlag auf die Trafostation Hofenstetten. (14.8)
Hamburg: Brandanschlag auf Fahrzeuge der HEW. (18.8)
Bakernfurt-Waldbad: Angesägte Hochspannungsmast der EVS Ravensburg. (23.8)
Ravensburg: In derselben Nacht wurde von Sägen/innen ein weiterer Hochspannungsmast angesägt; Sachschaden etwa 100.000 Mark. (23.8)
Marktbreit, LK Kitzingen: Ein Strommast ist an zwei Stellen angesägt worden. (3.9)

Pöcking, LK Starnberg: Auch hier das gleiche Mäuleur, außerdem sind vier Diagonaltützen und zwei Erdbänder durch. (7.9)
Münster: Was ganz Neues: wurde da doch tatsächlich ein Hochspannungsmast angesägt! (8.9)
Wetzlar-Naunheim: Stand ein angesägte Hochspannungsmast rum. (10.9)
LK Schwandorf: Ein Mast einer 220 KV-Leitung ist an vier Stützpfilern angesägt. (12.9)
LK Schwandorf: Ein Holzmast ist angesägt. (12.9)

Nicht ganz geglückt

Berlin: Ein „junger Mann“ wurde am 2.5. nach einem mißglückten Brandanschlag auf Polizeifahrzeuge festgenommen.

Panik

Soltan: Große Aufregung verursachen zwei Sprengstoffattrappen an zwei Hochspannungsmasten. (1.4.)

Aktivitäten seit September 86

Brokdorf: Mitglieder der „Aktionsgruppe Steinburg“ halten einen Strommast am Kernkraftwerk Brokdorf besetzt. (22.9.)
Bayern: Auf die Firma Hochtief, die an den Bauarbeiten zur WAA beteiligt ist, wurde ein Brandanschlag verübt. Vermeldeter Sachschaden 300.000 Mark. (21.9.)
Braunschweig: Die „Rote Zora“ bekennt sich zu einem Anschlag auf die Gesellschaft für molekularebiologische Forschung (DBF). Diese Einrichtung arbeitet mit in der Gentechnologie engagierten Firmen und Atomforschungszentren zusammen. (23.9.)
Manheim: Die Plastikziele auf dem Übungsgelände der US-Streitkräfte sind von einer Gruppe „Dali-Dali“ zerstört worden. (23.9.)
Hamm und Hagen: Erheblicher Sachschaden wurde durch Sprengstoffanschläge auf die Ausländerämter erzielt. In Hamm wurden durch einen ausbrechenden Brand zahlreiche Akten vernichtet. (25.9.) Laut Bekennerbrief zeichneten die „Revolutionären Zellen“ dafür verantwortlich.
Frankfurt: Scheiben der Dresdner

Bank gingen nach der Kundgebung zum Jahrestag der Ermordung von Günter Saré zu Bruch. (28.9.)
Köln: Wegen der Beteiligung an der Entwicklung des maschinenlesbaren Personalausweises gingen bei Agfa Gervet zwei Sprengkörper hoch. Sachschaden 50.000 Mark. (29.9.) Der fünfzackige Stern als Unterzeichnung unter dem Bekennerbrief läßt die Polizei vermuten, daß die Täter aus dem Kreis der Revolutionären Zellen kommen.
LK Hof: Zwei Stützpfiler (110 KV) sind an- neben Stäben durchgesägt. (1.10)
Rangendingen/Großelfingen: Ein Strommast ist angesägt und zu Fall gebracht worden. (2.10)
München: Ein Oberleitungsmast der S-Bahnstrecke München-Tutzing ist angesägt worden. Dadurch sind ca. 50.000 Mark Sachschaden entstanden. (4.10)
Ilseau „Kampf der Atommafia“: war die an die Wand gemalte Begründung für einen Brandanschlag auf ein in Industriegebiet angesiedeltes Planungs- und Ingenieurbüro am 6.10. Mehrere 100.000 Mark Sachschaden wurden be-

Fortsetzung nächste Seite

Das Bayerische	LK Donau-Rieß: Ein Nylonseil mit Haken liegt über der Oberleitung der Bahn. (7.4.)	Regensburg: Die Eingangstür zu dem Betonfertighaus für die Fernsteuerung der DB-Vorsignale wurde aufgebrochen und durch Feuer tot vernichtet. (18.5)
Das Bayerische Landeskriminalamt gibt bekannt: Anschläge auf die Bundesbahn in Bayern	München-Nürnberg: Nylonseil mit Haken liegt auf die Oberleitung der Bundesbahn. (7.4.) München-Augsburg: Über der Oberleitung liegt diesmal ein Hanfseil. (7.4.) München-Garmisch: Über die Fahrleitung ist ein E-Kabel geworfen worden. (7.4.) Würzburg: Ein Baustahlseil wird über der Oberleitung legend gefunden. (9.4.) Augsburg: Ein Drahtseil fällt auf die Oberleitung der Bahnstrecke. (14.4.) Wackersdorf: Die Bahnlinie wird von ca. 100 Leuten blockiert. An einem angeketteten Zug entsteht Sachschaden. (17.5)	Regensburg: Die Eingangstür zu dem Betonfertighaus für die Fernsteuerung der DB-Vorsignale wurde aufgebrochen und durch Feuer tot vernichtet. (18.5) Humburg: Ein Mast setzte den Innenraum eines Schalthauses in Brand. (19.5) Regensburg-Nürnberg: Eine Gewindestange lag über der Oberleitung. (20.5) Regensburg-München: Noch eine Gewindestange. (20.5) Frankfurt-Traunstein: Gegenstände auf der Bahnstrecke gefunden. (19.6) Würzburg-Fürth: Über der Oberleitung liegt ein Stahlseil. (12.7.) Weidenhof: Baustellenkanthölzer liegen quer über der Bahnlinie. (19.7) Hofenstetten: Eine Trafostation geht in Flammen auf. (14.8.) Regensburg: Ein an Metzerhaken gebundener Draht mit einem Nylonseil werden auf der Bahnstrecke gefunden. (21.9.) München: Ein Oberleitungsmast wurde angesägt und blug schräg über den Gleisen. (5.10.) Wackersdorf: Zugmeldeanlagen an der Bahnlinie wurden durchtrennt. (15.10.) Laaber-Bersatzhausen: Ein Nylonseil liegt über der Fahrstromüberleitung. (16.10.) Schwandorf-Fürth: Insgesamt viermal wurde die Strecke an den Blockadestagen blockiert. Außerdem wurden Güterwagen leicht beschädigt. (17.10.) Alteneschwand: Feuer im Kabelschacht ließ die Fernmeldeanlagen der Bahnstrecke Schwandorf-Alteneschwand ausfallen. (18.10.) Verklirren: Angesägte Oberleitungsmasten kippen um. (19.10.) Augsburg: Eine Oberleitung riß auf einer Länge von 200 m ab. (24.10.) Leuchtingen: Eine umgekippte Leuchte stürzte in die Gleisanlagen. (3.11.) München: Rohrleitungsspiralen liegen auf der Oberleitung. (5.11.) Nürnberg: Fünf Bodenlichtsignale werden zerstört. (9.11.)

x = Stromversorgung
 □ = Leitungen
 ○ = Bundesbahn

Fortsetzung von vorheriger Seite

klagt. Die Nuklear-Ingenieur-Service GmbH (NIS) — die nach eigenen Angaben in keiner Weise mit der Hanauer Nuklearindustrie verflochten ist — ist eine Tochtergesellschaft der Lahmeyer GmbH in Frankfurt, die in den Bereichen Kerntechnik, Datenverarbeitung und Energietechnik tätig ist. München: „Gegen den Atomfisch — keine WAA und AKWs“ mit dieser Forderung blockierten Mitglieder von „Robin Wood“ die bayerische Staatskanzlei. (8.10.)

Weiden/Regensburg: Nach einem Anschlag auf einen Hochspannungsmast mußte die Autobahn gesperrt werden, weil sich der Mast auf die Autobahn stürzte. (8.10.)

Bayern: Ein Sachschaden von ungefähr 150.000 Mark ist durch einen Brandanschlag auf drei Baumaschinen auf dem Gelände der Sendeanlage „Frankenwarte“ des Bayerischen Rundfunks entstanden. (9.10.)

Hannover: Mit einem Molot ist am 11.10. ein Brandanschlag auf die Husumer Stadtwerke verübt worden.

Berlin: Das Gelände der Erdbaufirma Dieter Hafemeister GmbH & Co ist mit einem Brandanschlag bedacht worden.

129 Anklage

Gegen drei Atomkraftwerkgegner hat die Lüneburger Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Aktionen und Sabotageakten gegen Atomanlagen wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ Anklage erhoben. Den drei Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie zusammen mit anderen Atomgegner/innen die Güterzüge der Lüneburger Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Aktionen und Sabotageakten gegen Atomanlagen wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ Anklage erhoben. Den drei Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie zusammen mit anderen Atomgegner/innen die Güterzüge der Lüneburger Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Aktionen und Sabotageakten gegen Atomanlagen wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ Anklage erhoben. Den drei Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie zusammen mit anderen Atomgegner/innen die Güterzüge der Lüneburger Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Aktionen und Sabotageakten gegen Atomanlagen wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ Anklage erhoben.

In einem Bekennerbrief, der von einer „Autonomen Gruppe Alois Sonnenleiner“ gezeichnet war, wurde auf den Tod des Mannes hingewiesen, der am 8.6. bei einem CS-Einsatz am WAA-Bauzug ums Leben gekommen ist. (11.10.)

L.K. Schwandorf: Ein Holzmast ist angesägt. (13.10.)

Tutzing: Erfolgreiche Säger/innen brachten am 14.10. einen Mast zum Umfallen, der eine 220.000 Volt Leitung trug. Sie erreichten damit in Teilen Tirols einen Stromausfall von einer halben Stunde. Das Bayernwerk bezifferte den entstandenen Schaden mit 200.000 Mark und teilte weiter mit, daß (leider) nur glückliche Umstände verhindert hätten, daß nicht noch weitere benachbarte Masten umgerissen worden seien.

Soyest/Rosenheim: Mindestens 500 Kubikmeter Öl liefen nach einem Großbrand in der Pumpstation einer Mineralölföhrung aus und verbrannten. Das Loch im Zaun und das Kappen von Ölleitungstragteilen ließen einen Brandanschlag vermuten, der einen Tag später durch einen Bekenneranruf bestätigt wird. (15.10.)

Amberg: Der Stahlmast einer 100.000-Volt-Leitung wurde durch- und 15 weitere Masten angesägt (nach anderen Pressemeldungen auch umgestürzt). Außerdem wurden während der Blockade die Kabel in einem Kabelschacht an der Bahnlinie Schwandorf-Wackersdorf durchgeschnitten. Auf zwei Straßen wurden brennende Autoreifen als Barriere benutzt. (16.10.)

In Burgengenfeld kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, als eine Gruppe von Demonstranten einen Lastwagen der Heidelberger Zement AG (ist am Bau der WAA beteiligt) eingekreist und aggraviert hielten. (16.10.)

Durau: Ein 110.000-Volt-Leitung tragender Starkstrommast fiel um und riß einen zweiten Gittermast mit um. Der Kurzschluß hatte zur Folge, daß in einem nahegelegenen Ford-Zweigwerk zwanzig Stunden lang nicht produziert werden konnte. (20.10.)

Göttingen: Ein Brandanschlag auf das Institut für Rechtsmedizin hatte einen Sachschaden von rund 250.000 Mark verursacht. (21.10.)

Norden der Republik: Die „Bahnblockaden von Gies III“ erklärten sich für Angriffe auf drei Stellen der Bahn für verantwortlich, weil die Bahn ein unverzichtbarer Bestandteil der Infrastruktur von Atom-, Militär- und Rüstungsgütern sei. (20.10.)

L.K. Regensburg: Der Mast einer 110 KV-Leitung ist angesägt. (21.10.)

Groß-Gerau: Auf die Bundesbahn strecke Frankfurt-Mannheim wurde am 21.10. ein Anschlag verübt, der rund 50.000 Mark Schaden verursachte. Die Oberleitung wurde unterbrochen, Züge mußten umgeleitet werden und hatten teilweise erhebliche Verspätung.

Augsburg/München: Auf den Bahnstrecken in der Nähe der beiden Orte wurden Betriebsunterbrechungen durch über die Oberleitungen geworfene Stahlfäden verursacht. Der Zugverkehr lag auf einigen Gleisen stundenlang lahm. (23.10.)

Hamburg: Zur Abwechslung mal einen süßen Anschlag: An der Bürotür des Abteilungsleiters des Sozialamtes in der Wohlwillstraße klebten jede Menge Schokoküsse. Eine Gruppe von Erwerbslosen hatte ihm auf diese Weise zur „Beförderung auf unsere Kosten“ gratuliert. (27.10.)

Köln: Auf die Luftwaffe-Hauptverwaltung wurde ein Bombenanschlag verübt; Sachschaden rund 100.000 Mark. „Revolutionäre Zellen“ warfen der Luftwaffe in einem Bekennerbrief („Freies Fließen“) vor, daß sie „am Rücktransport von Asylbewerbern verdienen und Sexuallisten mit Bombenbomben nach Ostasien fliegen. Von den über 8.000 Abschiebungen im Jahr 1984 seien allein 6.000 von der Luftwaffe durchgeführt worden. Das seien mindestens 16 Flüchtlings pro Tag. Außerdem habe das Luftwaffen-Tarnunternehmen Condor die Franco-Truppe von Marokko nach Spanien transportiert und als Legion Condor die Stadt Guernica bombardiert.“ (27.10.)

Ein Holzmast wurde angesägt. (28.10.)

L.K. Neustadt: Ein Holzmast wurde angesägt. (28.10.)

Berlin: Auf den Berliner Regierungsdirektor Harald Hollenberg ist am 28.10. ein Anschlag nach Art der Roten Brigaden verübt worden. Die Schüsse in beide Beine wurden in der Presse teilweise als Racheakt oder Tat mit terroristischem Hintergrund dargestellt. Hollenberg ist jedenfalls Leiter der Berliner Ausländerbehörde und für die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber zuständig. „Revolutionäre Zellen“ haben sich zu dem Anschlag bekannt. Nürnberg: Als während einer Videoaufzeichnung zum „Häuserkampf in Hamburg“ die Personalien von zwei Jugendlichen überprüft wurden, kippelte gleichzeitig der Streifenwagen der Beamten um und wurde beschmutzt. Nach der Veranstaltung kam es dann in der Innenstadt zu Auseinandersetzungen. Scheiben einer Filiale der Deutschen Bank wurden eingeworfen. (29.10.)

Vöhringen/Oberpfalz: Ein angesägter Strommast verursacht einen Sachschaden von 2.000 Mark. (29.10.)

Waltershof/Oberpfalz: Brennende Autoreifen werden an einen Holzstrommast gelegt. (29.10.)

Hamburg: Die SAGA, die die Hafenstraßenhäuser verwaltet, wurde am 31.10. mit einem Brandsatz bedacht und mehrere Scheiben von Banken wurden demoliert. Anlaß war die Teilräumung in der Hafenstraße am Dienstag. Direkt danach hatte es schon eine Reihe von Aktionen gegen Banken in der Osterstraße, der Einsbütten Chaussee, am Winterhuder Weg und gegen drei Banken in Wandsbek gegeben. Bekenner schreiben begründeten die Aktionen mit der Inbetriebnahme von Brokdorf und den Räumungen in der Hafenstraße, weil die Banken die Ummenschlichtungen in diesem Staat finanzieren.

Neuland: Die Bundesstraße 3 wurde kurzfristig mit „Atomoli“ gesperrt. (1.11.)

Münster: Scheiben von 20 Banken gingen in der Nacht zum 1.11. zu Bruch. „Wir sehen AKWs als einem Auswuchs des kapitalistischen Systems und kämpfen deshalb im Endeffekt alle gegen diesen Staat. Das Ziel Banken soll den Zusammenhang Kapital-AKW-Staat deutlich machen (...) sofortige Stilllegung der herrschenden Klasse“ teilen die Mitarbeiter mit.

Wackersdorf: Atomgegner/innen haben am Wochenende eine Fremdenpension unter Wasser gesetzt, die als Unterkunft für WAA-Monteur dient. (2.11.)

Kronau (Kreis Karlsruhe): Ein 110-Kilovolt-Mast der Badenwerke wurde an zwei Ecken angesägt, er geriet dadurch sowohl in Schräglage, als er noch einen anderen Mast beschädigte. Vereinzelt soll es zu Stromausfällen gekommen. Der Schaden wurde auf etwa 100.000 Mark geschätzt. (3.11.)

Altdorf (bei Nürnberg): An einem Strommast einer 110-Kilovolt-Leitung und vier Stützen durchgesägt und zwei Befestigungsschrauben abgerissen worden. (7.11.86)

Hannau: Scheiben der Degussa und von Banken gingen am Rande der Demonstration kaputt, Sachschaden mehrere 100.000 Mark. (8.11.)

Heidelberg: Sachschaden in Millionenhöhe verursachte ein Bombenanschlag auf das wissenschaftliche Zen-

Schleppnetz für „Sägefische“

Bundesländer richten Sonderkommission der Polizei ein

Die Jagd ist eröffnet. Kurz nach dem 100. Anschlag des Jahres auf Stromversorgungsanlagen richtete das Bayerische Landeskriminalamt (LKA) eine spezielle Aufklärungstruppe ein. Bayern ist damit nach Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg („Ermittlungsgruppe Energie“) und Hessen das vierte Bundesland, das der unaufgeklärten Serie von Mastanschlägen (insgesamt rund 150 seit 1981) mit einem Bundel kriminalistischer Maßnahmen entgegentritt. Die 3-19-köpfigen Teams sollen jeweils die bisherigen Erkenntnisse auswerten und die regionalen Dienststellen bei ihrer Aufklärungsarbeit unterstützen. „Herausragende Fälle“ im Freistaat übernimmt die Sonderkommission des LKA in eigener Regie. Allein im Freistaat stehen 150.000 DM für wöchentliche Hinweise aus der Bevölkerung zur Verfügung.

Die Sonderkommissionen sollen die technische Durchführung der Anschläge auf ihre kriminalistische „Handschrift“ abbilden. Dazu zählt eine Auswertung der Sägespuren und der gebräuchlichen Werkzeuge, der Vergleich von Autoreifen- und Gummistiefelprofilen, die in der näheren Umgebung von umgestürzten Masten entdeckt wurden, aber auch die Analyse der Mischungsverhältnisse von Sprengstoffen oder der zur Verdämmung verwendeten Behälter und Materialien.

Von den bundesweit bis Anfang November verübten 113 Anschlägen auf Versorgungsanlagen („Innere Sicherheit“, Nov. 86) fielen allein 39 auf den Freistaat Bayern. Eine Auflistung des Münchner Innenministeriums gibt an, daß von diesen 39 Anschlägen 30 zum Umsturz führten. 24 Holzmasten mit 10 bzw. 20 kV-Leitungen und je drei Mastkonstruktionen mit 110 und 220 kV-Leitungen („SZ“, 27.11.86).

Nach Ansicht von Bayerns Innenminister August Lang erfüllt das Umstürzen von Strommasten den Tatbestand des Mordversuches. Mit einer Million Flugblättern und der Schaltung eines vertraulichen Telefons soll die Bevölkerung „insbesondere Wald- und Forstarbeiter, Jäger, Landwirte, Spaziergänger, Jogger usw.“ in das Fahndungskonzept einbezogen werden.

Doch die „Integration der Bevölkerung in die polizeiliche Strategie“ läßt zu wünschen übrig. „Die Erkenntnislage ist denkbar schlecht“, erklärte der Vorsitzende des Sicherheitsausschusses im Bayerischen Landtag, Günther Beckstein (L.S.) gegenüber der „SZ“ (12.12.86). Wilhelm Feul, Polizeipräsident der Oberpfalz, deren „Sägefische“ mit 26 Anschlägen gegen Strommasten und vier weiteren auf Anlagen der Bundesbahn die bundesdeutsche Jahreshilfsliste anführen, faßt es noch kürzer. In einem Interview der „Mit-

teilbayerischen Zeitung“ („MZ“, 24.10.86) beantwortete der die Frage, ob die Polizei „eigentlich noch Hinweise aus der Bevölkerung oder bestimmten Kreisen“, bekomme, „wenn es z.B. um Aktionen wie Umstürzen von Strommasten geht“, mit einem schlichten Nein. Eine Woche zuvor hatte er ebenfalls gegenüber der „MZ“ erklärt, es sei ein „Lotteriespiel, was als nächstes dran ist“.

Und auch die Erkenntnislage der Staatsschutzdezernate und des Verfassungsschutzes ist dürrig. Denn die „abgeschotteten Kleingruppen bieten kaum Anknüpfungspunkte für Fahndungserfolge, wie die Vergangenheit gezeigt hat“, heißt es in einer Stellungnahme des Hamburger VS-Chefs Christian Lochte zur Novellierung des Paragraphen 129a.

So wird die „versteigerte Prozentanlage der Steigerungsrate“ von Anschlägen auf Strommasten, wie es in einer Presseerklärung des Bayerischen LKA heißt, in absehbarer Zeit wohl keine rückläufige Tendenz aufweisen. Außer aufgrund jahreszeitlich bedingter Pausen: In einem Artikel der aktuellen „Graswurzelrevolution“ entpfehlte sich als gewaltfrei verziehender „Sägefisch“, keine Masten umzuwerfen, solange Schnee liegt, weil sonst Stromübertragungen zu befürchten seien.



Versuchter Sprengstoffanschlag auf Hochspannungsgittermast am 28.6.86 in der Nähe des AKW Gundremmingen 2

rum des Computerunternehmens IBM Deutschland GmbH in Heidelberg (16.11.). In der Nähe des Gebäudes wurde ein Bekennerbrief von einer „Kämpfenden Einheit Hand Alameh“ gefunden. (Das ist eine Genossin aus dem Kommando „Martyr Halimeh“, das 1977 die Luftwaffen-Maschine Landshut nach Mogadischu entführt hat.)

Nord-Ostsee-Kanal: Vier Stunden lang blockierten Mitglieder von „Robin Wood“ den Kanal, um die Weiterfahrt des deutschen Containerschiffes „Herta H.“ zu verhindern. Das Schiff hatte 600 Tonnen hochgiftiges Uranhexafluorid geladen.

Wackersdorf: Mitglieder von „Greenpeace“ haben am 20.11. knapp zwei Stunden zwei Lastwagen an der WAA-Baustelle blockiert.

Berlin: Ein Bekennerschreiben mit der Unterschrift „Militante AKW-Gegner“ wurde in der Nähe des Hauses des Leiters des Berliner Frauenhofer-Instituts gefunden, auf das in der Nacht zum 21.11. ein Anschlag verübt worden ist. In der folgenden Woche sollte die Eröffnung des neuen Forschungsgebäudes stattfinden.

Göttingen: Mit der Parole „Feuer und Flamme für diesen Staat“ gingen in der Innenstadt spät abends etliche

Menschen mit Hämmern, Steinen und Knütteln den Scheiben von Banken und Kaufhäusern an den Kragen, entstandener Sachschaden etwa 250.000 Mark. Eine Gruppe „avantgarde militante“ erklärte sich zwei Tage später in einem Bekennerbrief zu den Aktionen und gab als Grund die massive Staatsschutzpräsenz in Göttingen in der letzten Zeit an. (24.11.)

Hamburg: Ein Brandanschlag auf ein Ortsamt verursachte einen Schaden von etwa 50.000 Mark. (24.11.)

Bochum: „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ war die Parole, als Steine in mehrere Banken flogen. (24.11.)

Wackersdorf: Wegen Sachbeschädigung angezeigt sind vier Menschen, die auf den frisch aufgetragenen Beton an einer Grabensohle am Baugelände gelaufen sind. (24.11.)

München: Wahrscheinlich 2 Millionen Mark Schaden sind bei einem Brandanschlag auf eine Münchener Baufirma entstanden. Flugblätter mit der Unterschrift „WAA nie — Münchener Bürger“ fanden sich auf dem Gelände der Firma, die am WAA-Bau beteiligt ist und nicht das erste Mal Ziel eines Angriffs war. (26.11.)

Borkum: Gegen das Amtsgericht wurde ein Sprengstoffanschlag verübt, der 15.000 Mark Schaden verursachte. (30.11.)

Kitzingen: Unbekannte haben einen Strommast der Bayernwerke AG angesägt; Sachschaden 30.000 Mark. (1.12.)

Nürnberg: Die Bundesbahnstrecke Nürnberg-Regensburg war nach zwei Anschlägen für mehrere Stunden blockiert. (2.12.)

Freiburg: „Kampf der Arbeit, alle Tage Sabotage“ ist ein „Offenbarungs- und Unterzeichnungs-“ in dem der Angriff auf die Stromleitung der DB-Freiburg und ein Umspannungswerk im Freiburger Industriegebiet Nord begründet mitgeteilt wird.

Kaum zu glauben

Bremen: Auf die Eisenbahnstrecke Bremen-Bremerhaven ist am 30.9. ein Bombenanschlag verübt worden. Der gesamte Zugverkehr kam über mehrere Stunden zum Erliegen. Bei genauerem Hinsehen allerdings stellte sich das Bombenpaket als Alptrappe heraus. Hamburg: Gleich zweimal griff die Bombenparanoia am 14.10. um sich. Erst sollte sich eine Bombe im Rathaus befinden. Das Rathaus wurde geräumt, die Landespressekonferenz zur Nicht-Klage des Senats gegen Brokdorf abgebrochen. Gefunden wurde nichts. Dann fand man auf dem Fensterrand der Haspa in der Schlankreye ein verdächtiges Päckchen, in dem sich auch keine Bombe befand. Hagen: Aus Furcht vor einem Bombenanschlag hat die Polizei einen stinknormalen ausgedienten Staubsauger in die Luft sprengen lassen. Er lag vor dem Hauptportal des Hagener Landgerichts. (11.11.)

Presseanschlag

Bonner Regierungsvorgarten: „Regierungssprecher Ost dem Bombenanschlag entgangen“, meldete die BLÖD-Zeitung am 7.12., um es einen Tag später als „Attrappen-Anschlag“ zu verkaufen. Die angeblich im Vorgarten gefundene Handgranate soll eine Mischung von Sand und Knallfrosch gewesen sein.

Nicht ganz geklappt

Berlin: Eine Fünf-Kilo-Bombe wurde an der Rückfront des Genbiologischen Instituts der Freien Universität Berlin (FU) gefunden und entschärft. Zu dem Anschlag bekannte sich die „Rote Zora“. (18.10.)

Bielefeld: Beamte des BKA nahmen am 5.12. einen Mann in Bielefeld fest, der angeblich einen Sprengstoffanschlag auf eine Bielefelder Siemens Niederlassung geplant hat. Sie behaupten, in der Wohnung einen Bekennerbrief gefunden zu haben, der mit „Kämpfende Einheit Philip Müller“ (Philip Müller ist 1932 bei einer Demonstration gegen Wiederbewaffnung erschossen worden) unterzeichnet ist und in dem es heißen soll: „Wir haben am 9.12.1986 auf ein Bürogebäude der Siemens AG in Bielefeld einen Sprengstoffanschlag verübt.“



Sieg und Trauer der Jugendbewegung

Für das republikanisch-demokratische Prinzip der Chancengleichheit aller in Ausbildung und Beruf haben drei Wochen lang Hunderttausende und abermals Hunderttausende Schüler und Studenten, Jugendliche, die zum Teil 1968 noch nicht geboren waren, gegen die geplanten Schul- und Hochschulreformen der Minister Monory und Devaquet demonstriert. Am Ende zog die Chirac-Regierung doch noch beide Vorhaben zurück. Der frühere Generalsekretär der RPR (Konservative) und kurzlebige Minister Devaquet mußte gehen. Der Sieg der größten regierungsfeindlichen Straßenmobilisierung seit dem Machtantritt der Chirac/Pasqua-Mannschaft hat einen bitteren Geschmack. Mindestens drei Jugendliche sind schwer verletzt worden. Einer verlor eine Hand, ein anderer, dessen Zustand nach wie vor bedrohlich ist, verlor ein Auge. Ein dritter liegt mit schwerem Schädelbruch im Krankenhaus.

Und der 22-jährige Malik Ousseine verlor das Leben, von CRSlern zu Tode geprügelt. „Zwischen uns und Monory bleibt dieser Blutfleck“, erklärte die nationale Koordinierung der streikenden Studenten. Hunderttausende, allein in Paris über eine halbe Million, demonstrierten am 10.12., der zum nationalen Trauertag erklärt wurde, schweigend hinter einem schwarzen Banner und unter dem Motto: „Nie wieder so etwas!“ Plus jamais ça. Familien und Freunde der Opfer der Polizeirepression haben ein Solidaritäts- und Ermittlungskomitee gebildet.

Sämtliche weiteren aktuell geplanten Gesetzesänderungen hat die Chirac-Regierung zunächst verschoben. Es geht um die Privatisierung von Knästen durch die Einbeziehung privater Wachgesellschaften, um die von Front National (FN) und weiteren Rechten reklamierte Streichung der Kostenübernahme bei Abtreibungen und um das einschneidende Vorhaben der Veränderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Die FN von Le Pen fordert es schon lange und die etablierte Rechte kam ihr entgegen. Gekippt werden soll die alte französische Tradition des „jus soli“, d.h. das Boden- bzw. Gebietsrecht, wonach — in Opposition zum „jus sanguinis“, Abstammungsrecht — jeder, der auf französischem Boden geboren wurde, quasi automatisch die französische Staatsangehörigkeit erhalten kann. Dies würde für Tausende von Jugendlichen der sogenannten zweiten, dritten und weiteren Generation bedeuten, daß sie in dem Land, in dem sie leben, dessen Sprache sie sprechen, dessen Schulen sie besuchen haben, Bürger ohne Rechte bleiben.

Die Prozesse von Studenten und Schülern waren aktuell auch Anlaß zu einigen rassistischen Sprüchen seitens der Rechten und Rechtsextremisten. Innenminister Pasqua, ehemalsiger Leiter der berüchtigten gaullistischen Paralelpolizeien SAC, stellte seine per-

sönliche Kontinuität unter Beweis, als er, anlaßlich der zehnjährigen Jubiläumsfeier seiner Partei, der RPR, seine Beobachtungen bekanntgab: An den Demonstrationen seien vor allem „berufsmäßige Agitatoren und Unruhestifter, Anarchisten und Linksradikale aller Schattierungen und aller Nationalitäten“, beteiligt. Seinem Publikum versicherte er, die RPR würde, falls nötig, zur Verteidigung der Republik und der Demokratie aufrufen. Diese Worte ließen wenige Stunden nach dem Tod von Malik Ousseine und einige Stunden vor Chiracs Kapitulation.

Jean-Marie Le Pen seinerseits ließ es sich nicht nehmen, Mitterand, der als einziger Regierungsmitglied die Familie Ousseine besuchte, zu beschimpfen. Hatte der Präsident ähnlich gehandelt, fragte er, wenn es sich um einen Bretonen oder um einen Elbässer gehandelt hätte? („Le Monde“, 11.12.)

Der Anlaß

Immer wieder haben die beiden Minister Devaquet und Monory beteuert, Studenten und Schüler würden ihre Reformpläne mißverstehen. Es wurde „keine“ Auslese, sondern „Orientierung“ betrieben. Die Fakten sprechen für sich. So sollte nicht mehr

„jedem“ Abiturienten der Hochschulzugang offen stehen, sondern schlicht „Abiturienten“. Einschreibungsgebühren sollten erhöht werden — je nach Erntessen der jeweiligen Universität. Die staatlichen Diplome sollten zwar erhalten bleiben, doch ausdrücklich mit dem Standort des Abschlusses versehen werden, also mit der ausweisenden Universität. In den Rahmen dieser angestrebten Autonomie und Privatisierung der Uni paßt auch die Absicht, jede Hochschule ihre eigenen Zulassungsbedingungen auszuarbeiten zu lassen. Außerdem sollte natürlich die Macht der meist rechts stehenden Professoren — der Mandatären — verstärkt werden.

Das Monory-Gesetz sah gleichzeitig eine Verminderung der Schulanterrichtungsqualität vor durch Herabsetzung der Unterrichtszeit, Einsparung von Lehrern und durch Einschränkung des Lehrangebots, worunter insbesondere der Fremdsprachen- sowie der naturwissenschaftliche Unterricht gelitten hätte. In beiden Fällen handelt es sich ganz klar um eine Auslese über das Geld — wer reiche Eltern hat, kann dieses und jenes zur Kompensierung des Stoffmangels privat nachholen, wer arme Eltern hat, dem machen schon die universitären Einschreibgebühren zu schaffen — also um einen Angriff auf das elementare demokratische Recht auf Ausbildung für alle.

Wie alles anfing

Schon im Oktober initiierte die PS-nahe Studentenorganisation UNEF-ID einen Kongreß, der an der Pariser Sorbonne am 22./23.11. unter Mitwirkung von 1.500 Delegierten stattfand. Bereits eine Woche zuvor waren einige Leus in Paris wie in der Provinz in Streik getreten. Auf dem Kongreß beschlossen die Delegierten ein Aktionsprogramm: Generalsstreik der Universitäten am 24.11., Information der Schüler, die als zukünftige Studienanwärter die Hauptbetroffenen einer etwaigen Hochschulreform wären, Demonstration am 27.11. anlaßlich der Debatteeröffnung in der Nationalversammlung. Erstmals seit Chiracs Machtantritt am 16. März 1986 demonstrierten am 22.11. die Linksparteien auf Initiative der Lehrgewerkschaft FEN, ebenfalls der PS nahesteht. Die Rechte ließ sich die Hände

200.000 schenken nichts im Vergleich zur Massenmobilisierung der Katholiken vom Juni 1984 gegen die PS-Regierung; damals waren anderthalb Millionen auf der Straße gewesen. Aber in den folgenden Tagen verbreiterte sich die Bewegung rasch und in ganz Frankreich; die Schüler bildeten ebenfalls eine Koordinierung.

Am 27.11. standen an die 400.000 Jugendliche — ein RPR-Abgeordneter skandalisierte sich: „Das sind doch mindestens 50% Ausländer!“ — vor dem Palais Bourbon, dem Sitz der Nationalversammlung, in der Provinz demonstrierten über eine halbe Million Studenten und Schüler gegen die Gesetze. Bereits da war klar: Es handelte sich um die größte Jugendmobilisierung seit dem Mai 68. In Laß zum Beispiel brach Rekord: allein in Straßburg protestierten über 12.000 Menschen.

Gewiß sind die Parolen andere als vor 18 Jahren. Damals ließ es zum Beispiel: „Seid vernünftig, verlangt das Unmögliche!“ Heute, bei 2,5 Millionen Arbeitslosen, wovon ein großer Teil Jugendliche sind, wird gerufen: „Nein, nein, nein zur Auslese!“ und „CRS mit uns! Eure Kinder sind mit betroffen“ (CRS = zentrale Polizei). Penibel wird auch auf die sogenannte „apolitische“ Reinheit geachtet, die vor allem Ablehnung und Mißtrauen vor Organisationen und Parteien aus-

drückt. „Wir manipulieren uns selber.“

Le Pen, von Journalisten befragt, ob er mit den Studenten draußen diskutieren würde, antwortete: „Ich habe keine Angst. Meinen Mut habe ich bereits bewiesen. Ich hoffe allerdings, daß die überhaupt was zu sagen haben und nicht nur die Brünstigkeit der Jugend austreten.“ Er wurde ausgepöbeld — Gegenstände flogen auch — und reagierte FN typisch. Das seien „nur die Maghrabiner“ gewesen („Le Monde“, 29.11.).

Die für den 27.11. vorgesehene Gesetzesdebatte findet nicht statt und die nationale Koordinierung der streikenden Leus ruft zur nächsten Etappe auf: nationale Demonstration am 4.12. Chirac bittet seine Fraktion um Überarbeitung des Textes und versichert, er sei von „absoluter Gelassenheit“. Am 28.11. finden erneut Demonstrationen statt. Die FN greift die Regierung an — sie kapituliere, Frankreich würde nicht mehr regiert werden. Mittlerweile sind einige Leus bereit. Der Generalsekretär der RPR, Toubon, stellt nochmals klar, die Gesetze würden auf jedem Fall verabschiedet werden. Er läßt sich gleichzeitig über die „extreme Verschlechterung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern“ aus; diese wären entweder von „extremster Gleichberechtigung“ oder „extremster Emotionalität“ geprägt. ... Innenminister





Reagans Niedergang kommt spät

Mit dem Iran-Waffendeal steigt er in die Fußstapfen seiner Vorgänger

Fortsetzung von vorheriger Seite

Pasqua versicherte, nicht die Straße, sondern allein das Parlament verabschiede Gesetze und Erziehungsminister Monory, der es heute ganz anders sehen soll, meinte, wenn die Gesetzesvorhaben zurückgezogen würden, dann gebe es keine Regierung mehr. Der ehemalige Premierminister der PS-Regierung, Pierre Mauroy, bezeichnete die jetzige Regierung als die „reaktionäre“ seit dem Vichy-Regime von NS-Kollaborateuren.

Schließlich am 4.12. — ein „historisches“ Datum, titelt die „Humanité“: Tageszeitung der KPF — demonstrierten in Paris eine Million Menschen, was die Regierung erst mal nicht wahr haben will und in den Medien am liebsten unterdrückt hätte. Auch in der Provinz finden wieder massenhafte Demonstrationen statt, in Marseille über 20.000, in Lyon über 30.000 und auch auf Martinique sind Schüler und Studenten auf der Straße. Die Mobilisierung der Polizei hält mit 22 CRS-Einheiten (gegenüber 13 am 27.11.), insgesamt an die 4000 Polizisten, die gleiche Zahl wie anlässlich der kleinen Manifestation im Juni 84. Viele witzige Plakate und Transparente sind zu hören und zu lesen. „Wir wollen studieren, weil wir nicht CRS werden wollen“, „Wir schicken euch Pasqua, befreit Mundele“, „Devaquet, Monory, ab im Charter nach Mali“ (vor kurzem sind 101 sogenannte illegale nach Mali abgeschoben worden). In Lyon gibt es Zusammenstöße mit rechtsextremen Studenten, in Paris bewachen dieselben ihr Zentrum, die Jura-Fakultät Assas (Paris II), und versprechen gegenüber der Presse großmäulig, sie würden die Demo nicht angreifen. Sie wären nämlich Nationalisten, aber keine Streikbrecher, außerdem schon für eine Auslese der Elite, aber nicht übers Geld ...

Bis zum 4.12. lobt die Presse die vernünftige, strebsame, einschafte, vor allem so reife Jugend, die doch nur ihre Zukunft sichern wolle — wann hat man Schüler schon für nicht Schulstunden demonstrieren sehen? An diesem Tag aber lehnt die Regierung abermals jedes Gespräch mit den Studenten und Schülern ab, zielt die CRS mit Tränengasgranaten auf die Demonstranten, zwei Jugendliche werden schwer verletzt (s.o.) und die vermeintliche Solidarität nur den CRSern weicht den aufbewachten „CRS-SS“.

„Es waren richtige Wilde“

Die gerade noch als vernünftig gepriesene Menge ruft „Chirac Rücktritt!“, „Pasqua-Terrorist!“, „Wir sind nicht in Chile“ und die rechte Presse warnt zugleich vor einer „Revolutionsierung“ der Jugend. Louis Pauwels, Gadamusfigur der neuen Rechten (macht in seinem „L'âge Moderne“ ein „geistiges AIDS-Syndrom“ der Jugend aus, und die fachmännische Wochenzeitschrift „Almanac“ greift de Gaulles legendäres Wort „La Chienlit“ (Sauhaufen) auf ihrem Titelblatt wieder auf).

Nach wie vor zeigt sich die Regierung korrupt-müßig — ein Zurückziehen der geplanten Reformen blühte völlig außer Frage. Devaquet selber meinte die Regierung sei zwar gewissenhaft friedfertig, man solle aber Friedfertigkeit nicht mit Schwäche verwechseln. Am 5.12. gehen erneut Tausende in ganz Frankreich protestieren — zunehmend gegen polizeiliche Repressionen und Regierungspolitik. An diesem

Abend wird im Pariser Quartier Latin der 22-jährige Malik Ousssekine ermordet.

Auf den Straßen ist die berühmte CRS-Spezialeinheit der „Vollgepackten Motocyclisten“ unterwegs. Diese Einheit — wörtlich übersetzt: Seiltänzer-Motorradfahrer — wurde 1969 vom damaligen Innenminister Marcelin aufgestellt; unter Pasquas Vorgänger Joxe war ihr Einsatz untersagt. Die Freiwilligen werden zu zwei Mann manchmal allerdings auch drei — pro Maschine zusammengestellt, der Fahrer ist mit einem Knüppel aus schwarzem Harigummi ausgerüstet, der sogenannte Seiltänzer mit einem „Bidule“, einem überlangen Holzknüppel. Sie werden eingesetzt bei Staatsbesuchen, bei Geiselnahmen, bei Terror-Bekämpfungsmaßnahmen, also in „besonderen Situationen“, aber derzeit auch im Alltag zur Schikanierung und Kontrolle in der Hauptstadt.

In dieser Nacht tobten sie sich aus. Eine 18-jährige Studentin berichtet: „Wir befanden uns in der Nähe des Senats, alles war ruhig. Plötzlich liefen über den Bürgersteig, wir waren weit von der Demonstration entfernt, als plötzlich drei Motorräder und ein Auto auftauchten. Acht Männer haben uns umzingelt und mit dem „bidule“ geschlagen — es waren richtige Wilde.“ („Le

tauchten. Acht Männer haben uns umzingelt und mit dem „bidule“ geschlagen — es waren richtige Wilde.“ („Le Matin“, 8.12.) Derlei Berichte gibt es zuhauf. Ebenso haben mindestens drei Zeugen gesehen, wie der junge Malik von drei CRSern geprügelt wurde. Schon als der Notarzt kam, lebte er nicht mehr.

Die Studenten bezogen Stellung: „Den friedlichen Demonstrationen hat die Regierung die polizeiliche Repression entgegengesetzt. Sie alleine trägt die Verantwortung für sämtliche Zwischenfälle ... Heute trauert die Jugend Malik, 22 Jahre alt, wurde brutal von Polizisten ermordet ... Am Montag, den 8.12., wird sich in ganz Frankreich die Jugend zum Trauern versammeln ... Während einer ganzen Woche wird die Jugend einen schwarzen Trauerflor tragen ... In unserem Kampf handelt es sich mehr denn je um die Verteidigung der elementaren demokratischen Rechte. Dieser Kampf ist untrennbar verbunden mit der Fortführung des Kampfes um gleiches Recht für alle auf Ausbildung und Studium.“

Tage darauf wurde zum Generalstreik am 10.12. aufgerufen. Allein die CGT-Gewerkschaft begrüßte die Initiative und mobilisierte darüberhinaus zu einstündigen Arbeitsniederlegungen am 8.12. Die PS-nahe Gewerkschaft (CFDT) erklärte sich mit einer Demonstration am 10.12. einverstanden — allerdings unter der Bedingung, sie um 16 Uhr zu beenden zwecks Vermeidung von Provokationen. CFDT und die weiter rechts stehende Gewerkschaft FO wollen keinen Anti-Chirac-Streik und sind sich auch im klaren, daß die Alternative zum Premiernumsturz im Herzen der Jugendlichen nicht unbedingt Mitterrand heißt. Eine zweite Großdemonstration, ähnlich der am 4.12., konnte nämlich Letzteren zur eindeutigen Parteinahme gegen die Rechtsregierung zwingen. Das wiederum birgt die Gefahr einer Krise ... Die Harro-Anhänger innerhalb der Rechten distanzieren sich von der Repressionspolitik, ebenso der Graf von Paris (sogenannter legitimer Anwärter auf Frankreichs Thron), der Mitterrands Bekanntheit lobt. Widersprüche auch innerhalb der Polizei. Der Generalsekretär der autonomen Föderation der Polizeigewerkschaften — die ASP umfaßt die Hälfte aller gewerkschaftlich organisierten Flaks Frankreichs — Ber-

nard Deleplace, greift an: „Ja — das gesamte Abschließen von Tränengas ist untersagt. Ja — einem am Boden liegenden, schutzlosen Demonstranten zu schlagen, entehrt einen selber. Wir stehen nicht im Krieg. Wir sind da, um die republikanische Ordnung zu schützen, wir sind nicht da, um zu morden.“ („Le Matin“, 8.12.)

Innenminister Pasqua und Sicherheitsminister Pandraud (früher Generaldirektor der Polizei) hatten gleich nach Amtsantritt versprochen, sie würden die Polizei immer decken. Dazu sagt Deleplace, damit werde „die Anwesenheit einer extremistischen Minderheit in unseren Reihen begünstigt“ (ebd.). Zahlreiche Berichte von Journalisten der verschiedensten Richtungen weisen auf einen massiven Einsatz von Provokateuren seitens des Ministeriums und der Polizei hin. Deleplace selber spricht davon und erinnert an die Stahlbeiterdemonstration 1979 in Paris, als zunächst ohne polizeiliche Reaktion Dutzende von Individuen rund um den Place de l'Opéra alles kurz und klein schlugen. Später stellte sich tatsächlich heraus, daß es sich um von der Pariser Polizeipräfektur rekrutierte Provokateure gehandelt hatte.

Chiracs Kapitulation

Chiracs Kapitulation

Am 6.12. erklärte Devaquet seinen Rücktritt bei Aufrechterhaltung des Gesetzesvorhabens. Am 8.12. um 13 Uhr ließ Chirac alles fallen. Die Studentenkoordinierung blieb bei ihrem Mobilisierungsauftrag für den 10.12., hierbei von der CGT und von der KPF unterstützt, die ganz im Unterschied zum Mai 68 immer wieder ihre Achtung vor den Kampfzielen der Jugend und Respekt vor ihrer politischen Autonomie betonen (1968 meinte CGT-Generalsekretär Seguy: „Cohn-Bendit? kenne ich nicht!“, und Marchais sprach, wenn schon, nur von diesem „deutschen Anarchisten“ ...). Die CFDT ließ über ihren Leader Edmond Maire verlaufen: nun habe diese Demonstration keinen Grund mehr, da die Gesetze vom Tisch wären.

Die politische Umgebung Mitterrands versicherte jedem, eigentlich ginge die innenpolitische Friedensoffensive vom Präsidenten aus — der habe es schon immer gesagt. Das wiederum bestärkte Chirac, der gerne die Initiative in seiner Hand sehen möchte. Der Herausgeber von Libération, Serge July, schrieb von einer ideologischen Zerrüttung des Regimes, Millionen von Eltern sei bewußt geworden, daß Pasqua nicht geeignet sei, die Sicherheit ihrer Kinder zu gewährleisten. Eine ganze Generation habe sich für Werte politisiert, die den Konservativen entgegen gesetzt seien. Daher handle es sich um eine „historische Niederlage“ der Regierung. Mitterrand wiederum verneinte die Frage, ob die Polizei zu weit gegangen sei. Nein, nein, sie übten einen sehr schwierigen Beruf aus ... Allerdings erklärte er auch: „Nie wieder so etwas.“ Also nie wieder Gewalt zwischen Franzosen ... Die Schüler und Studenten wissen, daß ich auf der gleichen Wellenlänge bin wie sie ... Er habe allerdings nicht eindeutig Partei ergreifen können, weil ihm seine Präsidentenrolle vieles verbot. Man müsse im Ausbildungssystem den gleichen Konsens finden wie in der Verteidigung, resümierte der Präsident („Le Monde“, 11.12.). Nach allem was geschehen ist, ein bemerkenswerter Zynismus.

Frankreich-Kommunisten

R. Reagan ist nun dort angelangt, wo seine vier Vorgänger ebenfalls gelandet sind: in einem Sumpf von doppelter Moral, Korruption und bürgerlicher Kriminalität. Kennedy wurde von dieser Entwicklung verschont, weil seine Präsidentschaft mit den Schüssen von Dallas ein jähes Ende fand. An Eisenhower kann und mag sich schon niemand mehr erinnern. Das Erstaunliche an den sechs Jahren US-Präsidentschaft unter R. Reagan ist lediglich, daß dies erst zum jetzigen Zeitpunkt geschieht.

Die erste Zeit seiner Präsidentschaft war geprägt durch Zweifel an den außenpolitischen Fähigkeiten seiner Mannschaft. Die Wahl Reagan's im Herbst 1979 war möglich geworden durch vordergründige massenpsychologische Effekte „Amerika wieder groß zu machen“ war eines der Leu- und Schlagworte. Eine formulierte Strategie des US-Imperialismus stand nicht dahinter. Mit der Zeit wurde sodann die antikommunistische Agitation des Präsidenten umgewandelt in das, was heute als die „Reagan-Doktrin“ bezeichnet wird. In Abgrenzung zur vorhergehenden Präsidentschaft unter Carter verstärkte die USA die Unterstützung konterrevolutionärer Truppen weltweit, der Kampf gegen den Kommunismus wurde nicht nur in Worten sondern auch materiell

monärer Truppen weltweit, der Kampf gegen den Kommunismus wurde nicht nur in Worten sondern auch materiell auf einer intensiveren Ebene geführt.

Synonyme für praktizierte Außenpolitik unter R. Reagan sind die Contra-Unterstützung in Nicaragua, die Unterstützung der Konterrevolutionäre in Angola (UNITA) und Mozambique (MNR), anfänglich die Unterstützung der Todeschwadronen in El Salvador. Soweit die Konterrevolution Regierungsgewalt besitzt, wurde auch sie unterstützt. Die Diktaturen in Chile, Haiti, Guatemala, Südkorea, auf den Philippinen. Zu diesem Thema gehört natürlich auch die Rückendeckung für die Rassisten in Südafrika. Erwiesen sich diese Konterrevolutionen als zu korrupt oder zu schwach gegenüber dem Volkswillen, wurden sie kontrolliert abgelöst wie auf Haiti und den Philippinen.

Gegenüber dem Verbündeten und der internationalen Öffentlichkeit gab sich dieser Antikommunismus als militant, aber die Legalität achtend aus. Die Contras in Nicaragua wurden offiziell aus CIA-Quellen unterstützt, solange diese Fonds gefüllt waren. Als diese Kassen leer waren, begab sich der Präsident in eine fast zwei Jahre dauernde politische Kampagne mit den Institutionen Congress und Senat. R. Reagan vermittelte so das Bild, als werbe er um demokratisch entstehende Mehrheiten, um seine Contra-Politik weiterhin finanzieren zu können. Die halb offiziell als illegal klassifizierte Verrückung der nicaraguanischen Häfen zur Hälfte seiner ersten Amtszeit wurde Reagan nicht weiter angelastet, die Verantwortung durch den internationalen Gerichtshof in Den Haag als europäische Einmischung in die inneren amerikanischen Angelegenheiten zurückgewiesen.

In diesem absurden Rahmen der Legalität bewegte sich auch die Invasion Grenadas 1983. Die Bedrohungslüge von einer Startbahn auf dieser Insel für MIGs und die Verhinderung einer potentiellen Geiselnahme von 1.500 US-amerikanischen Studenten gaben der US-Regierung „ihre Rechtfertigung“ auf diese Militäration. Die Klassifizierung Libyen als „Hort des Terrorismus“, somit als Gefahr für Leib und Leben US-amerikanischer Bürger, ist nach existierender US-Gesetzgebung Voraussetzung für z.B. die militärische Ak-

tion, die im Frühjahr dieses Jahres gegen Libyen unternommen wurde. Die Ermordung des Staatsoberhauptes Gaddafi als willentlicher und geplanter Akt wäre jedoch illegal gewesen. Dies zu legalisieren sollte die Aufgabe eines Gesetzentwurfes sein, der in diesem Frühjahr von republikanischer Seite vorgelegt, aber bisher nicht ratifiziert wurde. Daß Gaddafi unter den Toten hätte sein können, nahm ihn nur in der Öffentlichkeit angerzwickend in Kauf.

Ohne Zweifel ist dies alles ein absurder Begriff von Legalität, ist aber nichtsdestotrotz globale Realität und bedeutet: Innerhalb des Rahmens US-amerikanischer Gesetze zu handeln. Dieser Rahmen der Legalität haben R. Reagan und seine Crew verlassen, als die Iran-Contra-Geschäfte getätigt wurden. Sie verstießen gegen Erlasse aus der Carter-Zeit, die fast Gesetzesrang haben. Sie verstießen gegen das Isolations- und Exportkontrollengesetz von 1980 und 1984. Sie verstießen gegen das Boland Amendment von 1984, das verbietet, US-Gelder aus Regierungsfonds zur Unterstützung militärischer Umsturzversuche in Nicaragua zu verwenden. Sie verstießen weiterhin gegen rund sieben Gesetze, teilweise Verfassungsbestimmungen, aus rund 200 Jahren US-Geschichte.

Zum inneramerikanischen Politikkonzept gehören Verfassungsbestimmungen, aus rund 200 Jahren US-Geschichte.

Zum inneramerikanischen Politikum mit einem Gewicht werden diese Verstöße, weil mehrere US-Bürger in jüngster Zeit verurteilt worden sind oder noch vor den Schranken des Gerichts stehen, weil sie Waffen in den Nahen Osten im Wert von mehr als 2 Mrd. US-Dollar verschoben haben.

Im zum Zeitpunkt der Aufdeckung dieser Iran-Contra-Geschäfte war die US-Außenpolitik stimmig mit dem, was gesagt und getan wurde. Während der Aktionen gegen den libyschen Staat wurden die europäischen Verbündeten als „Feiglinge“ und sonstwas beschimpft, weil sie nicht zu härteren Aktionen gegen den „Terrorismus“ bereit waren. Oaspolet wurde über die französische und die italienische Regierung, die im Nahen Osten mit den verschiedenen Fraktionen des palästinensischen und islamischen Widerstandes verhandelten. Die französische Regierung wurde gezwungen, die Verfahren gegen „arabische Terroristen“ bis zum letzten durchzuführen, wo die französische Regierung lieber den Weg einer Austausch- oder Verhandlungslösung gegangen wäre. Die italienische Regierung wurde gezwungen, einen großen Anteil am Jai Konvert, die libysche Regierung hoch, in andere Hände zu bringen. Die Liste ähnlicher Beispiele ist verlängerbar.

In den USA selbst wurden und werden viele Menschen durch FBI und andere staatliche Stellen verfolgt, weil sie gegen den Terrorismus Act von 1984 verstoßen haben sollen. Sie sollen für sogenannte terroristische Organisationen oder Individuen geworben oder diese materiell unterstützt haben. Mit diesem Gesetz nehmen sich die USA das Recht, gegen alle die vorzugehen, die ein Land, eine Personengruppe oder eine Organisation unterstützen, welche von der US-Regierung als „terroristisch“ klassifiziert worden ist. Darunter fallen aktuell u.a. die FSLN (Nicaragua), die FMLN (El Salvador), die PLO, der ANC (Südafrika) noch nicht. Gaddafi fiel natürlich auch darunter und der Iran.

Die US-Regierung machte sich einige Feinde, gerade im bürgerlichen Lager, die auf Grund der Reagan-Agitation auf politische Wege gezwungen wur-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

den, die sie eigentlich nicht beschreiben wollten. Und dies bis in die ganz große Politik hinein. Die US-Regierung machte sich aber auch viele Feinde im eigenen Volk, indem sie Menschen verfolgte, die vielfach ganz einfach aus humanitären Beweggründen Menschen und Gruppen in der „3. Welt“ unterstützten. So ist es kein Wunder, daß die im November ausgereichte Doppelbödigkeit der Reagan-Politik die Wut all derjenigen auf das Machtzentrum in Washington mobilisierte, die in der jüngeren Vergangenheit direkt oder indirekt von dieser kaliforni-

schen Clique unterdrückt wurden.

Neben der Illegalität der einzelnen Maßnahmen im Iran-Contra-Geschäft und der offenbar gewordenen Doppelbödigkeit tritt noch ein dritter Faktor, der die Ausmaße der Krise dieser US-Regierung bestimmt. Die Crew um R. Reagan ist nicht in der Lage, diese Krise zu managen. Das Ganze spielt sich ungefähr so ab, wie wir es von der bürgerlichen Szene in Bonn nach so gut kennen. Die bürgerliche Politik in Washington ist in eine Sackgasse geraten, indem sie auf einen Schauspieler als Präsidenten setzte, ohne gleichzeitig Führungskader auf der Ebene der Administration zu haben, die in solchen Krisensituationen den Kurs bestimmen.

In zwölf Monaten werden die ersten Ausscheidungskandidaten für die Wahlen 1988 sein. In einem halben Jahr müssen sich diejenigen entscheiden haben, die in diesem Rennen mitmachen wollen. Im Verlauf der gegenwärtigen Regierungskrise wird darüber bestimmt werden, mit welchem Profil ein Mann ausgestattet sein muß, um halbwegs erfolgreich in diesen Wahlkampf zu gehen. Wenn es eine Inszenierung dieser Krise aus dem US-amerikanischen Establishment gibt, dann sicherlich, um in dieser Zeit aus der Kasse der Reagan-Regierung heraus die Weichen zu stellen für eine andere Außenpolitik.

Aber weniger eine inneramerikani-

sche Verschwörung als vielmehr eine geschichtliche Folgerichtigkeit im für die gegenwärtige Situation der US-Regierung verantwortlich. Die Politik der Isolierung und Ausgrenzung, wie sie verbal von der US-Regierung gegenüber dem Iran seit Amtsantritt 1980 vertreten wurde, ist in der Region des Nahen Ostens nicht möglich. In dem Geschäft Waffen gegen Geiseln ging es der US-Regierung auch weniger um das Töten von Menschen, das sie nunmehr vorgibt, freigekauft zu haben. Die US-Politik war gezielt auf das Ausnutzen der Fraktionierung in der iranischen Führung, um den Iran für regional bestimmten Ziele des US-Imperialismus neuerlich verfügbar zu machen.

Grob skizziert versuchte die US-Regierung mit der Fraktion ins Geschäft zu kommen, die vom Parlamentaristen Rafsanjani repräsentiert wird. Dieser war es auch, der den USA verschiedentlich bei der Auslösung von Geiseln behilflich war. Um diese Politik Rafsanjani zu hinterreiben, verhalf die andere Fraktion in der iranischen Führung der Weltöffentlichkeit über den Weg der libanesischen Zeitung „Al Shuraa“ zu all den Informationen, die diese US-Regierungskrise auslöste. Die Leichtigkeit, mit der die Lawine im Weißen Haus mit diesem Thema losgetreten werden konnte, ergibt sich aus der gegenwärtigen Einzigartigkeit, die der islamische Fundamentalismus in der Agitation des US-Präsidenten spielte.

Die Fortsetzung der Reagan-Politik ist für die nächste Zeit zumindest für den nationalen Sicherheitsrat gesichert. Der Nachfolger für Vize-Admiral Poindexter ist F. Carlucci als Präsidentenberater im NSC. Carlucci ist im Laufe seiner Laufbahn direkt oder indirekt verantwortlich gewesen für: die Erschießung P. Lumumbas (1960-62 im Kongo); die Absetzung des Präsidenten von Sansibar (1962-1965 Sansibar); die Abdankung des brasilianischen Präsidenten Goulart (1965-1969 Brasilien); für die Ermordung S. Allendes. Unter Präsident Ford war Carlucci Botschafter in Portugal und setzte sich dafür ein, daß die USA in der Phase der portugiesischen Revolution zusammen mit Helmut Schmidt und der SPD/SD die Nelkenrevolution

erstickten. Carlucci intervenierte in diesem Fall erfolgreich gegen die „konservative“ Hierarchie in der US-Außenpolitik. Unter Carter wurde er zweiter Direktor des CIA, und Weinberger wollte 1980 nur dann sein Amt als Kriegsrat übernehmen, wenn Carlucci ihn begleitete.

Im Wesentlichen wird also vieles beim Alten bleiben. Aber die Befürchtungen einiger Mitglieder des Reagan-Apparates sind, daß im gegenwärtigen Prozeß der Krisenbewältigung die parlamentarischen Institutionen Congress und Senat weder mehr Einfluß auf die Außenpolitik gewinnen. Der Raum, den dieser Apparat sich in den ersten sechs Jahren unter dem Molto der „Reagan-Doktrin“ erobern konnte, droht nun wieder verkleinert zu werden. Die Möglichkeiten der Überwachung des NSC durch Senat und Congress werden neu diskutiert. Traditionell ist das NSC ein Stab zur freien Verfügung des Präsidenten, den alle Präsidenten mehr oder weniger abschwächen gegenüber der Öffentlichkeit.

Die gegenwärtige Krise der US-Regierung hat sehr viel gemeinsam mit den Krisen der vier vorangegangenen Regierungen unter Johnson, Nixon, Ford und Carter. Alle waren sie gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen einer quasi religiösen Freiheitsmoral und den alltäglichen blutigen Geschäften eines Präsidenten des größten imperialistischen Landes dieser Erde. Es ist einfach eine Frage von Geschichte und statistischem Zufall, wann die jeweilige Figur im Weißen Haus sich als das offenbart, was sie immer ist: der Führer eines kriegsbereiten, menschenverachtenden Staates. Das herausragende dieser Krise ist, daß sie zum ersten Mal stattfindet, nachdem sechs Jahre des Vergessens über Carter und ein Dutzend Jahre des Verdrängens von Nixon vergangen sind. Zum anderen hat gerade die Reagan-Regierung mehr Energien als die vorangegangenen darauf verwandt, in der Agitation ihre Politik aufzubauen und, aus dem simplen eine Strategie zu machen. Die Enttäuschung über den großen Kommunikator ist darüber nur um so größer gewesen.

wo./Imp.-Kom.

Reagan's Iran-Kalender

20. Jan. 81: Im Iran werden die 52 US-Geiseln freigelassen, nachdem sie 444 Tage im Iran gefangengehalten worden waren. R. Reagan wird als US-Präsident inthronisiert.

23. Okt. 83: Rund 250 US-Marines werden in Beirut durch eine Lastwagenladung Sprengstoff getötet.

23. Okt. 83: „Die USA werden sich nicht von Terroristen einschüchtern lassen“ (R. Reagan)

23. Jan. 1984: Die US-Regierung führt den Iran offiziell als Unterstützer des Internationalen Terrorismus auf und verbietet Exportkontrollen.

7. März 84: Der „Heilige Islamische Krieg“ (Jihad) entführt die erste Geisel in Beirut, später folgen weitere sechs US-Amerikaner in diese Gefangenschaft.

4. Dez. 84: Ein kuwaitisches Linienflugzeug wird nach Teheran entführt. Zwei US-Amerikaner werden getötet. Der Iran lehnt die Auslieferung der Entführer ab.

Frühjahr 1985: McFarlane und North beginnen mit ihren geheimen Reisen nach Europa, um Kontakt mit dem Iran aufzunehmen.

Mai 1985: Im Nationalen Sicherheitsrat (NSC) wird die Kontaktaufnahme zu „gemäßigten Iranern“ erwogen. Reagan stimmt zu, der Congress beschließt die Kontaktaufnahme zu „gemäßigten Iranern“ erwogen. Reagan stimmt zu, der Congress wird jedoch nicht informiert.

14. Juni 85: TWA Flug 847 wird nach Beirut entführt. Die Entführer verlangen für die Entlassung der Passagiere die Freilassung von Gefangenen in Israel.

18. Juni 85: „Lassen Sie mich deutlich erklären für die Mörder in Beirut und ihre Helfer: Amerika wird niemals Konzessionen für Terroristen machen. Dies zu tun würde den Terrorismus nur noch mehr einladen. Wenn wir einmal diesen Weg gehen würden, würden wir nie an ein Ende kommen. Kein Ende für die Leiden unschuldiger Menschen, kein Ende des blutigen Preises, den alle zivilisierten Nationen zahlen müssen.“ (R. Reagan)

30. Juni 85: Der Sprecher des iranischen Parlaments, Ali Rafsanjani, verhilft den USA zur Freilassung der Geiseln des TWA-Fluges.

Juli 85: Der israelische Premierminister Shimon Peres regt bei R. Reagan den Tausch von Waffen gegen Geiseln gegenüber dem Iran an.

8. Juli 85: „Iran, Libyen, Nord Korea, Cuba, Nicaragua ... Das Anwachsen des Terrorismus in den vergangenen Jahren ist das Ergebnis der zunehmenden Einmischung dieser Staaten. Dies ist ... das Werk eines Zusammenschlusses terroristischer Staaten ... eine neue internationale Version einer Mord GmbH.“ (R. Reagan)

Juli-August 85: Geheime US-iranische Kontakte aufgrund israelischer Vermittlung und Initiative.

14. Sept. 85: Eine Waffenladung per Flugzeug nach Iran. Die Geisel B. Weir wird freigelassen, die US-Regierung verschweigt die Freilassung. Vier Tage später muß die Regierung die Freilassung trotzdem öffentlich machen.

Okt. 85: Vertreter der US- und der iranischen Regierung treffen sich in Genf, um weitere Geschäfte und Waffenlieferungen zu besprechen.

Nov. 85: Eine weitere Ladung von Waffen aus Israel geht in einem CIA-Flugzeug an den Iran.

4. Dez. 85: R. Reagan gibt den Rücktritt des NSC-Beraters McFarlane bekannt.

6. Dez. 85: Erste bekannte Diskussion über Reagan-Mannschaft über die Iran-Geschäfte. McFarlane trifft sich in London mit israelischen und iranischen Mittelsmännern.

7. Jan. 86: Rückblick im Weißen Haus auf die Iran-Politik. Außenminister Shultz und Kriegsminister Weinberger sprechen sich gegen die Politik der Iran-Geschäfte aus.

7. Jan. 86: „Ich kann Ihnen nur etwas sagen. Wir haben uns mit einer Anzahl von Einzelpersonen getroffen und gesprochen, mit einer Reihe von Regierungen dergleichen. Wir folgen jedem Pfad, soweit es uns möglich ist, um die Befreiung möglich zu machen.“ (R. Reagan zu Reportern)

17. Jan. 86: R. Reagan unterschreibt einen „Entwurf“, in dem die Waffen-geschäfte mit dem Iran autorisiert werden. R. Reagan beauftragt den CIA-Direktor Casey (schriftlich) Einzelheiten vom Congress fernzuhalten. Der CIA eröffnet die entsprechenden Bankkonten in der Schweiz.

Feb. 86: Erneute Waffenlieferung der USA nach Iran über Israel. Zwei-mal 45 Tonnen Waffen werden von der Texas Air Force Base nach Tel Aviv geflogen.

14. April 86: US-Angriff auf Libyen.

Mai 86: Zwei US-Waffenlieferungen, gleicher Weg wie im Februar.

6. Mai 86: „Die Regierung der USA wird gegenüber Terroristen keine Konzessionen machen. Die Regierung wird kein Lösegeld zahlen, keine Gefangenen freilassen, sie wird ihre Politik nicht ändern oder in andere Aktivitäten einwilligen die den Terrorismus ermutigen könnten.“ (Presseerklärung des State Departments)

Mai 86: Die ersten Gelder für die „Iran-Waffen“ laufen auf den Schweizer Konten ein. Der CIA erstattet daraus Kosten an das Kriegsmuseum zurück. Überschüsse werden auf separate Rechnung für die Contras von Nicaragua bewirtschaftet.

28. Mai 86: McFarlane, North u.a. gehen auf ihre Tour zum Iran.

3. Juli 86: Eine private Boeing 707 fliegt von Spanien nach Jugoslawien, mutmaßlich mit „Iran-Waffen“ an Bord.

26. Juli 86: Die Geisel L. Jenco wird freigelassen. Die US-Regierung ist enttäuscht, daß keine weiteren Geiseln freikommen.

August 86: Dritte Ladung „Iran-Waffen“ auf dem üblichen Weg. US-Regierung dringt auf weitere Entlassung von Geiseln.

Sept. 86: Zwei weitere US-Bürger werden zu Geiseln im Libanon. Die vierte Ladung „Iran-Waffen“ geht auf den üblichen Weg. In der Schweiz gehen weitere Zahlungen ein.

2. Nov. 86: Die Geisel D. Jacobsen wird freigelassen.

3. Nov. 86: Die libanesischen Zeitung „Al Shuraa“ veröffentlicht die Informationen über die Reise von McFarlane in den Iran.

4. Nov. 86: A. Rafsanjani bestätigt die Meldungen über die Reise McFarlanes gegenüber US-Presseorganen.

13. Nov. 86: „Während 18 Monaten — bis heute gerechnet — haben wir eine geheime diplomatische Mission im Iran unternommen ... Diese begrenzten Lieferungen würden alle, zusammengekommen, in ein einzelnes Frachtflugzeug passen ... Wir haben keine, ich wiederhole keine (!), Waffen oder irgendein anderes gegen Geiseln getauscht, und wir werden das auch nicht tun.“ (Reagans Botschaft an die Nation)

13. Nov. 86: Die Entführer in Beirut erklären, daß die US-Regierung weitere Schritte unternehmen muß, um die Geiseln freizubekommen.

16. Nov. 86: „In der Situation des Krieges Iran-Irak, der iranischen Unterstützung des Terrorismus, unserer Gemeinschaft mit denen, die unsere Leute als Geiseln halten, sage ich — so weit meine Meinung gefragt ist — Nein (ob Waffen in den Iran gehen sollten)“ (Außenminister Shultz)

19. Nov. 86: R. Reagan erklärt, daß kein drittes Land in dieses Iran-Geschäft verwickelt sei. Das „Weiße Haus“ korrigiert diese Fernsehansprache.

che sehr schnell, schließt jedoch aus, daß weitere Lieferungen in den Iran gehen.

20. Nov. 86: „Niemand sollte vergessen, wessen Idee das Ganze war. Es war McFarlanes Idee. Wenn man schlechten Rat gibt, bekommt man schlechte Resultate.“ (D. Reagan, Chef des Reagan-Teams im Weißen Haus)

25. Nov. 86: J. Poindexter und North werden entlassen. Oberstaatsanwalt Meese gibt die bekannten Resultate aus.

Dez. 86: Eine Kommission wird eingesetzt, um die Aktivitäten des NSC zu untersuchen. F. Carlucci wird zum neuen NSC-Berater ernannt.

8. Dez. 86: Poindexter und North verweigern die Aussagen vor dem Ausschuß unter Berufung auf den 5. Zusatzartikel zur US-Verfassung. Waffenlieferungen an die UNITA in Angola über Honduras und Israel werden bekannt.

Quellen: „The Guardian Weekly“, 7.12.86; „US News & World Report“, 11.12.86; weitere Presse.

wo./Imp.-Kom.

USA — Iran:

USA — Iran:

Geheimdiplomatie zwischen „Feinden“

Ein Vier-Punkte-Abkommen sei im Laufe der geheimen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran abgeschlossen worden, berichtet der ehemalige iranische Staatspräsident Banisadr. Ein Punkt behandle die künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern: die USA werden die gemäßigte Strömung unter Khomeini schon heute sehr mächtig sei. Das Abkommen beziehe sich auch auf die Zukunft des irakischen Regimes. Um eine Basis für ein Ende des Golfkrieges zu schaffen, solle der irakische Präsident Saddam Hussein

nicht einmal die Spitze des Eisberges zu sein. Reagan selbst hat zugegeben, die amerikanische Regierung unterhalte seit achtzehn Monaten geheime diplomatische Beziehungen zum Iran — wegen der Geiselfrage natürlich. In Wirklichkeit geht es nur am Rande um die Befreiung der Geiseln: Die Vereinigten Staaten wollten — für die Zeit nach Khomeini — die Beziehungen zum strategisch und wirtschaftlich bedeutsamen Iran verbessern. Die Gelegenheit dafür ist günstig: Der Iran ist durch den Krieg in große Schwierigkeiten geraten, gerade angesichts des Ver-

nis. Mitte Oktober gar wurden der Schwiegerohn Montazeri, Mehdi Hashemi, und dessen Bruder verhaftet. Beide sind wichtige Führer einer Ableitung der Pasdars, die für von Teheran abhängige islamische Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt verantwortlich ist, also auch für die Hezbollah im Libanon, für pro-iranische Strömungen in der libanesischen Amal, für die irakische Al-Dawaa und für die von ihr abgespaltenen Anni. Diese Organisationen führen in der Vergangenheit mit direkter iranischer Unterstützung eine Reihe von Anschlägen im Libanon und im Irak durch, letztere eine Ursache für den iranisch-irakischen Krieg.

Die Verhaftung von Mehdi und Hadi Hashemi war jedoch nur der Beginn einer umfassenden Verfolgungswelle gegen die Anhänger des Ayatollah Montazeri. Inzwischen sollen mehrere hundert Kommandeure der Pasdaran und örtliche Funktionäre in der Gegend um Isfahan, der Hochburg Montazeris, verhaftet worden sein. Der Minister für Nachrichtendienst, Ray-Schahri, verantwortlich für die Hexenjagd auf Mitglieder der Tudeh-Partei, auf Anhänger des inzwischen hingerichteten ehemaligen Außenministers Gholzadeh und des verstorbenen Ayatollah Schahr Madani, erließ im Rundfunk Aufrufe zur Denunziation.

Daraufhin riefen Vertraute von Ayatollah Montazeri in den Libanon und haben den Chef der Wochenzeitung Al-Shuraa, Hassan Sabra, über die geheimen iranisch-amerikanischen Beziehungen zu schreiben, für die Rafsanjani maßgeblich verantwortlich ist. Auf diese Weise sollte die Machtfrage des Parlamentaristen eingeschränkt und der in lange Bedrängnis geratenen Khomeini-Nachfolger entlastet werden. Schließlich hatten ähnliche Kontakte 1979 den damaligen Staatspräsidenten Barzani zu Fall gebracht. Sabra achtet der geeignete Mann: er war enger Vertrauter von Mohammed Montazeri (genannt Kongo), Sohn des Ayatollahs und wichtiger Organisator der irakischen Anni, verantwortlich für die meiste Anschläge gegen das Baath-Regime. Mohammed Montazeri wurde 1981 beim Bombenanschlag auf das Hauptquar-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

der Islamischen Republik Partei gestellt.

Gedient hat dieser Schachzug bisher weder den Verhafteten noch dem Ayatollah Montazeri. Denn inzwischen haben die Brüder Hachemi umfassende Geständnisse über alle möglichen Untaten abgelegt, heute im Iran ein sicherer Zeichen für die baldige Exekution. Der Druck auf Ayatollah Montazeri scheint zugenommen zu haben: er distanzierte sich öffentlich von beiden.

Die Enthüllungen der geheimen iranisch-amerikanischen Beziehungen dagegen haben dem Parlamentspräsidenten bis heute nicht geschadet. Allerdings verurteilte der Modjibatschismus nicht, in einem Rundfunkinterview zu versichern, Präsident Reagan habe die Wahrheit gesagt und dem Iran nur einmal direkt Waffen geliefert, um so das Ausmaß der Kontakte zu verschleiern. (LM, 7./8.12.88).

In Wirklichkeit waren die Kontakte zu den USA nie vollständig unterbrochen, auch der Waffenschub ließ nach der Freilassung der amerikanischen Geiseln im Januar 1981 - so

reichlich, daß die iranische Armee und die Pasdaran der technisch überlegenen irakischen Armee standhalten konnten. Erst 1984 setzten die USA den Iran auf die Liste der Feindstaaten, Monate nach den schweren Bombenangriffen im Libanon. Aber selbst in diesem Jahr durften US-Firmen direkt an den Iran liefern, beispielsweise Jeeps als Kompensation für die im Revolutionsjahr 1979 eingefallenen Geschäfte (LM, Aug. 84). Zwei amerikanische Boeing-Flugzeuge wurden in den USA repariert. Auf ihrem Rückflug nach Teheran brachten sie aus Libyen Munition mit (LM, 8.8.84). Und noch im gleichen Jahr versprachen die USA der iranischen Regierung, 25 F-5 Dusenjäger zu liefern (LM, 23.7.84). Sicher heißt sich diese Liste direkter amerikanischer Hilfe fast endlos fortsetzen.

Der Großteil der amerikanischen Waffenlieferungen aber wurde über Drittländer abgewickelt, vor allem über Israel. Schon 1982 hatte der damalige israelische Botschafter in den USA in einem Zeitungsinterview geäußert, daß Israel nur Einverständnis der USA Rüstungsmaterial an den Iran

verkaufen würde. Das verkaufte Material wurde von den USA dann jeweils umgehend ersetzt (Frankfurter Rundschau, 29.11.86).

Riesige Mengen wurden geliefert. Die dänische Seefahrtsgewerkschaft spricht von 70 Schiffsladungen, die von dänischen Schiffen transportiert wurden (LM, 20.11.86). Die „Times“ (London) berichtete von zwanzig amerikanischen Transportflugzeugen, beladen mit Rüstungsmaterial, die den amerikanischen Ugarthändler McFarlane in den Iran begleiteten (LM, 30.11./1.12.86). Gasgeschenke war also nicht nur eine Torte in Schlüsselform und die von Reagan handsignierte Bibel.

Ende 1985 lieferten die USA über 10.000 TOW Panzerabwehr-Raketen in den Iran, ein Geschäft, von dem die „New York Times“ erst kürzlich berichtete, dessen Abwicklung Jürgen Roth in seinem Buch „Mukier des Todes“ schilderte internationale Waffenhändler vermittelten zwischen den amerikanischen und iranischen Handelspartnern, die auf getrennten Etappen des gleichen Handels saßen. Über Portugal und Syrien gelangten die

Waffen in den Iran und Saudi-Arabien übernahm rund ein Viertel der Kosten, nämlich 30 Millionen Dollar.

Die Saudis galten bislang immer als Unterstützer des Iraks in dem mehr als sechs Jahre dauernden Krieg. Trotzdem haben sie die Kontakte zum Iran gepflegt und das iranische Regime wiederholt materiell unterstützt. Auch Saudi-Arabien wollte keine der beiden Kriegsparteien siegreich sehen. Vermittler der arabisch-iranischen Rüstungsgeschäfte war der saudische Waffenhändler Kashoggi, der den Israelis den iranischen Wunschkarteil präsentierte (LM, 11.11.86). Die Reise McFarlanes kam durch Vermittlung der Saudis zustande (LM, 30.11./1.12.86). Und Saudi-Arabien war es auch, das dem Iran nach den schweren Bombardements der iranischen Raffinerien und Erdöl-Lageranlagen im Sommer 86 mit riesigen Mengen von Erdölprodukten bekehrte (LM, 25.11.86).

Schließlich verantwortete die Saudis die OPEC-Politik des letzten Jahres. Saudi-Arabien erhöhte die Erdölproduktion, was zu einem drastischen Verfall der Erdölpreise führte, u.a. mit

dem erklärten Ziel, dem Iran und Libyen wirtschaftlich zu schaden. Schon auf der OPEC Konferenz im August 1986 schlossen sich die Saudis - nach langen Debatten - überraschend der iranischen Position an, die Erdölförderquoten zu senken, auf diese Weise höhere Erlöse zu erzielen. Der Positionswechsel Saudi Arabiens hatte sicher keinen Preis.

Es scheint, als würden die USA in den letzten Monaten wieder mehr den Iran unterstützen, nachdem seit 1984 die Zusammenarbeit mit dem Irak gewachsen war. Ein Grund dafür wäre der möglicherweise baldige Tod Khomeinis und die Machtübernahme der gemäßigten Fraktion unter Rafsanjani. Der Parlamentspräsident hatte schon vor Monaten den Vereinigten Staaten öffentlich angeboten, für den Sturz Saddams Husseins würde der Iran auch eine provisorische Regierung im Irak dulden. Der Iran jedenfalls ist für die USA geostrategisch (Korperen zur Sowjetunion, Pakistan, Afghanistan) und wirtschaftlich erheblich bedeutsamer als der Irak.

Nahost-Kommission

Buchvorstellung:

„Krieg im Frieden“ — low intensity warfare

Es stand im letzten AK: „Internationaler Terrorismus“, „low intensity warfare“ — zwei Begriffe, ein Zusammenhang!

Inzwischen ist die internationale Presse voll davon: verdeckte Kleinkriegs-Kriegführung aus dem Keller des „Weißen Hauses“ und den Agentenzentren des CIA — wenn auch in einem eklatanten Gegensatz zur offiziellen „Anti-Terror“-Linie der Reagan-Regierung: heimliche Waffenlieferungen durch Vermittlung Israels an den Iran, Verschlebung der daraus gewonnenen Gelder an die nicaraguanischen Contras.

Und nicht nur das, die „Cowboys“, wie Reagans „Counter warfare“-Spezialisten im Nationalen Sicherheitsrat der USA genannt werden, arrangierten auch die Kaperung der Achille-Lauro-Entführung, die „Strafexpedition“ gegen Libysche Städte, die „antiterroristischen“ Aktivitäten von US-Agenten im Libanon etc. Mit anderen Worten, die Realität hat wieder mal ihre Beschreibung überholt!

Dennnoch, bzw. gerade deswegen sei ein kleines Buchlein dringend empfohlen, das seit ein paar Monaten auf dem Markt ist: „Krieg im Frieden“, von Jochen Hippler im Pahl-Rugenstein-Verlag. Es gibt eine aktuelle Übersicht über Entwicklung, Ziele und Methoden dessen, was in den USA z.Z. unter „low intensity warfare“ von der Reagan-Administration propagiert und betrieben wird.

Wir stellen das Buchlein im Folgenden durch die Einkleidung des Autors selbst vor.

Die Kontrolle der Dritten Welt ist für die USA von strategischer Bedeutung — darin sind sich alle Politikplaner und Strategen in Washington einig. Mögen auch beträchtliche Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie eine solche Kontrolle am wirksamsten erreicht werden kann, mag der Grad an Deutlichkeit, mit dem dieses Ziel in der Öffentlichkeit formuliert wird, auch differieren — das Ziel selbst bleibt trotzdem unumstritten. Die Dritte Welt wird als unverzichtbar für die eigene Versorgung mit Rohstoffen und Energie, als Absatz- und Investitionsmöglichkeit angesehen. Sie stellt in der Perspektive der USA einen höchst wichtigen Schauplatz der Systemumwandlung und der Konkurrenz mit der Sowjetunion dar, und sie wird zunehmend zur Arena wirtschaftlicher Konkurrenz mit den Verbündeten in Westeuropa und Japan.

Die Kontrolle der Dritten Welt — oder ihrer wichtigsten Elemente — ist nicht allein das subjektive Ziel amerikanischer Spitzenpolitiker, sondern ein objektives Erfordernis einer kapitalistisch verfallenden Weltmacht. Das Streben nach dieser Kontrolle ist daher eine

der Konstanten der amerikanischen Außenpolitik, seitdem die USA über die Mittel zu einer solchen Politik verfügen. Beginn dieses Streben historisch auch in der Karibik, in Mittel- und Südamerika, so wurde es früh auf die Länder des Pazifiks und auf Asien ausgedehnt. Die dabei angewandten Mittel waren umfassend, sie reichten über die bewußte Ausnutzung der überwältigenden wirtschaftlichen Dominanz der USA, über eine Nutzung der Kreditvergabe an Regierungen der Dritten Welt zu deren Kontrolle bis zur direkten Einmischung in interne Konflikte oder zu militärischen Interventionen und der Besetzung von Ländern der Dritten Welt.

Vor diesem Hintergrund eines breiten Instrumentariums existieren zwei grundlegende Strategien der USA, die sich nicht direkt widersprechen, aber doch unterschiedliche Akzente zur Erreichung des gleichen Ziels setzen. Die eine Strategie wird traditionell als „Politik des dicken Knüttels“ oder als „Politik der Stärke“ bezeichnet. Sie war die historisch älteste Variante und bemühte sich, durch den kompromisslosen Einsatz amerikanischer Machtmittel — unter Betonung der militärischen Instrumentarien — unterlegene Länder der Dritten Welt für die USA zu öffnen, diese in Abhängigkeit zu bringen und wirtschaftlich zu durchdringen.

Die jüngere Strategie, die zum erstenmal nach dem Regierungsantritt Franklin D. Roosevelts im Jahre 1933 einigermaßen systematisch betrieben worden war, läßt sich als eher „integrativ“ bezeichnen. Sie verzichtete zwar nicht auf die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele, hielt dies aber für unzureichend. Eine Stabilisierung von Ländern der Dritten Welt unter US-Kontrolle sei langfristig nur zu sichern, wenn die inneren Verhältnisse dieser Länder dies auch erlaubten. In diesem Sinne mußte es etwa darum gehen, die Regierung eines Landes dessen Machtquellen zu überlassen, diese aber für die USA zu instrumentalisieren. Konspirative militärische Befriedungsaktionen waren so zu minimieren. Später — vor allem unter den Präsidenten Kennedy und Carter — wurden dem noch weitere Strategieelemente hinzugefügt, etwa die Betonung wirtschaftlicher und sozialer Reformen oder der Menschenrechtsituation zur Stabilisierung der inneren Verhältnisse, ohne die eine US-Kontrolle auf Dauer nicht zu gewährleisten sei.

Beide Strategien unterscheiden sich im wesentlichen in der Akzentsetzung: die „Politik der Stärke“ mußte integrative Politikinstrumente enthalten, um zu funktionieren, und umgekehrt wurde die integrative Strategie durch die selektive Anwendung militärischer Bestandteile effektiviert.

Unabhängig von der jeweils gültigen strategischen Variante existierten also immer bestimmte Grundmuster, wurden bestimmte Herrschaftstechniken durchgehend angewandt. Ein besonders wichtiges Beispiel dafür ist die militärische und zivile Aufstandsbekehrung. Programme der Bekämpfung von Aufständen in der Dritten Welt sind natürlich keine sonderlich neue Erfindungen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings wurde Aufstandsbekehrung unter der Bezeichnung

Counterinsurgency zu einer systematisch betriebenen US-Strategie zur Kontrolle der Dritten Welt. Die US-Regierung bemühte sich dadurch, in für sie wichtigen Ländern der Dritten Welt jenen Regierungen massiv durch materielle Unterstützung und konzeptionelle Beratung zu helfen, mit Aufstandsbewegungen fertig zu werden, die US-Interessen gegenüber aufgeschlossen waren. Counterinsurgency erlebte eine erste Welle kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, allerdings noch auf einer stark improvisierten und gelegentlich experimentellen Ebene. Entsprechende Kampagnen in den Philippinen, in Malaya, aber auch in Griechenland und hierfür die wichtigsten Beispiele. Die Kennedy-Administration sorgte zum Anfang der sechziger Jahre unter dem Eindruck der kubanischen Revolution um beträchtlichem Aufwand dafür, daß Counterinsurgency weiter systematisiert sowie in militärische Doktrinen formuliert und daß ihr Instrumentarium massiv ausgebaut wurde. Damals wurde Counterinsurgency zu einer regelrechten Mode der amerikanischen Regierung, die im Verlauf der sechziger Jahre in Lateinamerika und in Südostasien zur Anwendung kam. Der Vietnamkrieg bedeutete dann die Niedergang der amerikanischen Aufstandsbekehrungsstrategie: zu offensichtlich schien sie sich bamiert und ihre Aufgabe verfehlt zu haben. Counterinsurgency fiel in der Öffentlichkeit und bei den meisten Regierungsstellen in Ungnade, der entsprechende militärische Apparat wurde reduziert oder umgebaut.

Inzwischen ist Counterinsurgency — Aufstandsbekehrung — in Washington erneut in Mode gekommen.

Seit dem Regierungsantritt Präsident Reagans ist Counterinsurgency wieder hoffähig geworden — und mehr als das: es wurde erneut zu einem sehr wichtigen Politikinstrument der US-Regierung gegenüber der Dritten Welt.

Zugleich wurde ein neuer politisch-militärischer Terminus in die Diskussion eingeführt, low-intensity warfare (auch: low-intensity conflict). Dieser Begriff wird einerseits als „hasmloser“ Ersatzbegriff für den seit Vietnam anhängigen der Counterinsurgency verwandt. Andererseits handelt es sich nicht um ein bloßes Synonym, sondern um ein zwar benachbartes, aber dennoch nicht völlig identisches Konzept.

Während Counterinsurgency in einer ausgereiften Form ein Konzept darstellt, das entwickelte oder entstehende, grundlegende und die Interessen der USA potentiell bedrohende Konflikte in Ländern der Dritten Welt durch ein abgestimmtes Bündel militärischer, politischer, wirtschaftlicher, sozialer, politischer und psychologischer propagandistischer Maßnahmen entschärfen und unter Kontrolle bringen soll, ist low-intensity warfare ein um eine Nuance stärker militärisch orientiertes Konzept. Low-intensity warfare faßt alle militärischen Operationen zusammen, die von „geringer Intensität“ sind sogenannte Polizeiaktionen im Stil von Grenada, Kommandoaktionen (etwa zur Geiselnbefreiung) oder Guerillakriege gehören dazu. Dabei werden wirtschaftliche, politische, sozialpolitische und psychologische Maßnahmen als integrale Bestandteile der militärischen Praxis begriffen.

Die beiden Begriffe (Counterinsurgency und low-intensity warfare) sind eng miteinander verzahnt: zumindest die Aufstandsbekehrung ist ihr gemeinsamer Gegenstand. Zugleich verfügen beide Konzepte auch über gemeinsame Instrumentarien — die Special Operations Forces (SOF, Truppen für Sondereinsätze) der US-Streitkräfte, die — gemeinsam mit dem Marine Corps — in der vordersten Front stehen, wenn militärische Einheiten der USA in Ländern der Dritten Welt zum Einsatz kommen.

Zur Mitte der achtziger Jahre muß festgestellt werden, daß Planungen für Counterinsurgency und für low-intensity warfare eine extrem hohe Bedeutung für die Militär- und Außenpolitik gewonnen haben, insbesondere was die Länder der Dritten Welt betrifft.

US-General Wallace H. Nunnung nannte low-intensity warfare „die zentrale strategische Frage, der sich die USA gegenübersehen“, und in der offiziellen Military Review erklärte Oberst James B. Motley, daß „die wichtigste Herausforderung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten“ darin bestehe, ihre „militärischen Fähigkeiten für low-intensity conflicts zu verbessern.“

Wie ist die in den letzten Jahren beträchtlich gewachsene Bedeutung dieser Militärdoktrinen zu erklären?

Dies hängt vor allem damit zusammen, daß für die kapitalistischen Zentren die Dritte Welt heute wesentlich schwerer zu kontrollieren und zu stabilisieren ist, als etwa noch in den fünfziger Jahren. In Dutzenden von Ländern operieren heute Befreiungsbewegungen unterschiedlicher Ausrichtung, die oft nicht sehr viel gemeinsam haben — außer dem Interesse, äußere Vorherrschaft abzuschütteln und über die internen Verhältnisse ihrer Länder selbst zu entscheiden. In einer Reihe von Ländern hat es bereits Revolutionen solcher Kräfte gegeben. Diese Tatsache sowie die Ausdifferenzierung zwischen den kapitalistischen Hauptmächten (etwa die zunehmenden Konkurrenz zwischen Westeuropa, Japan und den USA), die militärisch und politisch stärkere Rolle der Sowjetunion in der internationalen Politik und das (auch ökonomisch) stärkere Gewicht der Länder der Dritten Welt allgemein haben dazu beigetragen, daß sich die internationalen Spielräume für Befreiungsbewegungen in den letzten 25 Jahren deutlich erweitert haben. Die Dritte Welt ist heute nicht mehr im gleichen Maße beherrschbar, wie dies etwa Mitte der fünfziger Jahre noch selbstverständlich schien. Zugleich haben sich Strategien der späten sechziger und der siebziger Jahre — etwa die Nixon-Doktrin einer verstärkten Nutzung lokaler „Stellvertreter“ (etwa des Iran als „Polizist“ am persisch-arabischen Golf) oder die Politik der Carter-Administration — als gescheitert erwiesen.

Dies ist einer der Gründe für die seit einigen Jahren sehr aggressive Politik der USA gegenüber der Dritten Welt: es handelt sich um einen Versuch, verlorengegangenes Terrain wiedergutmachen zu wollen. Die verstärkte Androhung und Anwendung auch militärischer Machtmittel durch die USA — man denke nur an Nicaragua, an Grenada, Libyen, den Libanon und andere Beispiele — soll dabei einmal dazu dienen, keine weiteren Rückschläge (oder was man dafür zu halten beliebt) erlei-

den zu müssen, und reflektiert andererseits den offensiven Versuch, in einem globalen roll back die eigene Kontrolle wieder auszuweiten. Dabei ist es zum Verständnis dieser Strategie von großer Bedeutung, die Integration militärischer mit nicht-militärischen Elementen hervorzuheben. Zwar handelt es sich um eine militärische Strategie, die zum großen Teil durch die US-Streitkräfte umgesetzt wird, aber sie basiert stärker auf politischen und wirtschaftlichen, als auf im strengen Sinne militärischen Erwägungen. Die Streitkräfte werden daher zu einem großem Teil mit „zivilen“ Aufgaben betraut, zugleich werden nicht-militärische Behörden in die Strategie integriert.

Low-intensity warfare ist von der westeuropäischen Friedensbewegung bisher nicht im erforderlichen Maß beachtet worden. Dabei handelt es sich um eine Kriegsführung, die nach Zählung des US-Verteidigungsministeriums heute bereits in etwa 40 Ländern im Gange ist. US-Kriegsplaner gehen davon aus, daß in absehbarer Zeit ein bewußt begonnener Krieg in Mitteleuropa eher unwahrscheinlich ist, daß die Konflikte mit der Sowjetunion sich stattdessen verstärkt in der Dritten Welt abspielen werden. Eine globale Friedensbedrohung dürfte daher eher von solchen Konflikten ausgehen, die sich dann um Zuge einer „horizontalen Eskalation“ ausdehnen könnten, als von einem unvermittelten atomaren Schlagabtausch in Mitteleuropa. Die US-Regierung legt auf jeden Fall in den letzten Jahren großen Nachdruck auf die Vorbereitung militärischen Engagements in der Dritten Welt, um dort zu geringeren Kosten und mit geringerem Risiko das „Reich des Bösen“ zu bekämpfen. Bewaffnung, Ausrüstung und Militärdoktrinen werden in diesem Zusammenhang unter der Überschrift low-intensity warfare organisiert.

Die Aufgabe dieses Buches soll es sein, wichtige Strategien und Instrumentarien dieser Bemühungen darzustellen und zu untersuchen.

Dabei soll von einigen historischen Erfahrungen ausgegangen werden, die grundlegenden Konzeptionen werden ebenso zu behandeln sein wie die Probleme moderner amerikanischer Counterinsurgency. Anschließend sollen die militärischen Hauptinstrumente für die Beherrschungspolitik vorgestellt werden: die Special Operations Forces der US Streitkräfte. Schließlich wird mit ein per Ausführlichkeit auf die moderne Praxis der low-intensity warfare einzugehen sein, auf die Anwendung der Strategie beispielsweise auf El Salvador und Guatemala. Diese beiden Länder stehen für die Durchführung „klassischer“ Counterinsurgency-Programme, die auf die Niederwerfung von Guerillabewegungen und die Stabilisierung befreundeter Regime zielen. Zu low-intensity warfare als Teil einer umfassenden US-Strategie gehört aber mehr, auch die Subversion, Destabilisierung und paramilitärische Offensive gegen unliebsame Regierungen. Die wichtigsten Beispiele dafür in den achtziger Jahren (bzw. in deren ersten Hälfte) waren Afghanistan und Nicaragua. In einem abschließenden Kapitel soll es darum gehen low-intensity warfare und Counterinsurgency insgesamt einzuordnen und in die amerikanische Außenpolitik einzuordnen.

Syrien Connection oder Geheimdienstaffäre?

Westberlin: Auffällige Widersprüche im Hasi-Prozess

Am 26. 11. 86 verurteilte das Westberliner Landgericht die beiden Jordanier Ahmad Hasi und Fayouk Salameh zu 14 und 13 Jahren Haft. Beide haben gestanden, am 29. März einen Sprengstoffanschlag auf die „Deutsch-Arabisches Freundschaftsgesellschaft“ in Westberlin-Kreuzberg verübt zu haben, bei dem neun Menschen verletzt wurden. Dieser Prozess produzierte weltweiten Aufsehen, weil es erneut um die These der syrischen Drahtzieherie ging. Es waren somit Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der BRD und Syrien zu erwarten, falls Syrien vom Gericht des „internationalen Terrorismus“ bezichtigt werden würde. Im Verlaufe dieses Prozesses jedoch traten weitere Hintergründe zu Tage, die eine syrische Beteiligung an dem Anschlag immer fragwürdiger erscheinen lassen. Es kam vielmehr ein Stoff zum Vorschein, der bestens für Agentenbrüder geeignet ist — doch alles der Reihe nach.

Die politischen Hintergründe

Am 17. März 1986 scheiterte ein Sprengstoffanschlag auf ein israelisches Flugzeug in London. Die irische Freundin des Jordaniers Nezar Hindawi wollte mit einem Koffer an Bord gehen, den Hindawi ihr gegeben hatte. Sie passierte die britischen Kontrollen, und erst ein israelischer Sicherheitsbeamter fand in dem Koffer eine Bombe. Hindawi, angeblich schon seit längerem permanent vom britischen Geheimdienst observiert, stellte sich kurz darauf der Polizei und legte ein Geständnis ab. Er behauptete, im syrischen Auftrag gehandelt zu haben. Sein Verbindungsoffizier sei der stellvertretende Chef des Geheimdienstes der Luftwaffe, Harithan Said, gewesen. Hindawi wurde zu einer 45-jährigen Haftstrafe verurteilt.

Postwendend brachen darauf Großbritannien, Kanada und die USA ihre diplomatischen Beziehungen zu Syrien ab. Im Rahmen der EG forderte Großbritannien die übrigen Mitgliedsstaaten auf, ebenfalls ihre Beziehungen zu Syrien zu kappen; der Erfolg war allerdings nur bescheiden. Zwei Tage nach dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten Chirac in Frankfurt behauptete dieser in einem Interview der „Washington Times“ (Zeitung der rechtsradikalen Mun-Sekte), Kohl und Genscher hätten ihm versichert, daß der israelische Geheimdienst Mossad hinter dem versuchten Anschlag auf die El-Al Maschine stehe. Auffällig schwache Dementis kamen aus Paris und Bonn.

Hindawi ist bis heute in diesem Zusammenhang, weshalb die Freundin Hindawis die britischen Kontrollen passieren konnte, ohne aufzufallen. Ebenso ungewöhnlich ist, daß sich ein „internationaler Terrorist“ wenig später freiwillig der Polizei stellte.

Im Rahmen der Berichterstattung über den Hasi/Salameh-Prozess prüft der „Spiegel“ (Nr. 48/1986) im Zusammenhang des Aufstehens vermeintlich britischer oder israelischer Geheimdienste beim Angeklagten Hasi folgendes aus: „... denn Mossad-Leute sind in bundesdeutschen und Berliner Strafverfahren schon wiederholt mit — als Vernehmer wie als Zeuge.“

Erstmalig öffentlich bekannt wurde diese Geheimdienst-Praxis nach dem Attentat auf das israelische Olympia-Team in München 1972.

Wenn — laut „Spiegel“ — es offenbar nicht nur gab, in, daß befreundete westliche Geheimdienste in westdeutschen und Westberliner Gefängnissen ein- und ausgehen können, dann wäre es sicherlich höchst interessant, den vielen bis heute ungeklärten „Todesfällen“ (Meinhold, Baader, Ensslin, Rasper usw.) auch unter diesem Aspekt nachzugehen.

Es ist nur allzu verständlich, daß die herrschenden Parteien die Grünen bzw. in Westberlin die AL aus allen Gremien, die die Geheimdienste betreffen, ausschließen. Es gibt dort offensichtlich sehr viel zu verbergen.

18./Westberlin

Am 29. März folgte der Anschlag auf die „Deutsch-Arabisches Freundschaftsgesellschaft“, am 3. April die Bombenexplosion in der Westberliner Diskothek „La Belle“, die hauptsächlich von US-Soldaten besucht wurde. Drei Menschen wurden dabei getötet, über 200 verletzt.

Bekanntlich erklärten die USA eine libysche Beteiligung an dem Bombenanschlag auf die Diskothek für „unwandfrei erwiesen“ und bombardierten daraufhin die libyschen Städte Tripoli und Benghazi als „Vergeltungsmaßnahme“ gegen den „tollwütigen Hund“ (Reagan) Oberst Ghadafi.

Im Zusammenhang mit „La Belle“ bekam der Westberliner Staatsschutz einen britischen Hinweis auf Hindawi in Westberlin lebenden Bruder: Ahmad Hasi. Er wurde verhaftet, verhört, zahlreichen Zeugen gegenüberstellungen ausgesetzt, aber es erwies sich, daß Hasi nichts mit dem „La Belle“-Anschlag zu tun hatte, geschweige denn, daß eine libysche Drahtzieherie nachgewiesen werden konnte. Im Falle „La Belle“ liegt nach wie vor alles im Dunkeln (1).

Wenig später jedoch wurde Hasi von Zeugen im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die „Deutsch-Arabisches Freundschaftsgesellschaft“ erkannt. Er und sein Bruder Hindawi seien in Kreuzberg gesehen worden.

Das Geständnis

Hasi und sein Komplize Salameh legten daraufhin ein umfangreiches Geständnis ab.

Hasi und Salameh hatten sich 1979 im Westberliner Knaus kennengelernt — der eine ließ wegen versuchten Totschlags an seiner Freundin, der andere wegen Heroin-Dealken. Während Salameh selbst aussagte, er habe sich nie um Politik gekümmert, war Hasi in vergangenen Zeiten angeblich El Fatah-Mitglied. Die beiden sind mit Hasis Bruder Hindawi Mitte 1985 in Libyen gewesen. Sie gaben sich als Mitglieder einer „Jordanischen Revolutionären Bewegung“ gegen das Hussein-Regime aus und boten Libyen ihre Dienste gegen harte Dollars an. In Libyen bekamen sie einige Videos mit Reden des Oberst Ghadafi zu sehen plus 5000 Dollar, für libysche Gäste nichts Ungewöhnliches. Ansonsten schien man in Libyen von den Dreien nicht viel zu halten. Sie suchten ihr Glück nun in Damaskus (Syrien).

Salameh sagte aus, er habe keine Schwierigkeiten aufgrund seiner Heroin-Vergangenheit gehabt, nach Damaskus zu gelangen. Dort wurde er von einem Mann namens Abu Ahmad

Salameh dachte zunächst, es ginge um Heroin-Schmuggel, bis ihm klar geworden sei, daß es sich um Funktionsweisen von Koffer Bomben handelte. Hindawi habe ihm gesteckt, daß er Abu Ahmad in Wirklichkeit für Harithan Said, den schon erwähnten syrischen Luftwaffen-Geheimdienst Chef, halte. Drei Tage war Salameh in Damaskus „krank“, bis er einen Brief an Hasi und eine Bomben-Gebrauchsanweisung mit nach Westberlin nahm.

Von eben diesem mysteriösen Abu Ahmad habe Hasi dann im März einen Anruf aus Ostberlin erhalten, habe sich in die dortige syrische Botschaft begeben und die Kofferbombe aus der Küche abgeholt. Hasi fuhr anschließend mit zwei bei heute unbekannten Männern durch Ostberlin, fühlte sich verfolgt, stieg am Alexanderplatz aus dem Auto und packte die Bombe in ein Gepäckschließfach im Ostberliner Ostbahnhof. Einige Tage später erst holte Hasi die Bombe dort wieder ab und fuhr zur Transit Autobahnstraße nach Michendorf. Hier übergab er die Bombe an Salameh, der mit diesem „Gepäck“ schließlich nach Westberlin einreiste.

Nach diesem überaus ungewöhnlichen Bombentransport wurde dann der Anschlag auf die „Deutsch-Arabisches Freundschaftsgesellschaft“ ausgeführt. Auch da gab es Pannen, denn die Bombe zündete zunächst nicht. Ein Unbekannter, angeblich ein syrischer Spezialist, mußte die Bombe erst in Ordnung bringen, ehe sie im dritten Versuch einige Tage später, am 29.3., hochging.

Der Prozess

Während Salameh vor Gericht sein Geständnis weitgehend bestätigte, widersprach Hasi wesentliche Aussagen seines früher bei der Polizei abgelegten Geständnisses. Während des Prozesses verglich er seine siebenmonatigen Haftbedingungen mit denen Stammheimers; er habe mütterliche Stimmen vernommen; es habe Versuche gegeben, dem Essen Drogen beizumischen; er sei am Rande eines Selbstmords gewesen. Hasi bekannte sich zwar weiterhin zu dem Anschlag, nicht jedoch zu den politischen Hintergründen. Es handele sich um Geheimdienstlügen, er kenne keinen Abu Ahmad alias Harithan Said. Dieser Name sei ihm von den Staatschützern in den Mund gelegt worden, sie hätten immer wieder von dieser Person gesprochen.

Hasi berichtete außerdem vor Gericht, daß er am 30.4. in seiner Zelle „Besuch“ bekommen habe: neben einem Westberliner Staatschutzbeam-

ten „Besuch“ bekommen habe: neben einem Westberliner Staatschutzbeamten seien zwei englisch und arabisch sprechende Männer erschienen. Ein Staatschützer sagte dazu ergänzend, es habe sich um zwei britische Geheimdienstleute gehandelt. Die beiden britischen Beamten drohten Hasi mit einer



Attentat auf die Deutsch-Arabisches Freundschaftsgesellschaft in Westberlin, als Auftraggeber beschuldigt wurde die syrische Botschaft in Ostberlin

Ausweisung nach Jordanien, wenn er nicht eine stärkere „Aussagebereitschaft“ zeigen würde. Das hätte für Hasi vermutlich den Tod bedeutet. Erst im Anschluß an diesen „Besuch“ habe Hasi die syrischen Verbindungen „gestanden“.

Urteil

Der Prozess dauerte — für einen Terroristenprozess höchst ungewöhnlich — nur eine Woche. Danach ergingen die Urteile. Zu den syrischen Verbindungen, die sich einzig und allein auf die „Geständnisse“ früherer Aussagen Hasis und Salamehs stützten, meinte das Gericht: „Wir sind so sicher, wie ein Gericht nur sein kann, wenn es sich um ein Verbrechen mit politischem Hintergrund zu entscheiden hat, an dem auch Geheimdienste Interesse haben.“

Die „Syrien Connection“ boten laut Urteilsbegründung zum einen in der genannten „Verbindungsperson“ Harithan Said und der „Villa“, die allem Anschein nach ein Geheimdienstgebäude gewesen sei.

Bei den zwei im Knaus bei Hasi aufgetauchten britischen Geheimdienstleuten handelte es sich um „keine verbotenen Vernehmungsmethoden“.

Nach diesem Urteil wies die Bundesregierung vier Mitglieder der syrischen Botschaft in Bonn aus; der gerade vakante gewordene Botschaftsleiterposten in Syrien soll zunächst nicht wieder besetzt werden. Außerdem wurde die Zahl der syrischen Militärattachés auf zwei begrenzt.

Widersprüche über Widersprüche: Nr. 1: die „Deutsch-Arabisches Freundschaftsgesellschaft“

In der offiziellen Version heißt es, Hindawi habe die Gesellschaft für „israelfreundliche“ gehalten. Nach politischen Auseinandersetzungen mit Murtada, dem Chef dieser Gesellschaft, seien Hindawis Bombenpläne entstanden. Demgegenüber erklärte Murtada vor Gericht, ein Vertreter der palästinensischen Gruppe Abu Moussa zu sein, die gute Beziehungen zu Syrien hat. Weitere Fragen in dieser Richtung ließ das Gericht nicht zu. Nach Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz gehörten etliche Vorstandsmitglieder der Freundschaftsgesellschaft sogar dem syrischen Geheimdienst an. Noch eine Woche vor dem Anschlag habe Murtada mit Syrien über finanzielle Zuwendungen verhandelt (lt. „Spiegel“). Offiziell betreibt diese Gesellschaft, auch vom Westberliner Senat mit 20.000 DM bezuschußt, hauptsächlich Bildungsarbeit, Deutschkurse usw.

Welches Interesse also könnte Syrien an einem Anschlag aufgerechnet gegen diese „Deutsch-Arabisches Freundschaftsgesellschaft“ haben? ...

Nr. 2: Die „Terroristen“

Bei Hindawi, seinem Bruder Hasi und Salameh handelt es sich keinesfalls um politische „Terroristen“, sondern augenscheinlich um Leute, die zu Geld kommen wollten und daher für nahezu jede Organisation, jeden beliebigen Geheimdienst arbeiten würden. Hindawi selbst wird von seinem Bruder als

„Spinner“ und Aufschneider bezeichnet; bei seiner „Jordanischen Revolutionären Bewegung“ handelt es sich um ein Phantom, in deren Namen er sich zunächst in Libyen, dann in Syrien anwerben versuchte. Die westdeutsche Botschaft in Amman (Jordanien) berichtet über Hinweise, wonach Hindawi „Verbindungen zu einem türkisch-arabischen Geheimdienst“ habe. Der Vater Hindawis sei als damaliger Koch in der britischen Botschaft Jordaniens als Mossad-Agent entlarvt und in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden (lt. Vizepräsident Chaddam in der „Welt“). Nach Angaben Hasis und Salamehs sei Hindawi immer der „Kopf“ dieser Gruppe gewesen.

Bei Salameh handelt es sich einwandfrei um einen Dealer. Noch während seiner Reise nach Damaskus frohlockte er, einen neuen Drogen-Auftrag zu bekommen. Für ihn handelte es sich schlicht um einen einträglichen Job.

Und Hasi? Nach eigenem Bekunden habe er sich erst wieder seit seiner Libyen-Reise um Politik gekümmert. Er bereitet laut Zeugnisaussagen den Anschlag auf die „Deutsch-Arabisches Freundschaftsgesellschaft“, und man sei ihm im übrigen Beweise für die angebliche „israelfreundlichkeit“ dieses „Unternehmers“ gegeben. Für die angebliche „israelfreundlichkeit“ dieses Vereins schuldig geblieben.

Die neue Dimension des „internationalen Terrorismus“ besteht also offensichtlich auch darin, daß es „Terroristen“ von der Sorte gibt, die für Geld alles machen — egal, für welche Sache, egal, für welchen Auftraggeber.

Nr. 3: Dilettantismus zuhause ...

Viele Fragen bleiben nach diesem Prozess offen.

Beispiel 1: Warum bekam Salameh von der angeblichen Geheimdienstzentrale in Damaskus einen Brief an Hasi und eine Gebrauchsanleitung für Kofferbomben mit? Dies glugte einfacher.

Beispiel 2: Der Transport der Bombe von der Hauptstadt der DDR nach Westberlin. Dies ging wesentlich einfacher über ein Diplomatenfahrzeug der syrischen Botschaft in Ostberlin, als über die Zwischenlagerung in einem Gepäck-Schließfach und die mehrere Tage in Anspruch nehmende Transaktion.

Beispiel 3: Wenn, wie von Salameh behauptet, er und Hasi in das Bombenhandwerk eingeweiht worden seien — wieso dann dieses Dilettantismus, daß erst nach drei Versuchen die Bombe explodierte? Und das erst, nachdem ein angeblich syrischer „Spezialist“ die Funktionsfähigkeit der Bombe wiederhergestellt (nach einem Tag „Bedenkzeit“) ...

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ferner, daß es sich bei dem Anschlag um keine gezielte Aktion gegen bestimmte Personen gehandelt hat. Der Zeitpunkt des Anschlags war offensichtlich völlig beliebig und willkürlich.

Fortsetzung nächste Seite



Ahmad Hasi (hier mit seiner Freundin) will im Auftrage des syrischen Geheimdienstes gehandelt haben

Fortsetzung von vorheriger Seite

mittel waren knapp, es gab keine Medikamente für Hunderte von Verletzten. Wasser war knapp. Es gab keine Möglichkeit, die Toten zu begraben, und Seuchen breiteten sich aus. Dem festen Willen der Verteidiger, lieber zu sterben als das Lager aufzugeben, ist es zu verdanken, daß es Shatila heute noch gibt.

Nach einem gelungenen Coup der Kämpfer der Rettungsfront trat dann die Wende ein. 50 Kämpfern war es gelungen, Amal zu durchbrechen. Sie zogen Amal-Uniformen an und begannen mit einem Scheingefecht. Die Verteidiger innerhalb des Lagers waren davon unterrichtet und öffneten ihnen den Weg. Die 50 Kämpfer drangen in den Kessel ein und vernichteten die Verteidiger. Danach war klar, daß Shatila in dieser Runde des Krieges nicht mehr zu erobern war. Amal machte einen Rückzieher, und es wurde das Damaskus-Abkommen geschlossen, das den Krieg zunächst einmal beendete.

Aber die Belagerung Shatilas wurde nie völlig aufgehoben. Auseinandersetzungen brachen immer wieder aus. Nach Abschluß des Damaskus-Abkommens im Juni 1985 kam es zu ersten Angriffen im August 1985. Im Oktober griff Amal wieder an und verlor eine sechsstündige Schlacht. Die Verteidiger des Lagers konnten einige Amal-Stellungen erobern, mußten sich aber auf Beschluß der politischen Führung zurückziehen. Die palästinensische Seite war benötigt, das Damaskus-Abkommen einzubalten, selbst wenn es zuerst von Amal gebrochen worden war. (Erst im Februar 1986 fiel die politische Entscheidung, die Verteidigungslinie nach vorn zu verlagern). Die nächste Auseinandersetzung war im Dezember, die Schlacht dauerte fünf Tage. Im Februar 1986 löste Amal einen 20-tägigen Krieg aus, im Juni/Juli 1986 wurde 43 Tage gekämpft.



Amal-Milizen

„Die Bevölkerung hat eine wesentliche Rolle gespielt“

Abu Atab ist einer der Kämpfer, der in vielen Auseinandersetzungen seit 1983 im Gefecht hat. Er sagt: „Vor und gleich nach der ersten Schlacht war unsere Situation verzweifelt. Wir waren nicht darauf vorbereitet, Amal zu bekämpfen. Wir hatten nicht genug Waffen und Munition. Es gab nicht genug militärische Kader, um die Verteidigung anzuführen. Jetzt ist unsere Situation viel besser. Wir haben sogar medizinisches Personal. Die erste Schlacht spielte sich auch innerhalb des Lagers ab, aber in den folgenden Kämpfen ist es uns gelungen, Gebiete außerhalb des Lagers zu erobern, so daß die Kämpfe jetzt nicht innerhalb des Lagers stattfinden.“

Abu Samir, der Kommandeur der PFLP in Shatila, sagt: „Im Krieg der Flüchtlingslager habe ich gelernt, daß ich in der Lage bin, mit jedem von Angesicht zu Angesicht zu kämpfen, um unsere Revolution zu verteidigen. Das zweite, was ich gelernt habe, ist, besondere Beziehungen mit der Bevölkerung während der Belagerung zu entwickeln. Die Bevölkerung hat eine wesentliche Rolle in der Unterstützung der Kämpfer gespielt. Die Frauen haben Sand in Kissenbezügen zur Front getragen. Sie haben Essen, Wasser und Munition transportiert.“

Dr. Mohamoud A. Khanba, Stellvertretender Direktor des Shatila-Krankenhauses und Mitglied des Volkskomitees sagt: „Nach 1985 fand eine Reorganisation des Widerstands im Lager statt. 1985 war es nur eine Gruppe junger Leute aus Shatila und Bourj el Barajneh, die die Lager verteidigten.“ Nach 1985 wurde die militärische Ausbildung der Lagerbevölkerung verbessert. Militärdokumente aus den Lagern, die sich in Ministriken im Süden oder im Bekaa-Tal befanden, wurden in die Lager zurückbeordert. Die Situation ist jetzt wesentlich besser. „Der Widerstand ist nicht derselbe wie vor 1982. Mit der palästinensischen Rettungsfront ist eine neue Art zu denken und die Probleme der Bevölkerung zu behandeln. Im Lager eingekerkert. Jetzt gibt es keine Organisationsbüros mehr wie früher, es gibt keine Büros außerhalb des Lagers, nur im Lager selbst. Wir haben jetzt hier ein Feldhospital und tägliche Sprechstunden. Acht Krankenschwestern und sechs Ärzte arbeiten hier. Wir versorgen die Bevölkerung und verteilen Medizin kostenlos. Auf Verschreibung der Ärzte wird auch Morphium an die Bevölkerung verteilt. Wir behandeln alle Patienten aus dem Lager und auch von außerhalb. Viele Libanesen, die außerhalb des Lagers wohnen, kommen, um sich hier behandeln zu lassen.“

Das Volkskomitee kümmert sich auch um den Wiederaufbau der zerstörten Häuser. Fast jedes Haus in Shatila war beschädigt oder teilweise

zerstört. Die Beziehungen zwischen Kämpfern, Volkskomitees und Bevölkerung wurden optimal entwickelt, so daß die Verteidigungssituation heute wesentlich verbessert ist.

Abu Ahad, Kämpfer in Shatila, sagte vor den Ausbrüchen der Kämpfe im November: „Wenn Amal uns wieder angreift, wird unsere Antwort entschlossen sein. Wir werden uns nicht mehr wie früher selbst beschränken. Wir werden das Abkommen (Damaskus-Abkommen) mit Gewalt durchsetzen und wir haben die Kraft dazu. Wir werden es niemandem erlauben, uns die Waffen wegzunehmen.“

Seit Ende November, nach dem Sieg von Maqdouché, ist wieder Krieg in Shatila. Amal legt alles darauf an, dieses Lager zu erobern. Sie haben 1000 Angreifer von Amal und libanesischer Armee um das Lager konzentriert (in Shatila leben z.Z. noch ca. 3-4000 Menschen, einschließlich Frauen, Kindern, alten Leuten). Sie setzen bei ihrem Angriff schwere Kampfpanzer T 54 ein. Trotzdem konnten sie bis jetzt keinen Fußbreit Boden erobern. Der Krieg um Shatila ist erst am Anfang

Bourj-el-Barajneh

Bourj el Barajneh ist größer als Shatila. Heute leben im Lager noch über 10 000 Menschen. Die geografische Lage von Bourj el Barajneh ist günstiger. Es ist besser zu verteidigen. In den Lagerkämpfen konnten darum die Amal-Milizen bis jetzt überhaupt keinen militärischen Erfolg verbuchen. Trotzdem ist die Situation schwierig.

Die fortgesetzte Belagerung von Bourj-el-Barajneh seit 1985 hat die Lebensbedingungen unsagbar erschwert. Viele Bewohner können das Lager nicht verlassen, weil sie befürchten müssen, von Amal-Soldaten entführt, geschlagen oder sogar umgebracht zu werden. Viele Leute haben aufgrund dieser Situation ihren Arbeitsplatz außerhalb des Lagers verloren. In diesem Lager gibt es kaum Arbeit. Ein Mitglied des Volkskomitees sagt dazu: „Die Leute sind abhängig von der Unterstützung der palästinensischen Organisationen. Die UNWRA unterstützt uns ein wenig, und mancher hat Familienmitglieder in den Golfstaaten, die Geld schicken. Die Arbeitslosigkeit hier beträgt 100%.“ Es gibt viele Leute, die das Lager aus finanziellen oder sozialen Gründen verlassen haben, aber der wichtigste Grund ist das Sicherheitsproblem.

Viele Kinder sind seit 1985 nicht mehr zur Schule gegangen, weil sich ihre Schulen außerhalb des Lagers befinden. Die UNWRA-Schulen im Lager blieben auch über eine lange Zeit geschlossen, einige seit 1985.

Die palästinensischen Organisationen haben versucht zu helfen, wobei es unterschiedliche Konzepte gibt. Während die Linke sich bemüht, öffentliche Ein-

richtungen wie Krankenhäuser und Schulen zu unterstützen und Arbeitsplätze zu schaffen, verfolgt die rechte Führung die Politik, einzelne Personen in der Organisation zu beschäftigen. Abu Lo'ul, ein Lehrer aus Bourj-el-Barajneh, „Das schafft bestimmte Probleme (...) Viele Leute haben sich von den Organisationen beschäftigen lassen, weil sie Geld brauchten, nicht aufgrund ihrer Überzeugung.“

Ähnlich wie Shatila wurde auch Bourj-el-Barajneh während der letzten Jahre immer wieder bombardiert. Scharfschützen von Amal nahmen die Randgebiete des Lagers unter Beschuß. Im Sommer 1985 hatte Amal mehrere Tankwagen, gefüllt mit Benzin, an die Lagerausgänge gefahren und damit gedroht, das Lager anzustecken. Seit Anfang Dezember steht Bourj-el-Barajneh wieder unter ständigem Beschuß und ist völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

Aber im Kampf der Lager ist die Einheit der Bevölkerung in der Verteidigung hergestellt. „Obwohl die rechte PLO-Führung vom nationalen Programm abgewichen ist, heute das können negativen Einfluß auf die Bevölkerung des Lagers. Alle haben zusammen gekämpft, um das Lager zu verteidigen. Die Leute sagen, wenn wir unsere Waffen aufgeben, geben wir unser Leben auf, unsere Würde, und unsere Sache.“ (Tawfir, Verantwortlicher für den Wiederaufbau des Hufsa Krankenhauses in Bourj el Barajneh, das 1985 völlig zerstört wurde)

Politische Kräftefelder im syrisch-libanesischen Raum

Ziel der Amal-Milizen ist es, den palästinensischen Widerstand zu entwerfen und die politische und militärische Kontrolle zunächst im Süden durchzusetzen. Ihre Parole ist: „Im Süden kein Gewehr, außer das Gewehr von Amal“. Sie sehen dabei den Süden als ihr Feindbild, das es ihnen ermöglicht, ihre Rolle in der libanesischen Zentralregierung und in Abgrenzung zu den Kräften der palästinensischen Front auszubauen. In der Konsequenz wird darum ihre Politik nicht bei den Palästinensern haltmachen, sondern als nächstes wären die Berge drin, die Hochburg der libanesischen Fortschrittspartei von Walid Jumblatt, und der Norden, wo die kommunistische Partei stark ist. Amal's Wunschvorstellung ist es, durch Ausschaltung der fortschrittlichen Kräfte zu einer Zweiteilung der Macht zwischen Kataeb und Amal zu kommen.

Ihren Krieg gegen die Flüchtlingslager können sie nicht führen, wenn es nicht zumindest stillschweigend von Syrien geduldet würde. In der Tat aber macht Syrien mehr als das. Es versorgt Amal mit Waffen und Munition, erleichtert den Nachschub und versucht,

politischen Druck auf die palästinensischen Organisationen auszuüben. Die unumschlossene oder ablehnende Haltung von Al Saqa, PFLP-GC und Fatah-Rebellen ist auf syrischen Druck zurückzuführen.

Im Krieg der Lager im Sommer 1985 ist Syrien sogar noch weiter gegangen. Es hat Elitesinheiten nach Beirut geschickt und selber in die Kämpfe eingegriffen. Auch in Syrien wurde der Druck auf die palästinensischen Organisationen so sehr verstärkt, daß es zu einer tiefgreifenden Krise der Beziehungen kam. Bei Demonstrationen der Palästinenser im Lager Yarmouk (in der Nähe von Damaskus, das größte palästinensische Lager überhaupt, mit ca. einer halben Million Bewohner) gab es Tote und Verletzte. Viele Kader wurden verhaftet, Autos beschlagnahmt, Büros geschlossen, Veranstaltungen verboten.

Syrien hat ein Interesse an der Entwaffnung der Palästinenser im Libanon, weil das seinem Ziel entgegenkommt, die Palästinenser für seine eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Syrien hat schon früher versucht, die politische Spaltung innerhalb der PLO auszunutzen, um sich eine eigene mandatorische „PLO“ zu schaffen. Es setzte sich vehement für die Einberufung eines „Nationalrats“ nach Damaskus als Gegenveranstaltung zu dem späteren Nationalrat in Amman ein. Wäre das gelungen, hätte es sich die Verwaltung der palästinensischen Frage mit König Hussein teilen können. Dieser Plan wurde von der palästinensischen Linken verhindert.

Syrien hat natürlich seine Pläne in Bezug auf die palästinensische Bewegung nicht aufgegeben, und wenn die politischen Karten durchgespielt sind, kann auch zur militärischen Auseinandersetzung übergegangen werden. Die Diplomatie der palästinensischen Linken zielt jetzt darauf ab, das möglichst zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. Insofern war das Damaskus-Abkommen, mit dem die erste Runde des Krieges der Flüchtlingslager beendet wurde, ein diplomatischer Erfolg. Der errungen wurde, gestützt auf die militärische Stärke in den Auseinandersetzungen mit Amal.

In dieser Runde des Krieges nimmt Syrien eine etwas vorsichtigere Rolle ein. Nachdem Chaddam erklärt hatte, Syrien werde keine Niederlage von Amal dulden, erklärte der Vertreter der Baath-Partei im Libanon: „Die Palästinenser haben ein Recht, sich zu verteidigen.“ Diese beiden Stellungnahmen ergeben zusammen interpretiert, daß Syrien sehr wohl ein Interesse an der Stärkung von Amal und der Schwächung der palästinensischen Position im Libanon hat, es im Augenblick aber vorzieht, vorsichtiger zu agieren.

Syrien ist ein Regime am Scheideweg. Die Kräfte der Bourgeoisie im

Land verlangen vehement nach einer Öffnung der Märkte für ausländisches Kapital. Sie würden gerne eine Entwicklung wie in Ägypten oder Jordanien sehen. Dagegen sind die organisierten Kräfte im Land sehr schwach, so daß eine Änderung in Syrien eher nach rechts als nach links zu erwarten ist. Um aber in den Camp David-Prozess einsteigen zu können, braucht Syrien etwas, das es bei Verhandlungen in die Waagschale werfen kann. Denn Syrien will auf die Golan-Höhen nicht verzichten. Sie gelten bis jetzt als notwendiger Garant für Syriens Sicherheit.

Wie sich die Situation im Nahen Osten weiterentwickelt, wird aber auch davon abhängen, wie weit der Imperialismus bereit ist, seine Aggression zu treiben. Das Dreieck von palästinensischer Bewegung, patriotischer libanesischer Bewegung und Syrien ist 2/3 das Haupthindernis für den Camp David-Prozess. Die Kräftekonstellation innerhalb dieses Dreiecks läßt weder eine schnelle Änderung nach rechts noch nach links erwarten.

In der Logik Reagan'scher Politik würde darum auch eine erneute Steigerung der Aggression und ein Rundumschlag gegen das „Dreieck des Widerstands“ liegen. Und tatsächlich gibt es Anzeichen dafür, daß eine derartige Aggression in Erwägung gezogen wird. Wichtigster Anhaltspunkt ist die Heißkampagne gegen Syrien und der NATO-Beschluß vom Frühjahr, der Syrien, Iran und Libyen als Staaten, die angeblich den Terrorismus unterstützen, für vogelfrei erklärt. Amerikanische Militärflugzeuge haben im letzten Monat syrischen Luftraum verletzt und damit eventuell die syrische Abwehr auskundschaften wollen. Bei einer derartigen „Probeaggression“ ist es möglich, von Satelliten aus syrische Radarsignale zu beobachten und daraus Schlüsse auf Kommandozentralen und Raketenpositionen zu ziehen.

Amerika könnte auch aus globalpolitischem Gesichtspunkt Interesse an einer Aggression im Nahen Osten haben. Ein solches Interesse an einer Aggression im Nahen Osten haben, um nach den Angriffen auf Libyen die Reizschwelle der Aggression gegen die SU noch ein Stück voranzutreiben. Während der Libyen Aggression hat sich die SU betont zurückgehalten. Würde sie auch im Falle einer Aggression im syrisch-libanesischen Raum stillhalten? Mit Syrien verbindet die Sowjetunion immerhin ein Verteidigungsabkommen und noch in diesem Jahr wurde aus Moskau signalisiert, man würde einen Angriff auf Syrien als einen Angriff auf die SU betrachten.

Sollten die Imperialisten sich wirklich zu einer direkten Aggression in diesem Raum entschließen, dann wird Europa dabei eine Rolle spielen. Schon im Falle Libyens waren die USA bemüht, sich in jedem Fall der europäischen Solidarität zu versichern. Schon heute kann und muß die Linke in Europa ihre Rolle spielen, indem sie der Heißkampagne der bürgerlichen Medien gegen die revolutionären und demokratischen Bewegungen im Nahen Osten, die unter dem Mantel der Terrorismusbekämpfung geführt wird, mit aller Entschiedenheit entgegentritt und im Gegenteil klarmacht, daß es die imperialistischen Staaten und Israel sind, die mit staatsfernwärtigen Aktionen, wie dem Angriff auf Libyen oder Tunesien oder dem Krieg 1982 die Bevölkerung terrorisieren. Ihre Infrastrukturen haben sie seit Jahren geschaffen, um solche Angriffe zu ermöglichen.

Der Krieg der Flüchtlingslager wird zunächst weitergehen, Amal wird ihn weiterführen, auch wenn sie ihn mit Sicherheit nicht für sich entscheiden kann. Es gab viele Komplote gegen die palästinensische Revolution: 1970 der Schwarze September, ausgeführt von König Hussein, 1976 der Bürgerkrieg im Libanon und das Massaker von Tel As-Sa'at, ausgeführt von Kataeb mit Unterstützung Syriens, 1982 der israelische Einmarsch und die Belagerung Beiruts, und seit 1978 der Krieg der Flüchtlingslager.

Was Israel und der Kataeb nicht gelungen ist, wird auch Amal nicht gelingen. Die palästinensische Revolution befindet sich in einer schweren politischen Krise, die sich darin ausdrückt, daß die alte bürgerliche Führung kapituliert, während die Linke noch nicht stark genug ist, die Führung zu übernehmen. Trotzdem ist die Revolution in der Lage, sich zu verteidigen und die politische Selbstständigkeit zu wahren. Das ist wahrhaftig eine Herausforderung des Imperialismus, und er wird der Revolution keine Ruhepause gönnen. Israel massiert seine Truppen an der Nordgrenze, die Imperialisten bereiten die Bevölkerung in Europa auf eine Aggression vor. Welche Karte als nächstes gespielt wird, kann man nicht wissen, aber eines ist klar: Es wird keine Ruhe geben im Nahen Osten, die Revolution geht weiter.

Heike

Spanien nach dem NATO-Referendum

Die Nato tut alles, damit die spanische Anti-Nato-Bewegung sich nicht zum Dornröschenschlaf zurückzieht: Sie sorgt für eine immer intensiver Integration, die bezieht die Iberische Halbinsel in den Angriff gegen Libyen mit ein, und: sie läßt eine Studie verfassen, die die ungebrochene Verankerung der Nato-Gegenwartigkeit in der spanischen Bevölkerung nachweist.

Die Bewegung selber ist in einer Orientierungsphase, die gewonnene Erfahrung in neue Stärke umsetzen soll: 1988 laufen die Verträge über die Stationierung von US-Militäreinheiten auf spanischem Boden aus.

Differenzen in der Bewegung

Die Frage, wie die Anti-Nato-Bewegung nach dem Referendum und in Zukunft aussehen soll, ist zur Zeit ein wichtiger Diskussionspunkt in der CEOP (Coordinación estatal organizacional pacifista), dem Dachverband der Friedensinitiativen. (1) Mittlerweile gibt es innerhalb der Bewegung groß drei Positionen:

— Da ist einmal die Position der Bewegung für Frieden, Demokratie und Freiheit (MDPL, eine Gruppe, die eng mit der Regierungspartei PSOE verbunden ist), die dafür plädiert, das Ergebnis des Referendums zu akzeptieren und die Frage der Nato-Mitgliedschaft sowie der US-Basen ad acta zu legen. Ihr Ziel ist es, die Friedensbewegung auf ein kritisches Anhängel der Regierung zu reduzieren und darauf zu achten, daß die drei Versprechen, die in der Preamble zum Referendum festgehalten sind (Reduktion der US-Truppen in Spanien, keine Atomwaffen auf spanischem Boden und keine militärische Integration in die Nato), auch eingehalten werden. Die pro-PSOE-Gruppen versuchen, die gemäßigten Teile der Bewegung zu erreichen und sie verstehen sich selbst als den „pazifistischen Arm“ der „sozialistischen Familie“. Diese Position ist allerdings sehr schwach innerhalb der gesamten Bewegung und es erscheint ziemlich unwahrscheinlich, daß ihre Vertreter maßgeblichen Einfluß erlangen können.

— Die zweite Position ist die der beiden KPs (PC und prokommunistische FPK) und ebenfalls die der Na-

to-Mitgliedschaft als Teilbestand hinzunehmen. Die Argumentation ist dabei die, daß es als undemokratisch verstanden werden könnte, wenn man das Referendumsergebnis nicht akzeptiert. Opposition der Nato-Mitgliedschaft bleibt zwar weiterhin ein Punkt des politischen Programms, aber eine Mobilisierung dafür wird abgelehnt. Schwerpunktmäßig wollen die KPs nur noch gegen die US-Basen in Spanien kämpfen, für die der bilaterale Vertrag 1988 auslaufen soll. Zwar ist sicher, daß der Widerstand gegen die Erneuerung dieses Vertrages sich verschärfen wird, wenn die Verhandlungen näherücken. Aber andererseits wird der Vertrag doch nur erneuert, weil Spanien in der Nato geblieben ist.

Die Mehrheit der Spanier und Spanierinnen sieht die Verbindung zwischen Nato-Mitgliedschaft und den Verträgen sehr wohl. Zu allem Überfluß unternimmt die PCE jetzt den Versuch, „ihre“ Strömung separat zu organisieren („Campesinos Bases Fieras“/Kampagne Basen raus), was Verwirrung und Spaltung in die Bewegung trägt.

— Die dritte Position ist die der Mehrheit der CEOP (Comisión Anti-Otan Madrid, andere örtliche Komitees, revolutionäre Linke MC und LCR), die beinhaltet, daß man das Ergebnis des Referendums nicht als einen Sieg für die Regierung wertet, daß die Frage über die Nato-Mitgliedschaft nicht entschieden ist und daß das Programm (Otan no — bases fuera), wie es in den letzten Jahren entwickelt wurde, beibehalten werden soll. Jetzt, wo der Zeitdruck weg ist, sollte die Bewegung versuchen, ein neutralistisches Bewußtsein in der Bevölkerung weiter zu entwickeln und sich stärker Themen zu widmen, die, weil Zeit und Energie gefehlt haben, vernachlässigt worden sind (zum Beispiel eine grundsätzliche Kritik an der Verteidigungspolitik der PSOE, die Spanien in eine riesige Waffenfabrik verwandelt hat. (2)

Daß diese Position der prinzipiellen Natogegnerschaft auch weiterhin starken Rückhalt in der Bevölkerung hat und tatsächlich nicht durch den Referendumserfolg gebrochen werden konnte, beweist ein geheimes Nato-Papier.

Das geheime Nato-Papier

Dieses Papier wurde erstellt für die Nato, genauer gesagt für die Kommission für öffentliche Angelegenheiten. David

Clark, Mitglied der Kommission, verfaßte diese Studie über Probleme des öffentlichen Ansehens der Nato im Mai dieses Jahres und widmete darin ein Kapitel dem Referendum in Spanien und den Konsequenzen, die für die Nato daraus zu ziehen seien. Mit leiser Stimme muß der Verfasser feststellen, daß die öffentliche Unterstützung der Nato etwas an Schwächen aufweist. Daß die Argumente hierbei genau die sind, die auch die Bewegung bei ihrer Beurteilung des Referendums nennt, macht die Sache umso delikater. Zwar feiert Clark in seiner Studie den Ausgang des Referendums, kommt aber nicht umhin festzustellen, daß das keinesfalls heißt, daß die spanische Bevölkerung die Nato-Mitgliedschaft begrüßt. Clark schreibt vielmehr den Erfolg des Referendums der Fähigkeit der Regierung zu, die Bevölkerung zu täuschen. Es sei ihr nämlich gelungen, die „Ja“-Stimme vor den Wählern mit anderen Vorstellungen zu verbinden, die gar nicht notwendigerweise etwas mit der Nato-Mitgliedschaft zu tun hätten. Wie also die Regierung in ihrer Kampagne andere Dinge als die Nato-Mitgliedschaft in den Vordergrund zu schieben versuchte, zeigt Clark an seiner Studie an folgendem Beispiel: „... daß die Nato von ihren Befürwortern sehr wenig erwähnt wurde, beweist die Rede des spanischen Premierministers während der Abschlussveranstaltung der Pro-Nato-Kampagne, der in Presse und Fernsehen reichlich Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. In seiner Ansprache erwähnte Herr Gonzales nicht einmal das Wort Nato, auch nicht, daß die Nato-Mitgliedschaft in der Vergangenheit ein Ziel der Regierung gewesen sei.“ (3)

Die Regierung fragte nicht, ob Spanien aus dem Bündnis austreten solle, sondern wer denn diesen Ausritt in die Praxis umsetzen könne; und Gonzales nannte hier ganz deutlich die Alternativen: entweder ich oder das Chaos. Auch das mußte Clark in seiner Studie feststellen: „Felipe Gonzales setzte in der letzten Woche seiner Kampagne den voraussichtlichen Sieg des ‚Nein‘ zur Nato einem Votum der Unzufriedenheit mit seiner Politik gleich.“ (3) Zitiert Gonzales: „Wenn ihr mich bestrafen wollt, macht das doch bei den Wahlen und nicht, indem ihr bei dem Referendum mit ‚Nein‘ stimmt.“ (4)

Für besonders besorgniserregend hält es der Nato-Gutachter, daß sein Auftraggeber nur bei wenig gebildeten Bevölkerungsschichten mehrheitsfähig war: „Es ist klar, daß die Nato nicht überleben kann in einer Situation, wo die gebildeten Menschen weniger für die Nato sind als die ungebildeten.“ Der Ausgang des Referendums — so das Fazit der Nato-Studie — „bedeutet ohne Zweifel nicht, daß das für die Nato ein Ergebnis ist, mit dem sie sich brüsten könnte.“

Zunehmende Eingliederung in die Nato

Die spanischen Nato-Gegner müssen werden auch in Zukunft genug Anlaß für politische Offensiven haben, dafür sorgen schon die regierenden PSOE-Sozialisten. Die von Gonzales anläßlich des Referendums abgegebenen Versprechungen werden Zug um Zug durchbrochen.

Keine militärische Integration in die Nato? Im Gegenteil!

Neben einer Vielzahl von Nato-Orgenen (5), wie bisher schon, gehört Spanien seit Kurzem auch der nuklearen Planungsgruppe (bisher nur Beobachterstatus) und dem höchsten militärischen Organ der Allianz, dem Militärausschuß an. Die „Europäische Wehrkunde“ frohlockte: „Nicht nur in Spanien ist bislang die Vertretung eines Landes im Militärausschuß gleichsam als Beweis seiner militärischen Integration aufgefaßt worden. Die neue Philosophie Spaniens bietet durch ihre extensive Auslegung des Begriffs Integration ein weites Feld politischer und militärischer Chancen. Im Gegensatz zu Frankreich (...) bleibt Spanien (...) im vollen Fluß aller politischen und militärischen Informationen und Ent-

scheidungsprozesse. Das spanische Modell liefert also bei vergleichbarer Ausgangslage höheren Nutzen.“ (6)

Dies sollte mensch im Hinterkopf haben, wenn Laontaine immer vom „spanischen Modell“ einer „politischen NATO-Zugehörigkeit“ faselt. Atomwaffenfrei? — Schon war es! Unter allen Umständen und auch langfristig will Gonzales den US-Stützpunkt in Rota beibehalten, „weil Rota in seiner Funktion für die 6 US-Flotte im Mittelmeer ein Stück nationaler Sicherheit erblickt, für das es keine Kompensation bieten kann.“ (6)

Wofür keine Kompensation geboten werden kann, geht aus einem (letzten) Artikel (3.7.82) hervor. Danach gilt Rota als strategisch bedeutender Punkt für die Atomkriegspläne der Nato. Im Konfliktfall sollen amerikanische Atomwaffen nach Rota transportiert werden. Schon heute in Rota ein regelmäßiger Anlaufhafen für die 6. US-

Flotte, die ja bekanntlich eine große Menge A-Waffen mit sich führt. Abzug der Amerikaner? Manas! Der versprochene Abzug der US-Truppen stoßt natürlich jenseits des Atlantiks auf wenig Begeisterung und soll deshalb auch nur langfristig und mit Ausnahme des Stützpunktes Rota (s.o.) erfolgen. Die Verhandlungen darüber sind 1988, und bis dahin kann Gonzales von seinem Spezi Papanikreou ja noch lernen, wie man solche Verhandlungen führen muß, um gleichzeitig die Amis und die anti-amerikanischen Stimmungen in der Bevölkerung zufriedenzustellen.

Bernadette/Trier
Jürgen Stülgen

Anmerkungen
1 Ein anderer wichtiger Diskussionspunkt war die Wahlfrage. Die KPs prokommunistische PCE und prosozialistische PCJ fanden

sich zu einem Wahlbündnis (Izquierda Unida = Vereinigte Linke) zusammen und wollten ursprünglich die Bewegung insgesamt dafür gewinnen. Die radikale Linke (MC, LCR) lehnte per anarchistische Illustrationen und Machtpolitik der KPs und hielt nur vom Hintergrund der Unidiet. (Anlaß der Bewegung, ein solches Wahlbündnis zu bilden) machbar MC und LCR schied sich zum Wahlboykott auf. Die IU erhielt mit knapp 6% der Stimmen kaum mehr als die (damals noch vereinigte) KP vier Jahre zuvor bei illegalem Wahlbündnis.

2 Part. Paises. Die Anti-Nato-Bewegung nach dem Referendum. In Material de Información y Debate.

3 Zitiert nach Zet Egin Nr. 216, vom 11.10.88.

4 siehe Anm. 3

5 Spanien war bisher schon im Nato-Rat (NAC), im Verteidigungs- und Planungsausschuß (DPAC) in der Ex-akt Konvention (ENAC) der Kurarent der Regionaldirektoren (CNAC), im Oberausschuß für zivile Verteidigungsplanung (SCPC) und in den AdG des NATO-integrierten Fernmeldesystems (NICS) sowie in allen nachgeordneten Gremien.

6 Europäische Wehrkunde 8/88.

Sinn Fein nach dem „historischen Parteitag“

Anfang November beschloß Sinn Fein, der politische Arm der IRA, auf ihrem Parteitag, das Prinzip des „Absentismus“ (Nichteinnahme gewonnener Parlamentssitze) bezüglich des südlichen Parlaments aufzugeben. Spätestens die auf dem Parteitag selbst ausgetragene Debatte verdeutlicht jedoch, daß es letztlich nur vordergründig um das Prinzip des „Absentismus“ ging und geht.

Es gibt tatsächlich Parallelen zwischen der Spaltung der republikanischen Bewegung von 1969/70 — als sich ein „offizieller“ und ein „provisorischer“ Flügel konstituierte — und der jüngsten Auseinandersetzung innerhalb Sinn Feins. Auch damals ging es um einen nicht um das „Provisorische“ Flügel konstituierte — und der jüngsten Auseinandersetzung innerhalb Sinn Feins. Auch damals ging es genau genommen nicht um die Frage des „Absentismus“ (die „Officials“ waren damals für dieses Prinzip), sondern vielmehr um den „Norden“ und den bewaffneten Kampf, der von den „Officials“ wenig später eingestellt wurde. Dieses Mal geht es allerdings nicht um ein „Ja“ oder „Nein“ zum bewaffneten Kampf; ein Machtkampf zwischen Linken und Traditionalisten ist der eigentliche Hintergrund des „Absentismus“-Disputes. Das Sinn Fein-Parteiführungsmittglied Martin McGuinness, der gemeinsam als Stellvertreter der IRA handelt, wird, laut dem politischen Monatsmagazin „MAGILL“ aber auf jeden Fall auf dem Parteitag mit der Autorität der IRA versehen sprach, richtete die Diskussion auf ein dunkles Ereignis in der jüngeren Geschichte der „Provos“, den Waffenstillstand von 1975. Dieser war seinerzeit noch unter Federführung der Traditionalisten mit der britischen Regierung ausgehandelt worden.

Der Waffenstillstand von 1975

McGuinness äußerte, daß die Abkehr vom „Absentismus“ niemals soviel Schaden anrichten könnte wie der damalige Waffenstillstand. Die 18 Monate währende Waffenruhe wurde von McGuinness als „Desaster“ bezeichnet. Damal befanden sich O’Bradaigh und O’Connell, Anführer der Pro-Absentismus-Fraktion und beide Mitte der 70er Mitglied im IRA Armeeat, persönlich auf jener Anklagebank, auf die McGuinness, Adams und Morrison zu setzen gedachten: die Aufgabe des „Absentismus“-Prinzips als Schritt weg vom bewaffneten Kampf.

Die Kritik der nordirischen Linken am Waffenstillstand von 1975 ist keineswegs neu. In Derry und Belfast wurden schon damals die Vereinbarungen und ihre möglichen Folgen für die IRA skeptisch betrachtet, die Waffenruhe eher wider Willen eingehalten. Im Nachhinein läßt es sich nicht leugnen, daß die Waffenruhe die IRA in ihre schwerste Existenzkrise stürzte, aus der sie politisch wie militärisch erst 1979-80 wieder herausfand. Während die Kriegsmaschinerie der IRA vor sich hin robbte, schaffte die britische Regierung die Voraussetzungen für eine politische und militärische Offensive, deren erklärtes Ziel es war, der IRA ein für allemal den Garaus zu machen. Gleichzeitig waren die „Provos“ — aufgrund der politischen Defizite und der militärischen Finesse ihrer Führung — nicht dazu in der Lage, das

durch das Schweigen der Waffen entstandene Vakuum politisch auszufüllen. Daß es der britischen Regierung letztlich doch nicht gelang, die IRA in die Knie zu zwingen, war dem Umstand zu verdanken, daß die nordirischen Linken schließlich die Führung des politischen und militärischen Kampfes selber in die Hand nahmen, sich gewissermaßen von den südlichen IRA-Führern abkoppelten. Der Waffenstillstand von 1975 ist die Geburtsstunde jenes Disputes zwischen nordirischen Linken und südlichen Traditionalisten, der mit dem diesjährigen Parteitag sein zumindest vorläufiges Ende nahm.

Die Rückschau auf den Waffenstillstand von 1975 ist deshalb von Interesse, weil sie den Opportunismusvorwurf der Traditionalisten ad absurdum führt. Die gesamte Geschichte der Auseinandersetzung zwischen Linken und Traditionalisten erscheint vielmehr als eine Kritik des traditionalistischen Opportunismus, insbesondere im politischen Bereich.

Als ein weiteres bedeutendes Beispiel läßt sich die 1981 auf Initiative der Linken hin gefällte Entscheidung anführen, vom föderalistischen Modell eines „freien Irlands“ Abstand zu nehmen. Bei diesem von der Schweizer Verfassung abgekappten Modell handelte es sich um ein Lieblingskind der Traditionalisten. Die Abkehr davon war auch Anlaß für O’Bradaigh, nicht mehr für den Parteivorstand zu kandidieren. Nach diesem Modell sollte ein wiedervereinigtes Irland über vier Regionalparlamente (gemäß den vier historischen Provinzen Irlands) verfügen, ein jedes ausgestattet mit recht weitgehenden Kompetenzen. Was sich hier zunächst recht sympathisch — weil dezentralistisch — anhört, war tatsächlich als opportunistisches Entgegenkommen an die Adresse des reaktionären Loyalismus gedacht, der dies allerdings niemals honorierte. Denn in der Konsequenz wäre das Modell darauf hinausgelaufen, die reaktionäre loyalistische Macht in Nordirland lediglich zu relativieren, statt sie zu brechen. Zumindest wäre es sehr schwer gewesen, eine progressive Politik gegen den Willen der Loyalisten durchzusetzen.

Auch die Bejahung des „Absentismus“-Prinzips zeugt letztlich von einem konservativen Opportunismus. Es geht in der Debatte um das „Absentismus“-Prinzip ja nicht nur um die Einnahme oder Nichteinnahme von Parlamentssitzen, sondern vor allem um das „we“ einer radikalrepublikanischen Politik im Süden. Soll die republikanische Bewegung in die südliche Politik intervenieren, oder soll sie das Dasein eines Solidaritätsclubs mit dem „Norden“ und eines Traditionsvereins fristen, der sich ansonsten politisch abwaschen verhält? Die Traditionalisten haben sich schon immer gegen eine radikale Infragestellung der südlichen Verhältnisse gewandt und eine Konfrontation mit dem südlichen Establishment, nicht nur entlang des Nordirlandkonflikts, sondern auch, was die Probleme in der Republik selbst angeht, gescheut.

Traditionalisten ohne Basis

Lediglich 20 bis 30 der 161 Delegierten, die gegen die Abschaffung des „Absentismus“-Prinzips votierten, verließen mit O’Bradaigh und O’Connell das

Dubliner „Mansion House“, um andernorts die Republican Sinn Fein-Formation aus der Taufe zu heben. Die überwiegende Zahl der „Nein-Sager“ blieb im Saal und machte damit deutlich, daß — obgleich in der „Absentismus“-Frage nicht der Auflösung der Parteiführung — sie deren Denunzierung durch O’Bradaigh und O’Connell nicht teilen. Der unterlegenen Minderheit bleibt die Möglichkeit, auf einem zukünftigen Parteitag die Entscheidung wieder rückgängig zu machen. Aber auch innerhalb der „älteren Generation“ blieben O’Bradaigh und O’Connell in der Minderheit. Sowohl Sinn Fein-Vizepräsident John Joe McGrail, ein Veteran der Bewegung, als auch der schon legendäre Joe Cahill, ehemals maßgeblich im Armeesatz der „Provos“ und amtierender Generalsekretär der Partei, sprachen sich für die „Lösung der schön legendäre“ Joe Cahill, ehemals maßgeblich im Armeesatz der „Provos“ und amtierender Generalsekretär der Partei, sprachen sich für die

Nach einer Übersicht des politischen Monatsmagazins „MAGILL“ wird die Abspaltung in lediglich drei der 26 südlichen Wahlkreise größere negative Auswirkungen auf die Organisation haben. Im „Norden“ wird die Anziehungskraft der Abspaltung ohnehin niedrig veranschlagt. Allen anderlautenden und auch in der BKO Presse verbreiteten Gerüchten zum Trotz, hat Noran, die finanzkräftige amerikanische Hilfsorganisation der IRA, mittlerweile ein Statement veröffentlicht, in dem der republikanischen Bewegung auch für die Zukunft Unterstützung zugesagt wird.

Die Wahlichancen Sinn Feins

Die Umorientierung Sinn Feins in der Republik Irland weg vom „Absentismus“ und hin zu einem stärkeren politischen und sozialen auf den Süden zugeschnittenen Engagement, wird erst mittel- bis langfristig einschneidende Ergebnisse zeitigen können. Zumeist was Wahlen und den Erwerb von Parlamentssitzen anbelangt. Das irische Wahlrecht — ein Mehrheitswahlrecht mit Verhältniswahlmerkmalen — benachteiligt kleinere Parteien sehr stark. Andererseits bietet es jedoch auch die Möglichkeit, Sitze im Parlament zu erringen, ohne landesweit eine bestimmte Prozenthürde überwinden zu müssen (durch lokale, regionale Stimmenkonzentration). Ein bis maximal drei Parlamentssitze scheinen kurzfristig realisierbar zu sein. In sechs Wahlkreisen verfügt Sinn Fein über einen relativ hohen Grundstock an Wählerstimmen, die es als möglich erscheinen lassen, mittelfristig weitere Parlamentssitze zu erringen. Dennoch hat das südliche Establishment mit Neivonist auf den Parteitag reagiert. Der Grund hierfür liegt in der latenten Instabilität und Schnelllebigkeit der politischen Landschaft des „Südens“. Was das Establishment befürchtet, ist, daß es einer modernen Sinn Fein Partei mittel bis langfristig gelingen könnte, sich die Instabilität des Staatwesens und die stetig wachsende soziale Misere zunutze zu machen und eine gesamtirische Widerstandsdynamik zu entwickeln.

SALT II — Rüstungsbegrenzung durchbrochen

Das war erst der Anfang!

Ende November verließ der 131. mit zwölf Marschflugkörpern ausgerüstete US Bomber des Typs „B-52“ den Luftwaffenstützpunkt San Antonio in Texas und flog zum Stützpunkt Carswell, wo er jetzt als Teil des strategischen atomaren Kommandos stationiert ist. Mit diesem Schritt haben die USA die Rüstungsbeschränkungen des 1979 geschlossenen SALT II-Vertrages durchbrochen. (1) Einen Monat zuvor — rund um das Gipfel-Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Reykjavik — waren noch mit großem Aufwand die Abrüstungsgespräche beschworen worden, von einem Fast-Durchbruch, von „Näherungen“ (bei den landgestützten Mittelstrecken-Waffen) von Häufungen (bei den strategischen Atomwaffen), ja sogar von der möglichen Verschrottung aller Interkontinental-Raketen war sogar bei Reagan die Rede. Gorbatschow hatte schon vorher seinen Plan der Abrüstung und Verhinderung aller Atomwaffen bis zum Jahre 2000 auf den Tisch gelegt. Nun ist das ganze Propaganda-Gebäude wieder einmal von derartigen Höhenflügen abgestürzt.

Mit Antritt Reagans als Präsident war klar, daß das noch unter Carter abgeschlossene SALT-II-Abkommen von den USA nicht mehr ratifiziert würde. Aber Reagan hatte dennoch im Januar 1981 und im Mai 1982 zugesagt, sich an die SALT-Begrenzungen zu halten.

Leonid Breschnew hatte im Mai 1982 für die Sowjetunion eine entsprechende Zusicherung abgegeben. (2)

Die europäischen NATO-Verbündeten gingen pflichtgemäß gegenüber dem Bruch auf Distanz. Mitterand hätte die Einhaltung der SALT-Grenzen für „sehr weise und sehr nützlich“ gehalten, die italienische Regierung befürchtete, daß dadurch „positive Entwicklungen bei Verhandlungen verhindert werden könnten“. (3) Genscher äußerte sein „Befremden“ und die Hoffnung, daß dies „nicht das letzte Wort der USA gewesen sei“. Die SPD machte es als Opposition etwas lauter und sprach davon, daß „in Reykjavik eine historische Chance veran worden“ sei, und der Bruch des SALT II-Abkommens „das Vertrauen der Bürger“ in die NATO zersetze (Vogel). Willy Brandt forderte statt einer „völlig unzureichenden“ nun eine „nachdrückliche Intervention“ der Bundesregierung in Washington. (4)

Die europäischen NATO-Verbündeten gingen pflichtgemäß gegenüber dem Bruch auf Distanz. Mitterand hätte die Einhaltung der SALT-Grenzen für „sehr weise und sehr nützlich“ gehalten, die italienische Regierung befürchtete, daß dadurch „positive Entwicklungen bei Verhandlungen verhindert werden könnten“. (3) Genscher äußerte sein „Befremden“ und die Hoffnung, daß dies „nicht das letzte Wort der USA gewesen sei“. Die SPD machte es als Opposition etwas lauter und sprach davon, daß „in Reykjavik eine historische Chance veran worden“ sei, und der Bruch des SALT II-Abkommens „das Vertrauen der Bürger“ in die NATO zersetze (Vogel). Willy Brandt forderte statt einer „völlig unzureichenden“ nun eine „nachdrückliche Intervention“ der Bundesregierung in Washington. (4)

Diese Stellungnahmen machen das grandiose Friedensbemühen der Europäer in Worten und gleichzeitig ihre Furcht deutlich, daß Reagan wieder einmal „das Odium auf sich“ nimmt, „der Rüstungsspirale einen neuerlichen Stoß versetzt zu haben“, wie es in einem Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen“ hieß. (5) Die Stellungnahmen der Europäer waren aber weit von einem „Aufschrei in der Allianz“ entfernt, wie ihn der demokratische Senator Gore an die Wand gemalt hatte. (3) Wer wolle könnte sich die demokratische Parlamentarismen in den USA gegen Reagan zunutze machen, denn immerhin hatte die Mehrheit des Repräsentantenhauses ihre Zustimmung zum US-SALT II-Vertrag unter anderem von der Einhaltung der SALT II-Grenzen abhängig gemacht. (6) Wenn man annimmt, diesen regierenden Politikern seien die US-Rüstungspläne bekannt, dann kann man ihre Stellungnahmen nur als pure Heuchelei betrachten, da schon seit Jahren klar war, daß es nur eine Frage der Zeit sein würde, wann der SALT II-Vertrag durch die gigantischen US-Planungen überannt sein würde. Das Verteidigungsministerium Warnern ging denn auch auf Distanz zu Genscher: hohe Militärs erklärten, „man sei nicht überrascht“. (4)

Schon im letzten Jahr war es fast so weit gewesen. Erst nach langem Hin und Her entschloß sich Reagan doch noch für ein neues Atom-U-Boot der Ohio-Klasse ein altes Poseidon-Boot ins Trockendock zu legen. Doch dieses Boot wurde damals schon nicht mehr verschrottet. Bereits im Mai hatte Reagan dann angekündigt: „Der Moment kommt, in dem wir über die SALT II-Klauseln hinausgehen, um die Modernisierung unserer strategischen Streitkräfte fortzuführen.“ (7) Schon damals hatten die Europäer ihre „ Sorgen“ vorgetragen, doch kein einziges Rüstungsprogramm war auch nur verzögert worden. Botschafter Rowley erklärte am 7.6., daß Reagan seine Meinung auch nicht „unter dem Druck der öffentlichen Meinung umzustößeln“ gedenke. Erst wenn die Sowjetunion bereit wäre, „bedeutende Reduktionen einzuleiten“, sei das „ein anderes Spiel“. (8) „Auch die Europäer konnten sich seit mindestens vier Jahren ausrechnen, daß die einmal in Gang gesetzte Rüstungsdynamik die SALT II-Grenzen überrennen muß. Da hatten sich die Leute in Bonn und London doch früher zur Wehr setzen müssen. Jetzt ist zu spät“ zitiert der „Spiegel“ George Ruthiens vom Massachusetts Institute of Technology als Rüstungsanalytiker. (7)

Zum SALT-Vertrag

Die beiden SALT-Abkommen (SALT I = Strategic Arms Limitation Talks) zur Begrenzung strategischer Atomwaffensysteme von 1972 und 1979 haben aus Grenzen für die Atomwaffen-träger mit einer Reichweite von über 6000 km (Bomber und Raketen) festgelegt, nicht aber für die Atomsprengköpfe. Deren Anzahl ist sprunghaft gewachsen, nachdem Anfang der 70er Jahre die USA damit begannen, Raketen mit mehreren Sprengköpfen auszurüsten. 200 Atomsprengköpfe gelten als „ausreichend“, um die Sowjetunion oder die USA atomar zu vernichten. 1970 besaßen die USA 1.800 strategische Atomwaffen, 1975 6.100, 1980 7.300 und heute ca. 14.000. Auch bei der Sowjetunion sind es inzwischen über 9.000. Neben zahlreichen anderen Bestimmungen sah das SALT II-Abkommen eine Begrenzung der Raketen und Bomber, die mehrere Atomsprengköpfe tragen, auf 1.320 vor. Diese Zahl wird nun von den USA überschritten. Das sieht im einzelnen wie folgt aus:

Strategische Atomwaffensysteme mit Mehrfachsprengköpfen					
Zahl	Typ des Waffensystems	seit (Jahr)	reich (km)	Sprengköpfe Sprengkraft	Gesamt-Zahl
USA					
550	Minuteman III (ICBM)	1970	13.000	3 x 170 Kt 3 x 335 Kt	825 1.000
304	Poseidon (SLBM)	1971	4.600	10 x 40 Kt	3.300
288	Trident I (SLBM)	1979	7.400	8 x 100 Kt	3.000
131	B-52 Bomber (a)	1955	16.000	12 x 200 Kt 8 x 200 Kt	2.620
1321	Summe USA				10.445

Strategische Atomwaffensysteme mit Mehrfachsprengköpfen					
Zahl	Typ des Waffensystems	seit (Jahr)	reich (km)	Sprengköpfe Sprengkraft	Gesamt-Zahl
USA					
550	Minuteman III (ICBM)	1970	13.000	3 x 170 Kt 3 x 335 Kt	825 1.000
304	Poseidon (SLBM)	1971	4.600	10 x 40 Kt	3.300
288	Trident I (SLBM)	1979	7.400	8 x 100 Kt	3.000
131	B-52 Bomber (a)	1955	16.000	12 x 200 Kt 8 x 200 Kt	2.620
1321	Summe USA				10.445
Sowjetunion					
150	SS-17 (ICBM) Mod 3 (b)	1979	10.000	4 x 750 Kt	600
308	SS-18 (ICBM) Mod 4	1979	11.000	10 x 350 Kt	3.080
360	SS-19 (ICBM) Mod 3 (b)	1979	10.000	6 x 350 Kt	2.160
224	SS-N-18 (SLBM) Mod 1 Mod 2	1978	6.000 8.000	3 x 2.900 Kt 1 x 450 Kt	672 66
90	Mod 3		6.500	7 x 2.500 Kt	2.510
90	SS-N-20 (SLBM)	1983	8.300	6-9 x 350 Kt bis 500 Kt	480 - 720
32	SS-NX-23 (SLBM)	1985	8.300		320
1154	Summe Sowjetunion			maximal	7.312 9.390

Anmerkungen:
(a) Jeder angestrichelte B-52 Bomber der USA trägt 124 eine Meade mit einer Reichweite von 2.500 km und 4 Flugkörper mit der Reichweite (SRAM) und 4 Waffensystemen.
(b) Einige SS-17 und SS-19 der Sowjetunion besitzen nur einen Sprengkopf.

Mehr als 10.000 Bomben kommen noch!

Wie man diesen Tabellen entnimmt, könnte die Sowjetunion noch 165 Atomwaffen-träger für Mehrfachsprengköpfe in Dienst stellen, während die USA für jede weitere Stationierung aller Typen ausmüsten müßten. Zwar gegen derzeit zwei Poseidon-U-Boote im Dock, die aber ebenfalls nur generalüberholt werden. (1) Erst in den 90er Jahren sollen einzelne Boote dieses Typs ausgemüsst werden, ansonsten aber und die USA dabei, in gewaltigem Umfang die SALT II-Grenzen über den Haufen zu rennen, und das nicht wie folgt aus:

— „Nicht nur 131 sondern „vorläufig“ 183 B-52-Bomber sollen mit Marschflugkörpern ausgerüstet werden. (8) Der „Spiegel“ gibt an, daß sich jedoch sogar 241 umgerüstet werden. (7) 139 Cruise Missiles sind bereits bei der Firma Boeing bestellt. Ab 1987 kommen dann weitere 1.500 Marschflugkörper neuen Typs hinzu, die sogar 4.000 km weit fliegen und zudem Tarneigenschaften besitzen sollen, die für einen Radar kaum noch auszumachen sind. (8)

Außerdem begann noch in diesem Jahr der Bau von insgesamt 100 B-1

Bombern, die eine entsprechende Ausrüstung erhalten. (7)(8)

— 50 neue Raketen des Typs MX oder von Reagan auch „Peacekeeper“ (= Friedenshalter) genannt sind bereits bestellt, 50 weitere sollen hinzukommen. Die Stationierung beginnt um die Jahrhundertwende mit zehn Systemen in Cheyenne, Wyoming, in ganz besonders „gehärteten“ Silos. Jede Rakete trägt zehn Sprengköpfe. (8)

— Im Bau und bereit sind außerdem noch 8 Ohio-Atom-U-Boote, die mit je 24 Raketen des Typs Trident I und je 8 Sprengköpfen (208 pro Boot) und ab 1988 mit verbesserten Trident 2 Raketen mit je 14 Sprengköpfen ausgerüstet werden. Ein Zuwachs von über 1650 Sprengköpfen. (7)

Nach dieser Liste könnte die Zahl von 1320 „zusätzlichen“ Atomwaffen-trägern mit Mehrfachsprengköpfen von den USA um bis zu 519 in den kommenden Jahren überschritten werden, dabei würden erheblich mehr als 5.000 neue Atomsprengköpfe hinzukommen.

Die Marschflugkörper

Wenn man aber eine Liste neuer strategischer Atomsprenganlagen aufmacht, sollte man sich korrekterweise den sowjetischen Standpunkt zuwenden und auch die Gesamtzahl aller Marschflugkörper berücksichtigen, auch wenn diese keinen Eingang im SALT-II-Abkommen gefunden haben. Die Sowjetunion hatte das seitens der USA gefordert, die USA hatten das strikt abgelehnt. Dazu erklärte Kenneth Adelman (Reagans Abrüstungsdirektor):

„Methode gefunden, Cruise Missiles zu verifizieren“. Das heißt man könne beim Gegenstand ihre Zahl und Stationierung nicht sicher ausmachen. Und — so Adelman: „Solange wir keine solche Methode finden, werden wir diese Waffen nicht in die Rüstungskontrolle einbeziehen.“ (7)(9) Das soll uns nicht hindern, sie hier zu den strategischen Atomwaffen (die das Gebiet der SALT erreichen können) hinzuzuzählen. Neben den bestellten 4.820 Cruise Missiles für Bomber und 550 landgestützten für Europa (464 werden stationiert, 96 gelten als „Reserve“) kommen noch 3.994 Cruise Missiles für die Flotte hinzu, deren Stationierung bereits im vollen Gange ist. Damit bekommen die 101 Kampf-U-Boote der USA, die bislang vor allem sowjetische Schiffe und U-Boote jagen sollten, eine ganz neue Aufgabe, nämlich selbst im Atomkrieg einzusetzen. Außerdem werden 82 Überwasserschiffe mit diesen Flugkörpern ausgerüstet. Die Marschflugkörper eignen sich ebenso für See- wie für Land-Ziele. Das Programm soll Mitte der 90er Jahre abgeschlossen sein. Als Sprengladungen für Schiffe stehen neben atomaren austauschbar auch noch chemische und konventionelle Sprengköpfe zur Verfügung. So hieß es am 6. Mai in einer CBS-Fernsehsendung, daß man ihren Einsatz bereits gegen Libyen erwogen habe. (7)

Geht die Sowjetunion in die Knie?

Die sowjetische Reaktion auf den Bruch des SALT-II-Abkommens durch die USA war überaus zurückhaltend. Generalsekretär Achromjew erklärte zwar, daß sich die Sowjetunion „auch nicht mehr an das Abkommen gebunden fühle.“ (10) Dennoch hat die Sowjetunion erklärt, sich vorerst weiter an die Vertragsbegrenzungen zu halten. Andererseits hat Gorbatschow beim Gipfel in Reykjavik die Einhaltung der SALT-Grenzen und den drohenden Bruch mit keinem Wort erwähnt, während er dies beim ABM-Vertrag (zur Weltraumrüstung) getan hat. (11) Der US-Chefunterhändler in Genf bei den Abrüstungsgesprächen, Max Kampelman, erwartet auch nicht, daß sich der Bruch auf die Gespräche auswirken werde. (4) Während der US-Senator Nunn seine Kritik am US-Schritt damit begründete, daß die Sowjetunion jetzt einen „militärischen Vorteil“ erhalte, weil sie die Voraussetzungen geschaffen habe, ihre Nukleararsenale „schneller und umfassender auszubauen.“

Generalsekretär Achromjew erklärte zwar, daß sich die Sowjetunion „auch nicht mehr an das Abkommen gebunden fühle.“ (10) Dennoch hat die Sowjetunion erklärt, sich vorerst weiter an die Vertragsbegrenzungen zu halten. Andererseits hat Gorbatschow beim Gipfel in Reykjavik die Einhaltung der SALT-Grenzen und den drohenden Bruch mit keinem Wort erwähnt, während er dies beim ABM-Vertrag (zur Weltraumrüstung) getan hat. (11) Der US-Chefunterhändler in Genf bei den Abrüstungsgesprächen, Max Kampelman, erwartet auch nicht, daß sich der Bruch auf die Gespräche auswirken werde. (4) Während der US-Senator Nunn seine Kritik am US-Schritt damit begründete, daß die Sowjetunion jetzt einen „militärischen Vorteil“ erhalte, weil sie die Voraussetzungen geschaffen habe, ihre Nukleararsenale „schneller und umfassender auszubauen.“

„schneller und umfassender auszubauen.“

Vertragsbrüche

Es gibt eine einfache Faustregel für den Antimilitaristen. Liest man etwas über gefährliche sowjetische Rüstungen, so ist da Aufbruch der NATO geplant. Genauso ist es bei Abrüstungsverträgen. Liest man ständig von sowjetischen Vertragsbrüchen, will die NATO aus diesen Verträgen raus. Nach dieser Faustregel hat die Reagan-Regierung schon einige Jahre lang die Sowjetunion der Vertragsverletzung von SALT bezüglich der wichtigsten Behauptungen dabei werden hier kurz erläutert werden: — Die Sowjetunion verschleierte ihre Funkdaten bei Raketenversuchen, sodaß die USA die Einhaltung des Abkommens nicht überprüfen konnte. — Obwohl sie das also nicht konnten, haben die USA trotzdem festgestellt, daß die Sowjetunion neben der SS-X-24, die demnach stationiert wird, unzulässigerweise noch eine zweite Rakete, die SS-X-

25, testet. Die Behauptung der Sowjets, es handle sich um eine modernere Variante der alten SS-13 (sowas zählt dann nicht als neuer Typ), sei falsch. Das Dumme bei dem ersten Vorwurf ist bloß, daß der Artikel XV des SALT II-Vertrages neben vagen Formulierungen keine Vorschriften macht, was verschlüsselt werden darf und was nicht. Die UdSSR hatte damals die Forderung der USA keine Verschlüsselungen zuzulassen, in den Verhandlungen abgelehnt.

Das Dumme beim zweiten Vorwurf ist für die USA, daß ihre früheren Aufklärungsmittel (bei den Tests für die SS-13) noch so wichtig waren, daß sie die Vertragsverletzung nicht belegen können. Das jedenfalls sagt Michael Rühle in der „Europäischen Wehrkunde“ (1/85), und hier handelt es sich immerhin um etwas wie das Zentralorgan des bundesdeutschen Offizierskorps und seiner Gesellschaften.

Abkommens folgen lassen.“ Natürlich gibt es ebenso zahlreiche Stimmen, die vor derartigen Hoffnungen warnen, und annehmen, daß sich die USA hier ein „doppeltes und dreifaches ökonomisches Vietnam“ bereiten. Immerhin

Eine Märchenstunde

Unser Artikel ist natürlich vollkommen prosaisch und wissenschaftlich ausgefallen, heizend könnte man schon sagen. Das läßt sich jedenfalls leicht erkennen, wenn wir einige Zitate aus der „Europäischen Wehrkunde“ (Nr. 7/86 S. 388 ff.) dem gegenüberstellen, wo Wolfram von Raven den Bundeswehr-Offizier und andere auf den „Abschied von SALT“ vorbereitet. Schon in der Geschichte der Rüstungskontrolle habe es immer das vergebliche Abrüstungsbemühen der USA gegenüber Moskau gegeben. „Mit unsäglicher Mühe war es den Amerikanern im Jahre 1969 gelungen, die Sowjets zu Verhandlungen über Offensivwaffen zu bewegen.“ Während die USA das strategische Gleichgewicht wollten, nutzte dies die Sowjetunion bloß, „um der Entfaltung von Kapazitäten für ihre offensive Einmischung in fremde Räume zu schaffen.“ (1) Jimmy Carter, der danach versucht hatte, mit den Gesprächen eine Wende von der Rüstung zur Reduktion der Rüstung zu vollziehen, stieß mit seinen Vorschlägen auf massiven Widerstand. „Mit dem neuen SALT II-Abkommen wollte sich Reagan eben auch nicht zufrieden geben. „Im Gegensatz zu Jimmy Carter beharrte Reagan als Präsident auf dem Bemühen, nicht bloß eine Begrenzung, sondern eine Verminderung der strategischen Waffen zu erreichen. Sein Drängen hat immerhin zu Verhandlungen geführt“, leider liegt das Ziel aber immer noch in weiter Ferne. Es folgt eine Aufzählung der angeblichen sowjetischen Vertragsverletzungen und die Schlussfolgerung: „Dürfen es die NATO-Partner Washington angesichts dessen verdanken, daß es sich weigert, Moskau sozusagen ein Monopol für die Mißachtung von Versprechen einzuräumen? Würde es die Glaubwürdigkeit der USA in den Verhandlungen nicht eher schwächen als stärken, wenn sie es mit solchen Mahnungen an die Reagan eben auch nicht zufrieden geben. „Im Gegensatz zu Jimmy Carter beharrte Reagan als Präsident auf dem Bemühen, nicht bloß eine Begrenzung, sondern eine Verminderung der strategischen Waffen zu erreichen. Sein Drängen hat immerhin zu Verhandlungen geführt“, leider liegt das Ziel aber immer noch in weiter Ferne. Es folgt eine Aufzählung der angeblichen sowjetischen Vertragsverletzungen und die Schlussfolgerung: „Dürfen es die NATO-Partner Washington angesichts dessen verdanken, daß es sich weigert, Moskau sozusagen ein Monopol für die Mißachtung von Versprechen einzuräumen? Würde es die Glaubwürdigkeit der USA in den Verhandlungen nicht eher schwächen als stärken, wenn sie es mit milden Mahnungen an die UdSSR bewenden ließen?“ Also trotz SALT II-Bruchs der USA: „Es geht um das Gleichgewicht der Kräfte.“ Schön ist es auch zu sehen, wie der Artikel zu einem scheinbaren Übergewicht der Sowjets kommt. Man führe alles schön in Tabellen auf, bloß lasse man die Zahlen bei den US-Bombern weg und schreibe am Schluß, daß die USA das sowjetische strategische Arsenal für Mitte der 90er Jahre auf 20.000 Atomwaffen schätzen, und schon stimmt die Welt wieder NATO-freundlich.

und die USA derweil vom größten Glaubigerland zum größten Schuldnerstaat geworden. Und so behauptet Bernard O'Keefe, Präsident eines Wirtschaftsforschungsinstituts: „Während wir und die Sowjets unsere Ressourcen im militärischen Wettbewerb im Weltmarkt verausgaben, essen unsere Wirtschaftskonkurrenten (Japan und Westeuropa) unseren Lunch auf.“ (7)

Hilf

Anmerkungen:

- (1) FAZ, 1.12.86
- (2) Europäische Wehrkunde 7/86, S. 388 ff. Abschied von SALT von Wolfram von Raven
- (3) FR, 1.12.86
- (4) FR, 2. u. 3.12.86
- (5) FAZ, 28.11.86
- (6) s. AK 275, S. 3
- (7) zitiert aus der (hervorragenden) Spingalee He zum Thema: Sie vernehmen sich wie Kamele! Wilhelm B. (ist) über Cruise Missiles und den drohenden Kollaps der Rüstungskontrolle in den Ausgaben vom 20. u. 27.10.86
- (8) Europäische Wehrkunde 8/86, S. 439
- (9) Es hat hier nebenbei bemerkt, daß die USA bei ihren Vorstößen in den Abrüstungsverhandlungen über eine sogenannte Halberstadt-Atomsprengköpfe die sowjetischen Marschflugkörper bliesen, auch die luftgestützten nicht mitrechnen wollte.
- (10) FR, 28.11.86
- (11) Gorbatschow sagte dazu: Die amerikanische Seite würde gern in Reykjavik den ABM-Vertrag zu Grabe tragen und das nach der Ablehnung der Sowjetunion und von Gorbatschow. (Spiegel, 20.10.86)

Israels geheimes Atomwaffenarsenal

Seit dem Krieg 1973 und nach entsprechenden Drohungen von Golda Meir und Aussagen des damaligen israelischen Staatspräsidenten muß man vermuten, daß Israel Atomwaffen besitzt. Dieser Vermutung wird mit größter Regelmäßigkeit — vor allem bei sich zuspitzenden Krisen — neuer Stoff geliefert. Vor einiger Zeit war in der konservativen britischen „Sunday Times“ zu lesen, daß Israel inzwischen 100 bis 200 Atomwaffen besitzen dürfte und außerdem die Fähigkeit, auch Wasserstoff- und Neutronenbomben zu produzieren. Quelle war der israelische Atomtechniker Vanunu, der jahrelang an dem Programm mitgearbeitet haben will. Vanunu war dann nach Australien ausgewandert, war zum Christentum konvertiert und soll seine Geschichte für 75.000 britische Pfund an die Presse verkauft haben. Anschließend verschwand Vanunu aus Großbritannien und nach längerer Zeit, Mitte November, wurde bestätigt, daß Vanunu im Gefängnis in Israel einsitzt und dort auf seinen (Geheim-)Prozeß wartet, der ihm eine Strafe bis zu lebenslänglicher Haft einbringen könnte. Allgemein wird angenommen, daß Vanunu vom israelischen Geheimdienst entführt und im Diplomatenkoffer nach Israel geschafft wurde.

Ganz unlieb dürften dem Staat Israel derartige Enthüllungen aber auch nicht sein, da es schon lange die Politik der Drohung mit der „Atombombe im Keller“ betreibt und deren Wirkung davon abhängt, daß man Israel den Bau oder gar Besitz der Atomwaffe zutraut. Es gibt aber auch Vorstellungen, die sich nicht nur auf die Drohung beschränken. Es gibt aber auch Vorstellungen in Israel, daß man schrittweise und „behutsam“ zu einer offenen Atompolitik übergehen sollte. Die Atomdrohung solle als letzte Existenzsicherung des Staates Israel eingesetzt werden.

Wir dokumentieren anschließend mit einer Übersetzung eines Artikels aus der Novemberausgabe der „Africa“ die Enthüllungen in der britischen Presse und was zum Stand des israelischen Atompotentials bekannt ist.

Unter der Überschrift „Enthüllt: Die Geheimnisse von Israels Atomarsenal“ publiziert die Londoner „Sunday Times“ kürzlich einen Bericht und mehrere Fotos. Sie scheinen eine Hypothese zu belegen, die seit langem vertreten, aber niemals schlüssig bewiesen wurde. Die Zeitung behauptet, daß der zionistische Staat als sechste Atommacht der Welt — nach den USA, der Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und China — im Besitz der Bombe sei. Manche Beobachter könnten noch auf Juden oder Südafrika verweisen, auf jeden Fall aber verdient die „Enthüllung“ Aufmerksamkeit.

Die Titelgeschichte der konservativen britischen Wochenzeitung vom 5. Oktober basierte auf Angaben von Mordechai Vanunu, 31, ein israelischer Techniker, der fast 10 Jahre lang in einem hochgeheimen sechsgeschossigen Bunker in der Negev-Wüste arbeitete. Bevor der Bericht veröffentlicht wurde — zunächst war er für eine Fälschung gehalten worden — wurden Vanunus Aussagen und seine über 60 Farbfotos, angeblich im Inneren der Anlage aufgenommen, von mehreren Fachleuten sorgfältig untersucht. Unter ihnen Theodore Taylor, einer der berühmtesten Schüler des „Vaters“ der Atombombe, Dr. Robert Oppenheimer. Taylor sagt: „Es dürfte keinen Zweifel mehr geben, daß Israel eine vollwertige Atomwaffenmacht ist, und das schon seit mindestens 10 Jahren. Das israelische Atomwaffenprogramm ist erheblich weiter fortgeschritten, als sich aus allen früheren Berichten oder Spekulationen ergibt, die mir bekannt sind.“

Die unentschiedene Anlage, die durch unschuldig wirkende Überbauten gegen Beobachtungsweltlinien getarnt ist, wurde mit französischer Technologie ausgestattet, die es den Israelis erlaubt,

40 Kilo Plutonium jährlich zu extrahieren. Das reicht für 10 Bomben. Sunday Times berichtet darüber hinaus, Israel habe in den letzten sechs Jahren die Ausrüstung erworben, um Bestandteile für thermonukleare Waffen (Wasserstoffbomben) herzustellen. Fachleute sagten der Zeitung, Israel müsse mindestens 100, vielleicht sogar bis zu 200 Atomwaffen unterschiedlicher Zerstörungskraft produziert haben.

In ihrer folgenden Ausgabe (12. Oktober) nahm die Sunday Times das Thema wieder auf mit einem Interview mit Prof. Francis Perrin, „Vater“ der französischen A-Bombe und französischer Hochkommissar für Atomenergie von 1951 bis 1970. Perrin erinnerte daran, wie Frankreich eng am israelischen Bombenprogramm mitgearbeitet habe. „1957 stimmten wir zu, einen Reaktor und eine Chemiefabrik für die Plutoniumproduktion (bei Dimona in der Negev-Wüste) zu bauen. Wir wollten Israel helfen. Wir wußten, daß das Plutonium für eine Bombe benutzt werden könnte, aber wir zogen ebenso in Betracht, daß es zu friedlichen Zwecken verwendet werden könnte.“ „Wegen der Amerikaner wurde die Sache geheimgehalten.“ Wir dachten, wir könnten die mit der Arbeit an Atomwaffen verbundenen Geheimnisse an Israel geben, vorausgesetzt sie würden sie intern geheimhalten.“ Perrin bezeugte die Geschichte Vanunus, der zwei Wochen vor der Veröffentlichung verschwand, indem er zugegab, daß es einen offenkundigen Bruch der Vereinbarungen zwischen Paris und Washington gab, der 30 Jahre lang von den französischen Stellen und von Tel Aviv geleugnet worden war.

1959 beendete de Gaulle die atomare Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Israel, indem er das am 17. September 1957 unterzeichnete Abkommen kündigte.

Zu dieser Entscheidung sagte Shimon Peres (der am 20. Oktober sein Amt als Regierungschef an seinen Koalitionspartner vom Likud, Yitzhak Shamir, übergab), lediglich, daß Israel „nicht das erste Land sein würde, das Atomwaffen in die Region einführt.“ „Nicht das erste Land sein würde“, das Atomwaffen in die Region einführt.“ Bei aller Zweideutigkeit in der Sache schien Peres eher zu betätigen als zu bestreiten, daß der zionistische Staat Atomwaffen besitzt.

Schon 1970 bestätigte Israels damaliger Kriegsminister Moshe Dayan während eines Besuchs in Paris, daß sein Land bereits die zur Produktion einer Atombombe nötige Technologie besitzt. Darüber hinaus wurde Israel wiederholt vorgeworfen, es stecke hinter dem „Verschwinden“ von Plutoniummengen aus Frankreich, Belgien und den USA. Im letzten Jahr beschuldigte ein Teil der amerikanischen Presse Tel Aviv, es habe illegal Sprengsätze importiert, die zur Auslösung von Atombomben dienen könnten. Die israelischen Behörden waren gezwungen, die meisten dieser Zündler — aber nicht alle — zurück in die USA zu schicken.

Mehrere arabische Staaten nahmen die Enthüllungen der Sunday Times ernst genug, um eine UN-Debatte über Israels Atompolitik während der letzten Vollversammlung zu fordern. In Israel rief Peres führende Zeitungsverleger zu einer Pressekonferenz zusammen und bat sie, im nationalen Interesse die Story nicht aufzugreifen und auch nicht über deren Echo zu schreiben. Er erinnerte sie daran, daß sie dies wegen der Zensur so oder so nicht tun könnten.

Frankreichs Außenminister Jean-Bernard Raimond sagte, daß die atomare Zusammenarbeit seines Landes mit Israel eine „alte Geschichte“ sei. So einfach läßt sich das jedoch nicht erledigen, und sei es auch nur wegen der Tatsache, daß Israel den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben hat und sich weigert, eine internationale Kontrolle seiner Aktivitäten auf diesem Sektor zu akzeptieren.

In den arabischen Hauptstädten fragen die Verantwortlichen, warum man die Geschichte gerade jetzt aufkocht. Schließlich ist es höchst unwahrscheinlich, daß ein Staat, der sein Atomprogramm 20 Jahre lang so geheim gehalten hat, plötzlich den Offenbarungen eines jungen Ingenieurs zum Opfer fallen sollte. Tatsächlich sind die von Vanunu mitgeteilten Fakten weniger bedeutsam als die verborgenen Ziele hinter dem angeblichen „Leck“. Es muß daran erinnert werden, daß derartige „Lecks“, wenn auch nicht von gleichem Umfang, schon am Vorabend von Israels Überfall auf Ägypten, Jordanien und Syrien (Juni 1967) auftraten. In ähnlicher Weise ließen kurz vor dem Oktober-

krieg 1973, der von Ägypten und Syrien begonnen wurde, Quellen in den USA wissen, daß Tel Aviv Atombomben besitzt. Außerdem unterstellte ein detaillierter Bericht von zwei amerikanischen Spezialisten eine Beteiligung Israels an gemeinsamen Atomwaffentests mit Südafrika.

Atomare Einschüchterung

Jedemal, wenn die internationalen Medien die Geschichte von Israels Atombombe aufgriffen, war es die klare Absicht, die arabischen Staaten mit der Drohung eines Atomschlags einzuschüchtern, falls sie jemals Israel mit ihren konventionellen Streitkräften ernstlich in Gefahr bringen sollten. Kurz nachdem die Sunday Times ihre Artikel veröffentlicht hatte, brachten mehrere amerikanische Zeitungen eigene Schätzungen, wonach Israel derzeit etwa 20 einsatzfähige Atomwaffen habe. Ob real oder fiktiv, die israelische Bombe ist ein Element der Abschreckungspolitik des zionistischen Staates gegenüber seinen Nachbarn. Darüber hinaus hat die Beschäftigung der Medien mit diesem Thema in der Regel bedeutet, daß sich Tel Aviv am Rande eines Kriegs glaubt.

Der letzte Punkt, auf den hier hinzuweisen ist, ist die Tatsache, daß Israel seine Atomwaffenfähigkeiten dazu benutzt, Druck auf seinen amerikanischen Verbündeten auszuüben. Nach den anfänglichen militärischen Siegen der syrischen und ägyptischen Armeen zu Beginn ihrer 1973er Offensive prägte Israels damalige Regierungschefin Golda Meir diese Drohung. Seit dieser Zeit haben Militärstrategen sowohl in Israel als auch im Westen erfahren, daß — welche konventionellen Waffen es auch besitzen mag — Israel nicht imstande ist, zusammenwirkenden arabischen Armeen bei einem umfassenden Angriff an allen Fronten zu widerstehen, beispielsweise zur Rückgewinnung der besetzten Gebiete. Das gilt heute ganz besonders. Seit dem israeli-

schen Einmarsch in den Libanon im Juni 1982 haben die arabischen Armeen, insbesondere die syrische, neue, furchtbare Vernichtungswaffen erworben. Auf Grund der Lektionen des Libanon-Konflikts, insbesondere der während der Beschließung Beirut abgerichteten Schüsse, haben die Syrer, Jordanier, Saudiaraber und sogar die Ägypter auch eine neue Strategie zugelegt. Sie basieren in erster Linie auf der Verstärkung sowohl der defensiven wie der offensiven Mittel zur Abschreckung Israels von einem neuen Angriff. Im Falle einer Verhandlungslösung für die Probleme des Nahen Ostens wollen die Araber eine Position militärischer Stärke haben, um einen gerechten und ehrenvollen Frieden auszuhandeln.

Die jüngsten Enthüllungen über Israels Atomwaffenkapazität fielen zusammen mit einer Medienkampagne, die geführt wurde von Stellungnahmen politischer und militärischer Führer Israels. Syrien wachte auch über Überwachungsangriffe auf die Golanhöhen. Offizielle in Tel Aviv haben Syriens Wunsch nach Erlangung strategischer Parität mit Israel für eine unerträgliche Drohung. Sie betonen die Bedeutung ihrer strategischen Zusammenarbeit mit den USA, vor allem im Rahmen von Präsident Reagans Strategischer Verteidigungsinitiative (SDI), in der Hoffnung, Damaskus dadurch abzuschrecken zu können. Vor kurzem brach die israelische Presse mit ihrer traditionellen Praxis, indem sie über eine Reihe von Militärmanövern berichtete, einschließlich Maßnahmen zur Abwehr eines Angriffs mit chemischen Waffen. Unterdessen lassen Israels Führer keine Gelegenheit aus, Syriens neun Batterien sowjetischer SS-21 Langstreckentraktoren zu erwähnen, die einen Teil des zionistischen Staates treffen könnten.

Manche Leute befürchten jetzt, daß die gesamte Region ein Experimentierfeld für Atomwaffen werden könnte, nachdem hier schon die modernsten Hochtechnologie-Waffen erprobt wur-

den. Diese Furcht wird gemildert durch das Wissen, daß Israels Nähe zu Syrien so groß ist, daß seine eigene Bevölkerung schwerlich dem Fallout eines nuklearen Abenteuers entgehen könnte. Außerdem enthält Syriens Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR eine Klausel, die Moskau verpflichtet, Syrien gegen jeden atomaren Angriff zu schützen. Nichtsdestotrotz könnten die letzten Enthüllungen — deren Newswert im Grunde vielleicht nur in der reinen Größe des israelischen Atomwaffenarsenals liegt — zu einem neuen atomaren Wettlauf in der Region führen.



Die meisten Staaten des Nahen Ostens haben die Fähigkeit und die nötigen Einrichtungen, um in relativ naher Zukunft Atomwaffen herzustellen. Das ist die Richtung, die das Wettrennen in der Region zu nehmen scheint. Um dies zu verhindern, braucht es ein wirkliches Friedensabkommen, einschließlich einer gerechten Lösung der Palästinafrage. Und es muß schnellstens erreicht werden, denn die gesamte Region befindet sich am Rande der Katastrophe.

Talal Kassar in „Africa“, Nov. 1986

Ein Lexikon über Atomwaffen erschienen

Kürzlich erschien in deutscher Sprache das Buch „Nuclear Battlefield“ — Der Atomwaffen-Report. „Nach zehn Jahren minutöser Forschung: Die erste umfassende Darstellung und Dokumentation der atomaren Infrastruktur“, heißt es in der Verlagswerbung, und: „Dieses Buch versetzt die breiten amerikanischen Öffentlichkeit einen Schock (...). William Arkin ist der führende Atomwaffenexperte der USA. Zusammen mit Richard Fieldhouse hat er ein explosives Buch geschrieben, das die nukleare Geheimwelt für die Öffentlichkeit erschließt.“ Bei aller wachstumselieblichen Übertreibung ist es sicherlich richtig, daß hier „ein unentbehrliches Grundlagenwerk zur weltweiten atomaren Weltuntergangsmaschinerie“ vorgelegt wurde.

Zur Hälfte (auf 200 Seiten) enthält das Buch eine Dokumentation sämtlicher atomaren Einrichtungen der fünf „großen“ Atommächte USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien und China (die sog. atomaren Schwellenländer Südafrika, Israel, Irak, Pakistan und die BRD-Atomwaffenfähigkeit sind nicht Thema des Buches). Vom Atomwaffenlager, -träger bis hin zur Kommando- und Kommunikationsstruktur, von der Produktionsstätte bis hin zum Forschungslabor ist in diesem Buch alles zu finden. Hier erfährt man sogar, wieviel britische Atomwaffen in der BRD und an welchen Orten zu finden sind. Insgesamt basiert das Buch vor allem auf einer systematischen Auswertung von staatlichen US-Quellen. Ein umfangreiches Quellenverzeichnis beleuchtet dies. In den USA gibt es — verglichen mit BRD-Verhältnissen — eine erstaunlich offene Quellenlage, die von systematisch Forschenden, wie den Buchautoren, mit hohem Informationsgehalt genutzt werden kann — jedenfalls, wenn eine Portion Kombinationsvermögen vorhanden ist. Als z.B. Anfang 1981 die ersten atomaren Lagekarten der BRD im „Stern“ und der „faz“ auftauchten (s. Abdruck in AK 196, S. 17), wammten diese aus den Quellen Arkin. Er hatte die offiziellen US-Quellen über US-Militärgelände in der BRD herausgesucht und mit Übersichten über spezielle Funkverbindungen (für A-Waffen-Einrichtungen) in der BRD

verglichen. (Das Buch enthält allerdings keine Angaben über die Forschungsmethoden, sondern allein die Ergebnisse.)

Im Anfangsteil des Buches wird der lexikalischen Aufstellung (ebenfalls auf 200 Seiten) eine Übersicht auf die atomare Rüstung und ihre Allgegenwart vorgelegt. Karten und Tabellen ergänzen den Text. Auch Angaben über die Bedeutung der Weiterentwicklung für atomare Zwecke und den Aufbau entsprechender Nachrichtensysteme fehlen nicht, ebenso gibt es Darstellungen zur atomaren Zielplanung und zu atomaren Strategien für die USA. Gut brauchbar ist diese Darstellung vor allem, wenn man einen Einblick in die Gesamtproblematik der Atomrüstung und eine Übersicht über Nuklearstruktur und Atombewaffnung braucht. Bei strategischen Fragen werden die Probleme allerdings bestenfalls angerissen. So wird etwa bei der Seekriegsführung der US-Flottenminister mit der Äußerung zitiert, daß hier bei einem Konflikt mit der Sowjetunion im Unterschied zum Landkrieg automatisch und sofort von einem „globalen Seekrieg“ und von sowjetischen atomaren Angriffen auf See auszugehen sei. Wer genauer verstehen will, wieso und weshalb, wird die Antwort vergeblich suchen.

Das Buch setzt sich kritisch mit den hier üblichen und zahlreichen Verhandlungen der NATO-Rüstung und anderen Übertreibungen der sowjetischen Bedrohung auseinander. Italien ist hier sicherlich ein Randthema, aber gut zur Verdeutlichung geeignet: die NATO-Konzeption wird auch in Norditalien bis hin zur atomaren Alarmbereitschaft mit der Bedrohung durch den Warschauer Pakt gerechtfertigt. Das Buch argumentiert gegen diesen Unnütz, soweit allerdings, daß auch die NATO-Truppenkonzentration und atomaren Bayern für einen militärischen Angriff über Jugoslawien in Richtung Warschauer Pakt eignen könnten, möchte man doch nicht denken, wie allgemein im Westen auch bei kritischen Friedensforschern solche Überlegungen nicht verpönt sind.

Bei der Darstellung der sowjetischen Atomrüstung ist dieses Buch selbstverständlich auf offizielle amerikanische

Quellen angewiesen, weil es keine anderen gibt. Immerhin sei das Buch im Vorspann selbst ein Fragezeichen: man solle diese Angaben ebenso wie bei China „mit Vorsicht“ benutzen. In der Dokumentation selbst wird zusätzlich konkret noch häufiger ein Fragezeichen gesetzt. Bei den strategischen Atomwaffen der Sowjetunion gibt das Buch zwischen 9.064 und 19.178 Sprengköpfe an. Die große Zahl kommt dadurch zustande, daß die USA-Propaganda behauptet, daß die Sowjetunion für jedes Raketenilo noch eine zweite Nachladung bereithalte. Für diese Behauptung gibt es nicht den geringsten Beweis. Bei den taktischen Atomwaffen wird im Buch angegeben, daß Atomwaffen in der DDR erst in den letzten Jahren als Antwort auf die „Nach“-Rüstungsvorbereitung stationiert wurden, aber teilweise wird sichtlich die Zahlweise der US-Geheimdienste übernommen, die z.B. bei taktischen Atomwaffen bestimmten sowjetischen Truppenteilen pauschal eine bestimmte Anzahl von Atomwaffen und Trägern zuordnet (wie haben das häufiger im AK vorgeführt). Eine kritische Wertung dieser Quellen enthält das Buch nicht. Dies ist eben auch bei kritischen Friedensforschern die Ausnahme (wie etwa in Arbeiten eines Dieter S. Lutz am Hamburger Friedensforschungsinstitut). So kommt dieses Buch bei insgesamt 30.000 bis 60.000 Atomwaffen weltweit zu der hohen Schätzung von 22 bis 32.000 sowjetischen Atomprangköpfen.

Mit einem stolzen Preis von fast 50 Mark wird dieses Buch nur im Bücher-schrank von Spezialisten landen, sofern sie dies bezahllen können. Aber schließlich — wofür zahlen wir denn Steuern? — gibt es ja auch Bibliotheken, in denen dieses brauchbare Nachschlagewerk eingesehen werden kann.

HH

William M. Arkin und Richard W. Fieldhouse, „Nuclear Battlefield“ Der Atomwaffen-Report, Frankfurt am Main, Athenäum, 1986, 416 S., m. 22 Karten und 7 Fotos, 49,80 DM

Mit Ausnahme der Bundestagswahlen 1973, bei der außenpolitische Themen dominierten (Regierung Brandt, neue Ostpolitik), soll seit 1949 auch jede Bundestagswahl vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung entschieden worden, frohlockte einer der 1982er Regierungswechselkandidaten, Otto Graf Lambsdorff, im „Spiegel“ (8.12.86). Das mag eine sehr vergrößernde Einschätzung sein. Recht hat er aber, daß die wirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklung immer einen erheblichen Einfluß auf die Wahlentscheidung der Mehrheitswähler gehabt hat. Nozog 1983 das Kohl'sche Gerede vom „Aufschwung“ und mehr Wohlstand mehr Wähler an, als daß die Sorge vor weiterer Teilung der Gesellschaft in Wohlhabende und eine wachsende Zahl armer Menschen sie schreckte. So soll es nach Regierungskoalitionswillen auch bei der Bundestagswahl 1987 sein.

Was Boris Becker nicht gelang, schaffte „die deutsche Wirtschaft“. Wir sind wieder die Nummer Eins in der Welt. Erstmals werden in diesem Jahr die USA als stärkste Exportnation von der BRD verdrängt werden, so meldeten die Medien Anfang Dezember. Kurz zuvor hatte ganz im Trend liegend („Weiter so Deutschland“) der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage“ sein Jahres-„Gutachten“ vorgelegt: 1987 „Weiter auf Wachstumskurs“, der Aufschwung sei „robust“, ein „Erleben der Antriebskräfte“ nicht in Sicht.

Mitten im Weihnachtsaufbruch eines Teils der Bevölkerung will denn auch das ZDF-„Politbarometer“ ermittelt haben, daß Zweidrittel des Wahlvolks die wirtschaftliche Lage positiv einschätzen. Das könnte für die Kohl-Regierung schon mehr als die halbe Miete sein. Deutschland geht es gut, da können keine Pershings, kein sinkender deutscher Rhein, keine unsichtbaren Tschernobyl-Wolken und schon gar nicht unhaltend hohe Massennachschubkosten mit konkurrieren. Die konservative Regierung reitet erfolgreich auf der Konjunkturwelle. Die Regierung wendet 1982, als dieser Konjunkturaufschwung begann und sie wird — unterstützt von lauen Raubwinden — aller Voraussicht nach 1987, im abklingenden Aufschwung, im Amt bleiben.

Konjunkturbericht 86 — Ein Grund, warum Kohl die Wahlen gewinnen kann

Leistungsfähiger Maßnahmen

Diese Feststellung soll nicht das Erfolgsrezept des Wirtschafts-„Modell Deutschland“ schmälern, dessen Konjunkturmotor im laufenden Aufschwung der Export war (Exportüberschüsse 1982 = 51,3, 1983 = 42,1, 1984 = 54, 1985 = 70 und 1986 = ca. 100 Milliarden DM). Sie zeigt nur die Grenzen dieses Aufschwungs bei einbrechender Weltwirtschaftskrise und erklärt, daß der Aufschwung im Lande für die Millionen Arbeitslosen ausgeblieben ist, ja, daß zum Ausbau der internationalen Spitzenposition der BRD der binnenwirtschaftliche konjunkturelle Aufschwung bewußt sekundär betrachtet wird.

Die BRD-Wirtschaft wird gezielt auf Export getrimmt. Gewinner sind dabei die Großkonzerne und die exportorientierte Industrie — die Wachstumsbranchen Chemie, Werkzeugmaschinenbau, Anlagenbau, Automobile, Elektronik sowie die Büro- und Kommunikationstechniken gewesen. Diese klassischen bündelnde Exportindustrien haben erfolgreich den „technologischen Wandel“ vollzogen, neue Investitionen und starke Kapitalkonzentration und Monopolisierung vorgenommen (am bekanntesten die Verbindung Daimler-Benz — AEG — Dornier — MTU) sowie den Kapitalexport in die Auslandsmärkte ausgeweitet. Per Saldo sind in diesen Branchen in den letzten Jahren eine Viertel Million neuer Arbeitsplätze geschaffen worden, da nicht nur Rationalisierungs- sondern auch Erweiterungsinvestitionen vorgenommen wurden.

Konjunkturgewinner sind auch solche Branchen wie die Eisen- und Stahlindustrie sowie die Textilindustrie gewesen. Rigorose Gesundheitsreform mit anhaltender Arbeitsplatzabbauende (bei Stahl werden im nächsten Jahr noch einmal über 10.000 Arbeitsplätze weniger kalkuliert) sowie verstärkte staatliche Subventionen haben hier zum Halten und Ausbau von Märkten geführt. Zusätzlich konnten durch Spezialisierung neue erobert (Textil) werden.

Konjunkturverlierer waren die inländische Verbrauchsgüterindustrien, die Mineralölverarbeitung, die Werften und die Baubranche. 19.000 Firmenpleiten 1985 belegen, daß es auch innerhalb des Kapitals nicht nur Zufriedenheit geben kann.

Hauptursache hierfür ist der relativ kleine westdeutsche Binnenmarkt, dessen Nachteile die Unternehmen aller Dinge durch die extreme Exportorientierung für sich mehr als wettgemacht haben.

Diese Weltmarktorientierung der bundesdeutschen Wirtschaft drückt sich nicht nur in den Warenexporten, sondern auch den Kapitalexporten maßgeblicher Teile des BRD-Kapitals aus. 875 Milliarden DM Forderungen bundesdeutscher Banken, Unternehmen und staatlicher Stellen gegenüber dem Ausland standen 1985 Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kapitalen und Staaten von 652 Milliarden DM gegenüber (1983 betrug dieses Verhältnis 638 : 550 Milliarden DM).

Lohn, Preis, Profit

Der viel zitierte Aufschwung hat für die Kapitalisten mitgeführten. Ihre Profite sind überproportional im Verhältnis zu Löhnen, Investitionen und binnenwirtschaftlichem Wachstum gestiegen (siehe nebenstehenden Kasten), wenn auch mit absinkender Tendenz gegenüber früheren Zeiträumen.

Die Gründe für diese nach wie vor profitabile Entwicklung trotz reduzierter Wachstums des Sozialprodukts liegen einmal in verbesserten Kapitalverwertungsbedingungen (erfolgreiche Kostensenkungsstrategien des Kapitals), zum anderen in den flankierenden Maßnahmen des Staates, in den „angebotsorientierten“ Bedingungen konservativer Wirtschaftspolitik zur Verbesserung der „Ertragslage“ der Unternehmen „Mehr Markt, weniger Staat“, dieser Slogan hat die Bundesregierung nicht daran gehindert, vermehrt staatliche Subventionen in Form von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zu vergeben (Anstieg von 28,2 Milliarden DM im Vergleichszeitraum auf 31,9 Mrd. DM unter der Kohl-Regierung). Angestrichen ist auch der Anteil, der direkt in die Kassen der Unternehmen geflossen ist (11,6 Mrd. DM). Zusätzlich kostensenkend für die Unternehmen hat sich die zu Beginn der Legislaturperiode erfolgte Senkung der Gewerbe- und Vermögenssteuern ausgewirkt.

Entscheidend für die positive Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung im Lager der Kapitalisten ist jedoch das Verhältnis von Löhnen und Profiten. Bis 1985 sind die Reallohn gesunken, auch dank der „moderaten Lohnpolitik“ des DGB, wie der „Bund“ wickelt im Lager der Kapitalisten ist jedoch das Verhältnis von Löhnen und Profiten. Bis 1985 sind die Reallohn gesunken, auch dank der „moderaten Lohnpolitik“ des DGB, wie der „Bund“ wickelt im Lager der Kapitalisten ist jedoch das Verhältnis von Löhnen und Profiten. Bis 1985 sind die Reallohn gesunken, auch dank der „moderaten Lohnpolitik“ des DGB, wie der „Bund“ wickelt im Lager der Kapitalisten ist jedoch das Verhältnis von Löhnen und Profiten.

Der kostenlose Aufschwung ...

Ein maßgeblicher Antrieb für den vielzitierten Aufschwung und die hohe internationale Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Industrie ist schiedlich unverschuldet: die erheblich gesunkenen Rohstoff-, vor allem aber die Kohlepreise, die in der BRD zusätzlich noch durch den Kursverfall des Dollars begünstigt wurden. Allein die billigeren Öleinfuhren kommen einem Konjunkturprogramm von 25 Milliarden DM gleich. Binnenwirtschaftliche Auswirkungen dieses kurzfristigen wirtschaftspolitischen Glücksfalls, den die Bundesregierung als einen Erfolgsschritt verkauft, deflationäre Preisentwicklung mit der zusätzlichen Folge, daß in diesem Jahr die „Kaufkraft“ wieder zunahm, woran wiederum auch die Beschäftigten teil hatten.

... und die kommende Krise

Die nächste zyklische Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft kündigt sich bereits an. Japan hat in diesem Jahr schon erhebliche Exporteinbußen hinnehmen müssen und versucht mit einem 24-Milliarden-Dollar Konjunkturprogramm — nach klassisch keynesia-

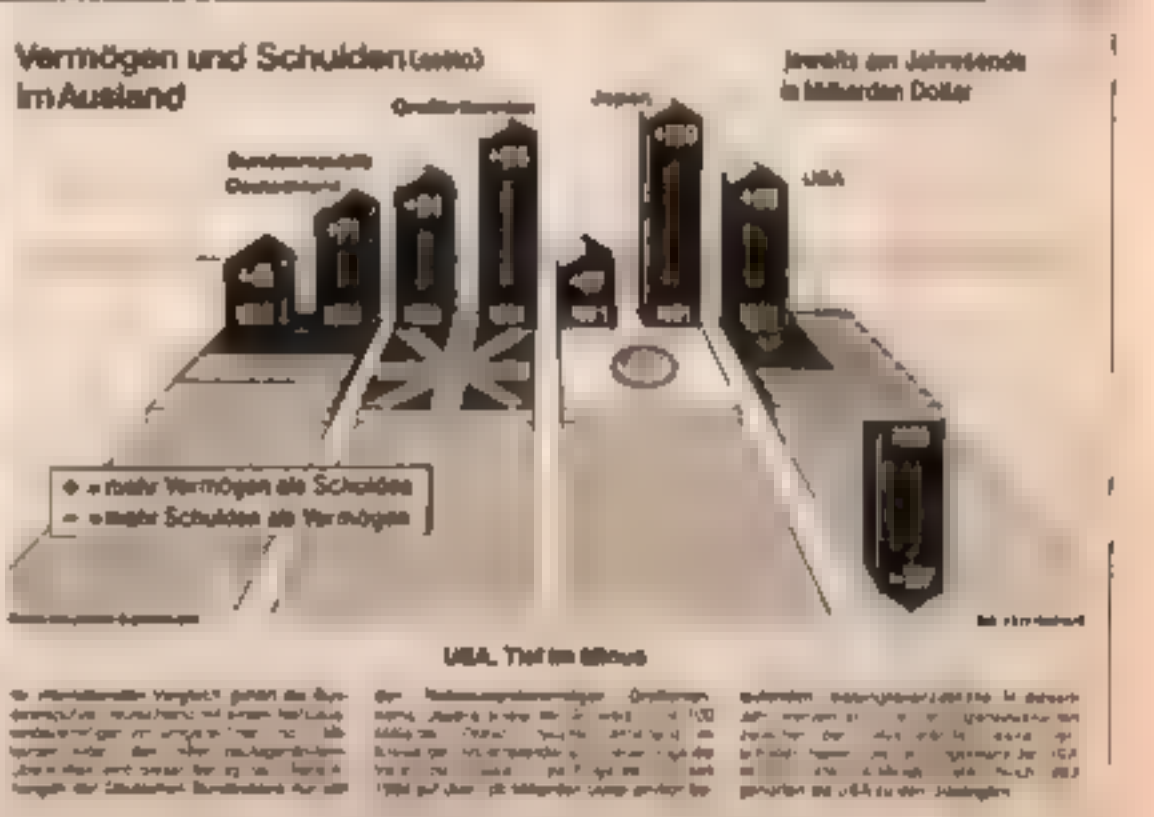
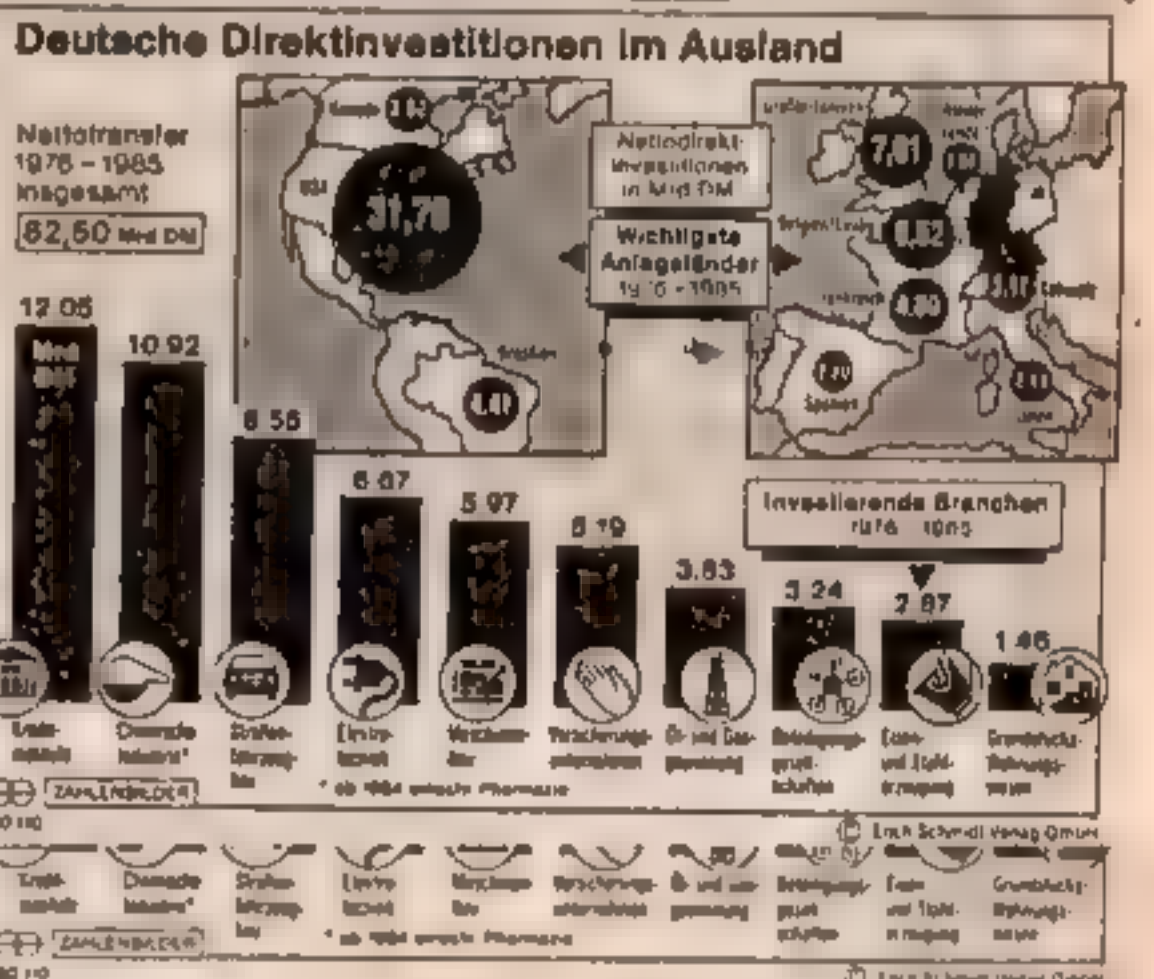
nischem Muster — binnenwirtschaftlich gegenzusteuern. Auch aus den USA werden erste Abschwungmeldungen aus der Industrieproduktion gemeldet. In der BRD wird als Vorzeichen krisenhafter Entwicklung der Rückgang der Auslandsbestellungen registriert. Mit zwei wesentlichen Maßnahmen versucht die Bundesregierung die zu erwartenden Exporteinbußen aufzufangen: Geplant ist der Anstieg der Gemeindevestitionen insbesondere durch Förderung der Bautätigkeit

z.B. in der Stadt- und Dorfhauserneuerung. Vor allem aber wird eine steuerliche Entlastung der höheren Einkommen und der Unternehmenssteuern vorbereitet (u.a. Senkung der Einkommensteuer und des Spitzensteuersatzes, Abschaffung der Börsenumsatzsteuer). Das Ausmaß der nächsten kapitalistischen Krise, mit deren Herbeibreichen die bundesdeutschen Wirtschaftsinstitute etwa ab Mitte nächsten Jahres rechnen, ist derzeit kaum abschätzbar. Für die Bundesrepublik hängt dies vor allem von der inneren Entwicklung in ihren wichtigsten Auslandsmärkten und der Schwere der Krise in den USA ab, sowie der Reaktion der US-Politik im Hinblick auf den Dollarkurs und weitere protektionistische Maßnahmen.

D./Westberlin



Die Bundesregierung hat die Exportförderung durch verschiedene Maßnahmen verstärkt. Dazu gehören die Erhöhung der Exportkreditgarantien und die Förderung der Exportfinanzierung. Die Bundesregierung hat auch die Exportsteuer senken lassen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporte zu stärken.



Was die Kapitalisten von Kohl erwarten

Sowohl der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) als auch die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA) — die beiden einflussreichsten kapitalistischen Verbände — haben in „Leitsätzen“ und „Jahresberichten“ ihre Sicht der Dinge zu den Bundestagswahlen dargelegt. Diese beiden Verbände gehen bei ihren Forderungen und Erwartungen in der kommenden Legislaturperiode offensichtlich davon aus, daß „ihre“ Kohl-Regierung weiterhin am Ruder verbleiben wird, denn beschwörende Formeln einer roten oder rot-grünen Gefahr sind in den Berichten nicht zu finden. Auch von größeren, einschneidenden Krisenfaktoren scheinen die

Kapitalisten nicht auszugehen, denn im wesentlichen konzentrieren sich ihre „Erwartungen“ auf weitere flankierende Beiträge der Kohl-Regierung zur Verbesserung ihrer „Ertragslage“. Zunächst zu den Forderungen der BDA in ihren „Leitsätzen“. Da wird der konservativen Regierung erst einmal bescheinigt, daß sie ihre „Bewährungsprobe bestanden“ habe. Die Weichen in Richtung Monetarismus und Geldmarktliberalismus ist und eine „maßvolle Lohnpolitik“ vorgezeichnet, so daß das Ausmaß der Inflation von einem „zweiten Wirtschaftswunder“ rede. Die Wachstumsbedingungen seien wieder besser, die „Bil-

Konjunkturzeile	Bruttoinlandsprodukt	Netto-Einkommen aus Unternehmen	Preise	Reallohn
1982	72	+ 27,9	+ 5,3	+ 61,8
1984	79	+ 16,4	+ 50,7	+ 33,2
1985	85	+ 6,0	+ 44,5	+ 9,8

(Angaben in Prozent)

BRD: Beim Export die Nummer Eins

Gegen Verdummungspropaganda scheint kein Kraut gewachsen. Nach Angaben des GATT (Internationales Zoll- und Handelsabkommen) stiegen die bundesdeutschen Exporte in den ersten zehn Monaten dieses Jahres auf die Rekordhöhe von 210 Milliarden Dollar (USA: 180 Milliarden) — 34,5 Prozent mehr als 1985. Donnerwetter! In D-Mark gerechnet sieht das allerdings anders aus: Die bundesdeutschen Ausfuhren sind um acht Prozent gesunken. Den Export Spitzenplatz hat die BRD einer 20-prozentigen Kursabwertung des Dollars gegenüber der DM zu verdanken. Weniger laut sind denn auch hierzulande die Meldungen über den zu erwartenden Handelsbilanzüberschuß (Exporte zu Importen) der BRD, der mit voraussichtlich 100 Milliarden DM ebenfalls einen neuen Rekord bringen wird (USA: minus 140 Milliarden Dollar). Was uns das sagt? Der bundesdeutsche Aufschwung hat seine Wurzel nicht in der binnenkonjunkturellen sondern in der ausgedehnten Exportwirtschaft. Die enormen Handelsbilanz-Ungleichgewichte sind schon lange ständiger Streitpunkt zwischen den Gewinnern BRD und Japan einerseits und den Verlierern USA andererseits. Sie sind ein wesentlicher Grund für die Dollarschwäche sowie diverse „Handelskriege“ in Form pro-

Per saldo wurden in den letzten Jahren in Gewinner- und Verliererbranchen zusammen 1,4 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Wachstums- und Gewinnerwartungen sind daher extrem einseitig zugunsten der Unternehmensgewinne und zulasten der Arbeitsplätze verlaufen — was im konjunkturellen Abschwung noch viel drastischer als derzeit sichtbar werden wird. Daß sowieso reduziertes Wachstum und steigende Unternehmensgewinne nicht, wie die konservative Wirtschaftspolitiker weismachen will, auch den Arbeitsplätzen zugute kommt, belegt die für eine Prosperitätsphase in der BRD bislang untypische Investitionsentwicklung. Zwar wachsen unter der Kohl-Regierung die Industrieanlageninvestitionen demgegenüber um 10 Prozent, aber die Anlageninvestitionen vor allem beim Bau zurück. Dementsprechend stieg der Unternehmensanteil an den Gesamtinvestitionen seit 1976 von 51,7 auf 62 Prozent zugunsten des Staatsanteils an den Investitionen und damit vor allem der arbeitplatzintensiven Investitionen. So waren in den letzten konjunkturellen Aufschwungsjahren die Wachstumsraten der BRD auch erheblich geringer, als die Japans und der USA, deren Bruttoinlandsprodukt etwa doppelt so stark anstieg. Die BRD verzeichnete die schwächsten Wachstumsraten in einem Aufschwungszyklus seit 1943.

Fortsetzung nächste Seite

Ist dort das Bundespressamt?
Ich habe eben Ihren Katalog mit
allen Bundestagsabgeordneten
bekommen. Per ist ja unvoll-
ständig! Da stehen ja
gar keine Preise drin!



Fortsetzung von vorheriger Seite

kommensverluste" hätten sich ins „Positive umgekehrt“.

Die Unternehmen seien in „ersten Schritten“ von „staatlichen Zwangsabgaben“ entlastet worden, aber „weitere Steuerentlastungen müssen folgen“. In der nächsten Zeit gehe es daher im Kern darum, „die ökonomische Leistungsfähigkeit zu verbessern, soziale Effizienz auf Dauer herzustellen und staatliche Reglementierungen weiter abzubauen“. Beschäftigungspolitisch gehe es darum, größere „betriebliche Freundtums“ zu schaffen, denn desto wirksamer sei der Aufschwung. Ausdrücklich wird das von der Kohl-Regierung verabschiedete Beschäftigungsförderungsgesetz (BFG) gelobt, weil es den „Arbeitsmarkt anpassungsfähiger und gelenklicher gemacht“ habe. Das BFG habe sich zwar bewährt, allerdings seien weitere staatliche Reglementierungen „zum Abbau von Überstunden entschieden abzuwehren“, da die „betriebliche Flexibilität“ nur behindert würden. Danach regt sich die BDA über die „Schattenwirtschaft“ auf. Dieser sei nur beizukommen, wenn bei den viel zu hohen Steuern und Sozialabgaben angesetzt werde.

Die BDA unterstützt ausdrücklich die „Qualifizierungsoffensive“ der Bundesregierung, wobei diese Ausbildung nicht staatlich reglementiert, sondern besonders „praxisnah“ in den Betrieben sein solle. Damit werde eine „bessere Ausrichtung auf den Bedarf der Wirtschaft“ erreicht.

„Weitverbreitete Produktionen, hohe Lohnkosten, kurze durchschnittliche Arbeitszeiten und das Dienstleistungsangebot verlangen die bestmögliche Ausnutzung der betrieblichen Kapazitäten und Maschinen“, heißt es weiter. So fordert die BDA eine Ausweitung flexibler Arbeitszeiteinregelungen, denn: „Durch eine Ausdehnung der Betriebszeiten kann darüber hinaus die Rentabilität des eingesetzten Kapitals unabhängig von den individuellen Arbeitszeiten verbessert werden“. Also: Lösung von „starren Arbeitszeitfestlegungen“. Über alles ließe die BDA mit sich reden, Hauptsache, größere Flexibilität werde durchgesetzt.

„Der zügig und konsequent vollzogene technisch-wirtschaftliche Strukturwandel sichert und verbessert unsere Stellung auf den internationalen Märkten“, heißt es weiter. Dies sei unternehmerische Freiheit bei technologischen Neuerungen voraus. Eine Ausweitung der Mitbestimmung bei Einführung neuer Techniken hemme den Wandel und lasse außer acht, daß schließlich die Unternehmen das „investitionspolitische Risiko“ tragen.

Dann lobt die BDA nochmals ausdrücklich die „moderate Lohnpolitik der letzten Jahre“, eine „stabilitätsorientierte Lohnpolitik“ nutze allen mehr als „lohnpolitische Übertreibungen“.

Da gibt es an den Gewerkschaften also gar nichts zu kritisieren, sondern nur neue Wünsche anzumelden; dazu gehört im Bereich der Tarifpolitik zum einen, die „Differenzierungen bei den Löhnen weiter auszubauen“, die „Spielräume für die betriebliche (Lohn)differenzierung“ zu erweitern. Zum anderen wird eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen-Tarife urkt abgelehnt, während das genaue Gegenteil vorgeschlagen: „Beschäftigungsbedürfnis wäre ... die Schaffung eines Einstiegslohns für neue Beschäftigungsverhältnisse“. Im Kern ließe das natürlich auf eine Lohn-

nivellierung nach unten und eine Durchlöcherung des Tarifvertragssystems hinaus.

Bei den „Personalzusatzkosten“, also den angeblich hohen Abgabelasten der Unternehmen sei eine „Stabilisierung ... dringend erforderlich“, denn schon jetzt seien diese Kosten „eine drückende Kostenlast für die Betriebe“ (schlußendlich).

Zum Thema Sozialstaat meint die BDA, er sei an die Grenzen der Finanzierbarkeit gestoßen. Es gehe darum, das System „dauerhaft zu stabilisieren“, wozu — in Abgrenzung offenbar zu den USA oder Großbritannien — „Radikallösungen nicht nötig“ seien.

Vor allem das Renten- und Gesundheitssystem müßten nunmehr in Angriff genommen werden. Beim Rentensystem müsse es bei der Beitrags- und Leistungsbezogenheit bleiben, der betrieblichen Altersvorsorge müßten steuerliche Anreize beiseite stehen. In der Gesundheitsversorgung müßten mehr marktwirtschaftliche Elemente, eine größere Eigenbeteiligung der Versicherten an den Kosten und mehr Subsidiarität dafür sorgen, die kaum noch „verkaufbare“ Kosten- und Ausgabenflut zu bremsen.

Abschließend lobt die BDA unter dem Motto „Sozialpartnerschaft bewahren und aktivieren“ die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, denn dank dieser vertrauensvollen Zusammenarbeit sei es gelungen, „ein hohes Ausmaß an sozialem Frieden zu erhalten“.

Und so bietet die BDA dem DGB allerlei gemeinsame Gespräche und Zusammenarbeit auf den Feldern der Tarif-, Sozial- und Beschäftigungspolitik an.

Der BDI setzt die Akzente ein wenig anders. Ihm sind die Maßnahmen der Bundesregierung bei weitem nicht ausreichend genug.

Das gilt vor allem für die angeblich hohen steuerlichen Abgabelasten der Unternehmen, die bei 70% liegen würden. Das ist natürlich Quatsch, denn da hat das Kapital-eigene Kölner „Institut der Deutschen Wirtschaft“ (IW) einfach sämtliche theoretisch anfallenden „Abgabelasten“ zusammenaddiert. Nicht berücksichtigt haben diese Herren dabei die günstigen Abschreibungsbedingungen, Investitionszulagen usw. Ebenso wenig sprechen sie davon, daß offiziell nicht viel von den Unternehmen zu versteuern übrig bleibt, weil in den betrieblichen Bilanzien die Posten für „Rückstellungen“ gewaltig angeschwollen und Pensionsrückstellungen etwa um 50% ein betriebliches Mittelchen, der Besteuerung von Gewinnen zu entgehen. Vor rund 15 Jahren flossen zudem noch rund 20% der Steuern aus den Unternehmen, während das Steuereinkommen der Kapitalisten heute bei nur 12% liegt.

Nichtsdestotrotz wird eine völlige Abschaffung der Gewerbesteuer und Vermögenssteuer gefordert sowie eine durchgreifende Senkung des Spitzensteuersatzes und der Körperschafts-

Die zweite Säule der BDI-Forderungen betrifft den Umbau des Sozialstaats. Hier sei ein Übergewicht der konsumtiven Ausgaben gegenüber den investiven Ausgaben vorhanden. Vor allem müßten im öffentlichen Dienst die Personalkosten gewenkt werden, also Selbstentlohnungen und vermehrte AHM und andere Flexibilisierungsmaßnahmen. Sozialhilfe, Sportstätten, Kindertagesstätten usw. müßten beschlagnahmt werden, um die Kosten zu senken. (Schönhuber)

Die zweite Säule der BDI-Forderungen betrifft den Umbau des Sozialstaats. Hier sei ein Übergewicht der konsumtiven Ausgaben gegenüber den investiven Ausgaben vorhanden. Vor allem müßten im öffentlichen Dienst die Personalkosten gewenkt werden, also Selbstentlohnungen und vermehrte AHM und andere Flexibilisierungsmaßnahmen. Sozialhilfe, Sportstätten, Kindertagesstätten usw. müßten beschlagnahmt werden, um die Kosten zu senken. (Schönhuber)

„Weiter so ...“

Auffallend an den „Leitsätzen“ und Forderungen der herrschenden Klasse ist vor allem eine gesellschaftlich bruchlose Fortsetzung der bisherigen Politik. Der herrschende Sozialstaatskonsens soll nicht ernsthaft auf die Probe gestellt werden, radikale Einschnitte werden jedenfalls von der BDA abgelehnt. Und bruchlos fortgesetzt werden soll das Hauptanliegen der Bourgeoisie — eine weitere Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen. Dazu gehören weitere Maßnahmen steuerlicher Erleichterungen

(und damit auch eine steuerliche Lastenverteilung von „oben“ nach „unten“) ebenso wie eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Alle Vorschläge der herrschenden Klasse spielen bereits in den Diskussionen und Planungen der konservativen Regierung eine Rolle. Die Steuerreform 1990 wird die ohnehin Reichen mit der Einkommensteuer begünstigen, auch über eine Minderung des Spitzensteuersatzes wird sehr laut nachgedacht. Vom Kapitalinteresse her dürfte eine Steuerreform zu ihren Gunsten im Mittelpunkt der nächsten Jahre stehen — auf der anderen Seite wird es zu Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften über die Flexibilisierung der Arbeitszeit- und -bedingungen kommen, die von DGB-Seite her nicht prinzipiell abgelehnt werden. Die Kapitalisten werden sich mit der Forderung ei-

ner Arbeitszeitverkürzung (39-Stunden-Woche) auseinandersetzen müssen.

Auffallend ist ferner, daß vor allem seitens der BDA kaum ein großes Krisenbewusstsein ausgebrochen ist, sondern sich die herrschende Klasse insgesamt gesehen offensichtlich besten Wohlbefindens erfreut.

Dazu hat sie auch allen Anlaß, Abzuwarten bleibt, inwieweit sich die Forderungen der Kapitalverhältnisse auch politisch konstituieren werden. Kohl weiß jedenfalls, wozu er ist.

D./Woolberlin

Quellen: „Leitlinie“ der BDA in FR, 18.12.88, Jahrgang 1988, Nr. 50, S. 1. In: FR, 14.12.88, und „Wirtschaftswoche“ 49 (1988).

Die Republikaner

Überlegungen zu einem Wahlerfolg

Einem Mann namens Franz Schönhuber und seiner Kameradenschaft gelang es bei den Bayerischen Landtagswahlen, 3% der Stimmen zu bekommen. Insgesamt stimmten 341 977 Wahlberechtigte für die Republikaner. Durchschnittlich streuen die Prozentzahlen der Summierung zwischen 2 und 3,5%. In einigen Summierungskreisen allerdings erreichten die Republikaner auf-fallend gute Ergebnisse: Althofen 7,2%, Mühldorf 6,4%, Rosenheim-West 7,3%, Bayreuth 6,9%. In all diesen Summierungskreisen erreichte die CSU (abgesehen Bayreuth: 51,3%) Summierungsergebnisse um die 60%! Landesweit erhielt die CSU 55,8% der Stimmen.

„Rebellen gegen das teigige Establishment“

Die Stimmung gegen die CSU läßt sich offensichtlich augenblicklich gut aufheizen. Strauß machte für die Intimfeinde aus der DDR eine Milliarde locker, der Machtapparat der CSU setzte binnen Stunden einen populären Kultusminister ab. Der Nachfolger wurde erst am Abend vor seiner Berufung informiert. „Klingelwirtschaft“ und „apostrophe Karrieresucht“ gehören noch zu den müdesten Äußerungen des Parteiaufstiegers Schönhuber.

„Rebellen gegen ein feiges und teigiges Establishment“ wollen sie sein und die „unionsübliche Feigheit“ und „Angewohnheit“ zertrümmern (Schönhuber). Endlich, einige alte Kameraden der Waffen-SS konnten Republikaner werden, sich sie von ihrem CSU-Bürgermeister bitter enttäuscht wurden. Trai der doch ihnen anfangs in die (ideologischen) Weichteile, als er aus Angst vor dem Ausbleiben des Touristenstroms von neuerlichen Waffen-SS-HIAG-Versammlungen in Nürnberg abriet. Dieser gemeine Hund.

Und dann die Kiechle-Pleite. Die europäische Agrarwirtschaft sei ein Volksbetrug. Warte es aus deutschverwessenen Republikanern. Gut genährte und gefüllte Medienvertreter — Werner Höfer, ein „Prototyp einer Maulwurfs“ — verdammen oben-dreißig die Bevölkerung. Im übrigen leben wir sowieso in einer Ära nationaler Selbstverleugnung, die Deutschen seien die internationalen Prügelknaben und Zahnmänner.

Und dann noch die Asylananten, die Türken ... Dagegen helfe nur soldatische Markierung Mobilisierung der Bevölkerung zur Bekämpfung der „Gewaltkriminalität“. Die Aufgaben der neuen „Jugendcorps“ sind schon klar umrissen: 1. auf die Kinder aufpassen, 2. dabei wachsen auf die Umgebung achten, 3. und umgeben bei verdächtigen Erscheinungen Meldung machen, 4. Belohnung empfangen. Erlebnis des seligen „Wurdegefühl“, das in „unvermischtem Volk“ endlich wieder aufkeimen müsse.

Dann können wir wieder stolz sein und brauchen nicht sofort den Kopf einzeln, wenn jüdische Kreise einen Angriff starten. Werden da „ein paar kritische Worte an die Adresse der Juden“ gerichtet, so ist sofort ein „Geschrei“ ein, „die Schlichter vom Dienst eilen herbei und die Entschuldigung folgt auf dem Fuß. Mein culpa. Ein jüdischer Bauknecht darf nicht zu einem Schmutzküchlein gemacht werden, wenn er ein Jude ist. Und wenn jemand Angst hat, dem Nachbarn Schmutz zu sagen, da hast du Mut gebaut, dann verinnerliche dir den Antisemitismus“ (Schönhuber).

Die „FAZ“ attestiert Schönhuber, der Sprachbegabte seines Häufchens zu sein.

Gallionsfiguren

Schon zur Gründung der Partei schrie die konservativ-reaktionäre Elitezeitung „criticon“ (Nov./Des. 1983): „Man sah viele Gesichter aus der 17-jährigen Ära der „vierte-Partei“-Bemühungen, die stets mit F. J. Strauß gerechnet (und sich so vernechtet) hatten. Jetzt wurde umgekehrt aufgezäumt und gegen Strauß (Es gibt auch in der Politik auslaufende Modelle) gegründet. Verantwortlich für Kultur zeichnete Heinz Mahnkne, früherer NPD (Kolbenheute) läßt großen) Harald Neubauer, Generalsekretär, (früher „Deutsche Wochenzeitung“), stand Frey („Deutsche Volksunion“), „Nationalzeitung“ sehr nahe Christa Meves, früher prominente CSU-Referentin, bejammern nun für die Republikaner den Zerfall der Familie und die Abtreibungs„morde“.

Das nunmehr ausgeboote Gründungsmitglied der Republikaner, der (chem) CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Handlos, „nannte zahlreiche Beispiele, etwa den Kulmbacher Kreisvorsitzenden (der Republikaner — Ann. AK), der früher Leibwächter des damaligen NPD-Bundvorsitzenden Adolf von Thadden gewesen sei“ („FR“, 2.5.1985). Handlos muß es ja wissen.

Politische Zukunft?

Für einen nicht geringen Teil der Bevölkerung Bayerns waren die Republikaner tatsächlich eine wählbare Alternative zur CSU. Bei überwältigenden Mehrheitsverhältnissen in Bayern ist ein Abdröckeln reaktionärer Teile von der CSU kaum vermeidbar (und vielleicht sogar aus CSU-Sicht gewollt). Die CSU hat — nach meiner kanar tatsächlich eine wählbare Alternative zur CSU. Bei überwältigenden Mehrheitsverhältnissen in Bayern ist ein Abdröckeln reaktionärer Teile von der CSU kaum vermeidbar (und vielleicht sogar aus CSU-Sicht gewollt). Die CSU hat — nach meiner Erkenntnis der Lage — auf die Herausforderung der Republikaner mit Schweigen und Nichtbeachtung reagiert.

Bundespolitisch unangefochten gültig bleibt deshalb auch die Kohl-Linie, „die Deutschen könnten sich ihrer Geschichte nicht entziehen und müßten sich auch zu den dunklen Kapiteln bekennen und dürfen nicht bagatelisieren, was an Schrecklichem in deutschem Namen geschehen sei.“ Und „Unsere gemeinsame Kultur und Geschichte bleiben ein festes Band für die Einheit der deutschen Nation.“ („Handelsblatt“, 3./6.12.1988).

Die provokative Respektierung der Naziverbrechen (auch CDU-Größen fordern: Laßt Hoss frei, der Kniefall vor den SS-Mördern in Bitburg, die Abwertung des Alt-Vertriebenen und Revanchisten Hupka aus der CDU-Bundestagsfraktion, die vernehmlich klingenden Äußerungen eines Volker Röbe zur Frage der „Wieder-vereinigung“, die „verbale „Einheits-Anderswelt“-Akte eines Kohls, die Abtrennung des „Schwerts“ vom Schlesierverein auf Druck von CSU-Politikern (Suchwort: Münchener Eindringen in die DDR), all das kennzeichnet die gewollte Zwiespältigkeit der CDU/CSU-Politik. Sie verändert natürlich auch — gerade durch diese Zwiespältigkeit — das politische Klima in der BRD. Das erlebte auch den Republikaner, mit ihrem Mist bei Teilen der Bevölkerung zu landen. Die Verbeugung Willy Brandts vor dem Denkmal für die Opfer der Massaker im Warschauer Ghetto markierte in den 70er Jahren eine andere politische Stimmung innerhalb der Bevölkerung. Das hat sich geändert.

Es bleibt aber die Frage, was mit neuen Organisationsansätzen der Rechten passiert, wenn ernsthafte Ver-

suche der Integration von der CSU (und der CDU) unternommen werden. Die Empfehlungen eines Todenhofers (CDU) an seine Partei, den Konservativen wieder eine Heimat zu bieten, deutet auf solche Überlegungen hin. Er will sich mit der propagandistischen Zwiespältigkeit, mit der real existierenden Liberalität innerhalb der CDU (DGB-Vorsandsmittglied Fehrenbach ist CDU-Mitglied) nicht zufriedengeben. Er will die offizielle Umgewichtung der politischen Aussagen.

Dieser Widerspruch ist schon immer in CDU/CSU sehr ausführlich diskutiert worden. Erinnert sei an folgenden: Obwohl Bayern eine Klage gegen die Überträge einreichte und die CSU ihre Ablehnung der Verträge öffentlichkeitswirksam demonstrieren wollte, enthielten auch die Unionsparteien im Bundestag bei der Abstimmung der Überträge der Stimme. Diese Verträge mußten aus außen- und wirtschaftspolitischen Gründen abgeschlossen werden. Trotzdem gelang die Einbindung der NPD-Wähler (4,8% bundesweit damals) ins herrschende parlamentarische System und in das CDU/CSU-Parteigefüge.

Erinnert sei auch an die Gründungs-jahre der BRD. Parteien wie BHE (Bund Heimatvertriebener und Entrechteter, etc) wurden nahtlos und widerstandslos in die CDU überführt.

Negative Schlagzeilen in der Welt- und Presse, Erinnerungen an die Nazi-Vergangenheit waren damals schädlich. Das gilt auch heute noch. Die CDU/CSU wird zukünftig eine Strategie für dieses Problemfeld entwickeln.

Widersprüche unter Rechteradikalen

Die Einigung des rechten Lagers ist — aus rechteradikaler Sicht — mit der

Widersprüche unter Rechteradikalen

Die Einigung des rechten Lagers ist — aus rechteradikaler Sicht — mit der Gründung der Republikaner keinen großen Schritt vorangekommen. Die zahlenmäßig stärkste Kraft der Rechteradikalen um den Herausgeber der „National-Zeitung“, Frey, hat in den letzten Wochen zum Gegenangriff geblasen. (Immerhin behauptet Frey er verkaufe wöchentlich 150 000 Wochenzeitungs-Exemplare. Auch meint Frey, er stehe der mit 16 000 Mitgliedern starken Fraktion „Deutsche Volksunion“ — der „Deutschen Rechten“ vor.) Die Inhalte des Gründungsaufrufs der von Frey kürzlich gegründeten „Deutschen Liste“ stimmen inhaltlich mit denen der Schönhuber-Partei überein. Der rechteradikale Wähler wird zu zukünftig vor eine Entscheidung gestellt. Die Verteilung der Kräfte ist unklar. Die „Deutsche Liste“ wird zu Landtags- und Bundestagswahlen kandidieren. Traditionell ist der Frey Haufen die Sammelstelle für alle HIAG-Waffen-SS-Alte Kameraden, Alt-Nazis. Welche Auswirkungen wird das auf den Waffen-SS-Fan Schönhuber haben? Frey läßt in seinen Zeitungen mit Hilfe des NPD-Vorsitzenden Martin Müllgus verbreiten. Schönhuber habe in den 60er und 70er Jahren (sogar in „kommunistisch“ gelenkten Zeitungen) gegen ihn, Frey, die NPD, gegen die CSU, gegen die „rechte Gefahr“ und für Herbert Wehner, für die Sozialdemokraten agiert.

Schönhuber wagt auch nach den Bayernwahlen — noch nicht die Kandidatur zu den Bundesagawahlen. Wichtige Meinungsmacher der rechten Szene wie „schon“ verhalten sich auch jetzt noch abwartend. Selbsterneuerungstendenzen der Rechteradikalen und immer vorteilhaft.

Trotzdem: Die Wahlerfolge der Republikaner sind ein Alarmzeichen.

Ein Hamburger Antifa-Gesam-

Am 3.11.86 schrieb die „Süddeutsche Zeitung“, die schweizerische Polizei habe bekanntgegeben, es sei nur eine geringfügige Konzentration an gefährlichen Stoffen in die Atmosphäre gelangt, aus medizinischer Sicht bestünde keine Gefahr für die Bevölkerung. Inwieweit der Rhein in Mitleidenschaft gezogen wurde, darüber bestünden zum Zeitpunkt der Meldung noch keine genauen Angaben. In Baden-Württemberg machte man auf cool ein Sprecher des Lagestabs im Innenministerium: „die Lage ist völlig entspannt“.

Und so sahen die Folgen der „entspannten“ Informationspolitik, sprich der bewußten Zurückhaltung von Informationen, der schon von Tschernobyl bekannten Beschwichtigung, Verharmlosung und Täuschung aus: In Rheinland-Pfalz konnte in vielen Ortschaften kein Trinkwasser mehr aus dem Rhein gewonnen werden, so z.B. in Uckel. Es kam kein Wasser mehr aus den Hähnen, weil die Meldung über die schweizerische Giftwelle zu spät die anstehenden Wasserwerke erreichte. So konnte das nunmehr kostbare Naß nicht gespeichert werden, die Bevölkerung mußte sich ihre tägliche Ration bei der Feuerwehr abholen. 150.000 tote Aale berg man bis zum 13. November aus dem Rhein, die Altrheinarmee in der Region um Wühl sind tot, viele Fischer um ihre wirtschaftliche Existenz gebracht. Die Bilanz: Zwischen Basel und Mannheim, auf 330 Flußkilometern, gibt es im Rhein kein Leben mehr.

Zur Frage, wie dies passieren konnte, sind inzwischen ein paar bemerkenswerte Details bekannt geworden. Sie zeigen, welchen Umgang die Chemieindustrie mit Umweltschutz und Betriebssicherheit pflegt.

Ein bekanntes „Restrisiko“

Das in Brand geratene Lagergebäude 956 wurde 1968 mit behördlicher Genehmigung als Apparatelager erbaut. 1979 wandelte man es — ebenfalls mit behördlicher Genehmigung — in ein Lager für Agroprodukte und Chemikalien um. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Versicherungspraktiken des Baseler Unternehmens. 1981 sollte die Zürcher Versicherung die Betriebshaftpflicht von Sandoz übernehmen. Nach Inspizierung des Geländes durch zwei Experten lehnte die Versicherung ab — wie sich zeigte, aus gutem Grund. Die beiden Experten stellten in den Lagerhallen 947 und 956 erhebliche sicherheitstechnische Mängel fest. Weder Sprinkleranlagen noch genügend große Auffangbecken waren vorhanden, so daß im Fall eines Brandes giftige Rauchschwaden die Bevölkerung derart gefährden würden, daß mit einer Evakuierung zu rechnen wäre. Ebenso mangelte es die Versicherungsleute für möglich, daß das Löschwasser voll giftiger Chemikalien ungehindert in den Rhein fließen könne, wie es dann am 1.11.86 tatsächlich geschah. Statt jedoch Abhilfe zu schaffen, beauftragte Sandoz den Kölner Gerling Konzern mit der Versicherung.

Wie es dann am 1.11.86 tatsächlich geschah, statt jedoch Abhilfe zu schaffen, beauftragte Sandoz den Kölner Gerling Konzern mit der Versicherung, aus Kostengründen! Sandoz-Manager Gerhard Schmidt gibt vor, von dem Befund der damaligen Inspektion nichts gewußt zu haben. Außerdem hätte die Zürich-Versicherung ein Jahr später das Unternehmen ohne irgendwelche Auflagen gegen Feuer versichert. Dieser Einwand kann die Tatsache nicht überspielen, daß selbst einer großen Versicherung, die jedenfalls nicht zur Speerspitze des Umweltschutzes gehört, das Risiko der vollen Betriebshaftpflicht zu hoch war. Die Betreiber wußten also, wie fahrlässig und verantwortungslos ihr Umgang mit hoch toxischen Stoffen war; man nahm sogar eine Evakuierung der Bevölkerung bewußt in Kauf. Das ist das minimale, aber unumgängliche und folglich vertretbare „Restrisiko“ des Kapitalismus.

Angesichts der Katastrophe hätte die Bevölkerung wenigstens erwarten können, binnen der nächsten Tage darüber informiert zu werden, welche Produkte in der Halle 956 lagerten, wie groß deren Giftigkeit für Mensch und Umwelt ist und welche gesundheitsschädlichen Verbrennungsprodukte möglicherweise in die Atmosphäre abgegeben wurden. Aber Sandoz ließ sich Zeit, viel Zeit! Am 13.11. endlich, fast 14 Tage nach dem Unfall, gab das Unternehmen erstmals auf einer Pressekonferenz den anwesenden Journalisten eine vorläufige Lagerliste bekannt.

Produkte im Lager 956 von Sandoz

■ Organophosphate (Insektizide) 824 Tonnen
akut mäßig bis stark giftig, flüchtig

Samstag, 1. November 1986. Kurz nach Mitternacht bricht in der Lagerhalle 956 des Chemiegiants Sandoz ein Großbrand aus. Stundenlanger Katastrophenalarm in der gesamten Basler Region, der Rhein färbt sich von den einströmenden Chemikalien rot, ein Fischsterben wie gekannten Ausmaßes nimmt seinen Anfang. Die Szene ist gespenstisch, kaum zu glauben. Zumindest für die Schweiz ist Wirklichkeit geworden, was Industrie und Politiker so gerne vernachlässigten: Das in Kauf zu nehmende Restrisiko hat erbarmungslos zugeschlagen. 1.245 Tonnen Chemikalien, darunter ca. 850 Tonnen hochgiftiger Herbizide und Insektizide, sind verbrannt und gelangten als Rauch oder zusammen mit dem Löschwasser in die Umwelt. Temperaturen wurden erreicht, die selbst 15 Zentimeter dicke Stahlträger verbogen. Bedingungen traten ein, bei denen chemische Reaktionen der gelagerten Stoffe untereinander sowie Zersetzung derselben unvermeidbar waren. Neue Produkte mit teilweise unbekannter Zusammensetzung und entstanden, die in ihrer umweltschädigenden Wirkung und Toxizität die gelagerten Ausgangsverbindungen um einiges übertreffen dürften. Größtenteils sind die gebildeten Stoffe auch nicht analysierbar, da niemand ihre chemische Struktur sowie ihre Zusammensetzung weiß, und was Mensch nicht kennt, kann er auch später nicht wiederfinden.

R(h)ein oder nicht rein?



Trinkwasserausgabe nach Rhein-Versäuerung

giftig nicht cancerogen, nicht terrestrisch abbaubar

giftig nicht cancerogen, nicht terrestrisch abbaubar
keine Anreicherung in der Nahrungskette

■ Harstoffderivat Metoxuron (Herbizid)
11 Tonnen
ungiftig und nicht flüchtig
abbaubar

■ Nitrophenolderivat DNOC (Herbizid)
60 Tonnen
akut giftig, flüchtig
abbaubar

■ Oxazolidin (Fungizid)
27 Tonnen
gering giftig, nicht flüchtig
abbaubar
keine Anreicherung in der Nahrungskette

■ Organische Quecksilberverbindungen Thien (Fungizid)
12 Tonnen (ca. 1,9 to Hg) wäßrige Lösung
stark giftig
langsamer Abbau zu Quecksilber und gute Wasserlöslichkeit

■ Verdünnungsmittel, Hilfsstoffe, Chemikalien
312 Tonnen
relativ ungiftig, verschiedenes abbaubar

(Hg.: Quecksilber, elementar; fungizid: pflanzentönd; cancerogen: kreberzeugend)

nach „Apothekerzeitung“ Nr. 47 vom 30.11.86

Zur Einschätzung der Giftigkeit und Abbaubarkeit wird in dieser Liste die positive aller Interpretationen zugrundegelegt, was wissenschaftlich keinesfalls unumstritten ist. Organophosphatverbindungen haben als Insektizide für Menschen eine akut hohe Toxizität. Schon bei der Aufnahme geringer Substanzmengen im mg/kg Bereich kann, falls kein Gegenmittel verabreicht wird, der Tod eintreten. E 605, vielleicht manchem ein Begriff, hemmt irreversibel wichtige Nervenleitungen des Körpers, sodaß es nach Aufnahme zu Erbrechen, Muskelschwäche, Herzrhythmusstörungen, Lungenkonstipation und später zum Tod durch Atemlähmung kommt. Bei den 60 Tonnen Nitrophenol vergaß man zu erwähnen, daß dieser Stoff mindestens krebsfördernd ist. Besonders Augenmerk sollte Mensch auf die organischen Quecksilberverbindungen richten mit einem hohen Gehalt an elementarem Quecksilber. Quecksilber ist ein hochpotentes Zellgift und zerstört wichtige Einzeile, die verschiedene Funktionen im Körper erfüllen. Dadurch ist eine Quecksilbervergiftung sehr komplex, von Schädigungen des Nervensystems über Störung der Motorik bis hin zur Nierenschädigung. Quecksilber wird vom Organismus schlecht eliminiert, lagert sich in den Geweben an, und sein Gehalt im Körper dürfte während unserer Lebens beträchtlich zunehmen.

Die Verunsicherungsversuche des Chemiegiants waren nicht einmal für die Basler Kantonsverwaltung tolerierbar, sodaß die Behörde die notwendigen Untersuchungen eigenständig führte. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil im Normalfall solche Rückstandsuntersuchungen von der chemischen Industrie, häufig vom Verursacher selber, ausgeführt werden. Die Analyseergebnisse sind dann entsprechend. So aber wurde ein schweizerischer Kanton-Chemiker fündig. Nachdem er den betreffenden Stoff auf der Lagerliste aufgeführt gemacht hatte, analysierte man den übrig gebliebenen Rest, der 0,05 Mikrogramm/Kilogramm Dioxin enthielt. Wieviel Dioxin sich aber in der Rauchwolke am 1. November insgesamt befand, wird wohl nie zu klären sein. Angesichts der skandalösen Praxis von Sandoz grenzt es schon an nicht mehr zu überbietenden Zynismus, wenn sich Präsident Dr. Marc Moret auf einer Pressekonferenz am 21.11. gegen alle Vorwürfe bewußter Desinformation auf scharfste verwahrt und das Argument der Fährlosigkeit mit der Nennung von 55 Mio. SFR, die das Unternehmen jährlich für Umweltschutz ausgibt, zu entkräften versuchte. Was sind schon 55 Millionen bei einem Jahresumsatz in Milliardenhöhe und ständig steigenden Gewinnen?

Der Unfall hätte die Politiker, besonders im Gebiet Basel, zu schnelltem Handeln veranlassen müssen. Allerdings agierten sie ziemlich hilflos, wie die Tagung des Großrates am 27.11. in Basel deutlich zeigte. Da beklagte man sich stundenlang über die miserable Informationspolitik von Sandoz. Hatten die Kommunalpolitiker etwa erwartet, daß Sandoz sofort den Umfang der Katastrophe zugeht, daraus Konsequenzen zieht und angemessene Entschädigung leistet? Dann wäre es aber ziemlich ungerecht, daß der Volksmund immer nur die Berner für diejenigen hält, die auf der langen Leitung sitzen. Nicht immer sind die Kanäle zwischen Industrie und Politik offen. Sandoz zeigte knallhart, wer am längeren Hebel saß. Denn eine Hausdurchsuchung und Aktenbeschlagnahmung bei einem Chemieriesen ist natürlich unvorstellbar. Man will es sich ja nicht mit einem der größten „Arbeitgeber“ vor Ort verderben. Aber der Öffentlichkeit mußte schließlich demonstriert werden, daß etwas getan wird. Deshalb beschloß man, das Kontrollsystem zu verschärfen, ein Umweltschutzamt sowie ein Giftinspektorat einzurichten. Klingt irgendwie gut, doch über konkrete Vorstellungen, was da wie und durch wen verschärft werden soll, schwieg man sich aus. Auch beobachtet man, bestimmte giftige Stoffe zu verbieten, aber welche und wo der Unterschied zwischen Giften und Insektiziden liegt, darüber gab es keine konkreten Aussagen. Das Ganze hatte mehr Alibifunktion, um die Bevölkerung zu beschwichtigen, als daß es eine künftig wirksame Waffe gegen die Chemie-Riesen wäre, aber das lag auch nicht in der Absicht der Initiatoren.

Die IG-Farben-Familie zieht mit

Wenden wir den Blick zur BRD. Anfang November waren hier, Wallmann zufolge, die chemischen Anlagen noch total sicher. Dies betonte der Umweltminister auf einer Konferenz der Anrainerstädte in Zürich. Dort, wohlge-

total sicher. Dies betonte der Umweltminister auf einer Konferenz der Anrainerstädte in Zürich. Dort, wohlge- merkt in der Schweiz, focht er tapfer für stärkere Sicherheitsmaßnahmen, für härtere Bestrafung der Verursacher und sparte nicht mit selbstherrlichem Eigenlob über bundesdeutsche Sicherheitsstandards und vorbildliche Gesetze. Aber dann kam alles anders, als Kohl-Straßmann sich das gedacht hatte. Die sprichwörtliche deutsche Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit kam wieder mal zum Durchbruch. Bei der Nutzung des Rheins als natürlicher Müllabfuhr der Großchemie. Wer im November regelmäßig die Nachrichten verfolgte, mußte den Eindruck bekommen, wir leben auf einer riesigen Müll-

Schon kurz nach dem Sandoz-Unfall erfreute der ebenfalls in Basel angesiedelte Ciba-Geigy-Konzern die Bevölkerung mit einer überreichenden Wolke von Bromphenol (ätzend, Schleimhaut-reizend, vergleichbare, wenn auch deutlich schwächere Wirkung wie Trinitrogas, krebsverdächtig). Weiter ging es auf westdeutschem Gebiet, immer nach dem Motto: „In der Ruf erst ruiniert, lebt's sich völlig ungeniert!“ Da flossen am 21.11.86 zwei Tonnen hochgiftige 2,4-Dichlorphenoxyessigsäure (2,4D) in den Rhein, Verursacher BASF Ludwigshafen. 2,4D ist ein Herbizid, Vietnam-erprobte und Bestandteil des berühmten „Agent orange“. Er ist ein Nerven- und Blutgift, möglicherweise cancerogen und mutagen. Auch die Hoechst-AG mischte kräftig mit, indem sie mindestens zwei Liter Chlorbenzol in den Mann laufen ließ (und Joschka Fischer tagelang nichts davon erzählte). Dieser Stoff schädigt Leber und Niere. Am 25.11. gab Bayer sein Stillschweigen. 100 Liter des Desinfektionsmittels Chlormetacresol schwappten bei Lerdlingen in den Rhein.

So ging es tagtäglich weiter, ein Störfall nach dem anderen, insgesamt etwa zwanzig, trau ans Licht der Öffentlichkeit. Sandoz war nicht der große einmalige Ausnahmefall, sondern nur das Startsignal für die anderen. Wer glaubt, die Horrormeldungen über die Schweizer Katastrophe hätten nun ein Ende, wurde bitter enttäuscht. Was der „Stern“ schon am 13.11. kurz erwähnte, griff die „FR“ vom 22.11. unter der Überschrift „Sandoz hätte viele Tote fordern können“ noch einmal auf. Sandoz beglückte die Menschen nicht nur mit Arzneimitteln, nein auch mit Kampfgas. In kurzer Entfernung der Brandstelle, 250 m ungefähr, lagerte hochgiftiges Phosgen. Bei einer Fluchtweite der brennenden Fässer von ca. 50 m grenzt es schon an ein Wunder, daß das Phosgen nicht auch noch hochgegangen ist. Wäre dies passiert, hätte es für viele Menschen in Basel einen qualvollen Tod bedeutet.

Daß den Kapitalisten ein Menschenleben nichts bedeutet, hat man schon oft erfahren, aber sieht eine ganze Stadt ruhig draufgehen, Hauptsache die Kasse stimmt. Aber es geht noch weiter: Erneut mit zweiwöchiger Verspätung wurde bekannt, daß Sandoz am 17.11. eine „Ergänzungsliste“ von Stoffen nachgereicht hatte, die ebenfalls von dem Brand erfaßt wurden. Darauf findet sich die Notierung von 180 kg Tedion V 18. Bei diesem Stoff handelt es sich um ein Akarizid (Müllgift), das bei hohen Temperaturen (400-700 Grad) Dioxine bildet. Da die Temperaturen so hoch waren, daß sich selbst Stahlträger verbogen, muß man davon ausgehen, daß die nötigen Reaktionsbedingungen lange Zeit gegeben waren.

Schaut Mensch sich die gesetzlichen Möglichkeiten an, solch verbrecherischem Treiben Einhalt zu gebieten, erkennt man schnell, daß entsprechende Paragraphen eher für die Industrie gemacht wurden als gegen sie.

Da laßt der Aufsichtsrat

Das seit 1980 existierende Straßengesetz für Umweltschäden ist schlichtweg eine Farce.

— Strafrechtlich können nur natürliche Personen, aber nicht juristische (z.B. eine Firma) belangt werden.

— In den Jahren 1981-83 verhängten die Gerichte bei 20.000 Umweltschäden nur 67mal Freiheitsstrafen, wobei es sich nie um Mitarbeiter großer Unternehmen handelte.

— Ein Unternehmen kann nur belangt werden, wenn es „grob pflichtwidrig“ handelt.

— Ein solcher Verstoß muß erst einmal vom zuständigen Landratsamt festgestellt werden — gute Kontakte zur Industrie dürfen nicht selten sein.

— Was genehmigt und geduldet ist, entzieht sich dann auch noch dem Strafrecht (z.B. „Verwaltungsakzessorial“), d.h. nur wer Gewässer, Luft etc. unter Verletzung der Verwaltungsvorschriften verunreinigt, kann strafrechtlich verfolgt werden.

— Die im Einzelfall zulässigen Höchst- und Grenzwerte werden von dem Ordnungsgesetz festgelegt, nicht von der Industrie.

— Die im Einzelfall zulässigen Höchst- und Grenzwerte werden von dem Ordnungsgesetz festgelegt, nicht von der Industrie.

Schaut Mensch sich diese Bedingungen an, verwundert es nicht mehr, daß selbst die größten Umweltskandale kaum zur Anklage kommen und wenn, in der Freispruch geradezu vorprogrammiert, denn einen Verantwortlichen kann man nur in den seltensten Fällen ausmachen. Wenn von der SPD jetzt nach härteren Strafen und schärferen Gesetzen gerufen wird, braucht man sie nur an dieses ihr Gesetz zu erinnern.

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 4.12.86 war zu lesen: „Chemikalienverbot nicht vor der Wahl“. Hinzufügen wäre nur: Danach sicher auch nicht. Die Schadstoffe sollen erweitert und die chemische Industrie stärker kontrolliert werden. Keine konkreten Schritte wurden benannt, wie die Industrie schärfer zu kontrollieren sei oder um welche Stoffe es sich handeln soll, auch keine Änderung der Gesetzesvorlage steht an, geschweige denn, daß irgendwelche Gifte sofort von der Produktion ausgeschlossen werden. Die Bevölkerung soll wie nach Tschernobyl beruhigt, die gewonnene Sensibilität entschärft und ein allgemeines Gefühl der Sicherheit erzeugt werden. Dem Chemiekapital will niemand an den Kragen.

H., Frankfurt

Quellen:
Deutsche Apothekerzeitung Nr. 46, 46, 47, 48
„Stern“ Nr. 47 vom 13.11.86
„Blick“ vom 1.12.86 (S. 40)
„Frankfurter Rundschau“ vom 22.11., 2.12., 4.12.

Die Chance verpasst?

Eine vorläufige Bilanz der Initiative für eine Verfassungsklage zum § 218

Vor knapp drei Monaten eröffnete Alice Schwarzer erneut die Diskussion um den § 218. Ihr Vorschlag, den Abtreibungsparagraphen zum Wahlprüfstein bei den Bundestagswahlen zu machen, indem die Parteien aufgefordert werden, das Bundesverfassungsgericht (BVG) anzurufen, um das BVG-Urteil von 1975 gegen die Fristenregelung revidieren zu lassen, rief zum Teil heftige Reaktionen hervor.

Die Initiative Alice Schwarzer wurde in AK 275 ausführlich dargestellt; in AK 276 erläuterte sie in einem Interview ihre Aktion und setzte sich mit der Kritik daran auseinander. In diesem Artikel wird ein Überblick auf die Reaktionen zu der Initiative Alice Schwarzer gegeben.

1.190 in fünf Tagen ...

meldete die Dezember-EMMA stolz. Soviel Menschen nämlich hatten das Manifest „Wir fordern eine Verfassungsklage gegen den § 218“ unterschrieben. Eine beachtliche Zahl. Erfreulich auch die erhöhte Diskussionsbereitschaft zum Thema § 218. 218-Gruppen sind wieder aktiv geworden, zahllosen Versammlungen und Diskus-

sion nicht mehr nachvollziehbar ist.

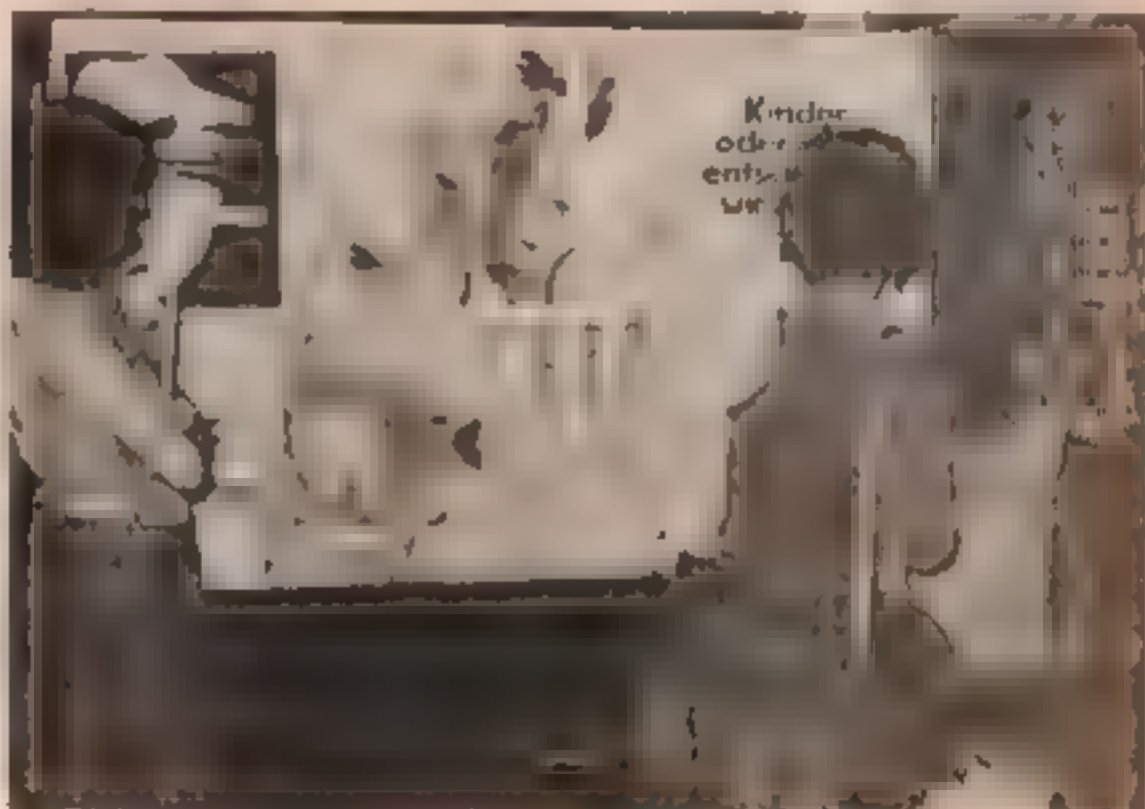
Die Medien boykottierten Alice Schwarzer, was ja nicht immer so war. Mit Ausnahme der linken Presse und der „Taz“, die im wesentlichen Forum der Kritik der Grünen war, schwenkten sich die Medien aus. Ein vorgeschicktes Streitgespräch im „Stern“ zwischen Alice und Herta Daubler-Gmelin erschien nicht; weil letztere ihre Zusage zurückzog. Die „FR“ griff das Thema auf, indem sie auf den Dokumentationsseiten vom 7.11.86 einen Aufsatz von Gerhard Amendt, einem Bremer Hochschulprofessor, abdruckte. Der hatte die Initiative Alice Schwarzer zum Anlaß genommen, um medienwirksam seine Position darzustellen, wemöglich hätte er nur auf diese Gelegenheit gewartet, denn die Verfassungsklage ist nur der Aufhänger, um seine Theorie von der psychischen Verdrängung des Tötungsverdikts als Barriere im Kampf gegen den § 218 vorzustellen. Am 28.11.86 brachte die FR dann aber doch einen Bericht über die Aktion Alice Schwarzer.

Mit solidarisch formulierter Kritik haben auch die 218-Gruppen nach ihrem bundesweiten Treffen Ende November öffentlich zur EMMA Kampagne geäußert. Kritisiert werden die Aussagen des Manifests, die allgemein umstritten sind, wie die Formulierung „auch wir sind Gegner/innen der Abtreibung“ oder die Formulierungen, die eine Gleichsetzung des „werdenden Lebens“ mit dem „Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit“ nahele-

merhin haben gerade mehrere Einzelgewerkschaften die Aufnahme der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 in ihre Programme beschlossen, was im eklatanten Widerspruch zur aktuellen Position der SPD steht, die die Indikationsregelung ablehnt. Aber vor der Wahl hat die SPD keine Kritik zu befürchten, denn selbst Frauen wie Susanne v. Pappenberg (in eigener Aussage „langjährig unzufrieden mit SPD-Mitgliedschaft“) oder Sibylle Plogstedt (ex-Courage-Herausgeberin, heute beim Vorwärts gelandet, wollen ihrer Partei nicht in den Rücken fallen und erst nach der Wahl die Diskussion um den § 218 aufnehmen (wie es auf dem Kongreß der „Fraueninitiative“ 6. Oktober) hieß, wo diese Position vorherrschend war).

Langst nicht so geschlossen tritt Pro Familia in Erscheinung. In diesem Verband findet zur Zeit eine heftige Kontroverse statt über den § 218, nachdem auf der Bundesdelegiertenkonferenz im letzten Sommer die ersatzlose Streichung des § 218 als Pro Familia-Forderung verabschiedet wurde. Vorläufiges Ergebnis dieser Kontroverse ist der Rücktritt der Bundesvorsitzenden Melitta Walter, die — noch in Amt und Würden — zu den Erstunterzeichnerinnen des Manifests gehört, wofür sie die Kritik einiger ihrer Vorstandskolleg/innen einstecken mußte. Der Bundesvorstand hat beschlossen, keine Stellungnahme zur EMMA-Initiative abzugeben, was nichts daran ändert, daß unter den veröffentlichten Pro Familia Mitarbeiterinnen und -Vorstandlerinnen zu finden sind.

Eine öffentliche Kritik und Ablehnung der Initiative formulierte Pro Familia Hamburg. Sehr sachlich werden dieselben Aussagen des Manifests kritisiert, die auch bei der 218-Koordination auf Kritik stießen. Die Normen-



... nur noch ein Ausstellungsstück?

kontrollklage wird infrage gestellt, weil damit dem BVG eine unangemessene politische Autorität zugesprochen würde, und im ungünstigsten Fall ein Rahmen für ein Gesetz abgesteckt werden könnte, das uns nicht besser gefallen würde. Stattdessen schlagen sie vor, die Parteien aufzufordern, „deutlich zu beschreiben, wie sie sich eine richtige Regelung des Schwangerschaftsabbruchs vorstellen, und wie sie gleiche Behandlungen in allen Bundesländern herstellen wollen“. Das ist dann doch arg bescheiden.

Auseinandersetzung Grüne — Alice Schwarzer eskaliert

Fast könnte der Eindruck entstehen, die Grünen wünschten sich eine Geschlossenheit in SPD, Frauen, die es wagen, sich öffentlich positiv zur Verfassungsklage zu äußern, werden zurückgepfiffen. Immerhin haben neben vielen Unterschriften aus der Grünen Partei, auch zwei Funktionsträgerinnen als Erstunterzeichnerinnen das Manifest unterschrieben und im EMMA-Buch zur Verfassungsklage ih-

re Unterstützung begründet: Regina Michalik vom Bundesvorstand und Marita Hahbach, grüne Staatssekretärin für Frauenfragen in Hessen.

Marita Hahbach erließ dafür von ihrem Landesvorstand eine Abmahnung! Ihre Aktion wurde als „falsch“ und „naiv“ gewertet, außerdem stehe sie mit ihrer Position weitgehend isoliert da. (FR 31.10.86) Während bei den Grünen sonst so elementar jede/r macht und sagt, was er/sie will, ohne auch nur kritisiert zu werden, stellt sich die Frage, warum in diesem Fall so massiv reagiert wird. Liegt's am Thema § 218?

Daß es bei den Grünen unterschiedliche Positionen gibt, haben Leserbriefverweise und der offene Brief der Landesfrauen-AG Niedersachsen zur Unterstützung des Manifests gezeigt. In der öffentlichen Diskussion dominiert allerdings die Position der Ablehnung der Schwarzer-Initiative.

Die Stellungnahme von prominenten Grünen Frauen zum Manifest haben wir in AK 275 bereits vorgestellt und kritisiert. Verena Krieger, eine der Unterzeichnerinnen der Stellungnahme, greift einige der Kritikpunkte der Grün-

»Fortsetzung nächste Seite



Der Kampf gegen den § 218

Die Gelegenheit nutzen!

Stellungnahme der § 218-Koordination

Als der erste Artikel zum § 218 und dem Vorschlag einer Verfassungsklage in der Oktober-Emma erschien, waren wir, trotz einiger Bedenken, erfreut über diese Initiative. Sahen wir doch in dieser Initiative eine Möglichkeit, in dem Kampf gegen den § 218 ein Stück weiter zu kommen (s. unsere Erklärung in der November-Emma).

Kurz darauf veröffentlichte Alice Schwarzer ihr Manifest. Wir unterstützen dieses Manifest insofern, als wir es richtig finden mit der Forderung an die Parteien heranzutreten, gegen den geltenden § 218 aktiv zu werden.

Aber wir haben auch Kritik an dem Manifest. Dort steht z.B. „Auch wir sind Gegner/innen der Abtreibung“. Wir halten diese Aussage für sehr problematisch, weil sie mißverständlich ist und Zugeständnisse zollt an Lebensschützerpositionen und Positionen, die in dem Schwangerschaftsabbruch immer einen „Konflikt“ der Frau sehen. Wir sind dagegen für das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch, d.h. die Frau muß das Recht erhalten, selbst bestimmen zu können, ob sie eine ungewollte Schwangerschaft austragen will oder nicht. Darum wollen wir uns nicht zu „Gegnerinnen“ der Abtreibung erklären.

Desweiteren finden wir die Aussagen mißverständlich, daß die „Würde des Menschen“ und das „Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit“ mindestens ebenso „schützenswert wie werdendes Leben“ sei. Diese Formulierung legt eine Gleichsetzung nahe, von dem „werdenden Leben“ und der „Würde des Menschen“ (gemeint der Frau). Solch eine Gleichsetzung würde aber immer zu Lasten der Frau ausgelegt. Für uns hat das Leben der Frau aber eindeutig Vorrang vor dem werdenden Leben, daß nicht unabhängig von ihr betrachtet werden kann.

Schade ist, daß die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 in dem Manifest überhaupt nicht mehr auftaucht. Dennoch heißt das für uns, daß wir im Rahmen unseres Kampfes für die ersatzlose Streichung des § 218, eine Initiative unterstützen können, die auch gegen das einmündigende Indikationsmodell richtet, auch

wenn bei einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht nur eine Fristenregelung herauskommen würde. Wir werden in jedem Fall den Streit und den Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 weiterführen!

Doch nun zur Verfassungsklage. Wir verstehen nicht so ganz, wieso Alice Schwarzer ihre Forderung nach einer Klage so ausschließlich aufstellt und alle anderen, die ihrem Vorschlag nicht folgen mögen, von vornherein als auf der anderen Seite stehend ausschließt. Wir haben über den Gang zum Bundesverfassungsgericht auch in den § 218-Gruppen durchaus kontrovers diskutiert, z.B. über die Fragen: — Sollen wir ausgerechnet dieses Gericht bemühen, daß uns 1975 mit seinem Urteil gegen die Fristenregelung eine teilweise Niederlage im Kampf gegen den § 218 beschert hat, und von dem heute auch nichts anderes zu erwarten wäre? — Besteht nicht auch die Möglichkeit eines Richterspruchs, der unsere Lage noch verschlechtern würde? — Ist jetzt der richtige Zeitpunkt für einen Gang vor das Bundesverfassungsgericht?

Bei aller Kritik und all den Fragen sehen wir in der Forderung von Alice Schwarzer nach einer Verfassungsklage aber vor allem den Versuch wieder eine Kampagne gegen den § 218 von Seiten der Frauenbewegung aus zu initiieren. Derzeit sieht allerdings alles danach aus, daß diese Chance verpasst wird.

Daß die SPD auf die Initiative mit knallharter Ablehnung reagierte, hat uns nicht verwundert, hat sie doch sogar den Kampf für eine Fristenregelung heute ganz fallengelassen und feiert stattdessen das Indikationsmodell als ihren Erfolg.

Rechtlich destruktiv finden wir allerdings auch die scharfe Distanzierung einiger Grüner Frauen von dem Manifest und der Initiative einer Verfassungsklage. Einerseits kritisieren sie in ihrer Erklärung das Manifest als „zu defensiv“ und lassen kein gutes Haar daran, Verena Krieger unterwirft sogar eine „prima Argumentationshilfe für die Lebensschützer“, andererseits

bieten uns die Grünen Frauen in ihrer Erklärung als Alternative das Gespräch mit den Kirchen an.

Die Schärfe mit denen einige Grüne Frauen die Initiative von Alice Schwarzer kritisieren, haben wir in der Auseinandersetzung mit den Lebensschützern und Abwiegern bei den Grünen dagegen oft vermißt. So konnte z.B. ein Minister Joschka Fischer ungestört und unkritisiert auf dem Aachener Katholikentag lauthals verkünden, daß er mit dem Beschluß seiner Partei für die ersatzlose Streichung des § 218 auch nicht einverstanden sei.

Reichlich überzogen finden wir derzeit allerdings auch die Auseinandersetzung in der Emma. Die Emma ihrerseits macht aus der angekündigten Kampagne gegen den § 218 einen „neuen Schlagabtausch mit den 1.000 Frauen“, was lediglich daraufhin auslaßt Wahlempfehlungen oder besser Nichtwahlempfehlungen auszusprechen. Was bleibt dann von einer Kampagne gegen den § 218 noch übrig?

Die rechten Abtreibungsgegner sind z.Zt. in der Offensive und eine wieder zu erwartende CDU/CSU Regierung wird in den nächsten Jahren dafür sorgen, daß sich die Abtreibungsbedingungen noch weiter verschlechtern und die Frauen noch mehr diffamiert und kriminalisiert werden. Die jetzt wieder begonnene Diskussion um den § 218 muß sowohl vor als auch nach der Bundestagswahl genutzt werden. Wir müssen raus aus der Defensive in der sich die momentane § 218-Bewegung befindet. Dazu gehört auf jeden Fall, daß wir geschlossener und stärker als bisher gegen die Abtreibungsgegner und ihre Propagandisten auftreten. Dazu gehört auch das Zurückweisen von „Lebensschützerpositionen“ bei Grünen und anderswo. Dazu kann auch gehören, über den parlamentarischen und juristischen Weg am § 218 zu rütteln. Wir müssen jede Gelegenheit nutzen, um unser Ziel, die ersatzlose Streichung des § 218 und das Selbstbestimmungsrecht der Frau zu erreichen.

(29./30.11.86)

Fortsetzung von vorheriger Seite

nen Frauen in der „Tas“ von 1986 noch einmal auf und polemisiert gegen Alice Schwarzer. Sie lautet: Alice Schwarzer — weil das Manifest defensiv sei — an, daß sie das Selbstbestimmungsrecht für Frauen nicht fordere und den § 218 nicht abschaffen wolle. Stattdessen wolle sie die Abtreibungszahlen effektiv senken und erkläre das zum vordringlichsten Ziel. Die Frauenbewegung böte sie als Garantin der Senkung der Abtreibungszahlen an. — Das ist nur noch grotesk!

Leider ist es Alice Schwarzer nicht gelungen, mit mehr Souveränität auf diese Vorwürfe einzugehen, aber vielleicht läßt ihr Verena Krieger's Polemik gerade recht, um nun ihrerseits voll gegen die Grünen loszuhalten? Und losgeholt hat sie in der Dezember-KMMA! Ohne überhaupt auf geäußerte Kritik einzugehen, stellt sie lediglich fest, diese Parteien — insbesondere die Grünen — seien nicht wählbar. Die Auseinandersetzung hat eine Schärfe erreicht, die weder nachvollziehbar ist, geschweige denn der Diskussion um den § 218 dienlich

SPD: In der Frauenfrage ein wahrer Transvestit

Großformatig ist sie, hat fettgedruckte Buchstaben und viele bunte Bilder und ist trotzdem mühselig zu lesen: die Broschüre „Entscheidung in Verantwortung. Entscheidung ohne Angst“, herausgegeben von der SPD zum zehnjährigen „Jubiläum“ des gültigen § 218. Herta Daubler-Gmelin schrieb sie im Namen des Vorstandes ihrer großen Volkspartei.

Sicher lohnt es weder Papier noch Zeit, jede sozialdemokratische Wahlplakate zu würdigen. Bei dieser hochglänzenden Broschüre handelt es sich

Gesamtwerk. Stattdessen kann die Leserschaft (gering möge sie sein!) Frau Daubler-Gmelin politische und journalistische Dienstleistungen bestaunen. Lapidar skizziert sie in ihrer Einleitung ein wichtiges Stück Geschichte und Frauenkampf: „Vor 10 Jahren, also im Juni 1976, erlangten nach jahrelangen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, im Bundestag und schließlich auch vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Regelungen Gesetzgebung, die den Umgang des Staates mit dem Problem des Schwanger-

denn ihre Reformvorstellungen waren durch das Bundesverfassungsgericht gesichert. Mit dem Urteil war das Thema für die SPD offiziell erledigt. Jetzt wird der bestehende § 218 mühsam an die stolzeschwellige Brust geknüpft. Da werden Parteikonferenzen doch immer nebulöser. Will nicht auch die Partei von Herrn Kohl und Frau Sußmuth den Paragraphen unverändert lassen, weil er doch so gut ist?

Gerechterweise muß erwähnt werden, daß es in der großen Volkspartei (hier: SPD) auch andere Stimmen geben soll. Nur nicht so laute wie Hertas Orga. Hinter verschlossenen Türen und vorgehaltener Hand vertreten eine Reihe der frustrierten Genossinnen die alten Forderungen weiter. Es soll sogar welche geben, die die Streichung des § 218 befürworten. Nur darf Frau das nicht so laut sagen, weil es doch der Partei schaden und den Wähler verschrecken könnte. Also, immer schön leise sein und sich lieber gegenseitig etwas vorjammern.

Empörung äußern heute wie gestern nur wenige, wie z.B. Alice Schwarzer in ihrem neuen Buchlein „weg mit dem § 218 — wir fordern eine Verfassungsklage“. Zu Herta Daubler-Gmelin schreibt sie u.a.: „Der Appell der 374 Frauen, die im Stern bekannten, ich habe abgetrieben“ (initiiert von Feministinnen) wird zitiert. Aber nicht ganz. Und wie zufällig läßt die SPD ausgerechnet die Satze weg: „Wir Frauen wollen keine Almosen vom Gesetzgeber und keine Reform auf Raten! Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218!“ (S. 18 f.) — (Der Stern, „Stern“ erschienen am 6.6.77) und brachte die Bewegung in der BRD ins Rollen.)

Die Zeiten sind eben andere geworden. In der SPD führen diejenigen das Wort, die von „notwendigen strafrechtlichen Verbote“ sprechen, die

den „Rahmen“ des Gesetzes bilden sollen. (S. 2 der SPD-Broschüre). Betroffene Frauen werden zu unselbständigen gescheiterten Wesen erklärt. Sie benötigen angeblich die gesetzlich vorgeschriebene Beratung, „um anschließend zu einem Entschluß zu kommen, den sie selbst verantworten können“ (S. 3) Sozialdemokraten wollen da helfen, „weil Schwangerschaftsabbrüche stets Ohnmacht vor unbewältigten Konflikten — also Scheitern der Betroffenen — bedeutet (was Frauen was?)“ (S. 3) Na, vielen Dank.

Es wird auch ein bißchen rumgemäkelt, daß es nicht in allen Bundesländern so schön ist, wie in den SPD-regierten. Das Gesetz bietet jedoch auch in diesen Fällen Freiräume für „Lösungen“. „Es ist ihre freie Entscheidung, an welche Organisation in welcher Stadt Sie sich wenden wollen.“ (S. 18) Also BayerInnen, auf nach Hamburg und Bremen!

In der Broschüre wird in einer Übersicht die Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch in zehn europäischen Ländern dokumentiert. Es handelt sich hierbei um die sogenannte „Kelling Studie“, in der belegt ist, daß in der BRD neben der Schweiz das „Maß des Rechts auf Eigenständigkeit der Frau“ am geringsten ist. In der Übersicht sind an dieser Stelle zwei dicke Minuspunkte verzeichnet. Aber das macht Frau Daubler-Gmelin keine Sorgen, denn sie hat einen klaren persönlichen Standpunkt: „Seit ich selbst zwei Kinder habe, fällt es mir noch schwerer als früher, mich mit den Frauen zu solidarisieren, die da sagen: „Mein Bauch gehört mir, es ist allein meine Entscheidung, ob ich ein Kind bekomme oder nicht.““ (S. 6) Offen bleibt die Frage: Wem gehört Hertas Bauch nun wirklich?

Eine verpaßte Chance?

Die geäußerten Kritiken sind durchweg auf dieselben Punkte gerichtet. Da sind zum einen die erwähnten Passagen des Manifests, die aber zu unterschiedlichen Verhalten der Kritikerinnen führen — die einen lehnen deshalb die Initiative als falsch ab, andere finden sie dennoch unterstützenswert. Zum anderen, und das ist der Knackpunkt, die Kritik an der Verfassungsklage als Instrument, die Diskussion um den § 218 in die Offensive zu bringen. Die Verfassungsklage sei von Alice Schwarzer absolut gesetzt worden. Wer sie nicht unterstütze, stehe auf der anderen Seite. Für Fragen, Zweifel, Befürchtungen sei kein Platz.

Die Grünen, die sich als einzige von der Aufforderung, vors Verfassungsgericht zu gehen, wirklich angesprochen gefühlt haben, reagierten heftig überzogen, statt das Positive des Schwarzer-Vorschlags aufzugreifen und zu diskutieren, eigene Vorschläge zu machen.

Die Hauptkritik an der vorgeschlagenen Verfassungsklage ist die Be-



SPD-Broschüre: Entscheidung für eine mißratene Reform

nun aber um eine zentrale Aussage und frauenpolitische Ausrichtung für die bevorstehende Bundestagswahl. In Hamburg wurde vor der Bürgerschaftswahl bereits ein beträchtlicher Teil der offensichtlich recht hohen Auflage verteilt. Dieses peinliche Produkt soll also nicht in Parteibüros verstauben. Soll es also Stimmen werben oder sollen die eigenen Reihen auf die ganz hochoffizielle Linie der Partei eingestimmt werden?

Die Lektüre bietet neben allgemeinen Wahrheiten plumpe Geschichtsfälschung und Unterschlagung von Fakten. Sinnlos wird jubiliert, düstere Realitäten werden beschönigt. Auch Radikalität gegen die Männerwelt klingt an: „Wieder einmal müssen die Frauen sich gegen Politiker wehren, die — als Männer — nach wie vor ganz überwiegend kriminell Verantwortung übernehmen wollen und nicht einmal bereit sind, sich ein Kondom überzusetzen!“ (S. 14) Dies ist schon eine der kritischsten Bemerkungen des

schäftsabbruches auf vollständig neue Grundlagen stellen.“ (S. 2)

Die Partei zieht heute mit einer Herta Daubler-Gmelin in den Wahlkampf.

Grundlagen stellen.“ (S. 2) Die Partei zieht heute mit einer Herta Daubler-Gmelin in den Wahlkampf, die die bestehende Induktionsregelung als den Erfolg der 70er Jahre feiert: „Sozialdemokraten und Freie Demokraten haben diese Gesamtreform auf den Weg gebracht. Die Frauen — unbeschadet ihrer sonstigen kirchlichen oder parteipolitischen Bindungen — haben sie weitestgehend akzeptiert.“ (S. 3) Welch Hohn angesichts der Empörung und Wut, die das — nach dem Urteilspruch des BVerfG geschnitten — Gesetz nicht nur innerhalb der Frauenbewegung ausgelöst hatte. Zur Erinnerung: Es war zuvor eine lange und harte Auseinandersetzung um die Streichung des § 218 und um die „Fristenregelung“ gelaufen. Immerhin war die „Fristenregelung“ eine Gesetzesinitiative und ein zentraler Wahlkampfthema der SPD und auch der FDP gewesen. Auch viele Sozialdemokraten waren enttäuscht,

Betriebsratswahlen bei BMW ungültig

Fast drei Jahre ist es her, daß bei BMW in Westberlin der Betriebsrat neu gewählt wurde. Am 4. Dezember hat das Kasseler Bundesarbeitsgericht diese Wahl für ungültig erklärt. Anfang 1984 trat eine von der BMW-Geschäftsleitung u.a. finanziell gesponserte „Liste der Vernunft“ zu diesen Wahlen an und errang alle 15 Sitze. BMW hatte im Wahlkampf mit der Rücknahme überprüfbarer Leistungen gedroht, falls die ehemaligen IG Metall-Betriebsräte Knirsch und Vollmer wiedergewählt würden.

Knirsch, Vollmer und der Vertrauensmann Köbrich fochten daraufhin die Wahl an. In der Folge wurde ihnen seither von BMW 19mal gekündigt. Während Köbrich inzwischen schon wieder arbeitet, wurde Vollmer in den Urlaub geschickt. Das Verfahren gegen Knirsch läuft noch.

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) erklärte nicht nur die Wahlen für unwirksam, da es sich um einen „verbotenen Eingriff“ des Arbeitgebers in die Arbeitnehmerwahlen gehandelt hatte, es gelang den drei Entlassenen auch zu, eine solche Wahl anfechten zu können. Künftig können unbekannte Betriebsratskandidaten oder -Listen unter Berufung auf dieses Urteil auch bei Androhung von Entlassungen oder Repressalien nicht mehr so ohne weiteres entfernt werden. Das BAG erklärte die Entlassung der drei für unwirksam.

Der Erfolg der BMW-Kollegen ist ganz maßgeblich auf die Unterstützung durch das „Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter“ zurückzuführen, das kontinuierlich und unerschütterlich die Öffentlichkeitsarbeit und die materielle Unterstützung für die drei Entlassenen organisiert hat, da die IG Metall ihrer Verpflichtung nicht nachkam und sich aus dem BMW-Konflikt raushielt.

Doch die Konflikte bei BMW sind mit diesem Urteil nicht zu Ende. Am 15. Dezember findet im Werk eine Betriebsversammlung statt, auf der ein Wahlvorstand für die vorzeitigen Neuwahlen — die reguläre Wahl wäre in vier Monaten fällig gewesen — bestimmt werden soll. Das Solidaritätskomitee weist aber schon auf weitere Manipulationen hin. Zwei bekannte IG Metall-Mitglieder — potentielle Betriebsratskandidaten — wurden mit Drohungen und Abfindungsangeboten aus dem Werk gedrängt, der türkische Vertrauensmann Succut einen Tag vor

dem Kasseler Urteil unter fadenscheinigen Gründen fristlos entlassen, wogegen er klagt. Er hatte sich in der Vergangenheit wiederholt auf die Seite der Entlassenen geschlagen und galt als neuer Betriebsratskandidat. Das Solidaritätskomitee schreibt zur aktuellen Lage: „Man sieht: Die Auseinandersetzungen um eine demokratische Betriebsratswahl im Berliner Motorradwerk von BMW gehen nach dem Kasseler Grundsatzzurteil verschärft weiter. Wir danken allen, die uns zu dem großen Erfolg in Kassel beglückwünscht haben — aber wir müssen leider dem auch von Presse und Fernsehen nahegelegten Eindruck entgegenwirken, daß es sich um einen erfolgreichen Abschluß des Falles gehandelt habe.“ Weitere Solidarität ist notwendig.

D./Westberlin

Das Solidaritätskomitee hat zwei ausführliche Broschüren zu BMW herausgebracht: „Der Fall BMW“ (die zweite Broschüre) für DM 7 „Die gekaufte Vernunft“ (erster Teil) für DM 5.

Bestellungen sind zu richten an: Andreas Kuhlmann, Ilsenhof 14, 1000 Berlin 33.

Vorbücherbestellungen auf das Postguthaben Nr. 498 156-106 Berlin West, Bode Ziemer Sonderkonto, 1 Berlin 33.

DER FALL BMW

Ein Lehrstück über Demokratie und Meinungsfreiheit im Betrieb



Christa Merkel an Alice Schwarzer

Liebe Alice, warum kennst Du keine Kritik vertragen und setzt Dich mit dieser auseinander? Ist Deine Idee über die Verfassungsklage eine Kampagne zu initiieren, so erfolglos, daß Du quasi eine Schmutzkampagne gegen einzelne grüne Frauen machen mußt? Abgesehen davon, daß dies die oberste Art und Weise eines politischen Kampfes ist, kommen wir so sicher nicht weiter!

Laß also solche Denunziationen und setz' Dich mit Verenas Argumenten auseinander. Bisher bekräftigt Du immer nur die Notwendigkeit „dieser“ Kampagne, setzt aber den Gegenargumenten nichts entgegen. Es nützt nichts, wenn Du Verenas Position verdreht verkürzt und so interpretierst, Überprüfe die Richtigkeit Deiner Gegenargumente!

Nur wenige Punkte zur Kritik an dem Inhalt Deiner Kampagne (leider müssen LeserInnenbriefe kurz sein. Wie wäre es mit einem Artikel von uns in der nächsten Emma?) — Du weckst Illusionen in das Verfassungsgericht. Es stimmt, wenn Du sagst, daß dieses Gericht die einzige Instanz ist, die den § 218 reformieren oder abschaffen kann. Aber Voraussetzung ist ein anderes politisches Klima, eine starke Frauenbewegung. Mit dieser Patriarchenmehrheit besteht

schlichtweg die Gefahr einer Verschlechterung der bestehenden Reform des § 218. Eine Kampagne nur daraufhin zu orientieren, programmiert die Gefahr eines Mißerfolges vor und kann weitere Aktivitäten aus der Frauenbewegung heraus beschneiden und diese schnell wieder niederschlagen — Ziel ist es, in die Offensive zu kommen, dies ist unser gemeinsames Ziel. Unsere Kritik an dem Manifest richtet sich gegen dessen defensiven Text. Offensiv sein heißt nicht nur viele Menschen hinter eine Kampagne zu bringen, offensiv heißt auch, sich gegen die Mordrinnen Kampagnen der Rechten zu wenden, sich gegen die Moralisierungswelle (und dies gerade auch bei den GRÜNEN) zu wenden, indem deutlich für die ersatzlose Streichung des § 218, für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, für ein Abbruchrecht, für bessere Abbruchbedingungen und letztlich gegen das traditionelle Frauenbild gekämpft wird.

Wir hätten es besser gefunden, wenn Du ein breites Bündnis initiiert hättest und stattdessen eine breite gemeinsame Diskussion mit vielen Frauen aus verschiedenen Zusammenhängen über eine gemeinsame Strategie — und in diesem Zusammenhang auch über eine Verfassungsklage — angeregt hättest. Auf dieser Grundlage hätte dann eine Kampagne weitergeführt werden können.

Übrigens Alice: Wir haben Dir nie persönlich unterstellt, daß Du

nicht mehr für die Streichung des § 218, sondern unsere Aussagen bezogen sich immer auf den defensiven Text des Manifestes und gegen die Verfassungsklage zum gegebenen Zeitpunkt aufgrund der schlechten Voraussetzungen. Wir haben auch nie ein Gegenmanifest veröffentlicht, sondern lediglich eine Presseerklärung, wo wir unsere Kritik an dem Inhalt Deiner Kampagne deutlich machten!

Warum also die ganze Hetze gegen Verena? Deine Autorität in Ehren, aber so selbstverständlich, wie Du diese Kampagne aufgezogen hast, solltest Du es nicht nötig haben, zu solchen Mitteln zu greifen.

Ich hoffe trotz alledem, daß eine Mobilisierung und viel Power gegen den Patriarchen-§ 218 entsteht — unabhängig von der Verfassungsklage.

Christa Merkel (Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN)

P.S.: Wenn wir eine Verfassungsklage zum jetzigen Zeitpunkt inhaltlich richtig finden würden und uns diese weiterbringen und nicht zurückwerfen würde, dann würden wir dies auch in den GRÜNEN durchsetzen, dessen kannst Du sicher sein, Alice! Zur Machtlosigkeit § 218-Frauen sind wir noch nicht gekommen.

(Christa Merkel überreichte ihren LeserInnen-Brief der AK Redaktions)

Gerhard Baader

Als Kind einer „privilegierten Mischehe“ (Mutter Jüdin) 1928 in Wien geboren. Ab 1942 Zwangsarbeit im Reichs- und Fronieinsatz, ab 1944 bei der „Organisation Todt“ (Baader: „ein Himmelfahrtskommando“). Durch Zufall auch die letzten Tage des Faschismus überlebt.

Seit 1967 am Institut für Geschichte der Medizin an der Freien Universität Westberlin. Habilitation: Forschungsschwerpunkte: Medizin im Nationalsozialismus, Emigrationsforschung.

Flüchtlinge im Faschismus — und heute

Interview mit Prof. Gerhard Baader

AK: Gerhard, Du engagierst Dich sehr an der Flüchtlingsfrage und hast z.B. an dem Flüchtlingskongress der Alternativen Linke und der Grünen, der vor kurzem in Berlin stattgefunden hat, teilgenommen. Warum machst Du das?

Gerhard Baader: Es ist aufgrund meiner eigenen Biographie für mich eine Selbstverständlichkeit, Menschen, deren Freiheit bedroht ist und die sich in Lebensgefahr befinden, jede Form der Unterstützung zu geben. Mir ist selber sehr bewußt, was es bedeutet, politisch verfolgt zu sein. Ich möchte da sämtliche „rassistisch“ Verfolgte des Dritten Reiches mit einschließen, weil damals niemand jemand danach gefragt hat, ob er als Kommunist, Sozialist, bekennender Christ oder aufgrund seiner Abstammung Verfolgung und Lebensgefahr erleben mußte.

Sind es also wesentlich persönliche Gründe aufgrund Deiner eigenen Erfahrung, die Dich dazu bringen, Dich heute an der Flüchtlingsfrage zu engagieren?

Dies ist in dieser Form nicht richtig. Die Flüchtlingsfrage hatte damals wie heute schon eine ausgesprochen politische Dimension. Das gilt auch für die Situation in der BRD hier und jetzt, wo trotz aller verbaler Beteuerungen das Asyl politischer Flüchtlinge in Frage gestellt wird. Denn wenn man von politischen Flüchtlingen das Erlangen eines Visums, rechtmäßiger Papiere und eine rechtmäßige Einreise verlangt, wird damit gerade das politische Asyl ad absurdum geführt. Kaum einer der politischen Flüchtlinge des Nationalsozialismus, das heißt für seine politischen Gegner von der Linken bis hinüber zum konservativen Lager, hätte eine solche Bedingung erfüllen können. Andererseits haben gerade diese politisch engagierten Menschen Verfolgung und physische Bedrohung vom ersten Tag der Machtübernahme an erfahren müssen. Sie haben allerdings sofort begriffen, daß ihr Leben in Ge-

fahr war, sie haben unter vielen Schwierigkeiten und Entbehrungen die Flucht versucht, sind oft gescheitert, wurden wieder in die Konzentrationslager des Nationalsozialismus zurückgebracht und sind in mehr als einem Fall dort ermordet worden. Gerade die eigene leidvolle Erfahrung der Verfolgung ist für jeden von uns, der selbst zu den politisch Verfolgten des Nationalsozialismus gehört, eine Verpflichtung den Ermordeten gegenüber, für offene Grenzen zu sorgen. Dies ist insgesamt nichts anderes, als ein Teil unseres politischen Kampfes, den wir heute in diesem Lande gegen Vorurteil, Diskriminierung, Reaktion und Unterdrückung Andersdenkender, die immer mühsamer wird, zu führen haben.

Du hast hier zunächst von den politischen Gegnern des Nationalsozialismus gesprochen, wie war nun die Möglichkeit für die ersten politischen Verfolgten des Hitler-Regimes, die auf den ersten schwarzen Listen standen oder fürchteten, auf die ersten schwarzen Listen zu kommen, in andere europäische Länder auszuweichen? Waren ihnen da Grenzen gesetzt, in welchen Ländern waren ihnen Grenzen gesetzt, wie wurden sie dort aufgenommen?

Man kann fast uneingeschränkt sagen, daß eine Aufnahme mit offenen Armen so gut wie nirgends erfolgt ist. Die wesentlich im linken Spektrum politisch engagierten Genosseninnen und Genossen haben zum Teil durch sozialistische Organisationen in den Genußlandern Unterstützung bekommen. Trotz dieser Hilfe war es sehr, sehr schwierig, Aufenthaltsgenehmigungen und vor allem Arbeitsgenehmigungen zu erhalten. Das gilt so gut wie für alle europäischen Länder, in außereuropäischen Ländern — wesentlich in den Vereinigten Staaten — war die Möglichkeit zu-

nächst eigentlich nur für diejenigen gegeben, die für sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik den Boden dazu geebnet bzw. Vorsorge getroffen hatten, sofort emigrieren zu können. Freunde haben sich dabei oft bewährt. Es muß überhaupt gesagt werden, daß nur die Wenigsten von allen, die eine klare Analyse der politischen Verhältnisse im Deutschland der ausgehenden Weimarer Republik treffen konnten, sofort, als es notwendig wurde, diesen Schritt getan haben, oft mit Hilfe von sozialistischen Organisationen im Ausland, oder — wenn sie selbst das nötige Geld hatten — das eine Emigration ermöglichte.

Du hast gesagt, daß die Schwierigkeiten, die die Regierungen der einzelnen europäischen Länder gemacht haben, im großen und ganzen dieselben gewesen sind. Kannst Du dennoch etwas zu einzelnen Ländern sagen, z.B. zur Schweiz, Frankreich, Holland, England?

Du hast gesagt, daß die Schwierigkeiten, die die Regierungen der einzelnen europäischen Länder gemacht haben, im großen und ganzen dieselben gewesen sind. Kannst Du dennoch etwas zu einzelnen Ländern sagen, z.B. zur Schweiz, Frankreich, Holland, England?

Zur Schweiz läßt sich sagen, daß es ein Land gewesen ist, das eine lange Asyl-Tradition hatte. Wenn man die Realität jedoch vergleicht mit dem Anspruch, der auch von der Schweiz immer erhoben wurde, so war gerade die Schweiz eines der Länder, die vom ersten Augenblick an eine der höchsten Rückstellungsquoten von Flüchtlingen nach Nazi-Deutschland hatte. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Schweiz dasjenige Land ist, das den ominösen Stempel „J“ — nämlich für Jude — im Personalausweis und im Paß von den Nachbarländern verlangt hat, damit diejenigen, die so gekennzeichnet waren, sofort an der Grenze bereits wieder an die Gestapo zurückgestellt werden konnten, soweit sie — und wer hatte das? — nicht offizielle Einreisepapiere besaßen. Trotz aller Hilfe, die im Einzelfall von Genossen geleistet wurde, waren Flüchtlinge in der Schweiz in extremer Weise damit konfrontiert, daß sie das Asylrecht nicht in dem Maße, wie sie es erhofft hatten, in Anspruch nehmen konnten. Käthe Frankenhof, die frühere Stadtärztin von Neukölln, aber nicht nur sie, ist dafür ein Beispiel. Für sie war die Schweiz nur eine Übergangsstation von Frankreich zur CSR und letztlich in die USA. Die Schweiz mußte sie wegen einer Denunziation verlassen.

Frankreich hatte ebenfalls eine alte Asyl-Tradition. In Frankreich, trotz aller Restriktionen, die bestanden haben, gab es zunächst — wir hatten in der ersten Zeit ja noch die Volksfrontregierung — wenige Rückstellungen, das ist der französischen Tradition überhaupt nicht entprochen hätte, diese vorzunehmen. Es ist zwar eine Tatsache, daß die Flüchtlinge dort in Not und Elend gelebt haben und oft auch im wahren Sinne des Wortes zugrunde gegangen, man könnte fast sagen verhungert sind, und es ist auch unbe-

stritten, daß die Schikanen der französischen Polizei wie die der gesamten französischen Bürokratie keineswegs angenehm waren, aber ein Überleben mit Hilfe anderer war doch häufig möglich. Dies änderte sich erst radikal, als der Krieg ausbrach.

Holland hat eine offene Flüchtlingspolitik betrieben, wobei aber, und das gilt ebenso für die skandinavischen Länder, die Möglichkeiten für die Flüchtlinge faßfassen, oft sehr schwierig waren. Hier sei der Berliner Stadtverordnete der SPD und Sozialhygieniker Ludwig Jaffé angeführt, von dem es einen erschütternden Brief gibt, ein paar Tage, bevor er selber den Freitod gewählt hat. Jaffé stand vor der Situation, aus Holland nach Deutschland zurückgehen zu müssen, weil seine Geldmittel immer weniger wurden und sein gültiger deutscher Paß abließ, der die Grundlage seines Aufenthalts in Holland war. Er war Sozialhygieniker und durfte keine politische Betätigung ausüben. Was ist aber Sozialhygiene anderes als politische Betätigung? Selbst seine Freunde

Freitod gewählt hat. Jaffé stand vor der Situation, aus Holland nach Deutschland zurückgehen zu müssen, weil seine Geldmittel immer weniger wurden und sein gültiger deutscher Paß abließ, der die Grundlage seines Aufenthalts in Holland war. Er war Sozialhygieniker und durfte keine politische Betätigung ausüben. Was ist aber Sozialhygiene anderes als politische Betätigung? Selbst seine Freunde

England ist in der ersten Zeit noch relativ wenig beteiligt. Es gab im wesentlichen gezielte Aktionen. Das gilt selbst für die Mitarbeiter der berühmten Warburgschen kulturhistorischen Bibliothek, die zusammen mit dieser früh nach England gekommen waren. Die anderen gezielten Aktionen betrafen zum einen Kinder aus jüdischen Familien, vor allem aus sogenannten privilegierten Mischehen, die in Familien ihres sozialen Status untergebracht und somit der Verfolgung und in vielen Fällen dem sicheren Tod entzogen wurden. Zum zweiten betrafen diese Aktionen jüdische Frauen aus den gleichen Familien, die als Hausgehilfinnen arbeiten konnten, während ihre Männer in Deutschland zurückblieben. Daß diesen in keinem Fall eine Ausreise genehmigt wurde, da sich Hitler-Deutschland in der Zeit des bereits geplanten Krieges noch nicht entschieden hatte, ob sie nicht doch zum Wehrdienst herangezogen werden sollten, sei nur nebenbei vermerkt.

Das waren die beiden ersten Möglichkeiten, in England unterzukommen. Generell war ein englisches Visum nur schwierig und über Freunde zu erhalten.

Wie war die Situation in den europäischen Einwanderungsländern, als der erste Einwanderungsschub vorbei war, d.h. als nicht mehr nur vor allem politisch gefährdete oder politisch weit sichtige Menschen Deutschland verließen, sondern als eine Auswanderung größeren Ausmaßes, insbesondere aufgrund der sich verschärfenden Verfolgung der Juden, begann?

Wichtig ist zunächst darauf hinzuweisen, daß es sich selbst bei der Zunahme der Emigration der deutschen Juden, ebenso wenig wie bei der sogenannten Flüchtlingsflut heute, um eine Zahl gehandelt hat, die von der übrigen Welt — besonders von den typischen Emigrationsländern — ohne Schwierigkeiten hätte aufgenommen werden können.

Trotzdem verschärfte sich gerade in der Schweiz die Situation für die Flüchtlinge extrem, da man sich keinerlei politische Schwierigkeiten als Nachbar Hitler-Deutschlands mit dem Nazi-Regime einhandeln wollte. Die Haltung der Bevölkerung war keineswegs anders, als wie wir sie heute gegenüber den italienischen Gastarbeitern dort kennen. Man muß hier einmal sagen, daß trotz des Rufes der Schweiz als Immigrationsland, dort keineswegs die Bereitschaft bestand, die man hatte erwarten können.

In Frankreich, Holland und England war die Situation eine andere. Das hat etwas mit der Tradition dieser Länder zu tun.

In Holland war die Situation durch zwei Faktoren gekennzeichnet. Erstens war es stets nur in geringem Maße ein Zielland für Flüchtlinge, weil seine Nähe zu Deutschland es nicht immer als sicher erscheinen ließ. Zweitens ist darauf hinzuweisen, daß Holland das Land ist, in dem — verglichen mit anderen Ländern — der prozentual größte Teil seiner jüdischen Bevölkerung durch die Mithilfe der eigenen Bevölkerung dem Holocaust entgehen konnte (1).

Für Frankreich ist zu sagen, daß der überwiegende Teil der französischen Bevölkerung eindeutig nicht auf der Seite Hitler-Deutschlands stand. Das hatte zur Folge, daß eine nicht kleine Zahl von Asylsuchenden und Verfolgten, die von den Nazis direkt bedroht waren, im französischen Untergrund überleben oder den Weg aus dem Land heraus finden konnten.

Vielleicht kannst Du noch etwas darüber sagen, wodurch die zweite Welle, also der große Flüchtlingsstrom aus Deutschland ausgelöst worden war.

Wir hatten es bei den Flüchtlingen aus Nazi-Deutschland vom ersten Tag an auch mit Juden zu tun, die selber zu den politisch engagierten Vertretern eines demokratischen Deutschlands gehörten und zu den Todfeinden des Nationalsozialismus. Die Nürnberger Rassengesetze des Jahres 1935 und der große gewaltige Einschnitt, wo auch dem assimilierten deutschen Judentum (das noch immer meinte, daß Hitler kommen und Hitler gehen wird oder, daß es auch unter dem Nationalsozialismus einen modus vivendi geben könnte) die Augen geöffnet wurde. Es setzte ein Flüchtlingsstrom ein, der über alles hinauszuweisen schien, was bis dahin gewesen war.

Trotzdem: Von den in Deutschland lebenden Juden — 1933 waren es etwa 525.000 — waren es nur etwa 280.000, denen bis 1939 die Ausreise gelang.

Wenn wir uns diese Größenordnung ansehen, so müssen wir uns ebenso wie heute klarmachen, daß von einer Überfülle, die die modernen Industrienationen nicht ohne weiteres hätten integrieren können, auch damals keine Rede sein konnte. Die Flüchtlinge haben trotz aller Hilfe um einzelnen in dieser Zeit ganz klar zu blockieren begonnen und die ohnedies schwierigen Integrationsbedingungen, die bereits für die politischen Flüchtlinge galten, auf die einströmenden Juden in schärfster Restriktion angewandt.

Die Tagesbeschäftigung — das kann ich aus eigener Erfahrung noch im Jahr 1938 aus Wien sagen — die Tagesbeschäftigung aller dieser meist vom Erwerbsleben ausgeschalteten Menschen war, vor den einzelnen Botschaften und Konsulaten ihre Zeit zu verbringen, weil man vielleicht gehört hatte, es könnte hier ein Visum oder die Möglichkeit zur Emigration geben, was aufgrund der finanziellen Situation dieser Menschen meist illusorisch war. Den Botschaften waren noch zwei Möglichkeiten geblieben, dorthin zu gehen, wo kein Visum notwendig war: nämlich nach Shanghai oder Bolivien. Wer sein letztes Hab und Gut verkaufen und sich eine Schiffskarte leisten konnte, hatte noch die Chance dazu. Wovon die Flüchtlinge dort leben sollten, war völlig unklar, wie konnten dort nur den Mord schergen Hitlers entgehen, eine Situation, die nach der sog. Reichskristallnacht noch gravierender wurde, wo ein überwiegender Teil jüdischer Akademiker zu-nächst für einige Tage in die Konzentrationslager, vor allem nach Dachau und Buchenwald gebracht wurde. Diese Menschen versuchten natürlich nichts anderes, als außerhalb des Landes zu kommen.

Vielleicht können wir jetzt zu dem von- hin ausgesparten oder noch aufgeschoben Punkt kommen, wie sich die Situation für die Flüchtlinge in Frankreich bei Ausbruch des Krieges änderte.

In Frankreich hat der Kriegsbeginn sofort eine radikale Verschlechterung der Situation gebracht. Während — wie bereits gesagt — in Frankreich zwar eine schwierige Situation für Flüchtlinge bestand sowohl als das Überleben und das Arbeiten betraf, wurden nun alle Flüchtlinge als deutsche Staatsangehörige in Lagern — Vorne in Südfrankreich ist das typische Beispiel dafür — zusammengefaßt. So unrichtig es wäre, diese Lager mit deutschen Konzentrationslagern zu vergleichen, so waren es trotzdem Orte, wo diese Menschen in einem sehr hohen Prozentsatz zu Tode gekommen sind aufgrund der unmöglichen Verhältnisse in diesen Lagern. Die Situation verschärfte sich noch weiter, „als“ die Kriegssituation in Frankreich für die deutsche Invasionarmee einen günstigen Verlauf nahm und sich eine französische Regierung herauszubilden begann, die bereit war, mit den Deutschen zu kooperieren, um damit in Südfrankreich ein von Deutschland unabhängig schützendes Territorium zu erhalten. Im Zuge dieser Ereignisse kamen die Insassen der Lager in eine furchtbare Situation, die zu einem nicht geringem Teil ihren Tod, zu einem kleineren die Auslieferung an die Deutschen gebracht hat. Es sei hier nur an prominente Leute, wie an den ehemaligen Reichsfinanzminister, den Sozialdemokraten Rudolf Hilferding erinnert, der 1941 von der französischen Polizei verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert wurde. Bei einem Verhör in Paris stürzte er sich aus dem Fenster.

Mit Einmarsch der Wehrmacht in Frankreich bzw. in die Gebiete, wo die Lager waren, sind die Lager doch meines Wissens an die Wehrmacht bzw. auch an die SS übergeben worden.

Dies ist richtig. Hier kann man z.B. auf den Pionier der Ambulatorien der Berliner Krankenkassen, Felix Königsberger, verweisen, dem seine Flucht von Paris nach Südfrankreich keine Rettung brachte. Er wurde von der französischen Polizei ins Lager Drancy gebracht und von dort 1944 nach Auschwitz deportiert, in Dachau wurde er ermordet, weil er sich weigerte, an medizinischen Experimenten an jüdischen Kindern teilzunehmen.

Doch ist es einem nicht kleinen Teil der dort festgehaltenen vor Übergabe an die Nazis gelungen — unter welchen Vorzeichen auch immer — aus den Lagern entweder entlassen zu werden oder zu entweichen. Dies war keineswegs einfach, sondern war immer mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Flüchtlinge haben dann eine wesentliche Unterstützung in Marseille bei den amerikanischen Behörden bekommen. Es wurde eine Route eröffnet, die von Marseille in Südfrankreich — das heißt durch Tunesien — nach Algerien führte. Vorzeichen auch immer — aus den Lagern entweder entlassen zu werden oder zu entweichen. Dies war keineswegs einfach, sondern war immer mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Flüchtlinge haben dann eine wesentliche Unterstützung in Marseille bei den amerikanischen Behörden bekommen. Es wurde eine Route eröffnet, die von Marseille in Südfrankreich über die Pyrenäen durch Franco-Spanien nach dem Portugal Salazar ging, von wo die Menschen zum überwiegenden Teil in die Vereinigten Staaten oder nach Mexiko emigrieren konnten. Eine bestimmte Zeit hindurch wurden gerade von amerikanischen Vertretern, z.B. Vizekonsul Bingham, in großzügiger Weise amerikanische Einwanderungsgenehmigungen ausgestellt. Es gab sogar ganz wenige Schiffe, die von Marseille direkt abgegangen sind. Das französische Kollaborationsregime, das bald in Vichy sein Zentrum unter Marshall Petain hatte, war ohne Rückhalt in der französischen Bevölkerung, was dazu führte, daß diese Flüchtlinge — und das waren sie jetzt in des Wortes wahrer Bedeutung — auf ihrem Weg nach Spanien volle Unterstützung erhalten haben. Darüberhinaus konnte ein nicht kleiner Teil auch mit Hilfe der sich bald bildenden französischen Résistance im Lande selber untertauchen.

Kantorowicz beschreibt in seinem Buch „Jude in Frankreich“, daß schon vor Ausbruch des Krieges bzw. dann natürlich während des Krieges die Heize in den französischen Medien gegen die deutschen Exilanten ungeheuer groß war. Daß diese zum Teil gleichgesetzt wurden mit der Wehrmacht und dem Nazi-Regime und daß dennoch diese Heize, die die Tarnwehr in einer unglaublichen Weise ins Gegenteil verkehrte, bei der französischen Bevölkerung nicht verlangen hat. Kantorowicz spricht z.B. davon, daß ihm selber und seiner Frau von den Exilanten und dem Bürgermeister des Ortes, wo sie wohnten, geholfen wurden ist.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Dies kann man über die Einzelschuldung bei Kantorowicz hinaus doch weitgehend verallgemeinern. Dazu kommt, daß die französische Bevölkerung zu dieser Zeit auch in einem sehr hohen Maße eine Bevölkerung auf der Flucht gewesen ist. Gerade diejenigen, vor allem auch wieder die, die den Linkskräften gerade der Volksfrontregierung angehört haben, haben natürlich alles getan, um dem Zugriff der Deutschen zu entgehen, d.h. ins südliche Frankreich zu kommen, wo auch der Kern der Résistance aufgebaut wurde. In dieser Gesamtsituation hat man selbstverständlich die mit den Deutschen kollaborierende Regierung abgelehnt. Es wurde systematisch eine Hilfe für die deutschen Flüchtlinge aufgebaut, dafür spricht ja auch wieder — ebenso wie in Holland aus anderen Gründen — der recht hohe Prozentsatz derer, die in Südf Frankreich im Untergrund überlebt haben.

Wie konnte das denn überhaupt gelingen, daß Flüchtlinge, die sich in Frankreich befanden, letztendlich dann doch in die Vereinigten Staaten oder nach Mexiko über den Weg Spanien, Portugal gelangen konnten?

Das Wesentliche für diese Flüchtlinge war ja stets, wenn alle äußeren Bedingungen gegeben waren, das Geld für die Schiffskarte zu erhalten. Hier haben private Organisationen, jüdische und nichtjüdische, die diese Flüchtlinge unterstützt haben, das ihre getan, die äußeren Rahmenbedingungen zu schaffen, von offiziellen Vertretern der jeweiligen Länder, wesentlich von dem Vertreter der Vereinigten Staaten in Marseille rückhaltlos und unter persönlichen Risiken unterstützt. Das gilt viel später in gleicher Weise erstens für die Juden in Holland und noch im größeren Maße für die Juden in Dänemark, wo es die persönliche Initiative mit hohem Risiko von Teilen der Bevölkerung gewesen ist, die damit ihren Teil des Kampfes gegen das verbrecherische Nazi-Regime geleistet hat.

Ich möchte hier im speziellen auf Dänemark eingehen. Es sind private Initiativen gewesen, die über persönliche Initiativen hinausgegangen sind, die es ermöglicht haben, daß der überwiegende Teil der dänischen Juden überlebt hat. Dies hat sich auf allen Ebenen abgespielt. Das geht hinauf bis zum Königshaus. Das Überleben der etwa sechshundert dänischen Juden, die, bevor die Hilfsaktionen ergriffen hatten, von den Deutschen deportiert worden waren, wurde u.a. dadurch ermöglicht, daß auch der dänische König ständig nach ihnen erkundigte, was sogar die Nazisbehörden dazu gebracht hat, die dänischen Juden nicht in die Vernichtungslager zu schicken. Der dänische König trug selbst demonstrativ

In Dänemark ist es ja gelungen, daß bis auf einen sehr kleinen Teil nach dem Einmarsch der Wehrmacht, alle Juden versteckt oder nach Schweden gebracht wurden, und zwar nicht nur die dänischen Juden selber, sondern auch die deutschen Juden, die nach Dänemark geflohen waren.

Ja, das ist richtig. Man muß sagen, es war ein relativ kleiner Prozentsatz, da Dänemark keines der typischen Immigrationsländer gewesen ist. Das hängt mit den Möglichkeiten zusammen, die in der Zeit nach 1933 da waren, denn da war selbstverständlich immer die Hoffnung Frankreich oder die USA. Darüberhinaus war auch hier die Nähe zu Deutschland nie besonders vertrauenswürdig.

Vielleicht kannst Du noch ein paar Worte zu den USA sagen.

Ja, in den Vereinigten Staaten — das muß man von vornherein sagen — war es keineswegs so, daß es zu irgendeiner Zeit die Tore (was notwendig gewesen wäre) offen für alle, oder Schritte unternommen wurden, um die Einwanderungspraxis der Vereinigten Staaten, d.h. die für bestimmte Länder für jedes Jahr festgesetzten Einwanderungsquoten, radikal zu ändern und damit den europäischen Juden die Möglichkeit zu geben, hier zu überleben. Das, was in den USA erreicht wurde, geschah ebenfalls vor allem aus Privatinitiative. Es wurden nicht nur die sogenannten Affidavits beschafft (d.h. überhaupt die Möglichkeit ins Land zu kommen), sondern zu gleicher Zeit die Verantwortung übernommen, daß diejenigen, die dorthin kamen, nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen, was eine behördlich festgelegte Voraussetzung für die Einreise in die USA war.

Es war also wesentlich ein materielles Problem, das hier zu lösen war; ein Affidavit hat so gut wie jeder, der Verbindungen dorthin hatte, durch Verwandte oder durch politische Freunde erhalten können. Um die Zuweisung der Quotennummer und die Zusage der Versorgung für möglichst viele Flüchtlinge zu erreichen, wurden private Organisationen und Komitees, vor allem jüdische, tätig. Doch dieses würde durch knallharte Ständesinteressen in den Staaten selbst konterkariert. So haben es z.B. die Ständesverbände der Ärzte erreicht, daß 21 von 48 Staaten der USA die Emigranten eine Approbation erteilt haben und daß auch die liberalere Zulassungspraxis im Staat New York 1936 ihr Ende fand, wo bis dahin 500 Emigranten formlos die Praxiserlaubnis erhalten hatten. Es haben sich hier die amerikanischen ärztlichen Ständesvertreter sehr bald durchsetzen können, um sich die für sie unangenehme Konkurrenz vom Leibe zu halten.

Du sprichst selbstverständlich sehr viel von den jüdischen Flüchtlingen. Hat die Einwanderung der jüdischen Flüchtlinge in die anderen europäischen Staaten, in die Vereinigten Staaten usw. den auch dort vorhandenen Antisemitismus wesentlich verschärft?

Dies war mit einer der Strategien Hitler-Deutschlands. Die Auswanderungen sollten, neben vielen anderen Dingen, den Nazis Geld bringen, weil eine Kopfsteuer vor der Auswanderung zu leisten war, aber sie sollten auch den Antisemitismus in den Gastländern verstärken und so die „rassenhygienischen“ Maßnahmen Hitler-Deutschlands in den Gastländern ebenfalls salonfähig machen. Diese Nazi-Strategie hatte in den einzelnen Ländern in unterschiedlicher Weise Erfolg. Zwar gelang das Salonfähigmachen der „rassenhygienischen“ Vorstellung der Nazis nicht, jedoch wurde der bereits vorhandene Antisemitismus verstärkt, z.B. in der Schweiz und auch selbst und gerade innerhalb der französischen Résistance. Auf der anderen Seite bildeten sich mehr und mehr jüdische Zentren heraus, deren Hauptaufgabe die Hilfestellung für Flüchtlinge war.

Generell ist zu sagen, daß nur in den Ländern, in denen die Diskriminierung von Minderheiten keinen positiven Wert darstellte, der Antisemitismus keinen Boden fand. Das sind im wesentlichen Holland, Dänemark, Schweden und vor allem die Ostküste der Vereinigten Staaten.

Angesichts der von Dir genannten Fakten über die Situation der Flüchtlinge im Faschismus, ist es ein besonderer Skandal, daß die BRD seit ihrem Bestehen nicht mehr als 64.800 Flüchtlingen politisches Asyl gewährt hat und nun auch noch die Grenzen schließt.

Angesichts der gesellschaftlichen Realität der BRD ist dieses keineswegs verwunderlich.

Im Nationalsozialismus hat es in der Verfolgung niemals einen Unterschied zwischen politischen und anderen Flüchtlingen gegeben — wie deutlich geworden ist — und es gibt sie auch heute nicht.

Worum es heute in der BRD geht, ist etwas anderes: nämlich das Grundgesetz Zug um Zug außer Kraft zu setzen. Ein Hebel dazu sind die Asylsuchenden, über die man am ehesten ausländerfeindliche Emotionen der Bevölkerung mobilisieren zu können glaubt, was auch in hohem Maße gelingt. So entspricht es einer inneren Logik, daß man Bestimmungen verabschiedet, die — wie ich bereits eingangs gesagt habe — praktisch den überwiegenden Teil der politischen Flüchtlinge vom Asylrecht ausschließt.

Diejenigen Flüchtlinge, die vor Krieg, Elend und auch physischer Bedrohung den Weg aus ihren Heimatländern suchen, um den Bedingungen zu entgehen, die letztlich die Industriestaaten durch ihre verantwortungsvolle Politik zu verantworten haben, werden gleich im Vorfeld zu Wirtschaftsflichtlingen gestempelt und damit von der Wirksamkeit des Grundgesetzes ausgeschlossen.

Eine großzügige Handhabung des Asylrechts für alle politischen Flüchtlinge und ein Bleiberecht für alle Opfer einer imperialistischen Politik in der Dritten Welt kann der Weg sein, aus den Fehlern der Vergangenheit in der Flüchtlingspolitik zu lernen und sich so gleichzeitig der Verantwortung gegenüber den Opfern nationalsozialistischer Vernichtung zu stellen.

(Das Interview führte Dr. Westberlin)

Anmerkung:
1) V. in Jan. etwa 120.000 Juden in den Niederlanden auf Jan. 1. 1940 von den Nazis umgebracht. Vgl. Martin Gilbert: Jewish History Atlas, Jerusalem. Tel Aviv: Haifa, Barmatzky Ltd. 1965. 3rd. Edition. S. 103.

Bundestag verschärft Asylrecht

Am 13.11.86 verabschiedete der Bundestag ein ganzes Paket von Gesetzesänderungen, die eine weitere Verschärfung der ohnehin schon restriktiven Asylrechtspraxis bedeuten. Im einzelnen wurde das Asylverfahrensgesetz in folgenden Punkten (gegen die Stimmen von SPD und Grünen) beschlossen:

— Als „offensichtlich unbegründet“ gelten nunmehr alle Asylanträge, die mit der wirtschaftlichen Lage, einer „allgemeinen Notsituation“ oder kriegsgerichtlichen Auseinandersetzungen in den Herkunftsländern begründet werden. Nur wirklich „politisch Verfolgte“, so heißt es zynisch, sollen als Asylbewerber anerkannt werden. — Das Arbeitsverbot für nicht anerkannte Asylbewerber wird von zwei auf fünf Jahre verlängert, sog. „Ostblockflüchtlinge“ erhalten künftig erst nach einem Jahr eine Arbeitserlaubnis. — Sog. „Nachflüchtlingsründe“, die von einem in der BRD lebenden Ausländer erst im Nachhinein als Asylgrund angegeben werden — etwa infolge drastischer Veränderungen in ihren Heimatländern — fallen künftig völlig weg. — Ein Flüchtling, der bereits in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gesucht hat, verliert hierzulande die Anerkennung.

— Beförderungsunternehmen wie Fluggesellschaften müssen 2.000 DM Strafe zahlen, wenn sie Ausländer ohne gültige Einreisepapiere in die BRD befördern. Sie werden verpflichtet, drei Jahre lang hier nicht anerkannte Asylbewerber wieder auszufliegen.

Schon vor diesem Gesetzespaket ist der Visumzwang für alle Flüchtlinge aus den Staaten verschärft worden, die zu den „Hauptflüchtländern“ zählen (Sri Lanka, Iran, Libanon usw.). Hinzurechnen muß mensch auch die Vereinbarungen zwischen der BRD bzw. Westberlin und der DDR. Die DDR hat sich vom 1.10.86 an verpflichtet, den bundesdeutschen Visumzwang für ausländische Einreisende über Ostberlin anzuwenden. Ergebnis: In den ersten drei Wochen nach dieser Vereinbarung beantragten nur noch 75 Flüchtlinge politisches Asyl (September: 4.000). In Helmstedt wurde im November nicht ein einziger Flüchtling als Asylantragsteller registriert. Dieses verabschiedete Gesetzespaket und die zusätzlichen Maßnahmen (Vereinbarungen mit der DDR) soll dem Ziel dienen, die Anzahl der Flüchtlinge, die in die BRD kommen, zu halbieren.

Die Maßnahmen knüpfen an Asylrechtsverschärfungen an, die seit etwa Mitte der sechziger Jahre, verstärkt seit 1980, diskutiert wurden. Hintergrund ist vor allem eine Veränderung der Flüchtlingsstruktur: bis Anfang der sechziger Jahre handelte es sich überwiegend um „Ostblockflüchtlinge“, die in die BRD kamen. 1974 betrug der Anteil der außereuropäischen Flüchtlinge bereits 70%. Es handelt sich also um Maßnahmen einer politischen und ethnischen Selektion, denn es ist erklärtes Ziel der Asylrechtsverschärfung

ung a) Flüchtlinge aus Ländern des „3. Welt“ möglichst gar nicht mehr aufzunehmen und b) die Anzahl der Flüchtlinge insgesamt auf einem niedrigeren Niveau zu kontingenzieren.

Zu diesem Zweck wurden von der damaligen Schmidt-Regierung u.a. der Visumzwang für Flüchtlinge aus den „Hauptflüchtländern“ Afghanistan und Äthiopien eingeführt, für beide Herkunftsländer das sog. Zwischenlandsprivileg aufgehoben (vorher bestand noch das Schlupfloch, die BRD als Zwischenlandsort anzugeben, für das kein Visumzwang existierte), der Sichtvermerk für Angehörige der genannten beiden Staaten eingeführt, der von der Auslandsvertretung der BRD ausgestellt werden muß. Fluggesellschaften wurden schon damals hohe Geldbußen auferlegt, wenn sie Flüchtlinge aus diesen beiden Ländern ohne gültige Einreisepapiere beförderten. Ebenfalls unter Schmidt durchgesetzt waren das zweijährige Arbeitsverbot, die Aufhebung der Freizügigkeit, die Zwangsunterbringung in „Asylanheimen“ und die Einführung der Visumpflicht für Flüchtlinge aus allen zu erwartenden Flüchtländern.

Trotz dieser Regelungen gab es noch immer „Schlupflöcher“, die seit der „Wende“-Regierung nunmehr zügig beseitigt wurden.

Das sogenannte Maßnahmenbündel der derzeitigen Asylgesetzgebungsverschärfung hat folgende praktische Konsequenzen:

1. Zum einen bezwecken die Gesetze eine hohe Abschreckung, überhaupt in der BRD um Asyl zu ersuchen. Dazu gehören die Ausweitung des Arbeitsverbots und die Internierungslager („Asylanheimen“).

2. Strikter Visumzwang und Sichtvermerk, sowie restriktive Anweisungen an bundesdeutsche Auslandsvertretungen (Botschaften, Konsulate usw.) sollen die Einreise schon präventiv verhindern.

3. Die restriktive, selbst gegen Menschenrechts- und Flüchtlingskonventionen verstoßende Neudefinition von Asylbegründungen (Asylanträge seien „unbegründet“ in Fällen wirtschaftlicher Not, einer „allgemeinen Notsituation“ oder „kriegsgerichtlicher Auseinandersetzungen“) legitimieren stattdessen Grenzschutzbehörden, Flüchtlinge bereits an der Grenze wieder abzuweisen — wie bei libanesischen Flüchtlingen bereits geschehen. Demnach können also alle Eritreer, Iraner, Kurden, Tamielen, Libanesen, Palästinenser oder Ghanesen nicht mehr damit rechnen, einen Anspruch auf Asyl wahrnehmen zu können. In Westberlin wurde bekanntlich die Abschiebung von libanesischen Flüchtlingen auf dieser gesetzlichen Grundlage (§ 2 Asylverfahrensgesetz) eingeleitet.

Diese letztere Maßnahme geht sogar noch einen Schritt weiter, denn kam es bisher darauf an, Flüchtlinge in der BRD möglichst gar nicht erst aufzunehmen, zielt die Westberliner Maßnahme darauf ab, das bestehende Duldungsrecht (die „Duldung“ von nicht

anerkannten Asylbewerbern aus humanitären Gründen) zu beseitigen.

Die Verschärfung der Asylgesetzgebung gegenüber Flüchtlingen ging im übrigen einher mit einer sich immer mehr durchsetzenden reaktiven Gerichtsprechung. Da wurden Tamielen juristisch als nicht rassisch Verfolgte eingestuft, Iranern das Asylrecht ebenso verweigert wie Kurden usw.

Höhepunkt war zweifellos ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.5.86, wonach Folter kein Asylgrund mehr sei. Folter gehörte durchaus zum Bestand der jeweils geltenden Staatsraison — „kernstaatliche Wertvorstellungen“, heißt es in dem auf die Türkei bezogenen Urteil, seien „schutzbedürftig“. Die Gefolterten hätten selbst Schuld, wenn sie, statt sich durch Geständnisse etc. gefügig zu erweisen, der Folter ausgesetzt würden. Mit diesem Staatsverständnis ließe sich auch die offene Folter in der BRD wieder begründen, wenn heutige „Wertvorstellungen“ des „Schutzes“ bedürften.

Urteile dieser Art überwiegen in der herrschenden Rechtsprechung. Die nunmehr verabschiedeten Asylverfahrensgesetze stellen eine gewisse Angleichung zwischen Judikative und Exekutive dar (1).

Die seit etwa 1980 massiv einsetzende Verschärfung der Asylgesetzgebung belegt auch, daß die Novembergesetze dieses Jahres keinesfalls nur aus aktuellen, rechts-populistischen Gründen der gegenwärtigen infamen Kampagne gegen Flüchtlinge resultiert. Sie bot höchstens einen willkommenen Anlaß, die Gesetze durchzuemporn. Denn das neue Maßnahmenpaket geht auf einen Bericht der Schauble-Kommission vom Juli dieses Jahres zurück, also bereits vor dem Einsetzen der Flüchtlings-Hetze im August dieses Jahres.

Die von den Konservativen ins Spiel gebrachte Diskussion um die Abschaffung bzw. Änderung des Asyl-Grundgesetzartikels hatte in gewisser Weise auch Ablenkungsfunktion, denn auf den beschriebenen gesetzlichen Veränderungen unterhalb des Artikel 16 geht klar hervor, daß das Asylrecht schon weitgehend abgeschafft worden ist. Von daher greift eine Kampagne, die sich allein auf die Verteidigung des Grundgesetzartikels beschränkt, entschieden zu kurz.

D., Westberlin

Quellen:
„Vorgänge“, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 4-1986
Kommune 12/1986
„Iaz“ und „FR“, Ausgaben November 1986

Quellen:
„Vorgänge“, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 4-1986
Kommune 12/1986
„Iaz“ und „FR“, Ausgaben November 1986

Anmerkung:
(1) Es ist darauf hinzuweisen, daß die Asylrechtsverschärfung in der BRD synchron mit ähnlichen Maßnahmen in anderen EG-Ländern verläuft. Die „Harmonisierung“ auf EG-Ebene heißt der Sonderfall Türkei einmal ausgenommen, darauf hinaus grundsätzlich Flüchtlingen aus europäischen Ländern Asyl zu gewähren (so vor a. am Ostblockflüchtlings) und die Behandlung außereuropäischer Flüchtlinge der jeweiligen nationalen Gesetzgebung zu überlassen.



Hungerstreik in Hamburg gegen Asylrecht und Hetzkampagne

Wieder einmal war Kurt Biedenkopf, CDU-Landesvorsitzender mit dem Image des unangepaßten Intellektuellen, klüger als seine Partei zu tolerieren bereit ist. Seine lobenden Worte für die Grünen (dokumentiert in der „Frankfurter Rundschau“ vom 26.11.) entfesselten einen Sturm der Entrüstung — nicht bei den Grünen, von denen bislang keine Stellungnahme vorliegt, wohl aber in seiner eigenen Partei. Gelblich schrie Biedenkopf einen Brief, „der nie sehr scharf“ und „gerahelacht“ bezeichnet wird. In der Bundestagsfraktion habe man „mit hellem Entsetzen auf Biedenkopfs Gedanken über die Grünen reagiert“, und in der Dinslendorfer Landtagsfraktion wurde gar folgender Satz heftig belächelt: „Die Basis der CDU ist nicht mehr bereit, diesen Spuk mitzumachen“ (wir müssen uns hier auf die Insider-Informationen der FAZ verlassen; zu diesen Kreisen hat der AK keinen Zugang).

Biedenkopfs Grünen-Lob mußte die an differenzierte Gedankengänge nicht gewöhnten CDU-Basis-Wahlkämpfer vor den Kopf stoßen, auch wenn es, wie Biedenkopf glaubwürdig versichert, „nicht als Wahlkampfbeitrag gedacht gewesen“ sei. Schließlich fielen die skandalösen Bemerkungen in einem Interview für das Buch des ehemaligen „FR“-Korrespondenten Dirk Cornelius „Ankläger im Hohen Haus“. Das das gerade in der Endphase des Bundestagswahlkampfes in die Buchhandlungen kommt, sei „eher zufällig“ (Biedenkopf).

Wie auch immer — gesagt ist gesagt. Biedenkopf: Die Grünen „haben das Koordinatensystem verschoben in der Güterabwägung, die ja in einer modernen Industriegesellschaft ständig stattfinden muß zwischen Effizienz, technischem Fortschritt, Wohlstandssteigerung und Bewahrung und Sicherung von Menschlichkeit und Grundwerten. Dann liegt ihr wesentliches Verdienst.“ Dabei hatten sie „die Rolle des Außenseiters, in gewisser Weise des Hofnarren übernommen“, wobei Biedenkopf sich bereit hinzufügen, daß

Biedenkopf hat sich ver-lobt

Scharfe Kritik an seinen Grünen-Äußerungen in der CDU

das „durchaus nicht abschätzbar gemeint“ sei. Allerdings sei das auch nicht unproblematisch. Durch das Narrenkleid, die Provokation als Mittel der Politik, hätten sie zwar „die Aufmerksamkeit auf sich und das gelenkt, was sie zu sagen hatten. Auf der anderen Seite aber haben sie es damit auch anderen erschwert, ihre Wahrheiten zu übernehmen.“ Was er damit meint, veranschaulicht er an einem Beispiel, über das man nur staunen kann: „Ein typisches Beispiel hierfür ist die Paragraph-218-Diskussion bei den Grünen. Hier wird ganz offensichtlich ein ernstes Thema so überzogen, daß man dies auch nicht mehr mit Entlastung rechtfertigen kann. Da schließen die Grünen weit über das Ziel hinaus.“ Mit Geüllers Kampagne gegen den von den Grünen propagierten „Massenmord an Ungeborenen“ hat diese dezentale Mahnung kaum Berührungspunkte, eher schon mit innergrünen Kritiken an den „überzogenen“ und „über das Ziel hinauschießenden“ parteioffiziellen Beschlüssen zur ersatzlosen Streichung des § 218. Vielleicht sogar die grüne Mehrheitsstimmung trifft Biedenkopf mit seinem Appell zum Verzicht auf Provokation und zur Überwindung einer weiteren „Schwäche“, der „Überbetonung der Diskontinuität“ durch die Rotation, „die ja immer noch nicht ganz überwunden ist“. Biedenkopf besteht übrigens ausdrücklich auf dem Wort „Schwäche“, „weil das Wort Fehler eine Bewertung ist“.

Neben diesen kritisch-solidarischen Ermahnungen findet Biedenkopf immer wieder anerkennende Worte für die Grünen. So hätten sie die „Bedeutung der kleinen Lebenskreise“ verdeutlicht und Wandel geschaffen „im Bereich alternativer Agrarstrukturen“. Nützlich findet er auch die Überlegungen der Grünen zu einem gesetzlich garantierten Grundeinkommen und ihre Problematisierung der Gentechnologie. Hier hätten die Grünen „der Emotion wieder ein Recht in der

Politik verschafft“ und die „Allgemeingültigkeit von Sachgesetzmäßigkeiten — dazu zählt Biedenkopf auch „so geheilte Sachgesetzmäßigkeiten wie Wachstumsvorstellungen und Energieverbrauch“ — „in Zweifel gezogen“.

Mit seinen Freundschaften an die Adresse der Grünen läßt Biedenkopf auch eindeutig Hans-Jochen Vogel hinter sich, der, ebenfalls von Dirk Cornelius für dessen Buch befragt, den Grünen gerade noch zubilligt, hier und da richtige Fragen zu stellen. Auch das rückt Biedenkopf zurecht: „Richtige Fragen zu stellen, ist eines der schwierigsten Dinge, die es gibt“, und „Mein Eindruck ist, daß wir in unserem Land viel zu schnell Antworten geben und den Fragen viel zu wenig Bedeutung beimessen“. Anders als Vogel findet Biedenkopf auch die Warnung der Grünen vor den „Spezialisierungsgefahren“ positiv, ein Anliegen schon der „Studentenrevolte Ende der sechziger, Anfang der sechziger Jahre, die intuitiv auch gegen die Gefahren der Spezialisierung gerichtet war“. War Biedenkopf am Ende gar der bisher unbekannte Verfasser des 68er Slogans „Das Kapital leckt sich die Pfoten nach gut dressierten Fachidioten“?

Grüne Gefahr? Alles im Griff!

Biedenkopfs christdemokratische Parteifreunde, die sich über seine undogmatischen Höhenflüge ereifern, haben allerdings eine wesentliche Passage des Interviews überlesen. Nicht die Inhalte der Grünen will Biedenkopf übernehmen, sondern „ein Stück des politischen Habitus, soweit dieser Habitus Menschlichkeit betonen will“. Beispielhaft und „ganz toll“ findet Biedenkopf da den in diesem Jahr abgehaltenen familienpolitischen Kongress der CDU: dort haben — ungelogen — Frauen gestrickt und sind Kinder durch den Saal gerollt — ein unvorstellbarer Vorgang ohne die auf diesem Gebiet bahnbrechenden Leistungen der Grünen.

Als bedrohliche Konkurrenz sieht Biedenkopf die Grünen nicht. Er hält mit ihnen vielmehr eine auch den etablierten Parteien nutzbringende Arbeitsteilung für möglich. Da „die großen Volksparteien (...) in großem Umfang widerstrebende Interessen und Meinungen (bündeln) und (...) sie durch Kompromisse handhabbar“ machen, und sie andererseits „relativ unbeweglich“. Aus dieser Unbeweglichkeit ergibt sich die grüne Gemeinnützigkeit. „Das Auftreten politischer Fragestellungen an der Peripherie des Bekannten, des Geläufigen, des (...) bierten“, die aber dann sehr wichtig werden, und ihr Vorantreiben durch kleinere Gruppierungen ist im politischen Wettbewerb unverzichtbar.“ Es bedarf nur heller (Biedenkopf), da mit die „großen Volksparteien“ die Zeichen der Zeit erkennen, sich einen sichtbar menschlicheren „Habitus“ zulegen und ihre Repräsentanten nachdeutlichere Gesichter machen und etwas länger mit ihren Antworten warten lassen. Ob auf diesem Wege die Grünen-Wähler unter den „jungen Menschen von den kirchlichen Jugendverbänden bis zur Bauernjugend“ (Biedenkopf laut FAZ, 4.12.) so einfach zurückzugewinnen sind, sei dahingestellt.

Ob Geüller an seine Wahlkampf-Grußstory von der immer mehr im Schlepptau der systemverändernden Grünen befindlichen SPD glaubt, ist nicht bekannt; Biedenkopf jedenfalls hält das offenbar für totalen Blödsinn und erklärt vielmehr die Grüne Partei für relativ leicht „handhabbar“. Gefahren“ sieht er „nicht in den Grünen als solchen, sondern im Mißbrauch ihres politischen Anliegens“ durch „machtorientierte“, marxistisch-geschulte Kader aus „kommunistischen Gruppierungen“. Zwar hat er unter dem Druck seiner eigenen Partei (zwischen behauptet, die Grüne Partei sei inzwischen tatsächlich „unter den Einfluß öko-sozialistischer und marxistischer Kräfte geraten“ („FR“, 28.11.) und sein Lob beziehe sich allein auf die positiven Beiträge der Grünen „in der Vergangenheit“. Aber abschwören muß in einer der „großen Volksparteien“ jeder mal, der sich zu weit vorwagt. In dem Interview jedenfalls legt Biedenkopf sich bezüglich der weiteren Entwicklung der Grünen nicht fest. Dirk Cornelius auf das „heutige Experiment“ anspielende Frage — „Rechnen Sie damit, daß sie sich so ... Rechnen Sie damit, daß sie sich so wandeln, daß es nicht mehr die ursprünglichen Grünen sind?“ — läßt er unbeantwortet; ohne allerdings seine Wertschätzung für Joschka Fischer und seine Crew zu verbergen: „... die Frage ist nur, ob Joschka Fischer noch ein Grüner ist. Ich meine jetzt inhaltlich. Ob er das überhaupt in dem Sinne, wie Grüne sich definieren haben, in einem Ministeramt sein kann. Ich kenne Joschka Fischer aus einer Reihe von Gesprächen, und es war immer ein Gewinn, mit ihm zu reden. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, ob nicht das, was Joschka Fischer jetzt macht, mit dem, was die Grünen eigentlich tun wollen und wofür sie ein Mandat reklamieren haben, unvereinbar ist“.

In der Tat eine interessante Anregung für die grüne Diskussion des „heutigen Experiments“. Im Übrigen soll der Biedenkopf mal aufpassen, daß er nicht selber exkommuniziert wird. „Manchmal frage ich mich, ob der Kurt noch einer von uns ist“, soll



Helmut Kohl „jung geäußert haben“ („Der Spiegel“, 8.12.). Notfalls hilft die Gründung eines parteiübergreifenden Bundes der (politisch) Heimatvertriebenen: mit Kurt und Joschka, strickenden Frauen und menschlichem Habitus

Ja, Hamburg

Norbert Mann

bleibt

Staatsmann

Norbert Manns Bundestagsrede zu den neuen „Antiterrorgesetzen“, in der er der Bundesregierung u.a. „Kapitulation vor dem Terrorismus“ vorgeworfen hatte (vgl. AK 276, S. 2), wird nicht unter der Rubrik „peinliche Auswütscher“ abgeheftet. Nachdem MdB Christian Schmidt (GAL Hamburg) diese Rede scharf kritisiert hat, setzt Mann noch eins drauf. Zwar gibt er zu, daß er „vielleicht zu stark rechtlich und rechtspolitisch und an manchen Stellen auch mißverständlich argumentiert“ haben könnte. Dem Vorwurf, der von der Koalition betriebenen Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung mit keinem Wort entgegengetreten zu sein, begegnet er auf eigenwillige Weise: „Es geht um das demokratische Existenzrecht der Anti-Atom-Bewegung, das klingt gut“. Die Strafbarkeit des Umsagens von Strommässen oder die Benutzung von Zwillen gegen Polizeibeamte hat damit ebenso wenig zu tun wie eine Bestrafung solcher als gemeinschaftliche Sachbeschädigung oder bis zum Totschlag strafbaren Verhaltensweisen mit terroristischen Gewalttaten nach dem geplanten neuen „Anti-Terror-Gesetz“. Dieser konfuse Satz soll wohl in etwa folgendes aussagen: Begegnen den geringfügigen Straftaten Strommässen mit der ganzen Härte des Gesetzes, verurteilt Siemensmeißner und Zwillen-Schützen wegen versuchten Totschlages; der Paragraph über die „terroristische Vereinigung“ ist dann nicht mehr notwendig. Und was soll die Aburteilung von Gewalttätigkeiten mit der Anti-Atom-Bewegung zu tun haben?

Wichtiger noch als die Distanzierung von allem, die amüßlich von Demonstrationen auch mit Gesetzgebern treten, ist Norbert Mann das grundsätzliche Bekenntnis zu diesem Saal und seinem Gewaltmonopol. „Christian Schmidt weißende Polemik ist allen Verkürzungen und Entstellungen gegenüber am 6. November gehaltenen Rede zum Trotz sehr hilfreich. Sie legt einen bis heute ungeklärten grünen Grundkonflikt offen: unser Verhältnis zum Staat. Der Kern von Christian Schmidts Kritik liegt denn auch darin, daß ich durchgehend versucht habe, aus meinem (trotz alledem) mit innerer Überzeugung positiven Verhältnis zu dieser „unserer Republik“ zu argumentieren.“ Daß er in dieser Frage die Mehrheit der Fraktion hinter sich hat, sieht (an der in der Zweifels) „Ich habe mich nach besten Kräften bemüht, in meinem Redebeitrag das zu verarbeiten, was wir im Arbeitskreis Recht und Gesellschaft und in der Fraktion diskutiert haben, und bin gespannt darauf, wie die Fraktion auf Christian Schmidts Kritik reagiert.“



Grüne Parteitagskultur hält Einzug bei der CDU. Doch strickende CDU-Männer wurden noch nicht gesehen

Photo argus

Udo Tischer — Warum erst jetzt?

Den Rücktritt des grünen Bundestagsabgeordneten Udo Tischer aus dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung haben wir schon im letzten AK gemeldet. Inzwischen liegt uns sein 11 Seiten langes Begründungsschreiben vor. Da Tischer inzwischen auch aus Fraktion und Partei ausgestiegen ist, sein Mandat aber behalten will, können wir noch einmal auf diesen unerfreulichen Vorgang zurück, obwohl es schwerfällt. Tischer's 11-Seiten-Papier enthält unglaublich viel Unsinn, ist in sich unlogisch und dabei noch nicht einmal komisch. Was für Deppen und Spießler schicken die Grünen eigentlich in den Bundestag? Sind unter den Kandidaten für 1987 ebenso viele Pfeifen? Gewisse Mindestanforderungen sollten schon erfüllt sein. Die Kombination rechts und links übersteigt das Maß des Ausmaßes.

Um der Pflicht zur Berichterstattung Genüge zu tun — was hat uns Udo Tischer zu sagen? Vier Programmforderungen der Grünen haben ihn aus dem Bundestagsausschuß vertrieben: — Forderung nach Gleichstellung von Homosexuellen mit ehelichen oder normalpaarungsmäßigen Beziehun-

gen; — Forderung für ein Adoptionsrecht für Homosexuelle und Lesben; — Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218; — Forderung nach Austritt aus der NATO. — „Weitere Gründe liegen in den Eiszettelungen zwischen Grünen und den Gewerkschaften und der Arbeitnehmer-schaft“.

Zum ersten Punkt — Gleichstellung schwuler Beziehungen mit der heiligen Familie: „Nicht nur als Vater zweier Jungen (11 und 12 Jahre alt), sondern auch als Vorsitzender des Gesamtelternbeirates des Hauptschulverbandes Nellingen (Alb-Donau-Kreis) halte ich diese politische Forderung für familienpolitisch äußerst gefährlich. Um diese Forderung mitzutragen, mußte man christliche Ethik und Grundsätze ebenso über Bord werfen wie jahrtausendalte Empfindungen menschlicher Geschlechter untereinander.“ Es folgen Hinweise auf den in der Tierwelt anzutreffenden „Familiensinn“ und weitere Beweisführungen auf gleichem Niveau.

Ganz schlimm käme es, würde die zweite Forderung verwirklicht, das

Adoptionsrecht für schwule Väter und lesbische Mütter: „Oder hat man auch einfach die Gefahr übersehen, daß die Adoptionskinder schwuler/lesbischer Eltern im psychischen Konfliktfall zur gebräuchlichen Reaktion neigen, um innere Probleme loszuwerden. Alkohol — Rauschgift — Selbstmord!“

Seine Kritik an der ersatzlosen Streichung des § 218 hat sich Tischer bisher nicht vorzubringen getraut — „Gemäß der Sache waren bei diesen Diskussionen die befürwortenden Frauen in aussichtsloser Übermacht.“

Und daß der Austritt der BRD aus der NATO wider den gesunden Menschenverstand ist, bedarf für Udo Tischer kaum einer Begründung: „Unterstellt man, daß im NATO-Bündnis aggressive und friedliebende Staaten an einem Tisch sitzen, so können die friedfertigen Staaten durchaus eine maßgebende Rolle im Bündnis ausüben. Dies können wir heute bereits beobachten. Wichtig dabei ist, daß sie in der Rolle des Bündnisses alle Möglichkeiten eines maßgebenden Einflusses ausüben.“

Das Verhältnis zwischen Grünen und DGB schließlich ist nicht deshalb gespannt, weil der DGB eher mit Strauß als mit dem grünen Bundesvorstand verhandelt, sondern weil die Grünen den DGB unablässig provozieren. „Dieses Verhältnis zwischen Grünen und Gewerkschaften hat mich tief und bitter enttäuscht, weil damit meine Basis politischen Handelns entzogen wurde“.

Vielleicht ist Tischer's Austritts-papier auch gar nicht ernst gemeint. Die „Frankfurter Rundschau“ jedenfalls mutmaßt, daß es Tischer nicht zuletzt um schnöde Bereicherung geht: „Tischer's Auszug aus der Fraktion hat nämlich noch eine pikante finanzielle Note. Da er, wie die Fraktion sagt, noch keinen Pfennig in den Ökofonds eingezahlt hat (jeder Grünen-Abgeordnete zahlt vier bis sechstausend Mark im Monat), wird Tischer wohl einen sechsstelligen Betrag in die eigene Tasche stecken können“ („FR“, 3.12.). In diesem Fall nehmen wir die hier vergebenden Zeiten mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns zurück.

Kollektivierungen — Idiotie und Zwang

Das Interesse der KP-Geschichtsschreibung an den Kollektivierungen im Spanischen Krieg ist nicht eben von der allergrößten Lebendigkeit: Bei Kulne (S. 9-42) beispielsweise, einer in vier Hefen repräsentativen Darstellung, ist von irgendwelchen Kollektivierungen überhaupt nicht die Rede, es heißt bloß einmal, daß PCE und PSUC „sich entschieden gegen Bestrebungen (wandten), die proletarische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen“ (Kulne 25), worunter man sich alles mögliche vorstellen kann, bloß nicht, daß bedeutende Gruppen Kollektivierungen durchgeführt haben.

Wenn überhaupt von Kollektivierungen die Rede ist, dann immer von Zwangskollektivierungen. „Trotzkistische und faustische Gruppen“ hätten versucht, „den Charakter unseres Krieges zu entsetzen“. Sie nahmen „den Bauern ihr Land und ihre Habe“ weg und zwangen sie, „in anarchistische Kollektivwirtschaften einzutreten“ (Ibárruri 353). Das gleiche gilt für Industrie und Handel, wo unheimlich oder gar nicht gewählte Komitees die Arbeiter ausbeuten (Longo 240; vgl. zu dem ganzen Longo 95 und 129f, Renn 275f). Verblüffenderweise fehlt weitgehend der Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit. Nur Renn schießt wieder mal den Vogel ab; unter seinen „Wort-Erklärungen“ heißt es:

„CNT — (...) große anarchistische Gewerkschaft, die politisch nicht immer korrekt war, aber eine enorme Praxis hatte. So sozialisierte sie das Verkehrs-Wesen Barcelonas und verteilte alle Einkünfte unter ihre Mitglieder. Als sie den Wagenpark heruntergewirtschaftet hatte, wandte sie sich an die Regierung um Hilfe, denn sie hatte kein Betriebskapital zurückgelegt.“ (Renn 383) (1)

Mit einem Wort. Im Grunde hat es keine Kollektivierungen gegeben — wie sollte es auch, da ja die proletarische Revolution (von der Partei als Geschichtsvollzieher) noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde —, wenn doch, nur durch die Gewalttätigkeit der Anarchisten und Trotzkisten.

Soziale Revolution

Soziale Revolution

Nur wenn man begreift, daß die Massen am 19. Juli 1936 nicht einfach ihre Republik verteidigten, sondern aus dem Putsch der einen die soziale Revolution der anderen Seite wurde, kann man die Tatsache und Dimension der Kollektivierungen überhaupt verstehen. Nachdem der Generalstreik ausgerufen und der Putsch niedergeschlagen war, jagen die Arbeiter nicht einfach wieder mit patriotisch geschwelter Brust an ihre Arbeit. Das ging schon aus dem einfachen Grund nicht, weil z.B. nur noch 10% der Textilunternehmen in Katalonien geblieben waren (Bernecker II 190).

Für die Arbeiter war die Übernahme der Betriebe und die Umstellung der Produktion auf das für den Krieg Notwendige das erste konkrete Ziel (Mintz 52 ff.). Dabei entstanden unterschiedliche Formen: das von der Belegschaft gewählte Komitee übernahm entweder die Koordinierung selber oder arbeitet mit der ehemaligen Unternehmensleitung zusammen. Schon aus der großen Vielfalt der Kollektivierungsformen wird ihr weitgehend spontaner Charakter deutlich, dies wird von allen Autoren, die sich damit beschäftigen haben (und das haben die KP-Geschichtsschreiber eben nicht) immer wieder betont. Obwohl die CNT-Mitglieder an der Spitze der Kollektivierungsbewegung standen, bildeten sich fast überall gemischte CNT/UGT Komitees, und die CNT-Führung beschränkte sich in der ersten Zeit vor allem darauf, ihre Mitglieder von der

Was ist schon Wirklichkeit

Die KP-Geschichtsschreibung zum Spanischen Krieg — Teil 2

Legendenumwoben wie kaum ein anderes politisches Ereignis von zentraler politischer Bedeutung in diesem Jahrhundert ist der Spanische Krieg. Wesentlich mitgestrichen an den Legenden hat die „orthodoxe“ KP-Geschichtsschreibung.

Im ersten Teil seiner Arbeit (AK 276) stellte unser Gastautor p. die Entstehung der spanischen Republik, der „Volksdemokratie“ und ihrer „inneren Feinde“ nach der Sicht der KP-Historiographie dar. In diesem zweiten und abschließenden Teil geht es um die Kollektivierungen; das Verhältnis von Staat, Partei und Massen sowie um das Geschichtsbild und die Wirklichkeitslage der KP-Geschichtsschreibung. Demen, die auch- und weiterlesen wollen, sei die ausführliche kommentierte Literaturliste am Ende des Artikels empfohlen.

Kollektivierung ausländischer Betriebe abzuhalten, um keinen Vorwand für eine Intervention zu geben (Mintz 33f). Auf dem Land ist die Lage noch verwickelter und von Region zu Region sehr unterschiedlich. In vom Großgrundbesitz beherrschten Landstrichen bildeten die Landarbeiter auf den verlassenen Gelände ein Kollektiv, in anderen Gebieten schlossen sich Kleinbesitzer zusammen, teils bildete die Kollektivität einfach eine Produktionsgemeinschaft, teils übernahm sie praktisch die Dorfverwaltung. (Zum ganzen Komplex vgl. Broué/Témime 182-96, Huhle 121-35, Mintz 31-132, Semprún-Maura 83-150, Bernecker II)

Es gab im Winter 1936/37 ca. 1.500 landwirtschaftliche Kollektive, insgesamt waren im republikanischen Spanien ca. 3 Millionen Menschen, das ist mehr als ein Drittel der Landbevölkerung, in Kollektiven organisiert (Bernecker II 35f). In der Industrie ist der Anteil der Kollektive noch wesentlich höher, was nicht zuletzt damit zu tun hat, daß sie vor allem in Katalonien konzentriert war und die CNT dort höher, was nicht zuletzt damit zu tun hat, daß sie vor allem in Katalonien konzentriert war und die CNT dort ihre stärkste Position hatte. 1937 war praktisch die gesamte Textilindustrie kollektiviert (Bernecker II 190), nach Semprún-Maura waren bereits am 6. Tag nach dem Putsch mehr als 70% aller Industrie- und Handelsunternehmen kataloniens von den Arbeitern beschlagnahmt (Semprún-Maura 84).

Es dürfte von hier aus ein germaßen schwerfälligen, die Kollektivierungsbewegung als Randerscheinung abzutun. Eher trifft wohl zu, daß sie „eine Massenbewegung von gewaltigem Ausmaß war, die ohne Vergleich in der europäischen Revolutionsgeschichte ist“ (Huhle 127). Deren Studium sollte sich für diejenigen, die sich Kommunisten nennen, eigentlich lohnen.

Die Gewaltfrage

In diese Bezüge gestellt erhält auch die Frage nach der Gewalt bei der Bildung insbesondere der landwirtschaftlichen Kollektive einen anderen Stellenwert als in der KP-Geschichtsschreibung. Kein ernstzunehmender Autor verneint, daß es bei den Kollektivierungen auch zu Gewaltandrohung oder -anwendung gegen Kollektivierungswillige Bauern gekommen ist, insbesondere in Aragonien (Semprún-Maura 114f, Huhle 98, Broué/Témime 189-91 und 283, Bernecker II 97f, Mintz 65-9). Es ist aber ganz ausgeschlossen sich vorzustellen und läßt sich durch nichts belegen, daß die landwirtschaftlichen Kollektive ausschließlich oder in erster Linie durch Willengewalt der Anarchisten zustande kamen — tatsächlich waren es gerade die der KP-Geschichtsschreibung verhassten CNT-Führer, die ständig zur Toleranz auffordernde Stellungnahmen abgaben (siehe z.B. Bernecker I 250).

Hätte man das Interesse, etwas über die geschichtliche Wirklichkeit zu erfahren, nicht ein Gewäch von Leihwahrheiten, Behauptungen und Lügen in die Welt zu setzen, müßte man sich schon ein bißchen um die Quellen kümmern, aus denen heraus sich diese



(Foto: Namur/Paris)

Wirklichkeit vielleicht ermitteln läßt. Zwei dieser Quellen scheinen mir klar gegen eine prägende Rolle der Gewalt

Volksfront statt Klassenkampf?

Volksfront statt Klassenkampf?

„Der erste Schlag Hitlerdeutschlands traf das tapfere spanische Volk. (...) Gegenüber durch die Volksfront traf damals Spanien alle Vorbereitungen, sich seines feudalistischen Zustandes zu entledigen. Die hohe Geistlichkeit und der Großgrundbesitz waren endlich gezwungen, sich, wenn auch widerstrebend, dem Willen der Allgemeinheit unterzuordnen.“ (Corrêch 7)

Die revolutionären Umgestaltungen gewährleisten das unerschütterliche Vertrauen und die jähkräftige Mitarbeit aller Klassen und Schichten, die nicht mit der Konterrevolution verbunden waren“ (Kühne 22).

„Diese Kraft (mit der die Rebellen rechnen mußten) war die Arbeiterklasse, waren die verkümmerten Massen, das Volk. Die Rebellen hatten die Lehren vergessen, die das spanische Volk Napoleon im Unabhängigkeitskrieg erteilt hatte.“ (Ibárruri, in: Freiheitskampf 20)

Das tapfere spanische Volk — Das durch die Volksfront geeinte Spanien — Die Allgemeinen — Alle nicht mit der Konterrevolution verbundenen Klassen und Schichten — Die Arbeiterklasse — Die verkümmerten Massen — Das Volk — Das spanische Volk. Solcherart sind die Kategorien, mit denen die KP-Autoren versuchen, Geschichte zu beschreiben. Dabei kommt es mir natürlich nicht darauf an, andauernd etwas von Klassenkampf dazuzupapern. Wenn Kühne (20) schreibt:

„Der national-revolutionäre Krieg des spanischen Volkes bewies anschaulich, daß die leninistische Einheits- und Volksfrontstrategie der kommunistischen Parteien harter Klassenkampf ist.“

bewegt sich diese Aussage auf der gleichen analytischen Ebene wie das Volks Paradox. Ob man eine geschichtliche Situation marxistisch analysiert oder nicht, erweist sich doch wohl daran, daß man die konkreten Auseinandersetzungen auf die unterschiedlichen Klasseninteressen zurückführen kann. An der Kollektivierungsfrage sieht man beispielhaft, daß die KP-Geschichtsschreibung dies nicht tut.

Es scheint so, daß die Volksfrontideologie dazu führt, daß unterschiedliche Interessen innerhalb des „Volkes“ entweder gar nicht als solche wahrgenommen werden oder die offene Auseinandersetzung vermieden wird, um den Schein der allgemeinen Interessengemeinschaft des Volkes aufrechterhalten. Als Antifaschisten hatten die Gruppen auf republikanischem Gebiet ein zwar nicht identisches, aber doch zu verbindendes gemeinsames Interesse, nicht aber in der Frage der Kollektivierungen. Vor die Tatsache der Kollektivierungen gestellt, vertritt die PCE real eine konterrevolutionäre Politik (das, was nicht sein darf, soll wieder rückgängig gemacht oder zumindest entschärft und kontrolliert werden), und die KP-Geschichtsschreibung kann die Auseinandersetzungen nur als Angriff einer Verschwörung auf die Einheit des Volkes begreifen.

Wenn die wirklichen Gruppen nicht mit ihren wirklichen Interessen gesehen werden (können), müssen die Ziele der Pseudo-Gemeinschaft desto schwammiger werden.

„Gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften gab sie die Forderung auf die Frage: Wozu kämpfen wir? die klare Antwort: Kämpfen wir um Freiheit, um die Demokratie, damit für die Freiheit, viertens für die Menschenrechte. Im fünften die Leitzensprüche, die in freien Wahlen durch den Volkswillen erlangt wurden.“ (Kühne 2.)

Das ist allerdings eine sehr klare Antwort — vielleicht so, wie man es eher ein Geständnis nennen? Das sind Leierformeln, die sich ohne weiteres mit dem Sprachgebrauch gewisser Bundeskanzler messen können. Im übrigen scheinen ziemlich große Teile „des“ Volkes durchaus nicht nur für das gekämpft zu haben, was sie in freien Wahlen durch ihren Willen erlangt hatten.

Paranoia und Moral

Ich habe behauptet, daß Auseinandersetzungen innerhalb des „Volksblocks“ unter dem Blickwinkel der Volksfrontideologie nicht als solche wahrgenommen werden, daß — anders gesagt — Widersprüche im Volk als Widersprüche zwischen Volk und Feind begriffen werden. Das führt zu einem schier unglaublichen Maß an Verfolgungswahn, der, wie die Moskauer Prozesse und auch viele in Spanien lehren, durchaus zur „materiellen Gewalt“ werden kann:

„Dokumente in den Rücken. Nach der Schlacht von Guadalajara verstärkte sich die Zersetzungsarbeit der Agenten der fünften Kolonne (...) Es ist die klassische Methode des Faschismus die Front des Friedens zu sprengen, um sie leichter zu schlagen zu können. Die gesamte ruchlose Aktion wird von den Agenten Franco, der Odra (italienischer Geheimdienst — p.) und der Oesapo geleitet, die sich unter der Ägide der POUM, einer angeblichen Arbeiterpartei der marxistischen Einigung zusammengefunden haben.“ (Longo 238f)

„Die Agenten des internationalen Imperialismus — die Trotzkisten, Anarchisten, Rechtssozialisten und sonstige Verräter — (...)“ (Ibárruri, in: Freiheitskampf 44, auf bezogener Stelle empfehle ich Renn 271 278, 304, 325, 368 oder 378)

Der Volksfront-Ideologe (oder soll ich sagen der Stalinist?) ist unfähig, andere Positionen als andere Positionen zu begreifen; für ihn werden sie einfach zur Sabotage. Und zwar ist die Auseinandersetzung scheinbar umso weniger

Fortssetzung nächste Seite

Abkürzungsverzeichnis

CNT Confederación Nacional del Trabajo (Nationaler Bund der Arbeit, anarcho-syndikalistisch)
FA Federación Anarquista Ibérica (iberische Anarchistische Föderation, halb geheim, anarchistisch)
KI Kommunistische Internationale (Komintern)
PCE Partido Comunista de España (Kommunistische Partei Spaniens)
POUM Partido Obrero de Unificación Marxista (Arbeiterpartei der marxistischen Vereinigung, linkskommunistisch, antilestistisch)
PSOE Partido Socialista Obrero Español (Sozialistische Spanische Arbeiterpartei — sozialdemokratisch, sozialistisch)
PSUC Partit Socialista Unificat de Catalunya (Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens; KI-Mitglied)
UGT Unión General de Trabajadores (Allgemeiner Arbeiterbund, sozialistische Gewerkschaft)

Korrektur zu Teil I dieses Artikels

Aufgrund eines technischen Verfahrens und aus dem 1. Teil dieses Artikels sind Kapitelüberschriften herausgelassen. Die Kapitelüberschriften unmittelbar nach dem Vorwort lautet: Unsere Neue Republik. An der Spitze des Artikels, wo in letzter Zeit eine schmale schwarze Linie gezogen worden ist, hätte man sich die Überschrift: Kleines Kabinett

Fortsetzung von vorheriger Seite

möglich, je näher die Gruppen in den theoretischen Grundlagen der eigenen Position sind: im Verhältnis zu den „Trotzkisten“, die sich erdreisten, sich ebenfalls Marxisten und sogar Leninisten zu nennen, kamt von Auseinandersetzungen wohl schließlich die Rede sein, nur wenig besser sieht es gegenüber Sozialisten und Anarchisten aus. Wenn mit der Breite der Volksfront jede Analyse den Bach runtergeht, tritt eine alte Bekannte an deren Stelle: die Moral. Dauernd (z.B. Kühne 21) ist von den „ehrlichen“ Kräften die Rede; es wird nicht mehr gefragt, aufgrund welcher Interessen eine Gruppe in der Front der Antifaschisten steht, sondern diese besteht aus Ehrlichen, z.B. einem Großteil der Anarchisten, die nun bloß noch ein bißchen erröthen muß, damit sie zur Vernunft kommen (Renn 160-2), und leider auch Unehrlichen, also im Grunde Spionen, Nicht-Volk — vor allem natürlich die in faschistischen Diensten stehenden Trotzkisten.

Staat, Partei und Masse

Welcher Staatsbegriff steht eigentlich hinter dieser Konzeption des für die Demokratie gegen den Faschismus kämpfenden Volkes? Wir erinnern uns z.B. an den Satz: „Die Volksmassen Spaniens erhoben sich unter Führung der kommunistischen Partei zur Verteidigung der Republik.“ (Freiheitskampf 429) Im Hinblick auf das über die Volksfrontideologie Gesagte meine ich: Wenn es außer Leerformeln keine inhaltlichen Gemeinsamkeiten gibt bzw. Auseinandersetzungen gescheut werden müssen, dann ist der Staat eben das, was die Gemeinsamkeit stiftet.

So zitiert Longo Diaz mit folgendem Satz: „Die Fabriken der Rebellien, die enteignet worden sind, gehören dem Staat, sie gehören dem Volk, dem gesamten Volk und nicht einer bestimmten Gruppe.“ (Longo 240)

Der Staat, das ist das Volk, und zwar das ganze Volk, und nicht nur eine bestimmte Gruppe.“ (Longo 240)

Der Staat, das ist das Volk, und zwar das ganze Volk, und nicht nur eine bestimmte Gruppe — das ist eine atemberaubende Aussage. „Der Staat bin ich!“ soll sich jeder Volksfront-Republikaner sagen, denn der Staat ist ja keine Abstraktion:

„Anarchistische Wirkkräfte warfen der kommunistischen Partei Spaniens vor, sie verstecke sich „auf die Verteidigung langs verfallener bürgerlich-politischer Formen“. Sie behaupteten, die Republik sei „eine Abstraktion“ (...)“ (Kühne 24)

Nun, ich denke, wenn der Typus Kühne sich für „den Marxismus“ in etwas anderer Weise interessieren würde als der Musterschüler, der seine Hausaufgaben abliefern, müßten ihm folgende Sätze eher peinlich sein:

„Es folgt hieraus, daß der Mensch durch das Medium des Staats, daß er politisch von einer Schranke sich befreit, indem er sich im Widerspruch mit sich selbst, indem er sich auf eine abstrakte und beschränkte, auf partielle Weise über diese Schranke er-

hebt. Es folgt ferner, daß der Mensch auf einem Umweg, durch ein Medium, wenn auch durch ein notwendiges Medium sich befreit, indem er sich politisch befreit. Es folgt endlich, daß der Mensch, selbst wenn er durch Verwirklichung des Staats sich als Arbeiter proletariert, d.h. wenn er den Staat zum Arbeiter proletariert, immer noch religiös befangen bleibt, eben weil er sich nur auf einem Umweg, weil er nur durch ein Medium sich selbst erkennt.“ (Karl Marx, Zur Judenfrage, in: MEW I, 131)

Genau dieselbe „Unengenlichkeit“ wie beim Verhältnis der Massen zum Staat (wie tun etwas nicht für sich, sondern für „ihre“ Republik) finden wir bei ihrer Beziehung zur Partei der Arbeiterklasse. Die KP ist die Vorhut der Arbeiterklasse, das hat ja auch die Arbeiterklasse, pardon, das Volk, nun begriffen. „Geduldig“ — denn wir sind kein böser Papi, ein guter und wir — „erläuterten sie (die spanischen Kommunisten — p.) den Massen ihren Standpunkt.“ (Kühne 26) Ein bißchen Geduld bei der Erziehung lohnt sich ja mehr als immer gleich zuzuschlagen, wie der kluge Erzieher weiß. „Augenblicklich begriffen die Massen, daß ohne das Beisein der kommunistischen Partei die Reaktion ihre Pläne verwirklichen hätte, ohne den geringsten Widerstand zu finden.“ (Härruri 320) Und noch einmal Kühne: PCE und PSUC „wandten sich entschieden gegen Bestrebungen, die proletarische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen.“ (Kühne 25)

Man muß sich einmal in aller Deutlichkeit klarmachen, welches Weltbild in diesem Satz sichtbar wird. Die Masse selber tut gar nichts, sondern es gibt immer nur Gruppen, die „auf die Tagesordnung setzen“ — die Masse folgt dann (oder wird folgen gemacht?). In diesem Fall drohte mal wieder eine Versuchsgruppe gegen die Gute Partei aufzutreten und wollte einfach so die proletarische Revolution auf die Tagesordnung setzen. Das hätte natürlich schlimm enden können...

Es scheint der KP-Geschichtsschreibung schlicht undenkbar zu sein, daß die Massen ihre Revolution machen. Deshalb muß die soziale Revolution verschwiegen werden, denn sie bedeutet, daß die Leute keineswegs nur „ihre“ Republik verteidigt und das befolgt haben, was die PCE „geduldig erläuterte“, sondern ihre eigene Sache

deutet, daß die Leute keineswegs nur „ihre“ Republik verteidigt und das befolgt haben, was die PCE „geduldig erläuterte“, sondern ihre eigene Sache betreiben haben. Diese Möglichkeit taucht aber in der KP-Geschichtsschreibung nicht auf (= Error).

Geschichtsbild und Wirklichkeitsbild

Warum hätte es eigentlich schlimmer enden können, die proletarische Revolution „auf die Tagesordnung zu setzen“? — „Es wäre Abenteuerismus gewesen, hätte man versucht, notwendige Entwicklungsetappen zu überspringen.“ (Kühne 30) Denn „Das spanische Volk löst die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution.“ (Ercoli — d.i. Toghiani — 1937, in: Bernecker I 71)

Denn nicht wie wir wollen, sondern wie du (Staat, Partei, Geschichte) willst. Dafür gibt es dann auch Belohnungen vom Geschichtsschreiber, besonders natürlich — wir ahnten es schon — für den eingeborenen Sohn: „Die UdSSR hat alle Prüfungen bestanden, die ihr von der Geschichte auferlegt wurden.“ (Kühne 51)

Unter dem Druck dieser Zitate fällt mir der Widerspruch gegen Semprin-Mauras Spott schwer, dem die Breite nicht entwischt:

„So wird im März 1937 ein kommunistischer Führer von der linken (für der Sozialisierung und der Beschlagnahme) sprechen und sagen können: „Warum sind denn die Arbeiter in diese Irretnen verfallen? Zuerst durch die Verkennung des politischen Moments, in dem wir uns befinden, was sie dazu gebracht hat zu glauben, wir seien mitten in einer sozialen Revolution.“ (Friedrich Engels, „Münchener PCE-Organ“ vom 30.1.1937 — p.) Hier treibt der Lohn der bürgerlichen Lüge eine vorher schonen Blüten, die Arbeiter glauben, eine soziale Revolution zu erleben — sogar so stark, daß sie sie machen — aber zum Glück ist die „Arbeiterpartei“ da, um sie eines besseren zu belehren, wenn nötig mit Waffengewalt. Die Partei ist die Bestreiter der Revolution und sie beschließt gegen die Massen, gegen die Tatsachen und gegen die Revolution selbst, daß ... die bürgerliche Revolution auf der Tagesordnung steht!“ (Semprin-Maura 81)

Auch hier gilt also: Die Kollektivierungen haben nicht stattgefunden, weil sie nicht stattfinden konnten — das Volk löste ja gerade man erst die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution. Die Masereignisse waren kein Ausbruch von Interessenkollisionen (sondern ein Putschversuch faschistischer Agenten), weil es keine Interessenkollisionen gab — wir hatten ja die Volksfront. In diesem Sinne ist Spa-



Bombenangriff auf das republikanische Valencia

nien 1936-39 gerade durch seine Nicht-vergleichbarkeit (vor allem was die markte anarchistische Bewegung betrifft) ein beispielhafter Fall. Beispielsweise nämlich für das Verhältnis von mitgebrachtem Raster und Wirklichkeit bei der KP-Geschichtsschreibung. Es gibt wohl kaum einen zweiten Fall, an dem man studieren kann, wie sehr dieser heruntergekommene Marxismus an der Realität vorbeigeht, welche Leerstellen und offenen Fälschungen entstehen, weil beim Zusammenprall des Schemas mit der Wirklichkeit letztere den kürzeren zieht.

Aber was soll — auch für unsereinen gibt es noch einen Lichtblick.

Die Behauptung, daß wir in der Epoche des untergehenden Imperialismus und des tri-

umphalen Aufstiegs des Kommunismus leben, ist lediglich eine Konstatierung von Tatsachen. Keinesfalls aber eine auf engem paradiesischen Standpunkt beruhende Meinung. (Härruri 52)

p.

Anmerkungen

- 1) Hätte er sich wenigstens ein anderes Objekt für seine Projektionen ausgesucht? Grade Barcelonas Zerkahlabetriebe dienen anarchistischen Autoren immer wieder als Musterbeispiel für das hervorragende Funktionieren der Kollektivwirtschaften, und in diesem Fall wohl zurecht (vgl. die Kurzaufsatzung bei Kühne 165-9)
- 2) Was unterscheidet das von den Äußerungen bürgerlicher Politiker nach „Ausweisung“?

Spanischer Krieg und deutsche Kriegspolitik 1936 - 1939

18.02.36 Sieg der spanischen Volksfront bei den Parlamentswahlen
07.03.36 Einmarsch der Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland, unter Bruch des Versailler Vertrags
03.05.36 Italien annektiert nach einem mehrmonatigen Kolonialkrieg Äthiopien
03.05.36 Wahlsieg einer Volksfront auch in Frankreich. Die französische Volksfrontregierung verweigert später der spanischen Republik jede Hilfe gegen Franco und bekennt sich zu einer Politik der „Nichtmischung“
17.07.36 Beginn des Putschs rechter und profaschistischer Militärs in Spanien-Morocco. Der Putsch kommt in Spanien selbst nie stockend voran, erst durch Einsatz deutscher Flugzeuge können große Truppeneinheiten der Putschisten aus Nordafrika nach Spanien geschickt werden
05.08. und 13.08.36 Franco-Truppen besetzen Iruñ und San Sebastian (Baskenland)
28.08.36 Franco-Truppen besetzen Toledo
12.10.36 Franco-Truppen durchbrechen den ersten Verteidigungsring um Madrid
Sowjetische Waffen und Instrumente treiben in Spanien ein. Die internationalen Brigaden wurden in die republikanische Armee eingegliedert, sie spielen bei der Verteidigung von Madrid eine wesentliche Rolle
08.11.36 Die Republikanische Regierung wird nach Valencia verlegt. Großoffensive der Franco-Truppen gegen Madrid. Kämpfe in Teilen der Stadt
28.11.36 Antikominternpakt Deutschland-Japan. Italien tritt dem Pakt am 05.11.37 bei
08.02.37 Franco-Truppen besetzen Málaga, Südpasien
20.03.37 5. haare Niederlage der internationalen Interventionisten bei Guadalajara
24.04.37 Die baskische Stadt Guernica wird durch Bomben deutscher Flugzeuge zerstört
02.06.06.37 „Bürgerkrieg“ im Baskenland. Die Volksfrontregierung und die KP setzen sich in mehreren von Straßenkämpfen gegen die Angehörigen und demokratische Pöbel durch. In die Folge Verbot und Verfolgung der POUM
19.06.37 Franco-Truppen besetzen Bilbao, Baskenland
20.10.37 Franco-Truppen besetzen Gijón
Das ganze Nordafrika ist nun in der Hand der rechten Militärs
31.10.37 Die spanische Regierung wird von Valencia nach Bar. evakuiert
05.11.37 Konfirmation Hitlers mit der militärischen Führung Deutschlands. Hitler

legt umfassend seine Pläne für eine militärische „Neuordnung Europas“ und „Lösung der Raumfrage“ durch einen Eroberungskrieg nach Osten dar
8.12.37 Beginn der Schlacht um Teruel. Die Stadt kam von den Republikanern vorübergehend befreit wird, wird aber nach argeen Kämpfen im Februar 1938 endgültig von den Franzosen besetzt
04.02.38 Ausschaltung führender konservativer Militärs und Politiker in Deutschland als Teil der unmittelbaren Vorbereitung auf kommende Eroberungskriege. Hitler genehmigt den Oberbefehl über die Wehrmacht
12.03.38 Deutschland annektiert Österreich
15.04.38 Franco-Truppen erreichen die Mittelmeerküste. Das republikanische Gebiet ist dadurch in zwei Teile zerfallen
24.07.38 Beginn der letzten Großoffensive der Republikaner am Ebro. Sie bleibt nach drei Wochen Anfangserfolge stecken und endet in äußerst verlustreichen Kämpfen
22.09.17.10.38 Abzug der internationalen Brigaden. Grundlage ist ein Abkommen über den Rückzug aller ausländischen Truppen aus Spanien, das aber von den faschistischen Interventionsmächten Deutschland und Italien nicht eingehalten wird
30.09.38 „Münchener Abkommen“ zwischen Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich. Die Tschechoslowakei wird zur Abfindung der sog. Sudetengebiete an Deutschland geteilt
15.11.38 Offensive der Franco-Truppen gegen Katalonien
28.01.38 Kapitulation der katalanischen Hauptstadt Barcelona
08.02.38 Ende des Widerstands in Katalonien
15.03.38 Einmarsch der deutschen Wehrmacht in den Westen der Tschechoslowakei
25.03.38 Hitler gibt dem Oberkommando der Wehrmacht Anweisung: „Ein Kriegssplan für die baldige Lösung der politischen Frage auszuarbeiten“
27.03.38 Franco-Spanien tritt dem Antikominternpakt bei
27.03.38 Deutschland annektiert das Memelgebiet von Litauen
28.03.38 Franco-Truppen besetzen Madrid
Am folgenden Tag Einstellung der Kampfhandlungen. Es folgt eine dringende und gezielte Räumung der Städte
07.04.38 Italien annektiert Albanien
28.04.38 Deutschland kündigt den Nichtangriffspakt mit Polen
01.09.38 Deutscher Überfall auf Polen
Der 2. Weltkrieg beginnt

Benutzte Bücher, kommentiert

- A. KP-Darstellungen**
Freiheitskampf. Der Freiheitskampf des spanischen Volkes und die internationale Solidarität. Dokumente und Bilder zum spanischen revolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936-1939. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin/DDR 1946
Enthält nach einem programmatischen Beitrag von Dolores Ibárruri (für das obige bietet) Dokumente der kommunistischen Bewegung zum spanischen Bürgerkrieg.
Gorriath: Walter Gorriath, Um Spaniens Freiheit, Berlin/DDR 1946
Fürchterlicher Roman, in dem alle Stereotypen der KP-Geschichtsschreibung auf planlose Weise versammelt sind (ins auf dem Kampf gegen die faschistischen Verräter, teuremher). Interessant dadurch, daß schon 1946 (im Aufbau-Verlag erschienen) Hahn-Schneider vom Hahn-Karl Heinz Schirder, Spanien 1936-1976, Kampf für Freiheit und Demokratie, 1. Aufl. 1976
Heft aus VVN-Kreis, das den obigen Mist wiederholt (z.B. zum „Matjusch“) Einziges Anzeichen, die Autor haben werden zumindest zahlenmäßig einigermaßen richtig dargestellt
Ibárruri, Dolores Ibárruri, Der glänzende Weg, Erinnerungen, Berlin/DDR 1963 (zuerst 1962)
Die führende PCE-Politikerin schildert die Zeit bis zum Ende des Bürgerkrieges aus ihrer Sicht
Interbrigadisten: Interbrigadisten, Der Kampf deutscher Kommunisten und anderer Antifaschisten im nationalen-revolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936 bis 1939, Protokoll einer wissenschaftlichen Konferenz an der Militärakademie „Friedrich Engels“ 20./21. Januar 1966, Berlin/DDR 1966
Enthält die auf der Konferenz gehaltenen Referate, teils sehr spezielle teils allgemeine Themen. Es wird besonders die Linie von der spanischen „Volksarmee“ des Bürgerkrieges zur Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik betont
Kühne: Horst Kühne, Spanien 1936-1939, Proletarischer Internationalismus im nationalen-revolutionären Krieg des spanischen Volkes, Berlin/DDR 1971 (Lizenzausgabe des selben Titels Berlin/DDR 1978 und leicht bearbeitete Neuauflage von H.K., revolutionäre Militärpolitik 1936-1939, Militärpolitische Aspekte des nationalen-revolutionären Kriege in Spanien, Berlin/DDR 1969)
Gerade in der Knappheit des allgemeinen ersten Teils ein repräsentatives Beispiel für die Fälschungen, Verdrehungen, Auslassungen usw. der KP-Geschichtsschreibung.
Offizielle DDR-Geschichtsschreibung, Kühne (als Dozent an der Militärakademie „Friedrich Engels“, das Buch basiert auf seiner Rehabilitation und „Analyse“) ausgehend von den Parteibeschlüssen des Heidenkampfs“ usw. (1. Auflage 1969, S.9)
Longo, Luigi Longo (Callo), Die Internationalen Brigaden in Spanien, Berlin/DDR 1976 (zuerst 1956)
Zwar mit den üblichen unbedingten Behauptungen und Fälschungen der KP-Geschichtsschreibung betraut, hat aber durch Longos Tätigkeit als einer der Hauptorganisatoren der Interbrigaden eine gewisse Authentizität
Putschismus: Putschismus, Deutsche Antifaschisten im nationalen-revolutionären Krieg des spanischen Volkes, Herausgegeben von der Militärakademie „Friedrich Engels“, Berlin/DDR 1964
Ähnlich wie Freiheitskampf aufgebaut, zieht aber die Linie über den 2. Weltkrieg bis zur DDR „Vaterland Frieden Sozialismus — wie wegen!“ (326). Viele Fotos.
Renn, Ludwig Renn, Im Spanischen Krieg, Berlin/DDR 1963 (zuerst 1953)
Renn war in verschiedenen Führungspositionen der Interbrigaden. Sein Erlebnisbericht ist insoweit ähnlich interessant wie Longos. Außerdem kann man durch dieses Buch stalinistische Denkschemen in Reinkultur studieren (gegen die „Schädlinge“ der POUM usw.)
Volker: Die Volker an der Seite der spanischen Republik 1936-1939, Moskau 1973
1. Auflage Interbrigaden aus 21. Jahrbuch berichten über ihren Einsatz, Allgemeine Einleitungen von Ibárruri, Longo und Dahlen mit den üblichen Punkten:
- B. Anders**
Alba, Victor Alba, Spanien, in: C.P. Kerzig (Hg.), Die kommunistischen Parteien der Welt, Freiburg-Basel-Wien 1966, Spalte 468-482
Kann, obwohl die Wertungen mit Vorurteil zu gemessen sind und es einige Ungenauigkeiten gibt, als kurzweiliger Überblick über die Geschichte der spanischen Kommunisten empfohlen werden
Bernecker: H. Walter L. Bernecker (Hg.), Kollektivismus und Freiheit, Quellen zur Sozialen Revolution im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, München 1980
Grundlegende Quellsammlung zu den Auseinandersetzungen um die Kollektivierungen und ihren Hintergründen mit jeweils einleitendem Kommentar, aber nicht ganz überzeugender Gliederung. Einige Schlingensiefel
Bernecker: H. Walter L. Bernecker, Anarchismus und Freiheit, Quellen zur Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, Hamburg 1973
HRR-Standardschrift zu den Kollektivierungen. Typische Dossiers mit nur zu oft falsch und verstellender Chedra g. Auswertung der Informations

Volksfront heute?

„In der Bundesrepublik klappt ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen einer winzigen kleinen Gruppe von Grundkapitalisten auf der einen und der überwältigenden Volksmehrheit auf der anderen Seite
In diesen Kämpfen und Bewegungen sind die Kräfte sichtbar geworden, die — wenn sie sich formieren — (insbesondere) eine Wende zu demokratischen und sozialem Fortschritt zu erzwingen (das sind all jene, deren Interessen unvereinbar sind mit dem Macht- und Profitstreben, mit der reaktionären Politik der Großkapitalisten. Das sind die Arbeiter und Angestellten, Beamten, Techniker und Wissenschaftler, Lehrer und Künstler, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden. Das sind die Auszubildenden, die Studenten und Schüler. Das sind die Kommunisten und Sozialdemokraten, Liberale, Christen und parteilose Demokraten.“ (Marxistisches Programm der DKP von 1978, S. 25 und 34)

„Der Wende ein Ende! Alle zusammen — können wir's packen“
„Bekante TV Stars zur UZ. Wir wollen SDI nicht! Hans Joachim Kulenkampff (Showmaster): „Ich halte nicht mal was von einem Gummiknuppel. Das (SDI) ist der nackte Horror.“ (Sonstnummer der UZ zum 1. Mai 1984)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Berncker III. Walter I. Berncker, Die soziale Revolution im Spanischen Bürgerkrieg. Historisch politische Positionen und Bewegungen, Mit einer Foto-Bibliographie München 1977

Ein Buch, das die unterschiedliche Literatur zum Spanischen Bürgerkrieg (Hauptaspekt: die soziale Revolution) vorstellt und auf ihre Bruchstellen hin untersucht.

Novati, Gerald Bruna, Die Geschichte Spaniens, Über alle sozialen und politischen Hintergründe des spanischen Bürgerkrieges, „The Spanish Labyrinth“, Berlin 1978 (zuerst 1945)

Einziges Sekundärliteraturwerk in Spanien, das sich mit der Revolution auseinandersetzt. In Spanien: K. Spek, 1977, 2. Aufl. 1982 (zuerst 1961)

Standardwerk, spanisch geschrieben, allerdings zweifelsfrei. In: Laus, beibehalten über der politischen Front. Zwei auf einander wirkende, aber leider oft ohne genaue Quellenangaben und ohne Bibliographie

Degen/Ahrens, Hans-Jürgen Degen/Helmut Ahrens (Hg.), „Wie wird es sein, die Ketten zu tragen.“ Antifaschisten im Spanischen Bürgerkrieg, Berlin/West 1979

Recht interessante Erzählweise von Ausländern, hauptsächlich Ausländern, die in Spanien gekämpft haben

Engenberger, Hans-Magnus Engenberger, Der kurze Sommer der Anarchie, Buenaventura Durruón Leben und Tod, Roman, Fm 2. Aufl. 1977 (zuerst 1972)

Behandelt zwar nur das Leben, endet aber in November 36, bietet aber auch einen Durchblick auf viele allgemeine Prozesse und Probleme Spaniens und widerstandslos freigelegte Montage von Quellen, meist locker weg. Kommentierte Bibliographie

Guérin, Daniel Guérin, Anarchismus, Begriff und Praxis, Fm 1967 (zuerst 1965)

Bietet einen Einblick in die Geschichte/Position des Anarchismus, dessen Qualität ich allerdings nicht beurteilen kann. Mit einem Kapitel über die spanische Revolution

Hühle, Rainer Hühle, Die Geschichtsvollzieher, Theorie und Politik der kommunistischen Partei Spaniens 1936 bis 1939, Gießen 1980

Harte, aber faire und fundierte Auseinandersetzung mit der PCE-Politik. Hühle versucht vor allem, die innere Logik einer militärischen Politik herauszufinden, trotzdem hat mich der Teil über die praktische Politik der PCE mehr überzeugt. Mit Bibliographie

Leval, Gaston Leval, Das Wertvolle Spaniens, Das konstruktive Werk der Spanischen Revolution (1936-1939), Hamburg 1978 (zuerst 1971)

Ziemlich durchdringt von einem „anarchistischen Idealismus“, ohne Blick (und Interesse) für Widersprüche. Bietet trotzdem recht viel Material über die Kollektive, die Leval selbst besucht hat

Münz, Frank Münz, Autogestaltung des spanischen revolutionären, Paris 1970

Hervorragend geschriebene Arbeit über die Kollektivierungen mit sehr viel Quellenmaterial, es ist nützlich für franzosischsprachige sehr zu empfehlen, da sie z.B. auch die Frage des Zwangs bei den Kollektivierungen sehr differenziert diskutiert

Payr, Gerhard Payr, Kritik und Aktualität der Volksfrontkonzeption, in: P. W. Schulze (Hg.), Übergangsgesellschaft: Herrschaftsform und Praxis am Beispiel der Sowjetunion, Fm 1974, S. 291-391

Gründliche historische und auf aktuelle Praxis bezogene Analyse der Volksfrontkonzeption

Semprun Maure, Carlos Semprun Maure, Revolution und Konterrevolution in Katalonien, Hamburg 1983 (zuerst 1974)

Von einem engagierten, „radikal-anarchistischen“ Standpunkt aus geschrieben. Bewusst Darstellung (allerdings, wie der Titel sagt, auf Katalonien, und teilweise Arrangieren, beschränkt) der Kollektivierungen, die ich kenne.

'Bin ich unterwegs zum Morgen oder zum Abend?'

— Federico Garcia Lorca 1899-1936 —

Federico Garcia Lorca verkörperte wie kaum ein anderer die Hoffnungen vieler Spanier auf eine grundlegende Veränderung der spanischen Gesellschaft. 1937 — ein Jahr nach seiner Ermordung durch die Falange — hing das Bild des Dichters neben Picasso „Guernica“ im Pavillon der spanischen Republik auf der Weltausstellung in Paris — als Anklage gegen den faschistischen Terror.

Heute, wo die Verantwortlichen für die Ermordung Federico Garcia Loras bekannt sind, versuchen Rechte, wie Fraga Iribarne Loras Werk kurzerhand zum „nationalen Gut“ zu erklären, das „erhaben über den Parteien und Strengigkeiten steht“. Noch im Juni 1976 — ein halbes Jahr nach Francos Tod — hatte Iribarne zu einer halbstündigen Gedenkveranstaltung zu Ehren Loras ein großes Polizeiaufgebot in Loras Geburtsort Fuentevaqueros geschickt. Als die Redner die Namen der Mörder nannten, wurden sie prompt verhaftet und zu hohen Geldstrafen verurteilt. Fraga ging es dabei zweifellos nicht nur darum, die noch in Andalusien lebenden Mörder zu schützen, etwa Ramon Ruiz Alonso, ehemals Führer der falangistischen Esquadra Negra, der Lorca verhaftet hatte oder den Hauptmann Nistares, auf



Federico Garcia Lorca (rechts) mit seinen Freunden Rafael Alberti und Luis Bunuel

gust, drängt jedoch Ruiz Alonso mit einem großen Aufgebot der Esquadra Negra in das Haus der Rosales ein und verhaftet Lorca. Die von falangistischer Seite erfundene Version Loras Ermordung wäre ein „Zufall“ gewesen, entlarvt sich schon hier. Ohne Abwehrung bzw. Auftrag höchster Stellen wäre ein Führer der Esquadra Negra niemals gewaltsam in das Haus der Familie Rosales eingedrungen. Garcia Lorca wird in das Hauptquartier der Falange, „La Colonia“, gebracht und im Morgengrauen des 19.8. zusammen mit zwei Toreros und einem sozialistischen Dorfschullehrer in der Schucht von Viznar erschossen.

Erneuerung der Volkskunst im Gedicht ...

Erneuerung der Volkskunst im Gedicht ...

Federico Garcia Lorca, 1899 als Sohn einer Lehrerin und eines andalusischen Großgrundbesitzers in Fuentevaqueros bei Granada geboren, gehörte zum Kreis der Dichter, die die spanische Lyrik zu ihrem letzten großen Höhepunkt vor Ausbruch des Bürgerkriegs führten: Juan Ramón Jiménez, Antonio Machado, Rafael Alberti, Jorge Guillén, Vicente Aleixandre u.a. Eine der wesentlichen Grundlagen dieser Lyrik ist die Aneignung und Erneuerung von Traditionen der Volkskunst. „Die Sprache ist auf der Grundlage von Bildern erschaffen, von denen unser Volk einen überfließenden Reichtum besitzt. Es ist ein prachtvolles Bild, das über springenden Teil eines Daches 'alero' zu nennen (von 'ala' = Fittich); ... eine Kuppel 'halbe Orange' zu nennen, ist ein anderes Bild ... In Andalusien reicht das volkstümliche Bild bis zu den äußersten Grenzen wunderbarer Reinheit und Empfindsamkeit.“

Mit dem Komponisten Manuel de Falla komponiert Garcia Lorca spanische Wiegenlieder und arrangiert sie. Seine „Dichtung vom Cante Jondo“ und vor allem die berühmten „Zigeunerromanezen“ wären undenkbar ohne die von Lorca so bewunderte „seltene Vollständigkeit, womit der anonyme Volksdichter den Extrakt der höchsten Gefühlsmomente des menschlichen Lebens gibt.“ Die „Zigeunerromanezen“ erreichen vor und während des Bürgerkriegs einen ungeheuren Grad der Popularität — und sie tragen ihm den Haß der Guardia Civil ein, die er in der „Romaneze von der schwarzen Guardia Civil“ als lebende Tote darstellt. „Ihre Schädel sind aus Blei, / darum weinen sie auch nie.“ In der See und aus Laub. Obwohl die Romanezen ein idealisiertes, zeitloses Andalusien zeigen, sind sie Symbol für die spanischen Zustände. Eine sich durch ihre Phantasie, Empfindsamkeit und Produktivität auszeichnende Randgruppe der Gesellschaft wird gnadenlos verfolgt durch die „Teufel mit gewickelten Leder und der idiotischen Arithmetik des Dienstes“.

— und auf dem Theater

In den frühen zwanziger Jahren hatte Federico Garcia Lorca gemeinsam mit dem Komponisten Manuel de Falla eine spanische Volksstücke in seiner Marionettenbühne „La Tumbada“ aufgeführt. Diese alte Volksart des Marionettentheaters hatte einen großen Einfluß auf Lorca und erheblichen Anteil an seiner späteren Erneuerung des spanischen Theaters. „Das Puppentheater ist der Ausdruck der Volksphantasie und gedieht im Klima ihres Witzes.“ Lorca erweitert diesem Theater „Rhythmus, Phantasie und Offenheit“ — Eigenschaften, die gerade dem kommerziellen Theater, das er nach seinem Umzug nach Madrid 1919 kennenlernte, fehlten. Lorca bezeichnet diesen kommerziellen Theaterbetrieb, der überwiegend in den Händen einer Unternehmer-Dynastie war und jedem Versuch einer Veränderung ab-

wehrend gegenüberstand, als ein Theater, das den Zuschauern nur „Sagemehlherzen“ vorführte. Er attackierte es als „Theater von Schweinen für Schweine“.

Die Studentenwanderbühne „La Barraca“, 1932 von Lorca und seinem Freund Ugalde gegründet, vom Kultusministerium der Republik finanziell unterstützt, war eine für Spanien beispiellose Neukreation. „La Barraca“ zog durch die spanischen Provinzen und führte die Stücke der spanischen Klassiker Lope de Vega, Calderon de la Barca und Cervantes auf. Um gerade den armen Zuschauern in den Provinzen den Theaterbesuch zu ermöglichen, wurden die Eintrittspreise dem Publikum angepaßt: Vorstellungen für reiche Leute boten die Möglichkeit, für die nächste Vorstellung wenig oder keinen Eintritt zu zahlen. „Wir glauben“, so Garcia Lorca 1932 in einem Interview, „wir können beitragen zu dem großen Ideal, das Volk unserer geliebten Republik zu erziehen, indem wir ihm sein eigenes Theater wiedergeben.“

Charakteristisch für Loras Theaterarbeit ist der bewußte Einsatz unterschiedlicher theatralischer Mittel und Techniken und die Beobachtung ihrer Wirkung auf das Publikum. So wurde z.B. ein Stück an aufeinanderfolgenden Abenden unterschiedlich inszeniert, einmal „altmodisch“, das andere Mal „vereinfacht“, stilisiert, ebenso neu wie das neueste Experiment und ebenso alt wie die älteste Technik der Inszenierung und Gebärde.“

Obwohl Anhänger der Volksfront, der zahlreiche antifaschistische Kundgebungen und Proteste unterstützte, finden sich in Loras Theaterstücken und Inszenierungen keine politischen Äußerungen zur aktuellen spanischen Situation. Die großen Erfolge seiner Inszenierungen mit „La Barraca“ und später — als die finanziellen Mittel für die Studentenwanderbühne durch die CEDA (politischer Rechtsblock) ab 1932 gestrichen wurden — im Theaterclub „Anfionista“ belegen eindrucksvoll, daß Lorca das wirkliche, was er selbst vom Theater verlangte. Das Theater müsse, so Lorca, „den Pulsschlag der ganzen Epoche auffangen“. „Jedes Theater bleibt Theater, wenn es den Rhythmus seiner Epoche und die Emotionen, die Schmerzen, die Kämpfe und Dramen der Epoche aufnimmt ... Das Theater muß das ganze Drama des Lebens in der Gegenwart verarbeiten.“

Wie Lorca in seinen Werken das Drama des spanischen gesellschaftlichen Lebens einfing, zeigt z.B. der große Erfolg seines Dramas „Yerma“ Ende 1934. Der Lorca-Biograph Rincón schreibt: „Yerma stellte ein großes politisches Ereignis dar, und zwar nicht nur im Rahmen der Debatte über das Scheidungsrecht, sondern befreiend im Zusammenhang der Geschichte die blutige Niederschlagung der revolutionären Erhebungen in Katalonien und der Bergarbeiter und Bauern in Asturien sowie der Bemühungen um eine Wiedervereinigung der zersplitterten linken Kräfte, die zum Wahlsieg der Volksfront im Februar 1936 führten.“ Ich möchte allerdings bezweifeln, daß dieser direkte politische Bezug zwischen dem Drama „Yerma“ und dem Bergarbeiterstreik in Asturien und der Volksfront, den Rincón suggeriert, gegeben ist. Loras Theaterstücke wirkten vielmehr dadurch, daß sie auf eine tiefere Art und Weise spanische Realität auf die Bühne brachten.

Spanische Realität, das meint — mit den Worten des englischen Kunsthistorikers Williams in dessen Goya-Essay — „die schreckliche Kontinuität eines Spaniens der notwendigen, aber unmöglichen Revolution“. Versteuerte Verhältnisse, die im Schauspiel „Dona Rosita“ lediglich die Handlungsfreiheit der Hauptfigur lähmt, we auf Hilfe von außen hoffen läßt, derweil die Zeit und damit das Leben verflie-

hen. Lorca spricht vom „Drama der spanischen Verborgenheit, der spanischen Druckmühsal ... des Sehns nach Genuß, das die Frauen gewalttätig in die tiefsten Tiefen ihres fliehernden Innern zurückdrängen müssen.“ Auch in Loras ersten Dramen „Yerma“, „Blutbesen“ und „Bernarda Alba“ Haas und es Frauen, die jetzt die Einschränkung durch Konventionen nicht mehr hinnehmen — deren Rebellion gegen die versteinerten Verhältnisse allerdings mit dem Tod endet

G., Hamburg

Buchbesprechung:

Bilder und Klänge aus al-Andalus

„Die Uhren auf der überhohen Halbinsel gingen weit anders als im übrigen Europa. Sie gingen erst vor und später, seit den Tagen der Inquisition, gingen sie nach ... mit einer Verzögerung, die erstaunliche Erscheinungen zur Folge hatte.“

Eine dieser erstaunlichen Erscheinungen ist die spanische Literatur und Kunst des 20. Jahrhunderts, insbesondere die moderne Lyrik von Jiménez und Machado bis zur „Generation von 1927“: Garcia Lorca, Guillén, Alberti, Miguel Hernández. Durch den Wechsel

von der modernen Lyrik von Jiménez und Machado bis zur „Generation von 1927“: Garcia Lorca, Guillén, Alberti, Miguel Hernández. Durch den Wechsel von Gesamtdarstellungen und Porträtstudien gelingt es Hans-Jürgen Heyse, einem der besten Kenner der spanischen und lateinamerikanischen Literatur, im ersten Band seiner *Hispanischen Trilogie: Bilder und Klänge aus al-Andalus*, nicht nur einen Einblick in spanische Literatur- und Kunstgeschichte zu geben. Der Leser erhält eine Vorstellung von den Widersprüchen eines Landes, in dem durch das Part der sozialen Kräfte die bürgerliche Revolution verhindert wurde. Das Gefühl, von der Vergangenheit erdrückt zu werden, in einem Lande, in dem der gesellschaftliche Fortschritt so lange ausgeblieben ist, findet sich in vielen Gedichten. „Das Gestein liegt schwer auf uns. / Ich träume von einer Zukunft, auf der kein Gestein liegt“ heißt es bei Rafael Alberti.

So versuchte die Generation der Intellektuellen um 1898 — nach dem Verlust der letzten überseeischen Kolonien Spaniens (Kuba, Philippinen, Puerto Rico) — die Erkenntnis, das Spanien isoliert, zu einer rückständigen Nation geworden war, durch eine verklärte Sicht auf die spanische Vergangenheit zu kompensieren. Kastilien, von dem die Reconquista ausging, wurde zum „edlen“ Kastilien erklärt. Eine Sichtweise, die erst von den Schriftstellern der 30er Jahre — unter dem Eindruck u.a. des französischen Surrealismus — aufgegeben wird. Miguel Hernández schildert die Armut im kastilischen Hochland, und Bunuel stellt in seinem Film „Las Hurdes“ das unbeschreibliche Elend der Landbevölkerung dar.

Diese Idealisierung des ländlichen Spanien findet sich auch bei anderen Lyrikern wie Rafael Alberti und Garcia Lorca. Heyse zeigt am Beispiel Loras und Machados die Konflikte zwischen dieser „Sehnsucht nach einer vergangenen Zeit“ und den von den Republikanern Lorca und Machado ererbten notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen.

Ohne den Rückgriff auf eine einzigartige „innere Folklore“ wäre allerdings die moderne spanische Lyrik nicht denkbar. Loras „poetisches Kraftfeld“ ist die andalusische Volkskunst, insbesondere der „Cante Jondo“, eine „Urform andalusischen Gesangs“, dessen Elemente liturgischen byzantinischen Gesang und Einflüsse der „Zigeuner“ und der Mauren enthalten.

Diese Nähe zur anonymen Volkspoesie erklärt den großen Erfolg von Loras „Zigeunerromanezen“ und der „Gedichte von Cante Jondo“.

Heyse bietet mit seinem Buch eine sehr lesenswerte Einführung in die Geschichte der spanischen Kultur, beginnend mit der Dichtung der Araber, über Luis Gongora und dem Komponisten Manuel de Falla bis hin zu den Dichtern der Nach Franco-Zeit und den Filmregisseuren Luis Bunuel und Carlos Saura.

G., Hamburg

Hans-Jürgen Heyse: Bilder und Klänge aus al-Andalus: Höhepunkte spanischer Literatur und Kunst. R. Neuber-Mauk Verlag, 1986. Geb. J. 43. 29.90 DM



Guardia Civil (aus W. Eugene Smith' Fotoessay „Spanish Village“, 1961)

„Es gibt keine Lösung der Judenfrage“

Henryk M. Broders „Der ewige Antisemit“

Im Jahre 1981 wechselte der Publizist Henryk M. Broder die Anschrift, er zog um von Köln nach Jerusalem. Ein eigentlich nur selbstverständlicher Schritt, schließlich möchte jeder leben, wo es ihm (besser) gefällt. Ein umso selbstverständlicherer Schritt, ist Broder doch ein 1952 in Polen geborener Jude, der seit 1958 in der Bundesrepublik lebt. Indes scheint Broder selbst den Wechsel der Wohnung für gar nicht so selbstverständlich zu halten, begründet er doch seit 1981 — ungeachtet seines „Danke schön. Bis hierher und nicht weiter“ (1) — seinem Leserpublikum diesen Umzug. Wofür es, wie für den Umzug nach Jerusalem, wiederum eine Reihe guter Gründe gibt. Schließlich kann ein antisemitischer Streiter, und tate er es noch so gern, nicht plötzlich seinen in diesem Land begründeten und gewachsenen Antifaschismus wegpucken. Broders Hauptgrund für den Umzug verwundert denn aber doch: der „linke Antisemitismus“ habe ihn vertrieben, wie er es teils selbst ausführt, wie es andernteils aus der Emphase, mit der er gegen besagten „linken Antisemitismus“ zu Felde zieht, hervorgeht — eine Emphase nola bene, mit der er, soweit ich sehe, in den letzten Jahren auf keinem anderen Sektor gestritten hat.

Mit Gespür für die große Geste gab Broder im Februar 1981 seine neue Adresse über „einen Offenen Brief an seine ‚linken Freunde‘“ in der „Zeit“ (2) — offensichtlich das von Linken meistgelesene Presseorgan — bekannt. Gegenüber diesem „Offenen Brief“ unter dem schon fast alles sagenden Anwurf „...Euer Jude von heute ist der Staat Israel.“ Die neue deutsche Linke und der allgütige Antisemitismus“ — enthält die im Mai dieses Jahres erschienene Sammlung von Aufsätzen Broders „Der ewige Antisemit“ (in Anspielung auf den „ewigen Juden“) nichts substantiell, nichts qualitativ Weiter- oder Tiefergehendes. Seine — nicht gerade originelle — Grundthese, daß es sich beim „Antisemitismus“ lediglich um die heutige Form des Antisemitismus handele, wird um „Ewigen Antisemiten“ allein noch ausgewalzt, seine gewagten Analogieschlüsse und sein Hang zur Demagogie sind gegenüber dem „Offenen Brief“ zwar ebensowenig neu, treiben aber ihrer Perfektion entgegen.

Fünf Grundpositionen sind es, die Broders Aufsatzsammlung durchziehen, z.T. sich gegenseitig abstützen bzw. aufeinander bezogen sind und so ein in sich logisches System bilden — der Antisemitismus ist wesentlich ein Gefühl, eine Leidenschaft, — der Antisemitismus ist quasi vererbbar, — der Antisemitismus schafft über Klassen, Interessen und politische Systeme hinweg die Volks- und die Volksgemeinschaft, — die Judenfrage ist unlösbar, — der „Antizionismus“ ist die heutige

Hauptform des Antisemitismus („Antizionismus“ hier und im folgenden in Anführungszeichen, weil Broder mit seiner Verwendung des Begriffes nicht — wie er suggeriert — eine real existierende politische Richtung oder Ideologie erfährt, sondern vielmehr unter diesen Begriff jede Kritik an Israel packt, sofern sie von Linken gelbt wird und/oder ein bestimmtes, von Broder zugebilligtes Maß überschreitet.)

Leidenschaft

Der Antisemitismus, der nicht mit Fremdenfeindlichkeit gleichgesetzt werden dürfe, habe als „Ausdruck von Gefühlen und Bedürfnissen eine ganz besondere Qualität.“ (B.28) (3)

Broder bezieht sich auf den (katholischen) Publizisten Hermann Bahr, der 1894 schrieb: „Der einzige Zweck des Antisemitismus ist der Antisemitismus. Man ist Antisemit, um Antisemit zu sein.“ (...) Wer Antisemit ist, ist es aus der Begierde nach dem Tausel und dem Rausche einer Leidenschaft.“ (zit. n. B. 28) (4) Auch Sartre habe den Antisemitismus „vor allem eine Leidenschaft“ genannt. (B. 29)

Die Ansätze von Bahr und Sartre, schreibt Broder, halle er „deswegen für richtig, weil sie die emotionale, die sinnliche Qualität des Antisemitismus in den Vordergrund rücken und sich nicht, wie es Trivialmarxisten gerne

tun, mit sozio-ökonomischen Faktoren (...) zufriedengeben.“ Wesentlich sei vielmehr, daß es „ein weit verbreitetes Bedürfnis (ist), die Juden nicht zu mögen, und es macht offenbar großen Spaß, dieses Bedürfnis (...) zu befriedigen.“ (B. 29 f.)

Da „nach Auschwitz“ sich aber kaum noch einer offen als Antisemit zu bekennen wage, komme „die rettende Formel ‚Antizionismus‘ zum Einsatz. Dies ist ein keimfreier Begriff, an dem im Gegensatz zum Antisemitismus kein Blut zu kleben scheint. Mit Hilfe dieser Formel kann einem Ressentiment freie Bahn gegeben werden, von dessen Vorhandensein (...) seine Träger oft nichts wissen.“ (B. 41 f.)

Der „Antizionismus“ habe „im Kern dieselbe libidinöse Qualität wie der Antisemitismus: Es geht gegen Juden, nur ist an die Stelle des religiösen oder rassistischen Motivs ein scheinbar politisches getreten“ — „scheinbar politisch“, weil der (von Broder oft bemühte) „Junge Deutsche“, der sich als „Antizionist“ bezeichnet, „ein Etikett (benutzt), um ein Ressentiment zu kaschieren. Daß es ihm nicht um das Recht, Israel kritizieren zu dürfen, geht, ist offenkundig, denn dazu bedürfte es keines Etiketts.“ (B. 46)

Ob nun, zählt Broder auf, Beginn erklärt, daß er einem Deutschen niemals die Hand geben werde; ob Israel in den Libanon einmarschiert, ob „gewisse jüdische Kreise“ Reagen vom Besuch von SS-Gräbern abbringen wollen — Empörung über das Verhalten der Juden stelle sich „jedemal mit einer an Hysterie grenzenden Intensität ein.“ (B. 41)

Erbmasse

Seine Auffassung von der „Erblichkeit“ des Antisemitismus übernimmt Broder aus einer der ersten Programmschriften des Zionismus, aus Leon Pinskers „Autoemanzipation“ (1882). Pinsker hatte — „kein Erklärungsversuch (reicht) über die Behauptung Pinskers hinaus“ (B. 255) fügt Broder an — die Judophobie als „eine dem Menschengeschlecht eigentümliche Dämonopathie“, als „blinde Naturkraft“ (zit. n. B. 255) und als „Psychose“ bezeichnet. „Als Psychose ist sie hereditär (erblich). Und als eine seit zweitausend Jahren vererbte Krankheit ist sie unheilbar.“ (zit. n. B. 216)

Auch heutige Autoren vertreten eine zumindest ähnliche Position. — Der Antisemitismus sei nach Meinung von Alphons Silbermann, der das Antisemitismuspotential in der BRD untersuchte, eine „traditionelle Haltung“, „die sich von Generation zu Generation sozusagen ‚vererbt‘ haben“ müsse. Und der israelische Historiker Simuel Eitinger qualifiziere den Antisemitismus als eine „der furchtbarsten psychologischen und intellektuellen Manifestationen der europäischen Kultur“, die in einem so starken Maße zum „regulären Merkmal der menschlichen Psyche und der zwischenmenschlichen Beziehungen“ geworden sei, daß es „unmöglich ist, sich die europäische Zivilisation mitsamt ihren gegenwärtigen ideologischen Strömungen ohne Antisemitismus vorzustellen“ (zit. n. B. 215)

Broder faßt zustimmend zusammen: „Der Antisemitismus ist eine anthropologische Konstante der abendländischen Kultur, ein integraler Bestandteil der historischen Erbmasse.“ (B. 216)

Die Problematik dieser Begrifflichkeit ahnend, formuliert Broder als Einwand: „Der Antisemitismus als eine vererbte Krankheit zu bezeichnen, heißt einem Biologismus das Wort reden“, und erklärt: zwar gebe es keine antisemitischen Gene, aber „eine antisemitische Disposition, die in der Tat vererbt“ werde. Vererbe man unter „Vererbung“ nicht einen biologischen Vorgang, sondern „die Pflege und Weitergabe gemeinschaftlicher Haltungen, kann man von einem ‚antisemitischen Erbe‘ sprechen.“ (...) Auch Besitzstreben, Neid und Eifersucht gehören zur sozialen Natur des Menschen.“ Zwar versuchten Gruppen fortschrittlich gesonnener Menschen immer wieder, ein Leben ohne Besitzansprüche, Neidgefühl und Eifersuchtsdramen zu führen, dies ende aber stets wieder dort, wo es begonnen habe: „Bei der Kleinfamilie, dem Bauparvertrag und der Lebensversicherung.“ Der Antisemitismus könne in „die gleiche emotionale Kategorie“ (die soeben noch „sozialer Natur“ war ...) eingeordnet werden „wie Neid, Haß und Eifersucht“. Hieraus lasse sich dann auch erklären, „warum völlig unverdächtige Menschen plötzlich und unerwartet antisemitisch reagieren (...) um gleich darauf ‚normal wie immer‘ zu sein.“ (B. 217)

Broder ist hier zum Kern seiner Welt- und Lebensanschauung gelangt: Nicht allein die Judenfrage ist, wie er es vertritt, unlösbar — die ganze Menschheit ist nicht veränderbar, nicht besserbar

Volks- und Volksgemeinschaft

Leon Pinsker habe schon im letzten Jahrhundert erkannt: „Die Völker mögen in ihren gegenseitigen Beziehungen, in ihren Instinkten und Bestrebungen noch so weit auseinandergehen, in ihrem Widerwillen gegen die Juden reichen sie sich die Hände, in diesem einzigen Punkte sind sie alle miteinander einverstanden.“ (zit. n. B. 246)

Der Antisemitismus, zitiert Broder zustimmend den französischen katholischen Historiker Anatol Le Roy-Beldieu (1842 - 1912), sei „nicht in Link-Rechts-Kategorien“ einzuteilen. (B. 79) Vielmehr handele es sich, führt Broder fort, beim Antisemitismus „um ein Wundermittel, einen Allekleber, der die unterschiedlichsten Überzeugungen, Temperamente und Charaktere zu einer Einheit zusammenschweißt.“ (...) Der Antisemitismus ist ein einzigartiges Phänomen einer geradezu naturwüchsigen Solidarität — über alle Klassen- und politischen Differenzen und religiöse Rivalitäten hinweg.“ (B. 70 f.)

Protestkundgebungen gegen den Krieg Israels im Libanon seien „von ganz breiten Koalitionen getragen (worden), von den Grünen, über die Jusos bis zur DKP und Spontigruppen. Wieder einmal war, über einen gemeinsamen Feind, den einzigen gemeinsamen Feind, die Volksgemeinschaft für eine kurze Strecke hergestellt worden.“ (B. 116, Hervorhebung im Orig.) (4a)

Der Krieg, der als Israel 1982 in den Libanon einmarschierte, schon sieben Jahre andauerte, sei erst Gegenstand des Protestes geworden, als „Juden als Täter überführt werden konnten. Die große vaterländische Entlastungs- und Projektion der eigenen ärmlichen Geschichte auf deren Opfer, konnte beginnen. An diesem nationalen Geschichtswerk nahmen linke wie rechte Antisemiten einvernehmlich teil.“ (B. 123)

Antizionismus = Antisemitismus

In Leon Poliakovs „Geschichte des Antisemitismus“ (5) begegnet Broder „einer der größten Aufklärer als veritable Judenhauser. Voltaire zum Beispiel.“ (B. 75) Voltaire habe in seinem philosophischen Wörterbuch die Juden als ein Volk beschrieben, „das

Fortsetzung nächste Seite

Gedanken über eine Erfindung

Der Journalist Henryk Broder, der sich die Bekämpfung des linken Antisemitismus zur Lebensaufgabe gemacht hat, setzte 1976 eine Legende in die Welt: „Am 9. August 1938 erschien der ‚Völkische Beobachter‘, das Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands, mit der Schlagzeile: ‚In Prag regieren die Juden!‘ Fast auf den Tag genau 30 Jahre später, am 21. August 1968, erschien das Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ‚Neues Deutschland‘, mit einer ganz ähnlichen Antisemitenschrift: ‚In Prag regieren die Zionisten!‘.“ (1)

Der Publizist Kenneth M. Lewan behauptete bereits 1976, es habe diese Überschrift im „Neuen Deutschland“ am 21. 8. 68 nicht gegeben, und es sei in jener Ausgabe des ND an keiner Stelle von Zionismus auch nur die Rede. (2) Es sei gleich verraten: Mit dieser Aussage hat Lewan recht. Das ND vom 21. 8. 68 war das letzte, das vor der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Warschauer-Pakt-Armeen herauskam. Es enthielt an diesem Tag genau zwei Texte zur CSSR. Der erste stand auf S. 2 und war überschrieben: „Kesselschreiben gegen Prager Arbeiter“. Gemeint waren die 99 Arbeiter eines Autowerks, in deren Namen ein proletarischer Offener Brief verbreitet worden war. Der zweite Text (S. 7) trug den Titel: „Befreiung der Tschechoslowakei von den Faschisten“. Der Brief stand ein gar nichts im ND vom 21. 8. 68, das auch nur entfernt an

den von Broder „zitierten“ Satz erinnerte.

Um die Möglichkeit auszuschließen, daß sich Broder vielleicht nur im Datum geirrt haben könnte, habe ich die NDs des gesamten August 1968 durchgesehen. Ergebnis auch hier keine Überschrift des von Broder behaupteten Inhalts. Auch keine Überschrift ähnlichen Inhalts. Und mehr noch: Es ist im August 1968 kein ND-Artikel mit der von Broder behaupteten Tendenz erschienen. Im ND wurden in bunter Folge Revanchisten, Neonazis, Maoisten, Emigrantenzentren, imperialistische Geheimdienste, der bayerische Klerus, die Bundeswehr und die US-Armee, die CIA und die ÖVP als Drahtzieher der „Konterrevolution“ namhaft gemacht. Aber weder Juden noch Zionisten.

Mit anderen Worten: Broder hat die nicht existente ND-Überschrift frei erfunden oder er hat sie von einem anonymen Erfinder ungeprüft übernommen. Wenn Broder nicht wie so viele Journalisten der Unsicherheit folgte, für seine Behauptungen keine Quellen anzugeben, wußten wir es schon genauer. Eine im September an ihn gerichtete schriftliche Anfrage in dieser Sache blieb unbeantwortet.

An diesem Punkt angekommen, ergab sich die Frage, ob denn wenigstens die aus dem „Völkischen Beobachter“ zitierte Schlagzeile, die eigentlich völlig glaubwürdig klingt, authentisch ist oder ob auch sie Teil der Erfindung ist. Ergebnis: Am 9. August 1938 hieß die Schlagzeile des VB: „Die Schlacht am Ebro-Bogen“. Gemeint war die letzte

republikanische Offensive im spanischen Krieg. Die gesamte Ausgabe des VB vom Tage enthielt keine Überschrift und keinen Satz mit der von Broder behaupteten Tendenz. Dafür aber eine ganze B-Kolonne (S. 3), die sich mit der „Bolschewisierung der Tschecho-Slowakei“ befaßte. Auch andere Ausgaben des VB vom August und September 1938 enthielten Polemiken gegen die „schnelle Zunahme des kommunistischen Einflusses“ im öffentlichen Leben der Tschechoslowakei und die „enge Abhängigkeit“ des Landes von der Sowjetunion. Typisch sind Überschriften wie „Moskau Vorposten“ (11.8.), „Prag als Strohputz“ (11.8.) oder „Stalin — Schirmherr der Tschecho-Slowakei“ (27.8.). Eine Aussage, die mit der von Broder behaupteten Schlagzeile Ähnlichkeit hatte, habe ich in den Ausgaben des VB vom August und September 1938 nicht gefunden.

Damals verhandelten die Nazis mit Großbritannien über die Freigabe der Tschechoslowakei, und am Ende stand die Annexion der sog. Sudetengebiete durch das Deutsche Reich (30.9.38). Nicht der Antisemitismus, sondern der Antikommunismus und die Feindschaft gegen die Sowjetunion sollten in dieser Phase nach dem Willen der NS-Regierung das Bindemittel zwischen den widersprüchlichen Interessen der kapitalistischen Großmacht sein.

Die Geschichte von den zwei Überschriften, die entweder so einseitig ähnlich, ist also insgesamt ein Kunstprodukt. Sie wurde bewußt zu einem politischen Zweck erfunden. Dieser

Zweck besteht in der Schaffung von Beweismaterial für die These von der Gleichheit zwischen rechtem und linkem Antisemitismus. Die Erfindung Broders oder seines anonymen Vorarbeiters suggeriert nicht nur Ähnlichkeit, sondern tatsächliche Identität. Die beiden erfundenen Überschriften unterscheiden sich lediglich in einem einzigen Wort. Die Begriffe „Juden“ und „Zionisten“ werden gerade dadurch als synonym und austauschbar suggeriert. So wie auf die eine erfundene Überschrift der deutsche Einmarsch ins Sudetenland und einige Monate später nach Prag folgte, so ging die andere erfundene Überschrift unmittelbar der Intervention in der CSSR 1968 voraus. — Logische Schlußfolgerung: Beide Ereignisse ähneln einander, beide wurden durch antisemitische Propaganda vorbereitet. Damit wird, zurecht gedacht, auch eine Analogie zwischen dem linken und rechten Antisemitismus hergestellt. Broders außer Kontrolle und mutiert zur detailgetreuen Wiederholung des ewig gleichen Broders Ansatz, der immerhin eine Herausforderung hätte sein können, verkommt damit zur Mautzote.

Im Gegensatz zu einer Halbwahrheit oder einer tendenziös zurechtgemachten Tatsache ist eine Erfindung beliebig formbar. Broder oder sein anonym Vorarbeiter hätte es auch damit genug sein lassen können, zwei im Wortlaut deutlich unterschiedene, nur teilweise oder nur in der Tendenz ähnliche Überschriften zu erfinden. Aber er bestand auf der totalen Identität in der Wortlaut, ebenso wie er un-

bedingte noch erfinden mußte, daß die zweite Überschrift nicht etwa zu einem beliebigen Zeitpunkt, sondern „fast auf den Tag genau 30 Jahre“ nach der anderen erschienen sei. Mit der einfachen Behauptung, daß linker „Antisemitismus“ die moderne Hauptform des Antisemitismus sei, gibt Broder sich nicht zufrieden. Vielleicht hat er selbst Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser These. Jedenfalls er muß sich noch beweisen, daß die Linken sich exakt der Klassen und der heftigen hier nationalsozialistischen Antisemitischen Diktation bedienen, damit die Verhältnisse wirklich absolut klar sind. Broders Linke rufen nicht bloß „Israel raus aus dem Libanon“, sondern müssen auch noch „Juden raus!“ brüllen. Und das selbstversändlich nicht irgendwo, sondern direkt vor der Synagoge. Die behauptete Analogie von linkem und rechtem Antisemitismus gerät im Kopf Broders außer Kontrolle und mutiert zur detailgetreuen Wiederholung des ewig gleichen Broders Ansatz, der immerhin eine Herausforderung hätte sein können, verkommt damit zur Mautzote.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

- 1) Antizionismus = Antisemitismus von Broder. Aufsatz in der Zeitschrift zur Weltanschauung „Das Parlament“, 1. 8. 76.
- 2) Kenneth M. Lewan: „Bühnen und neue Schlacht. Deutsche Nation politisch in der Weimarer Republik 1918/19“, S. 12.

Fortsetzung von vorheriger Seite

nem „objektiven“ Sinne, sondern er wird notwendig für die Menschen, wenn sie Intentionen verfolgen, die unter kapitalistischen Verhältnissen nicht zu realisieren sind. Wenn beispielsweise jemand meint, er wolle die Umweltzerstörung nicht mehr hinnehmen, dann kann man ihm plausibel machen, daß sich dies nur ändern läßt, indem man die Produktionsverhältnisse ändert. Ob es eine „soziale Basis“ für sozialistische Politik gibt oder nicht, liegt also nicht am „objektiven“ Ausmaß der Krisen, sondern daran, ob es Massenbewegungen gibt, deren Intentionen über das „System“ hinausweisen.

Krise der Perspektive und Perspektive aus Krise?

Es ist sicherlich richtig anzunehmen, daß Krisen die Menschen aufrütteln und für systemfeindliche Gedanken zugänglicher machen (können). Aber es wäre eine fatale Illusion anzunehmen, daß Krisen eine Politik stärken könnten, die kein Profil aufweist, die für die Menschen nicht faßbar ist. Krisen der vorherrschenden Gesellschaftsform können nur dann systemsperrigende Folgen haben, wenn es eine gesellschaftliche Kraft gibt, die eine glaubwürdige Alternative und einen glaubwürdigen Weg vertritt und in deren Zielen sich die Menschen wiederfinden können. Es geht überhaupt nicht darum, sich über die „Krisenhaftigkeit“ des Kapitalismus zu streiten, denn die ist unter uns unstrittig. Sondern es geht um die Frage, wie die marxistische Linke ein politisches Profil gewinnen kann, in dem sich diejenigen wiederfinden können, die die Schnauze voll haben. Auf das Ausmaß der gesellschaftlichen Opposition haben wir zunächst wenig Einfluß. Für die Glaubwürdigkeit und Verankerung unserer Positionen dagegen sind wir allein verantwortlich. Und leider ist es bislang so, daß in der radikalen Linken die politischen und gesellschaftlichen Ziele abstrakt und nebulös gehandelt werden. Aber bevor man sich mit Leuten sinnvoll darüber streiten kann, wie man einen bestimmten Zustand erreicht, muß man sich zunächst darüber einig werden, welchen Zustand man eigentlich erreichen will. Der Verweis auf irgendwelche künftigen Krisen bringt uns da nicht weiter.

Denn es leuchtet wohl jedem ein, daß ein Verweis auf die Folgen des Kapitalismus (und seien diese noch so katastrophal) überhaupt nichts darüber aussagt, für was man eigentlich eintritt, sondern nur angibt, wogegen man antritt. Daß ein bestimmter Zustand aber ungerecht oder reaktionär ist, rechtfertigt nicht jedes gegen ihn gerichtete Handeln und nicht jede Alternative. Die Legitimität der eigenen Handlungen und der eigenen Ziele ergibt sich nicht schon daraus, daß man die Legitimität der eigenen Handlungen und der eigenen Ziele ergibt sich nicht schon daraus, daß man gegen ein Unrecht antritt, sondern muß für sich positiv begründet werden. Die inhaltliche und moralische Schwäche der radikalen Linken in der BRD resultiert auch daraus, daß sie sich diesem Problem nicht stellt. Wir haben uns in der Linken viel zu sehr auf den Streit über den „richtigen“ Weg konzentriert und viel zu wenig darüber gestritten, was für eine Gesellschaft wir eigentlich wollen. Darum sind unsere Ziele nebulös und abstrakt geblieben. Natürlich kann man nicht heutzutage angeben, welche genauen institutionellen Formen eine nachkapitalistische Gesellschaft herausbilden wird, und auch nicht, welche Zwischenschritte, Kompromisse etc. es geben wird. Aber die gesellschaftlichen Prinzipien, für die man kämpft, kann und muß man angeben. Denn wie will man Menschen überhaupt für eine Revolution gewinnen, wenn man ihnen nicht sagt, wozu man diese Revolution will?

Wir haben uns alle (mich eingeschlossen) von einem Zeitgeist umgarren lassen, dem gesellschaftliche Verunsicherung verdrängt worden ist, der Verunsicherung rebelliert und nicht mehr wagt zu träumen, nicht mehr wagt, positive Ziele anzugeben. So entstehen dann Diskussionen, die ziemlich unfruchtbar bleiben, weil man ohne eine Zielvorstellung natürlich auch nicht die Zweckmäßigkeit politischer Aktionen beurteilen kann.

Eine untergründige Labilität

Auf der Oberfläche der westdeutschen Gesellschaft herrscht eine belanglose Stabilität. Die „etablierten“ Parteien kommen regelmäßig auf rund 90% der Wahlstimmen, die Grünen sind gerade mal ein Störfaktor, die Arbeiterbewegung gibt sich fdGO-konform, und die sog. neuen sozialen Bewegungen rennen regelmäßig ins Leere. Insofern scheint es ganz verständlich zu

sein, daß sich radikale Hoffnungen zunächst an künftigen Krisen festmachen.

Die Hinweise auf „finale Katastrophen“, auf mögliche Faschisierungen usw. uaf. verfolgen den wesentlichen politischen Zweck, den Menschen klarzumachen, daß ein Festhalten am Kapitalismus unvernünftig ist. In diesen warnenden Argumentationen wird jedoch weitgehend ausgeblendet, daß sich in (noch?) ganz fdGO-konformen und tiefend legalistischen Formen in der Gesellschaft bereits heute Intentionen formulieren, die über den Kapitalismus hinausweisen. Da ist erstens das Aufkommen der Ökologiebewegung zu nennen und die damit verbundene Forderung nach einem nichtkapitalistischen Wirtschaftsprinzip, das es ermöglichen soll, in gesellschaftlich vernünftiger Weise mit den natürlichen Voraussetzungen umzugehen. Da ist zweitens die Forderung nach der 35-Stunden-Woche zu nennen, die auf eine andere gesellschaftliche Verteilung der Arbeit abzielt, auf eine andere Verwendung des Produktivitätsfortschritts. Das sind drittens kulturell emanzipatorische Bewegungen zu nennen, die sich einer Durchkapitalisierung der Lebensverhältnisse widersetzen. Und da ist viertens die fdGO selbst zu nennen, die ja nicht nur den klassischen, liberalistischen Kapitalismus beschützt, sondern einen Sozialstaatsanspruch verankert hat. (In diesem Punkt hat Heiner Karusch auf unrecht, denn der Sozialstaat ist sehr wohl verfassungsmäßig verankert (Art. 20 und 28 Grundgesetz)). Offiziell haben wir in der BRD keinen Kapitalismus, sondern eine „Soziale Marktwirtschaft“. Und das ist überhaupt nicht nebensächlich, denn in der ganzen Ideologie der „Sozialen Marktwirtschaft“ liegt ein gesellschaftlicher Konsens, der von der Überzeugung ausgeht, daß eine ungehemmte Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise sozial inakzeptable Folgen hätte. Deshalb soll der Staat einerseits ein „gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht“ garantieren (Art. 109 Grundgesetz) und andererseits aufstretendes soziales Elend und gesellschaftliche Schäden aller Art kompensieren. Die sozialen Rechte, die die bundesdeutsche Rechtsordnung garantiert, gehen weit über das klassische „bürgerliche Recht“ und über die klassische „bürgerliche Demokratie“ hinaus.

Dieser institutionell abgesicherte Klassenkompromiß hat einerseits eine „systemstabilisierende“ Funktion, denn er ist die Grundlage des „Sozialen Friedens“ auf kapitalistischer Basis, dem sich die westdeutsche Arbeiterbewegung mit Haut und Haar verschrieben hat. Andererseits aber ist in diesem Zusammenhang ein Staatsverständnis entstanden, das den Herrschenden wachsende Kopfschmerzen bereitet. Denn mit der Sozialstaatsideologie haben sie Ansprüche erweckt, die der Staat letztlich nicht erfüllen kann. Deshalb sind zunehmend Lücken entstanden, aus denen dann Protestbewegungen entstehen und die der Staat letztlich nicht erfüllen kann. Deshalb sind zunehmend Lücken entstanden, aus denen dann Protestbewegungen entstehen und die der Staat letztlich nicht erfüllen kann. Deshalb sind zunehmend Lücken entstanden, aus denen dann Protestbewegungen entstehen und die der Staat letztlich nicht erfüllen kann.

Es wäre jedoch verhängnisvoll, die geringen zureichenden, nur weil sie sich reformistisch artikulieren und die Protestformen nicht sonderlich radikal sind. Es wäre auch falsch, das Wahlverhalten als Ausdruck einer ungebrochenen Zustimmung der Bevölkerung zu den Machenschaften der Herrschenden zu deuten. Die Wahlsiege des herrschenden Blocks resultieren einmal daraus, daß dieser einige wichtige Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen versteht, und zweitens daraus, daß keine glaubwürdige Alternative besteht. Eine Alternative aber wird sich nicht hauptsächlich dadurch herausbilden, daß wir in drastischen Farben die Gefahren der Zukunft beschwören, sondern nur dadurch, daß wir die untergründige sich in der Gesellschaft herausbildenden Intentionen aufgreifen und zu einer politischen Orientierung verdichten, die konkrete

gesellschaftliche und politische Ziele benennt und ernsthaft verfolgt. Gelingt uns dies, werden wir durch Zuspitzungen gesellschaftlicher Konflikte gestärkt. Gelingt uns dies nicht, hilft uns auch keine Krise weiter.

jb

Nachwort:

Ich bin, nachdem dieser Artikel fertiggestellt war, von einem Genossen darauf hingewiesen worden, man könnte die Ausführungen zur fdGO als These interpretieren, die fdGO garantiere soziale und demokratische Verhältnisse und mache somit grundlegende Umwälzungen überflüssig. Nichts läge mir ferner als eine solche These. Mir geht es gerade darum zu behaupten, daß die von der fdGO festgeschriebenen Verhältnisse eben nicht ausreichen, um eine vernünftige, eine fortschrittliche Entwicklung der Gesellschaft zu ermöglichen. Und aus der Feststellung, daß der konkrete westdeutsche Kapitalismus mehr Rechte gewährt als ältere kapitalistische Formationen, folgt weder logisch noch politisch, daß man sich auf den Kapitalismus zu beschränken habe oder daß diese Rechte ausreichend wären, um einen harmonischen Übergang zum Sozialismus sicherzustellen. Mir geht es nämlich darum, die Notwendigkeit grundlegender sozialer und politischer Umwälzungen abzustreifen, sondern umgekehrt darum, die Berechtigung und Dringlichkeit solcher Umwälzungen konkret zu begründen. Und dies nicht ausgehend von einem abstrakten Modell, sondern ausgehend von den fortschrittlichsten Interessen und Intentionen, die sich in dieser Gesellschaft konkret auffinden lassen. Wie sagt doch Brecht über die Dialektik: „Die Große Methode ermöglicht, in den Dingen Prozesse zu sehen und zu benutzen. Sie lehrt Fragen zu stellen, welche das Handeln ermöglichen“ (Meti. Buch der Wandlungen). Und eine ziemlich wichtige Frage für die Linke hierzulande ist sicherlich die, warum sich die Bevölkerung politisch so passiv verhält. Liegt dieses Verhalten in Dummheit begründet, wie Fortschrittsfeilektionisten à la Pohrt ständig suggerieren, oder ist die Staatsloyalität ein ideologisches Erbe des Faschismus, wie man des öfteren zu hören bekommt, oder gibt es Gründe in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die das politische Verhalten der Bevölkerung erklären machen und Anlaß zu der Behauptung geben, daß die politische Stabilität hierzulande relativ ist?

Mir scheint, daß das politische Verhalten der Bevölkerung hauptsächlich aus realen, materiellen Verhältnissen zu erklären ist, die in der fdGO ihren Niederschlag gefunden haben. Die fdGO ist (natürlich) nicht das letzte Wort der Geschichte, weil eine institutionalisierte Konfliktprävention von den gesellschaftlichen Verhältnissen abhängig ist. Solange die fdGO aber relativ stabil ist und niemand politische Anstrengungen macht, sie zu beseitigen, muß eine konkrete Reformismuskritik sich der Frage stellen, welche Veränderungen in der BRD überhaupt verfassungskonform durchsetzbar sind und welche nicht. Es reicht doch nicht aus, gegen die Illusion einer „Reformierbarkeit“ anzuschreiben, sondern wir müssen dahinkommen, konkret angeben zu können, was und warum in der BRD nicht auf legalen Wege durchsetzbar ist. Denn wenn wir nicht konkret angeben können, was wir umwälzen wollen, bleibt „Revolution“ eine leere Phrase.

Ich habe die endgültige Analyse und Strategie genauso wenig in der Tasche wie alle anderen. Ich denke nur, wenn wir weiterkommen wollen in unserer Diskussion, dann müssen wir konkreter schreiben und reden als bislang. Wir sind uns ja einig gegen ein Politikverständnis, wie es in unterschiedlichen Varianten bei DKP, VSP oder BWK heimisch ist. Wir sind uns, nehme ich an, auch einig gegen einen mechanischen, dogmatischen Marxismus-Leninismus. Aber wir müssen unsere Vorstellungen auch ausformulieren und nachvollziehbar machen, um sie verbreitern zu können. Dieser Aufgabe nähern wir uns bislang recht schwerfällig. Der vorliegende Artikel stellt nicht mehr als einen Vorschlag dar, zu einigen Fragen eine Position auszuformulieren. Ich denke, es geht weniger darum, Grundsätze unserer Politikverständnisses über Bord zu werfen, als darum, diese Grundsätze auszuformulieren und damit Grundlagen zu schaffen, um sie offensiver als bislang vertreten zu können. Schließlich gibt es keinen Grund, ausgerechnet heute sozialistische Positionen zu verstecken. Ganz im Gegenteil. „Sozialismus oder Barbarei“ könnte schneller zu einer realen Alternative werden, als uns lieb ist.

jb

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Berührungsängste

Betr.: Wenn ihr räusmt, kufen wir die Rosen (AK 276)

Wenn ich eure Kritik an der Hafenstraße lese, kann ich nur sagen: Gut, daß wir Artikel im Plenum besprechen. Dann passieren jedenfalls nicht so häufig Ungenauigkeiten und Falschheiten. Trotzdem erlaube ich mir — wie jeder sonst bei uns — 'ne Privatmeinung: Klar, daß Öffentlichkeitsarbeit nie genug gemacht werden kann. Die sieht aber bei uns 'n bißchen anders aus, als sich mit der Staatsschutzpresse (incl. taz) ewig 'rumachlagen, die dir das Wort im Mund umdreht. Wir machen sehr häufig Flugblätter (die auch die taz oder sonstwer übernehmen kann), Plakate, mittlerweile drei eigene Videoproduktionen, Streifen, Veranstaltungen im Dutzend, Infokreisen und auf diversen Stadtevents mit. Und das nicht erst seit Pawelczyk's Übergriffen!

Auch öffentlichkeitswirksame Aktionen gehören dazu, z.B. auch unsere Idee von den Gerüstaktionstagen oder die Parolen zu den Morden in Stammheim. Übrigens wurde bisher noch von keinem dieser Parole inhaltlich kritisiert. Es war auch vorher klar abgesprochen, daß sowas an die Wand sollte. Selten wurde eine Parole so weit von der Presse transportiert, wenn sie an 'ner Hauswand stand. Wann sonst haben die Schergen so massiv eingegriffen, um eine Parole zu beseitigen? Bei uns gibt's keine Mehr- oder Minderheiten, weil's nie Abstimmungen gibt, sondern die Sachen ausdiskutiert werden.

Ihr scheint eure Infos über inneren Unmut zur Parole aus der „Morgenpost“ zu beziehen, die ähnliches schon mal behauptete. Habt ihr persönlich nicht genug Kräfte, um über unser „Sektierertum“ zu recherchieren?

Ich finde es obendrein 'ne Frechheit, daß ihr Anschuldigungen in einem Artikel erhebt, ohne den jemals mit uns durchdiskutiert zu haben, oder damit überhaupt mal vor Veröffentlichung aufgelaufen zu sein. („Report von der Hafenstraße“)

Unter anderem wurden wir öfters jetzt auf die 1983 vermeintlich angebotenen zehn Jahre Mietverträge speziell für den Mittelblock angesprochen. Das Angebot war nur fünf Jahre und wurde damals von uns als Spaltungsmanöver der Staatsbütel abgelehnt. Nur eines von vielen Beispielen, was durch irgendeinen Kontaktversuch eurerseits hätte geklärt werden können. Aber die Berührungsängste scheinen offensichtlich ganz eurerseits. Wie wenig ihr mit St. Pauli zu tun habt, zeigt schon die „sechsspurige“ Hafenrandstraße.

Uwe

Aus dem AK-Fundbüro

Absolute Hegemonie des KB

„Betonpolitiker“ nennt Michael Sommer im „Pflasterstrand“ die Linken in der GAL-Hamburg.

„Die in der GAL dominante Strömung wird von ehemaligen Aktivisten des KB beherrscht. Ihre einflussreichsten Repräsentanten sind Thomas Ebermann und Rainer Trampert. Diese Fundus“ — deren „Fundamentalismus“ sei — „verstanden es schnell, den Sieg (bei der Bürgerschaftswahl) als Erfolg ihres harten Anti-SPD-Kurses und der Tolerierungsforderung zu interpretieren.“

(...) Unmittelbar nach der Wahl hatte Ulla Jelpke, eine Fundamentalistin, (...) erklärt, daß die GAL eine Große Koalition begrüßen würde, da sie dann als einzige Oppositionspartei bei den nächsten Wahlen 20 Prozent holen würde. Das will sie allerdings, nachdem dies in den eigenen Reihen als „zynisch“ angegriffen wurde, nicht mehr so richtig gesagt haben. (...) Nun hat CDU-Spitzenmann Perschke, ein Biedermann mit Wallmann-Physiognomie, zwar einen Vorgeschmack auf eine hanseatische Wende geliefert, doch nach Jahrzehnten der SPD-Herrschaft kann sich die GAL die Öde einer CDU-Regierung gar nicht vorstellen. „Da fehlt hier einfach die sinnliche Erfahrung“, so der Remo Erwin Jurschitsch (...). Trotz alledem, Hamburg ist nicht

Frankfurt, es gab hier in den siebziger Jahren nie eine nennenswerte undogmatische radikale Linke, sondern die absolute Hegemonie des KB. Dessen Z-Fraktion marschierte ohne größere ideologische Turbulenzen in die Grüne Partei-Gründungs-Bewegung. Ihr Lieblingsfeind sind die Sozialdemokraten geblieben, und eine Art Vergnügenheitsbewältigung, in der der Weg aus der Studentenbewegung in eine kommunistische Kadertruppe debattiert oder reflektiert worden wäre, hat es nie gegeben. Die GAL-Realos haben ein weiteres Problem, das Erwin Jurschitsch so formuliert: „In der Opposition fehlen die Persönlichkeiten, die klar machen können, daß wir mit dem ewigen Entweder-Oder auf Dauer keine Politik machen können. Es gibt hier keinen Joseph Fischer.“ (aus: „Pflasterstrand“ Nr. 250 vom 29.11.86)

Papierkorb

Feigheit vor dem Klassenfeind

In der einzig noch verbliebenen wahren marxistisch-leninistischen Partei der BRD, der MLPD (vormals KABD) ist der bekannteste Klassenfeind der Bundeswahlleiter (Hand aufs Herz, liebe AK-Leser: Wer kennt seinen Namen?). Im (übrigens erfolgreichen) Kampf um die Zulassung der MLPD zu den Bundestagswahlen war die Partei allerdings nahezu auf sich allein gestellt. Selbst der BWK und die VSP (GIM + KPD) mochten bei der MLPD-Kampagne nicht so recht spitzziehen: „Was für jämmerliche, revolutionäre Sozialisten“ sind denn das, die schon bei den ersten Angriffen eines Oberbürgermeisters den Schwanz einziehen; die uns raten, den im Status der MLPD verankerten demokratischen Zentralismus — das marxistisch-leninistische Organisationsprinzip — fallenzulassen wie eine heiße Kartoffel? Daraus spricht doch eine erbärmliche Feigheit vor dem Klassenfeind! Diese Leute haben offensichtlich noch nichts davon gehört, daß sich die Arbeiterklasse jedes Recht gegen die Kapitalisten und ihren Staat hari erkämpfen muß! Auch beim BWK und der VSP ist diese Politik Folge ihrer Abneigung an die SPD (...) Auf solche Führer kann die Arbeiterklasse verzichten.“ — Da habt ihr es! (aus: „Rote Fahne“, MLPD, Nr. 47, 22.11.86)

Zurück: ... (aus: „Rote Fahne“, MLPD, Nr. 47, 22.11.86)

Männer mit Mumm

Weil's so schön war, im Wortlaut: „Nun, wer war dabei, als Flicks früherer Manager Eberhard von Brauchitsch am Samstag in seinem Haus in Düsseldorf-Mettmann 60. Geburtstag feierte? Wer hält noch zu ihm, jetzt, da der einst mächtige „Boss der Bosse“ am 16. Februar seiner Verurteilung im Spendenprozeß entgegensteht?“

Prominentester (und mutigster) Gratulant war Genscher. „Grüß dich Eberhard!“, dann ein Prost: „Auf das Gute, was danach kommt!“ Brauchitsch hat mehrere Angebote. Zur Stelle waren auch die Mitopfer der „Spendenwirtschaft“ Lumbardorf und Friderichs. Ansonsten hatte sich von den Bonner Größen niemand getraut.

In der Industrie gibt es mehr Männer mit Mumm. BDA-Präsident Ewer war gekommen, der BDI durch Hauptgeschäftsführer Mann vertreten. Parallel König Konrad Henkel schüttelte die Hand des Geburtstagskindes.

BP-Chef-Buddenberg kam, obwohl er jeden Eid schwören kann, daß mich Brauchitsch nie auch nur um eine Spendenmark anging.

Weitere Gratulanten: Krupp-Vorstand Schröder, Kreditanstalt-Vorstand Vogt, BMW-Vorstand Schäfer, Gerling-Chef Weller, Daimler-Benz-Direktor Schmidt-Leithoff, Springer-Aufsichtsrat Cramer, Medien-Papa Ferenczy, Peter Boenisch, Josef Neckermann, Willi Weyer, Staatssekretär Schleyer mit Mutter. Aus der „DDR“ mit 82 Jahren herübergebräut, Ex-Rennfahrer Manfred von Brauchitsch, der Vater.

Der Jubilär war glücklich. Am Anzug steckte das Große Bundesverdienstkreuz. Im Falle einer höheren Strafe muß er es zurückgeben. (Mainhardt Graf Nayhauf in „Bild“, 1.12.86)

Neues Buch mit O.M.G.U.S.—Enthüllungen

„Nach dem ersten deutschen Tank kam sofort die Dresdner Bank“

(Refrain aus einem tschechoslowakischen Widerstandslied)

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges unternahm Instanzen der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland (OMGUS) in umfassenden Ermittlungen den Versuch, u. a. die Rolle von Industrie und Banken im Nazismus aufzuklären. Ebenso wie das „Deutsche Bank Team“, das gegen die Deutsche Bank ermittelt, kam auch die Gruppe, die mit den Ermittlungen gegen die Dresdner Bank beauftragt war, aus dem von Henry Morgenthau geleiteten Finanzministerium, in dem sich seit Anfang der 40er Jahre Gegner des Faschismus versammelt hatten — aus Deutschland emigrierte Juden, Linksinstrukturelle, Anhänger des New Deal.

Aus der Arbeit dieser Untersuchungsgruppen liegen nun — nach den „Ermittlungen gegen die Deutsche Bank“ (s. AK 263) und den „Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie“ — vierzig Jahre nach ihrer Abfassung die „Ermittlungen gegen die Dresdner Bank“ in deutscher Sprache und sorgfältig bearbeitet und kommentiert vor.

Karl Heinz Roth informiert in seiner umfassenden und anspruchsvollen Einleitung über die Entwicklung der Dresdner Bank von der Weltwirtschaftskrise über die Depression bis zum Wiederaufstieg der Bank im „Dritten Reich“; vertieft, was in den „Ermittlungen“ über Zwangsarbeit ausgesagt wird und charakterisiert die Entwicklung, die schließlich zum Scheitern der Bemühungen, den Faschismus tatsächlich zu zerschlagen, geführt hat, als „Rettung der Kontinuität“.

Zwar hieß die Dresdner Bank im Volksmund „SS-Bank“ und hatte in der Tat weitaus engere Beziehungen zur Nazi-Führung als etwa die Deutsche Bank, dennoch sind diese Beziehungen nicht ursächlich für das Geschäftsgebaren dieser Bank anzusehen.

Roth: „In der Berliner Zentrale der Dresdner Bank waren überproportional viele Leitungspositionen mit Managern besetzt, die sich als industrielle Sanierungs- und Rationalisierungsexperten hochgedient hatten. Angesichts dieser Tatsache erscheint es somit naheliegend, daß diese Manager das ihnen zu Gebote stehende Druckmittel Betriebskredit auch gegenüber der SS mehr und mehr nach reinen Rentabilitätskriterien handhabten. (...) Die Direktoren der Dresdner Bank sind offensichtlich wie die Obergerichte der I.G. Farben in Auschwitz-Monowitz von der für sie selbstverständlichen Voraussetzung ausgegangen, daß es im Kapitalismus eine qualitativ festzumachende Grenze in der Ausbeutungstendenz von Arbeitsvermögen prinzipiell nicht gibt. Unter den Bedingungen eines chronischen Kapitalmangels und unter der Voraussetzung des unbegrenzten Überangebots von schrankenlos unterjochten Arbeitern erschien es dann systemimmanent logisch, im Interesse der Beschleunigung der Kapitalbildung ihre Lebenshaltungskosten völlig gegen Null zu treiben und sie innerhalb von Wochen oder Monaten durch hemmungslose Vernichtung ihres Arbeitsvermögens zu vernichten.“ (S. LIII)

Die Ermittlungen der OMGUS-Gruppe ergaben: „Die beherrschende Stellung, zu der sie (die Dresdner Bank — K.) in den zwölf Jahren der Nazi-Herrschaft aufstieg, resultierte aus ihrer skrupellosen Ausnutzung aller Bereicherungsmöglichkeiten, die das Nazi-Regime bot (...) Die Dresdner Bank stand in enger Verbindung zu den wichtigsten Industrieunternehmen und übte über ganze Schlüsselbereiche des deutschen Wiederaufbauprogramms eine beherrschende finanzielle Kontrolle aus. (...) Unter den Kreditinstituten in Deutschland beteiligte sich die Dresdner Bank besonders reger an der Ausbeutung und Ausplünderung

der wirtschaftlichen Ressourcen in den eroberten Ländern Europas. (...) Mit ihren Zweigniederlassungen und Filialen bildete sie sowohl in Deutschland als auch in den eroberten Ländern die treibende Kraft zur Zwangsarisierung von Unternehmen in jüdischem Besitz. (...) Das enorme Wachstum und die Expansion der Dresdner Bank in der Zeit von 1933-1942 waren nur aufgrund der engen Verbindungen möglich, die sie zu Regierung, Partei, SS und ihnen angeschlossenen Organisationen unterhielt. Keine andere große Geschäftsbank in Deutschland war so rückhaltlos in ihrer Politik, ihrem Personal und ihren Praktiken auf den Nationalsozialismus eingeschworen wie die Dresdner Bank.“ (S. 5 ff) Kritisch merkte ein Kommentator zu einer Entwurfsfassung der „Ermittlungen“ in diesem Zusammenhang jedoch an: „Die Frage ist nicht, ob die Dresdner Bank in Harmonie mit den Nazis zusammenarbeitete. Die Frage ist, unterstützte sie Kriegsvorbereitungen und Versuche, mehr Macht für Deutschland zu erlangen. (...) Im Ziel, die Welt zu erobern und zu beherrschen, gab es keine Unterschiede. (...) Was hier zur Aburteilung steht, das ist das üble deutsche Großmachtsstreben, das alle 20 Jahre einen Krieg entfesseln wird: Industrie, Banken, Militär.“ (S. XCIII — Hervorhbg. i. Orig.) Die OMGUS-Untersuchungsgruppe kam in diesem Sinne zu dem Schluß: „Die Dresdner Bank setzte ihre außerordentliche wirtschaftliche Macht in Deutschland und den eroberten Gebieten Europas dazu ein, der Durchführung der kriminellen Absichten des Nazi-Regimes Beihilfe zu leisten. Sie handelte als Komplize bei der Ausführung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit.“ (S. 8) Ihre Empfehlungen lauteten u. a.: „die Dresdner Bank zu liquidieren“ und die verantwortlichen Mitarbeiter der Bank „anzuklagen und als Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen“. (S. 3)

Im Dezember 1945 saß tatsächlich die gesamte Führung der Dresdner Bank im Gefängnis, wurde aber vom Im Dezember 1945 saß tatsächlich die gesamte Führung der Dresdner Bank im Gefängnis, wurde aber vom Frühjahr 1947 an nach und nach wieder freigelassen. Nur Karl Rasche, Vorstandsmitglied von 1933-1945 und SS-Mitglied im Range eines Obersturmbannführers, wurde zu siebenjähriger Gefängnisstrafe verurteilt, aus der er jedoch vorzeitig entlassen wurde. Denn die englische Nachkriegsplanung für Deutschland aus dem Jahr 1944 — „ein Programm zur völligen Aufrechterhaltung des deutschen Finanzpotentials, ein Versuch, die Ressourcen des NS-Systems bruchlos in ein „antibolschewistisches Bollwerk“ einzubringen“ (Roth, S. LXXIV) — war in der amerikanischen Besatzungspolitik durchgesetzt worden. US-Präsident Truman erklärte im März 1947, es gebe für die USA eine Angelegenheit, die „höher als der Frieden bewertet wird“: „Die freien Völker rechnen auf unsere Unterstützung zur Erhaltung ihrer Freiheit.“ (S. CXIII) Das Strategische Gutachterkomitee des Vereinigten Generalstabs präziserte im April 1947 in einem Grundsatzpapier die Präsidentenaussage: Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands sei „von erstrangiger Bedeutung vom Standpunkt der Sicherheit der Vereinigten Staaten.“ (S. CXIV) Und bei der Durchführung dieses Wiederaufstiegs konnte und sollte weder auf die bewährten Personen noch die erprobten Strukturen verzichtet werden. Der in den Ermittlungen geführte Beweis, daß die Dresdner Bank an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt war und an entscheidender Stelle die Führung des Nazi-Krieges ermöglicht hatte, war nicht mehr erwünscht. Die „Geschichte“, die hier — in den „Ermittlungen“ wie in der Einleitung von Karl Heinz Roth — erzählt wird, ist auch unsere Geschichte; Geschichte, die die Entwicklung unseres Landes im Wesen bestimmt hat und bis auf den heutigen Tag bestimmt.

K., Hamburg

O.M.G.U.S.: Ermittlungen gegen die Dresdner Bank — 1946. Bearbeitet von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Übersetzt von Ulrike Blechhoff. Nördlingen: Franz Greno (Die Andere Bibliothek — Sonderband), 1986. CXXXV + 364 Seiten, Pb., 26 DM (ab 1.1.87 30 DM)

Inhalt

aktuell	
1.000 bei der Demo gegen Apartheid	S. 4
Die Bundesregierung und das U-Boogeschäft mit der RSA	S. 4
Betrieb und Gewerkschaft	
Nach drei Jahren: Betriebsratswahlen bei BMW ungültig	S. 29
Kampf den Atomkraftwerken	
Anschläge, Sabotage, Widerstand — eine Chronologie	S. 12
Umweltschutz	
Rhein kaputt — Sandoz und die Folgen	S. 27
Grüne und Alternative	
Joscha Fischer — Vorbildlicher Einsatz für die Kröteninsel	S. 2
Sprechblasen contra Denkblasen: Bilanz nach dem Altonaer GAL-„Putz“	S. 3
Udo Tischer — Warum erst jetzt?	S. 26
Norbert Mann — unermüdlich für den Staat	S. 32
Ausländer in der BRD	
Bundesrat verschärft Asylrecht	S. 30
Staat	
Reden und Schreiben verboten	S. 6
Dokumente zum Verbot der Anti-AKW-Bundeskonferenz in Bayern	S. 6
Zensur gegen „Radi-Aktiv“	S. 7
Kein Polizeikessel für Skins	S. 7
Kommentar: Hier spricht das Umfeld	S. 7
Göttingen: Bullenstadt — wir haben dich zum Kotzen satt!	S. 8
wg. „radikal“ — BKA durchsucht Buchladen	S. 9
Ewig währt am längsten — Mainzer Kessel mit 20 Jahre alten „Erkenntnissen“ gerechtfertigt	S. 9
Die neuen Anti-Terrorismus-Gesetze: „Kriegserklärung“, „Überreaktion“ oder „ungeeignete Maßnahme“?	S. 10
Schleppnetz für „Sägesägen“ — Bundesländer richten Sonderkommission ein	S. 13
Westberlin: Syrien — Connection oder Geheimdienstaffäre?	S. 18
Die Flüchtlingsfrage im Faschismus und heute ..	S. 30
Militarismus	
Salz II — Rüstungsgrenzen durchbrochen	S. 23
Ein Lexikon über Atomwaffen erschienen	S. 24
Israels geheimes Atomwaffenarsenal	S. 24
Europa	
Israels geheimes Atomwaffenarsenal	S. 24
Europa	
Frankreich: Sieg und Trauer der Jugendbewegung	S. 14
Spanien nach dem NATO-Referendum	S. 22
Sinn Fein nach dem „historischen Parteitag“ ..	S. 22
Nahost	
Neuer Aufschwung für die palästinensische Bewegung im Libanon?	S. 19
Imperialismus	
Reagans Niederlage kommt spät	S. 16
USA — Iran: Geheimdiplomatie zwischen „Feinden“	S. 16
Buchvorstellung: „Krieg im Frieden“ — low intensity warfare	S. 17
Frauen	
Stellungnahme der bundesweiten § 218-Koordination zur Verfassungsklage	S. 28
Verfassungsklage gegen den § 218 — eine vorläufige Bilanz	S. 28
SPD: In der Frauenfrage ein wahrer Transvestit ..	S. 29
Parlamente	
Was die Kapitalisten von Kohl erwarten	S. 26
Konjunkturbericht 86 — Ein Grund, warum Kohl die Wahlen gewinnen kann	S. 26
Biedenkopf lobt die GRÜNEN	S. 32
Diskussion	
Widersprüche — Versuch, die kapitalistischen Verhältnisse neu zu analysieren	S. 38
Geschichte	
Die KP-Geschichtsschreibung zum Spanischen Krieg — Teil 2	S. 33
„Bin ich unterwegs zum Morgen oder zum Abend?“ — Federico Garcia Lorca 1899-1936 —	S. 33
Ohne Rubrik	
Die Republikaner — Überlegungen zu einem Wahlerfolg	S. 26

Arbeiterkampf

Absender:

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4

2000 Hamburg 19

bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—
☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postfachamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich/wir die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos.

Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.
Kto.-Inhaber
bei der
mittels Handschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)